

Demokratisierung der Wirtschaft als Problem der Staatsverfassung

von

Diplom-Volkswirt Volker Stahlmann

aus

Coburg

1972



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548610_0011

Demokratisierung der Wirtschaft als Problem der Staatsverfassung

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

(Dr. rer. pol.)

an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

Diplom-Volkswirt Volker Stahlmann

aus

Coburg

Demokratisierung der Wirtschaft als Problem der Staatsverfassung

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften

von

dem Kandidaten der Wirtschaftswissenschaften

Dr. phil. habil. Wilhelm Henke



Referent: Prof. Dr. Wilhelm Henke

Korreferent: Prof. Dr. Walter Schick

Tag der mündlichen Prüfung: 20.12.1972

Beobachtungen

Seite

Beobachtungen

- I. Beobachtungen der ersten 100 Tage 1
- II. Die ersten 100 Tage 2
- III. Die ersten 100 Tage 3

1. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10

1. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10

- I. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- II. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- III. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- IV. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- V. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10

Meinen Eltern
und Großeltern

2. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10

- I. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- II. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- III. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- IV. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- V. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- VI. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- VII. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- VIII. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- IX. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- X. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10

3. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10

- I. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- II. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- III. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- IV. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- V. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- VI. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- VII. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- VIII. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- IX. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10
- X. Die ersten 100 Tage der ersten 100 Tage 10

INHALTSÜBERSICHT

	<u>Seite</u>
<u>Grundlegung</u>	1
I. Konkretisierung des Problems	1
II. Zur angewandten Methode	5
III. Aufbau der Untersuchung	6
<u>1. Abschnitt: Demokratisierung der Wirtschaft - Versuch einer operationalen Begriffsbildung</u>	11
<u>1. Kapitel: Historische Relativierung</u>	11
I. Zur Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Idee bis 1945	11
II. Neuorientierung nach 1945 und gegenwärtiger Stand der Diskussion	16
III. Mitbestimmung - ein typisch deutsches Resultat?	20
<u>2. Kapitel: Zielvorstellungen</u>	22
I. Die "volle Verwirklichung" der Demokratie	24
II. Die Beseitigung der Objektstellung der Arbeitnehmer im Unternehmen	26
III. Die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit	31
IV. Das Streben nach Sicherheit	33
V. Die Verhinderung von Machtmißbrauch	36
<u>3. Kapitel: Wege einer zieladäquaten Organisation der Wirtschaft</u>	39
I. Bestehende Organisationsformen	40
1. Auf betrieblicher Ebene	40
2. Auf Unternehmensebene	43
3. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene	45
II. Erweiterungsvorschläge der Gewerkschaften	46

<u>2. Abschnitt:</u>	Die Eignung des Grundgesetzes als Beurteilungsmaßstab für Demokratisierungsbestrebungen in der Wirtschaft	48
<u>4. Kapitel:</u>	Die ordnungspolitische Funktion des Grundgesetzes	49
I.	Das Grundgesetz als "Norm der Normen"	49
II.	Der Bedeutungswandel der Grundrechte	51
<u>5. Kapitel:</u>	Normative Verfassung und Dynamik der Wirklichkeit	54
I.	Die ideelle Basis des Grundgesetzes	55
II.	Die Frage des Verfassungsauftrags	58
III.	Zur Interpretation der Grundrechte	64
IV.	Wertverändernde Eigenschaften der industriellen Gesellschaft	69
<u>3. Abschnitt:</u>	Der verfassungsrechtliche Spielraum für eine Demokratisierung der Wirtschaft	79
<u>6. Kapitel:</u>	Das staatsrechtliche Prinzip der Demokratie	80
I.	Die Aussage des Grundgesetzes	81
II.	Allgemeines zum Begriff	83
III.	Konstituierende Merkmale der westlichen Demokratie	88
1.	Die Volkssouveränität	88
2.	Der Mehrheitsentscheid	96
3.	Der Grundsatz der Relativität	100
4.	Die Gewaltenteilung	102
5.	Die zugrunde liegenden Werte	109
a)	Freiheit	111
b)	Gleichheit	123
c)	Brüderlichkeit	133
IV.	Folgerungen für den Aufbau der Wirtschaftsordnung	136

	<u>Seite</u>
<u>7. Kapitel:</u> Die wirtschaftsordnungspolitische Position des Grundgesetzes	141
I. Terminologische Klärung	141
II. Die Situation im Parlamentarischen Rat	143
III. Positivrechtliche Ansatzpunkte zur Wirtschaftsverfassung	144
IV. Das Konzept der Entscheidungsfreiheit	150
1. Ablehnung einer "reinen" Marktwirtschaft	154
2. Ablehnung einer "reinen" Zentralverwaltungswirtschaft	160
3. Die Soziale Marktwirtschaft als verfassungsimmanente Lösung?	163
<u>8. Kapitel:</u> Die Eigentumsordnung als Grundentscheidung für die Organisation der Wirtschaft	165
I. Demokratisierung der Wirtschaft unter Berücksichtigung des Art. 14	167
1. Der Begriff des Privateigentums	167
a) Aufschlüsselung der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie	167
b) Die Sozialgebundenheit des Privateigentums	167
c) Der Wesensgehalt	169
2. Die Soziale Marktwirtschaft als mögliches korrespondierendes Ordnungskonzept	177
3. Der Bereich der Demokratisierbarkeit im Unternehmen	188
II. Demokratisierung der Wirtschaft unter Berücksichtigung des Art. 15	195
1. Art. 14 und Art. 15 als Alternativen der Eigentumsordnung	195
2. Inhalt und Ziel des Art. 15	199
a) Der sachliche Geltungsbereich	199
b) Zur Frage der Sozialisierungsreife	201
c) Grundzüge der Gemeinwirtschaft	203
d) Rechtsformen der Sozialisierung	209

	<u>Seite</u>
3. Das Mitbestimmungsgesetz als Beispiel einer Sozialisierungsmaßnahme	212
a) Darstellung am Fall der Aktiengesellschaft	212
b) Kritische Betrachtung der Eigentumsfunktion in Großunternehmen	217
4. Modell mit Gemeineigentum nach Art. 15 und Konkurrenz	223
5. Möglichkeiten und Gefahren einer veränderten Ausprägung von Verfassungsnormen	230
a) Freiheit	231
b) Gleichheit	238
c) Demokratie	240
d) Sozialstaat	244
6. Der Stellenwert des Art. 15 im freiheitlichen Sozialismus	249
7. Erfüllung von Demokratisierungswünschen durch die paritätische Mitbestimmung?	253
 Abkürzungsverzeichnis	 VI
 Literaturverzeichnis	 VIII
Bücher, Aufsätze und Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken	VIII
Programme, Broschüren, Zeitungsartikel, Diskussionsbeiträge und sonstiges	XXXIV

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AER	American Economic Review
AG	Aktiengesellschaft
AGV	Arbeitgeberverband
AktG	Aktiengesetz vom 6. Sept. 1965
AÖR	Archiv Öffentliches Recht
Art.	Artikel
BDA	Bundesvereinigung der deutschen Arbeit- geberverbände
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz vom 15. Jan. 1972
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BK	Bonner Kommentar
BMWi	Bundeswirtschaftsministerium
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungs- gerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungs- gerichts
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DII	Deutsches Industrieinstitut
DISS.	Dissertation
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
GewMH	Gewerkschaftliche Monatshefte
GG	Grundgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. Juli 1957

HdSW	Handbuch der Sozialwissenschaften
Hg.	Herausgeber
hg. v.	herausgegeben von
hbs.	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
IHK	Industrie- und Handelskammer
IHKG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18.12.1956
i.V.m.	in Verbindung mit
JR	Juristische Rundschau
JZ	Juristenzeitung
m.a.W.	mit anderen Worten
M-D-H	Maunz-Dürig-Herzog
MEGA	Marx-Engels-Gesamtausgabe
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21.5.1951
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
N-N-Sch	Neumann-Nipperdey-Scheuner
PVG	Personalvertretungsgesetz vom 5.8.1955
RdA	Recht der Arbeit
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WVR	Wirtschaftsverwaltungsrecht
WWA	Weltwirtschaftliches Archiv
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliches
u.E.	unseres Erachtens
u.U.	unter Umständen
ZfdgesStW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

(Die römischen Ziffern hinter den angeführten Grundrechtsartikeln bezeichnen den Absatz, die arabischen Ziffern den Satz)

Grundlegung

I. Konkretisierung des Problems

Die Wirtschaft demokratischer zu gestalten, ist ein vielgehörter Ruf unserer Zeit innerhalb einer umfassenden Demokratisierungsbewegung, welche die Organisationsprinzipien sämtlicher Lebensbereiche in Frage stellt. Der Anspruch auf Aktualität darf jedoch nur bedingt erhoben werden; denn das Begehren - zumindest nach Demokratie in der Wirtschaft - ist so alt wie die Industriegesellschaft selbst. Der sozialistischen Ideenwelt entstammend¹⁾, hat es sich vom Anfang des 19. Jh.²⁾ bis in die heutige Zeit seine Faszination erhalten können, begleitet von einem ständigen Umbau der Staats- und Wirtschaftsordnungen, was seinerseits den ursprünglichen Gedanken in einem stets wechselnden Licht erscheinen ließ.

Soweit Argumente für die Einführung einer demokratischeren Wirtschaft auf ordnungspolitische Mängel hinweisen, nämlich auf die ungenügende Verwirklichung rechtlicher Grundnormen in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, soll dies in der vorliegenden Arbeit einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Die Integration des einzelnen Staatsbürgers in eine von ihm akzeptierte Wirtschaftsordnung ist von kardinaler Bedeutung für die Bestandskraft eines Staates und seiner normativen Verfassung überhaupt. "Unser Zeitalter ist ein Zeitalter der Wirtschaft"³⁾ und noch verbringt der Mensch den größten Teil seines wachen Lebens bei der Arbeit. Unzufriedenheiten bei der Ausübung der Arbeit können sich somit leicht auf eine allgemein lebensfeindliche Einstellung fortpflanzen mit dem Ergebnis der Staatsverdrossenheit und Ablehnung der bestehenden Gesellschaftsstruktur. Die

1) Vgl. Beck, M., Wirtschaftsdemokratie, 1962, S. 17.

2) Der Geburtsort der Idee liegt wahrscheinlich in England, das zuerst von der Industrialisierungswelle ergriffen wurde (vgl. Sweezy, P.M., Der Sozialismus, Geschichte und Probleme, 1970, S. 37 ff.; Strzelewicz, W., Industrialisierung und Demokratisierung, 1964, S. 7; Schneider, D., Kuda, R.F., Mitbestimmung - Weg zur industriellen Demokratie? 1969, S. 7).

3) Rapold, M.U., Demokratie und Wirtschaftsordnung, 1958, S. 2.

Interdependenz der Ordnungen ist also zu berücksichtigen¹⁾ und in diesem Zusammenhang die Zielkompatibilität und Konsistenz demokratischer Wirtschaftsstrukturen mit der gesamten Wirtschafts- und Staatsordnung²⁾.

Wie alle menschlichen Willensakte, so hat die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft sicher auch eine ethische Seite. Aber bei ihrer Beurteilung darf man nicht in Gesinnungsethik (Max Weber) steckenbleiben, sondern man muß "verantwortungsethisch denken, d.h. die konkreten Folgen der ethischen Entscheidung überlegen und in Rechnung stellen"³⁾. Ethische Prinzipien wirken nicht im leeren Raum⁴⁾. Ihre Realisierung in institutionellen Veränderungen - soweit sie hier überhaupt möglich ist⁵⁾ - darf nicht abseits von kontingenten Faktoren gesehen werden, die sowohl durch die Tatsache, als auch die Dynamik institutioneller Modifikationen beeinflusst werden. Dieser Interaktionsprozeß, der soziologische, anthropologische oder rein ökonomische Auswirkungen zeitigen kann, wird im folgenden unter ordnungspolitisch einheitsstiftendem Aspekt analysiert, wofür das Bonner Grundgesetz den positiv-rechtlichen Anhaltspunkt bilden soll. Gleichzeitig wird durch die Zuhilfenahme des GG die Konkretisierung dessen erhofft, was eine "demokratischere Wirtschaft" bedeuten könnte, wobei freilich eindeutige Ergebnisse nicht der Zweck einer problematischen Beurteilung

-
- 1) Von der Soziologie jedenfalls werden die Wechselwirkungen zwischen den bestehenden Gesellschaftsordnungen nicht mehr geleugnet (vgl. Schöllgen, W., Prolegomena zur paritätischen Mitbestimmung, in: Mitbestimmung? Hg. v. G. Briefs, 1967, S. 16; vgl. aber auch Besson, W., Jasper, G., Das Leitbild der modernen Demokratie, 4. Aufl. 1971, S. 110; Müller-Armack, A., Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, 1947, S. 62; Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, 1965, S. 208).
 - 2) Vgl. Kevenhörster, P., Zur neueren Diskussion von Demokratieformen in Politik und Wirtschaft, in: Wirtschafts-politische Chronik, Heft 1, 1970, S. 34.
 - 3) G. Briefs, Demokratie und Wirtschaft, in: Mitbestimmung, hg. v. A. Rauscher, 1968, S. 64.
 - 4) Der freiwillig Handelnde muß sich im voraus Rechenschaft über die Folgen seiner Handlung ablegen (vgl. Aristoteles Nikomachische Ethik, Langenscheidtsche Ausgabe, 3. Buch, S. 86 ff., 6. Buch, S. 220 ff.)
 - 5) Vgl. Vorwort von G. Briefs zu: Mitbestimmung? Hg. v. G. Briefs, 1967, S. 8 ff.

sein können; dementsprechend wird die Aufgabe der Untersuchung darin gesehen, Möglichkeiten, Probleme und Gefahren aufzudecken, die den Begriff "Demokratisierung der Wirtschaft" vor dem Hintergrund des GG kennzeichnen.

Die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft wird als eigenständiges Ziel aufgefaßt und nicht in eine zwingende Verbindung zu Mitbestimmung¹⁾, Sozialisierung oder Sozialismus gebracht. Auch kann es einer unbefangenen Betrachtung nicht als Vorziel oder identisches Endziel eines wie immer definierten Sozialismus²⁾ dienen. Vielmehr werden die Wege zu diesem Ziel in einer ordnungspolitisch offenen Befragung des GG gesucht. Sie können im mikroökonomischen Bereich der Unternehmensverfassung liegen, sie können sich aber auch in der konsequenten Einführung und Steuerung kapitalistischer Wirtschaftsordnungen³⁾ offenbaren oder mit einer Hinwendung zu sozialistischen Ordnungskonzeptionen⁴⁾ verbunden sein.

Bei all diesen Unterfangen ist das politische Schlagwort "Demokratisierung der Wirtschaft" wegen seiner Undeutlichkeit ein denkbar ungünstiger Ausgang⁵⁾. Wenn auch eine Operationalisierung des Ausdrucks versucht wird, so darf doch nicht vergessen werden, daß in den Postulaten nach mehr Demokratie in der Wirtschaft manche Aggressionen gegen Vorgänge und Erscheinungen mitschwingen, die entweder exogener, von Menschenhand unbeeinflussbarer Natur sind oder im Menschen selbst als unauslöschbare Phänomene wurzeln⁶⁾. Hinzuweisen ist dies-

1) So vor allem die Sicht der Gewerkschaften.

2) Vgl. dazu Schachtschabel, G., Die Ziel-Mittel-Problematik der qualifizierten Mitbestimmung, in: Mitbestimmung und Wirtschaftspolitik, Bd. 2, hg. v. Nemitz, K., und Becker, R., 1967, S. 178.

3) Darunter sollen Wirtschaftsordnungen verstanden werden, deren Produktionsmittelbestand sich vorwiegend in Privateigentum befindet.

4) Demgegenüber befinden sich hier die Produktionsmittel vorwiegend in Gemeineigentum.

5) Vgl. dazu auch Hennis, W., Demokratisierung, Zur Problematik eines Begriffs, 1970.

6) Vgl. Mitscherlich, A., Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität, 1969, S. 125; Kant spricht in diesem Zusammenhang von einer natürlichen (nichtsdestoweniger selbstverschuldeten) Neigung zum Radikal-Bösen (vgl. Kant, J., Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft, Philos. Bibliothek, Bd. 45, 4. Aufl., Leipzig 1919).

bezüglich vor allem auf die fortschreitende Technisierung der Umwelt und die rasche Bevölkerungsvermehrung, die vom Staat kaum zurückzustauen, sondern bestenfalls zu lenken sind, und ferner auf die gestiegene Unüberschaubarkeit und das Tempo des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prozesses, woraus das Gefühl des Ausgeliefertseins resultiert, das den Menschen jeglichen Berufs "zu einem ängstlichen und zugleich aggressiven, zu einem mißtrauischen und zugleich leichtgläubigen Wesen macht"¹⁾.

Daß Demokratisierung zu einem Sammelbecken unerfüllter Wünsche geworden ist, rührt nicht zuletzt aus der philosophischen Grundhaltung des Menschen im 20. Jh. Eine weitgehende Emanzipation des Geistes aus religiöser und traditioneller Bindung, verknüpft mit einem enormen Vormarsch wissenschaftlicher Erkenntnis, die wiederum ihrerseits auf die Anwendung instrumenteller Vernunft zurückgreift²⁾ und viele überlieferte "Werte" als informationslosen Ballast eliminiert, haben den Menschen forderungsbewußter auf jedem Gebiet gemacht. Funktionalisierter Aktionismus mit der Verdrängung der Worte "Bedeutung" und "Sinn"³⁾, der grenzenlose Glaube an die "Machbarkeit" verweist Demokratisierung der Wirtschaft in den Bereich der Institutionen⁴⁾, seien es nun die Unternehmen oder die Wirtschaftsordnung als ganze. Bleibt damit aber die Lösung des Problems nicht an der Oberfläche, wenn die Tiefenschicht interpersonaler Bedeutung (Anständigkeit, Zuverlässigkeit, Liebe, Gerechtigkeit, Gewissenhaftigkeit, Vertrauen, Treue) als unwesentlich und leerformelhaft vernachlässigt wird? Jagt der Mensch nicht Freiheitsräumen nach, deren Verwirklichung er sich ganz anders vorstellt, als sie "in seinem Dienste" schließlich vorgenommen wird? Wird nicht überhaupt das Freiheitsrecht, das uns Art. 2 GG garantiert, gänzlich mißverstanden?

1) Ortlieb, H.D., Das Ende des Wirtschaftswunders, 1962, S. 23; vgl. auch Marcuse, H., Aggressivität in der gegenwärtigen Industriegesellschaft, 1968, S. 142.

2) Vgl. Horkheimer, M., Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, 1967.

3) Vgl. ebenda, S. 31.

4) Ähnlich G. Briefs, Demokratie und Wirtschaft S. 71: "Es ist fraglich, ob irgendeine Zivilisation der Vergangenheit je so institutionsgläubig war wie das heutige Zeitalter".

All dies sind Fragen, deren Beantwortung den Begriff der Demokratisierung der Wirtschaft in philosophischen Betrachtungen aufgehen lassen würde, was nicht Ziel dieser Arbeit sein kann. Dennoch soll die Besinnung auf das, was hinter dem vordergründigen, formalen "Demokratisieren" steht, das Ergründen der Idee, des materiellen Gehalts, nicht gemieden werden¹⁾. Daraus folgt, daß die positivierten Normen des GG zwar ein willkommenes Arbeitsgerüst zur Abwägung wirtschafts-demokratischer Postulate bieten, der Blick aber schon durch den ständigen Zwang der Interpretation von Norm und Wirklichkeit über das grammatikalisch Greifbare und logisch Deduzierbare hinausgehen muß.

II. Zur angewandten Methode

Die Begriffe, Ausgangspositionen, Zielsetzungen und Bewertungen einer Demokratisierung der Wirtschaft entspringen oft Grundwertungen, welche die Stellungnahmen dann meist in einem Monolog für die eine oder andere Seite enden lassen. Diese Technik weisen wir zurück. Zwar wird zum Zwecke der besseren Kontrastierung der Begriff zunächst vom Arbeitnehmerstandpunkt (bzw. dessen Artikulierung in der einschlägigen Literatur) herauszuschälen versucht. Die Überwindung dieser primären Ausdeutung von Demokratie in der Wirtschaft durch eine nichtsdestoweniger inhomogene Interessengruppe wird durch die Konfrontation mit der Verfassung der BRD angestrebt. Da ein Normensystem zugrundegelegt wird, ist allerdings wieder damit zu rechnen, daß Wertungen das Ergebnis einseitig beeinflussen. Wie sich jedoch zeigen wird, bietet das GG die Überwindung primärer Wertungen zugunsten einer offenen Problemerkörterung an. Seine Ideale, Vorstellungen und Werte, bezogen auf das, was menschlichem Zusammenleben nützt, sind nicht so

1) Es geht nicht um eine bloße "technisch-zweckrationale Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen, auch nicht um eine mehr formal-taktische Neugliederung im Betriebs- und Unternehmensbereich, sondern qualitativ um die Ordnung des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Zusammenwirkens" (Rauscher, A., Einführende Überlegungen zum gegenwärtigen Stand der Mitbestimmungsdiskussion, in: Mitbestimmung, hg. v. A. Rauscher, 1968, S. 13).

irreversibel, daß eine Beschäftigung mit ihnen auf die Anwendung positivistischer Technokratie und Logizistik hinauslaufen könnte¹⁾. Demokratisierung der Wirtschaft kann also vom GG der BRD keine eindeutige Klassifizierung erfahren, da dieses selbst im Spannungsfeld der Ideen steht.

Trotzdem neutralisiert sich dieses Spannungsfeld nicht in der Weise, daß letztlich jedes Resultat vertretbar wäre, sondern es überwiegen zweifellos historisch gesehen Wertungen, deren Richtungen es gilt aufzuzeigen. Sozialwissenschaften und insbesondere die Rechtswissenschaft dürfen solche Werturteile nicht meiden; denn im Mittelpunkt steht seit eh und je der Mensch als Subjekt eines Willens individueller Ausprägung. Das, was dem Menschen letztlich nützt, kann von ihm wiederum nur dann entschieden werden, wenn ihm die Alternativen seines Handelns bekannt sind und überkommene Standorte in ihrer Relativität beherrscht werden. Beginnt man aus solcher Situation absoluter Ungewißheit, so wird "die niemals endgültig zu überwindende Fragwürdigkeit der eigenen Erkenntnistheorie aufgedeckt..."²⁾.

Insofern sehen wir die Aufgabe unserer Arbeit auch nicht in der Bereitstellung probater Ergebnisse, sondern in Problemstellungen, die jedes mögliche Ergebnis wiederum vom Zweifel an seinen Prämissen und Endzielen behaftet sein läßt.

III. Aufbau der Untersuchung

Wie bereits mehrmals angedeutet, ist die vorliegende Arbeit, grob gesprochen, durch ein Ziel/Mittel-Verhältnis charakterisiert³⁾. Ziel soll eine "demokratisierte Wirtschaft" sein, Mittel und Wege dazu sollen anhand einer kritischen Erörterung mit dem GG aufgezeigt werden. Dabei sind wir uns der Unvollständigkeit bewußt, nur solche Mittel einer Prüfung zu

1) Vgl. Horkheimer, M., instrumentelle Vernunft S. 63 ff. und S. 157. Vgl. auch Henke, W., Sozialtechnologie und Rechtswissenschaft, Sonderdruck aus: Der Staat, 8. Bd., Heft 1, 1969.

2) Rapold, M.U., a.a.O., S. 10 f.

3) Vgl. Schachtschabel, G., Ziel-Mittel-Problematisierung S. 175 ff. Gäfgen, G., Allgemeine Wirtschaftspolitik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, hg. v. W. Ehrlicher, J. Esenwein-Rothe u.a., Bd. 2, 1968, S. 128 ff.

unterziehen, die im ökonomischen Gestaltungsbereich zum Einsatz kommen können. Unzulässig eng wäre allerdings eine Beschränkung auf den Komplex der Mitbestimmung, es sei denn, man sieht auch dieses Mittel unter dem höheren Aspekt der jeweils zugrunde gelegten Wirtschaftsordnung.

Erforderlich ist zunächst eine Präzisierung des Zieles "Demokratisierung der Wirtschaft" (Abschn. I). Es wird versucht, die Designata dieses Ausdrucks möglichst umfassend zu erkennen, um zu einem operationalen Begriff zu gelangen¹⁾. Zum Zwecke eines höheren Informationsgehaltes und der Handlichkeit wegen richten sich die Bemühungen zunächst darauf, "Demokratisierung der Wirtschaft" historisch zu relativieren (1. Kap.). Daß hierbei eine interessenpolitische Argumentation der Gewerkschaften einfließt, ist kein Hinderungsgrund, sie in die Konkretisierung des Begriffs einzubeziehen. Im Gegenteil wird das Ziel um so deutlicher, je genauer man die Grundlage dieser Interessenpolitik kennt. Natürlich liegt dann der Definition von Demokratisierung der Wirtschaft eine Bedeutungsanalyse²⁾ zugrunde, die angibt, welche Bedeutung diesem Ausdruck von einer bestimmten gesellschaftlichen Interessengruppe in einem bestimmten Land und zu einer bestimmten Zeit zugemessen wird. Diese Interessengruppe als Apologet von Demokratisierungsforderungen wird hauptsächlich von den Gewerkschaften repräsentiert, die sich zudem über den Faktor Arbeit in wesentlichen Punkten mit der Argumentation revisionistischer Sozialisten, der sozialdemokratischen Partei (SPD), sowie mit den christlichen Soziallehren treffen.

Zur Vermeidung pathetischer Formulierungen, die in allgemeiner Art wenig über den - wenngleich interessenpolitischen - Gehalt der Forderung aussagen, wird Demokratisierung der Wirtschaft in fünf Teilziele aufgeschlüsselt, so daß sich schließlich (Kap. 2) eine komplexe Definition herausbildet. Dabei soll - so gut es geht - vermieden werden, die Leerformel "Demokratisierung der Wirtschaft" durch andere Leerformeln zu ersetzen. Vielmehr sollen z.B. die Begriffe Demokra-

1) Vgl. Opp, K.D., Methodologie der Sozialwissenschaften, 1970, S. 89 ff.

2) Vgl. Hempel, C.G., Fundamentals of Concept Formation in Empirical Science, 1969, S. 6 ff.

tie, Freiheit, Sicherheit und Macht in ihrem spezifischen, dem Faktor Arbeit zugewandten Inhalt erscheinen. In der Regel werden hier normative Aussagen¹⁾ angeführt, deren Umsetzung in rechtlich zugelassene Organisationsformen - wenn sie von Gewerkschaftsseite gutgeheißen wird - weiteren Aufschluß über die Idee einer demokratisierten Wirtschaft zu geben vermag (Kap. 3).

Den Maßstab zur Beurteilung dieser Demokratisierungsbestrebungen in der Wirtschaft soll für uns das GG bilden. Ob und inwieweit solch ein Vergleich mit dem Text der Verfassung möglich ist, wird im 2. Abschnitt zu prüfen sein. Hierbei interessiert zunächst die ordnungspolitische Stellung des GG (4. Kap.), die ihre besondere Problematik aus dem Wechselverhältnis zwischen Norm und Wirklichkeit erhält (5. Kap.). Neben allgemeinen Erörterungen zu diesem Thema sind es konkret die gegenwärtige Industrie- und Wohlstandsgesellschaft, die gleichsam "von außen" Forderungen an das Normen- und Ideensystem der Verfassung herantragen mit dem vehementen Anspruch auf Neuinterpretation und zeitgemäße Umsetzung in die Welt der Fakten.

Im 3. Abschnitt, wo die hauptsächliche Auseinandersetzung mit dem uns gestellten Problem stattfindet, ist es naheliegend, die interessenpolitisch verstandene komplexe Definition einer demokratisierten Wirtschaft mit der sprachlichen Wurzel des Definiendums zu konfrontieren, nämlich dem staatsrechtlichen Prinzip der Demokratie (Kap. 6). Über die formalrechtlichen Grundzüge hinaus soll vor allem versucht werden, den materiellen Geist in wirtschaftliche Konzeptionen einfließen zu lassen²⁾. Dieser materielle Inhalt heißt, historisch überliefert: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, drei Werte, die neben ihrer wesensmäßigen Verbundenheit mit dem Begriff der Demokratie ihre selbständige Positivierung in den Artikeln 2, 3 und in dem obersten Konstruktionsprinzip des GG, Art. 1, erhalten

1) Vgl. Opp, K.D., a.a.O., S. 106.

2) In diesem Sinne wird von uns auch das Wort "Demokratisierung" verstanden. Semantisch betrachtet kann es durchaus einen jeweils problemorientierten Eigenwert besitzen und muß nicht in jedem Falle ein "transitiver Begriff" zum Zustand der Demokratie sein (so auch Hennis, W., Demokratisierung S. 22 ff.).

haben. Die Rechtfertigung wirtschaftlicher Demokratisierungsziele aus ethischen Axiomen wird vorwiegend durch Konfrontation mit diesen Werten vorgenommen. Die Betrachtungsweise wird sowohl teleologischer Art sein müssen, wenn es um die zweckgerichtete Vereinheitlichung der die Demokratie konstituierenden Werte geht, als auch phänomenologischer Art, wenn der empirisch unveränderliche Grundgedanke der Demokratie seismäßig erkannt werden soll. Bei all dem ist jedoch darauf zu achten, daß das Gestaltungsprinzip Demokratie je nach Anwendungsbereich unterschiedliche Wirkungen zu entfalten imstande ist. Dies soll auch in den Folgerungen für den Aufbau einer Wirtschaftsordnung Berücksichtigung finden.

Die Stellungnahme der Verfassung zu dem zentralen Problem der Wirtschaftsordnung untersuchen wir im 7. Kapitel. Hätte sich das GG für eine bestimmte Wirtschaftsordnung entschieden, so könnte man die unterschiedlich motivierte Forderung nach einer demokratisierten Wirtschaft unter die konkreten Bausteine eben eines solchen Wirtschaftsmodells subsumieren. Es wird sich allerdings herausstellen, daß ein derartiges Modell im GG nicht existiert und auch nicht unterstellt werden darf. Die in den Artikeln des GG verstreut positivierte Wirtschaftsverfassung (im juristischen Sinne) läßt mehrere Spielarten der Wirtschaftsordnung zwischen einer reinen Marktwirtschaft und einer reinen Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischer Prägung zu. Dementsprechend breit wäre der Raum für eine Institutionalisierung wirtschaftsdemokratischer Gedanken - natürlich immer eingedenk des grundgesetzlichen Leitbildes, das sich aus der Synopsis sämtlicher Grundrechte ergibt.

Die Unentschiedenheit der Verfassung bezüglich der Wirtschaftsordnung drückt sich primär in zwei gleichberechtigt konstituierten Eigentumsbegriffen aus, von deren Aktualisierung in entscheidendem Umfange Art und Intensität demokratischer Gestaltungsprinzipien in der Wirtschaft abhängt (Kap. 8).

Legt man das Privateigentum als alleingültiges Eigentumsinstitut der Wirtschaft im Sinne von Art. 14 GG zugrunde (Kap. 8/I), so kann das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als korrespondierende Wirtschaftsordnung angesehen werden.

In seinen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Absichten weist es grundsätzliche Gemeinsamkeiten mit dem Ideengut westlicher Demokratien auf. Auf Mikroebene ist das BetrVG eine adäquate Regelung zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensprozeß. Ansonsten vermag das, was mit der Einführung demokratischer Formen im Unternehmensbereich beabsichtigt ist, zum guten Teil mit einem umfangreichen Instrumentarium der Wirtschaftspolitik bewerkstelligt werden. Dies gilt vor allem für das Ziel der sozialen Sicherheit und der Ausschaltung von Marktmacht im Rahmen einer wirkungsvoll eingesetzten Konjunktur- und Wettbewerbspolitik.

Auf dem Blatt einer völlig anderen Geistesrichtung steht das Problem, ob es gelingt, den Demokratisierungsforderungen in einer teilsozialisierten Wirtschaft gerecht zu werden (Kap. 8/II). Eine nach Art. 15 sozialisierte Wirtschaft scheint jedenfalls auf den ersten Blick die organisationstechnischen Möglichkeiten für die (zumindest formelle) Verwirklichung einer demokratisierten Wirtschaft anzubieten. Wie zu beweisen sein wird, stellt z.B. das MitbestG eine gesetzgeberische Maßnahme auf diesem Felde dar. Die Frage ist lediglich, ob ein liberaler Sozialismus - und nur diese Richtung wäre auf dem Boden des GG vertretbar - auch auf längere Sicht mit den wichtigsten Verfassungsprinzipien vereinbar ist und ob hiermit wirklich die Gedanken einer Demokratisierung zur erhofften Entfaltung kommen. Selbst wenn die Volkswirtschaft nur partiell in Gemeineigentum stehen würde, tauchen neue Entscheidungs- und Steuerungsmechanismen auf, die aus dem Bereich der Wirtschaft heraus nicht nur Wertvorstellungen über die menschliche Gemeinschaft modifizieren und neu gewichten, sondern schließlich zu einem völlig neuen Verständnis des Wirtschaftens, des Staates der Freiheit des einzelnen usw. führen können.

In der Zwiespältigkeit dieses letzten Abschnittes, zwischen Liberalismus und Sozialismus ist jedenfalls ein großes Stück Lösung des hier anstehenden Problems zu vermuten.

1. Abschnitt: Demokratisierung der Wirtschaft - Versuch einer operationalen Begriffsbildung

1. Kapitel: Historische Relativierung

I. Zur Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Idee bis 1945

Forderungen nach einer Demokratisierung der Wirtschaft empfangen zweifellos Impulse von der ausstrahlenden Wirkung demokratischer Strukturen im Staatsbereich. "Demokratie ... will das g a n z e Leben in Freiheit fördern..."¹⁾. Politische Mündigkeit des Volkes beim Übergang von autokratischen zu demokratischen Staatsformen läßt sich nur schwer mit absolutistischen Herrschaftsformen in anderen Sozialbereichen vereinbaren, obwohl - wie gerade das 19. Jh. zeigt - die dominierenden Organisationsprinzipien der Wirtschaft dem politischen Ordnungsgefüge oft erheblich nachhinken. Immer ist es jedoch so gewesen, "daß die Prinzipien, die die Strukturen gesellschaftlicher Gebilde bestimmt haben, ihren Ausgang nehmen aus Anstößen im engeren politischen Bereich"²⁾.

So gesehen, haben weder Platos noch Aristoteles' Idealstaaten der Aristokratie bzw. Monarchie³⁾, noch der mittelalterliche Staat aus "Gottesgnadentum" den patriarchalisch oder absolutistisch regierten Bereich der Produktion anzweifeln lassen⁴⁾. Dagegen wurden Mitbestimmungs-Forderungen wachgerufen beim Übergang zum aufgeklärten Absolutismus, zur konstitutionellen Monarchie sowie vollends zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, wo die Legitimation zur Ausübung der Herrschaft (in staatspolitischen Teilfunktionen oder vollständig) durch das regierte Volk selbst erbracht wurde.

Die Wende von der absolutistischen Monarchie zu halb oder beschränkt autoritären Herrschaftsformen vollzog sich eindrucksvoll um die Jahrhundertwende vom 18. zum 19. Jh. Mit der fran-

1) Astrow, W., Grenzen der Freiheit in der Demokratie, 1940, S. 42.

2) Apel, G., Mitbestimmung, Grundlagen, Wege, Ziele, 1969, S. 43; vgl. auch Strzelewicz, W., a.a.O., S. 57 ff.

3) Mit der Herrschaft einer sittlich-tugendhaften Minderheit (vgl. Hirschberger, J., Geschichte der Philosophie, 8. Aufl., 1965, Bd. 1, S. 130 ff. und 235 ff.).

4) Vgl. Sweezy, P.M., a.a.O., S. 25 ff.

zösischen Revolution von 1789 wurde ein fundamental umwälzender Vorgang eingeleitet, dergestalt, daß das Volk sich seiner politischen Existenz, seiner Eigenschaft als handlungsfähiges Subjekt bewußt wurde¹⁾. Durch die Aufklärung, die Lehre von der Volkssouveränität J.J. Rousseaus sowie die Philosophie des deutschen Idealismus, insbesondere Hegels Negativ-Philosophie, eines "Prinzips der Revolution"²⁾, wurde in dieser Zeit der geistige Grundstock für eine ablehnende Haltung gegenüber absolutistischen Strukturen in der Wirtschaft gelegt. Die wirtschaftliche Wirklichkeit, vor allem in der Anfangshälfte des 19. Jh., entwickelte sich demgegenüber noch in krassem Widerspruch zur wachsenden politischen Verantwortlichkeit des einzelnen im Staate. Die strikte Befolgung liberalistischer Doktrinen und die Reduzierung der Staatsgewalt auf die Normierung derjenigen rechtlichen Voraussetzungen, die für eine selbsttätige Regelung des Wirtschaftsprozesses unerläßlich waren³⁾, führte zu einer wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit weniger und einer eklatanten Abhängigkeit und materiellen Not vieler. Diese durch die Konzeption der liberalistischen Wirtschaftsordnung teilweise selbst hervorgerufenen sozialen Mißstände wurden noch verschlimmert durch eine rasch voranschreitende Industrialisierung. Zwar ist der Kampf gegen unwürdige Abhängigkeitsverhältnisse so alt wie die Geschichte der menschlichen Gemeinschaft⁴⁾. Die größte Sprengkraft jedoch erhielt die Idee einer Demokratie am Arbeitsplatz, im Unternehmen oder auf volkswirtschaftlicher Ebene bei Entstehen der Industriegesellschaft im 19. Jh. Neben einer vom Staate weitgehend unbehelligt gelassenen Individualfreiheit mächtiger Kapitalisten verstärkte die zunehmende Arbeitsteilung und lohndrückende Massenfabrikation die abhängige Stellung des Arbeitnehmers und schürte seinen Widerwillen gegen das bestehende System.

1) Vgl. Schmitt, C., Verfassungslehre, 1954, S. 49 ff.

2) Vom Positivisten F.J. Stahl gebrauchte Kennzeichnung der Hegelschen Dialektik (vgl. Marcuse, H., Theorie der Revolution, 1968, S. 285).

3) Vgl. Reissmüller, H., Grundgesetz und Wirtschaftsverfassung, Diss. München 1960, S. 17.

4) Urkundlich läßt er sich zurückverfolgen bis in die Blütezeit der Zünfte (vgl. Schneider, D., Kuda, R.F., a.a.O., S. 7).

Bereits anfangs des 19. Jh. leisteten die Frühsozialisten (z.B. der Engländer Robert Owen, die Franzosen Louis Blanc, Etienne Cabet, Charles Fourier sowie der Deutsche Wilhelm Weitling) wichtige Beiträge zur gedanklichen Fundierung einer "industriellen Demokratie"¹⁾. Im Rahmen einer monokausalen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse prophezeite Karl Marx schließlich den historisch zwangsläufigen Untergang des Kapitalismus, eine Umwälzung des ökonomisch bedingten Überbaus (Staat, Kirche, Philosophie usw.) und die Diktatur des bisher rechtlosen und versklavten Proletariats²⁾. Seine Vorstellungen einer demokratischen Wirtschaft waren radikal, d.h. sie zielten auf einen qualitativen Umsturz aller überkommenen Herrschaftsstrukturen.

Im Gegensatz hierzu mühte sich 1884 das Ehepaar Webb als Vertreter der "Fabian Society" im englischen Parlament um eine verfassungstreue Lösung der "Industrial Democracy"³⁾. Ende des 19. Jh. begann sich auch in der deutschen Arbeiterbewegung die Auffassung durchzusetzen, daß man statt der abrupten Umwälzung eine allmähliche, schrittweise Veränderung der Verhältnisse anstreben sollte. Von dieser Idee des sog. Revisionismus (E. Bernstein) wurden mehr und mehr auch die Gewerkschaften angezogen, da sie - in Anlehnung an den Fabianismus⁴⁾ - als unentbehrliche Organe der Demokratie neben anderen demokratischen Elementen in der Industrie Würdigung fanden⁵⁾.

Nach Beendigung des 1. Weltkrieges schien in Deutschland die Gelegenheit geboten, die auf die Wirtschaft gerichteten Demokratisierungsbestrebungen im Sinne des Sozialismus zu realisieren, nicht durch revolutionären Akt, sondern auf dem Wege der Gesetzgebung⁶⁾. Die Weimarer Reichsverfassung als erstes

1) Vgl. Schneider, D., Kuda, R.F., a.a.O., S. 8 ff.; Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie S. 192.

2) Vgl. dazu Fetscher, I., Der Marxismus, Seine Geschichte in Dokumenten, insbes. Bd. I, S. 148 ff. und S. 153 ff., sowie Bd. III, S. 424.

3) Vgl. Beck, M., a.a.O., S. 17 ff.

4) Vgl. mit Literaturangaben denselben, a.a.O., S. 19 ff.

5) Vgl. Christmann, A., Leitbilder der Wirtschaftsdemokratie, in: Das Mitbestimmungsgespräch 1959, Heft 5, S. 6 ff. (die Gewerkschaftsbewegung selbst wurde 1916 gesetzlich anerkannt).

6) Vgl. Grupp, W., Sozialisierung und Mitbestimmung, Diss. Tübingen 1966, S. 12; Weis, J., Wirtschaftsunternehmen und Demokratie, 1970, S. 66 ff.

demokratisches Verfassungsinstrument in Deutschland¹⁾ eröffnete mannigfache Möglichkeiten zur stärkeren Einflußnahme der Arbeitnehmer in den wirtschaftlichen Entscheidungsprozeß. Im Vordergrund stand ein überbetriebliches Mitbestimmungsrecht in Form einer institutionell gesicherten Mitwirkung der Arbeiterschaft bei allen Maßnahmen staatlicher Wirtschaftslenkung sowie bei der Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Dieses unter dem Schlagwort "Wirtschaftsdemokratie" bekannt gewordene Programm²⁾ wurde 1928 vom ADGB verkündet³⁾. Durch Demokratisierung der Wirtschaft sollte der Sozialismus verwirklicht werden⁴⁾.

Der Rätegedanke, der in Art. 165/I WRV eine wenn auch unklare Anerkennung gefunden hatte, wurde 1920 durch Einrichtung eines "Vorläufigen Reichswirtschaftsrates" verwirklicht. Er bestand aus insgesamt 326 Mitgliedern, die sich ziemlich gleichmäßig auf Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere Sozialgruppen verteilten⁵⁾. Seine Funktion war vornehmlich beratender und initiiertender Art bei Gesetzesentwürfen von wirtschafts- und sozialpolitischer Relevanz. Das Recht des Reichswirtschaftsrates, beim Aufbau des wirtschaftlichen Räteystems mitzuwirken, manifestierte sich 1920 in dem Betriebsrätegesetz, wodurch den Arbeitnehmervertretern beschränkte Mitwirkungsrechte in erster Linie bei sozialpolitischen Maßnahmen der Unternehmer gesichert wurden. Daneben wurden Entsendungs- und Beteiligungsrechte von Betriebsrats- oder Gewerkschaftsmitgliedern in die Aufsichtsräte von Kapitalgesellschaften⁶⁾, in die Zentralorgane der Reichsbahn⁷⁾, der Reichsbank⁸⁾, der

1) Vgl. Fromme, F.K., Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, 2. Aufl., 1962, S. 1.

2) Vgl. Naphtali, F., Wirtschaftsdemokratie, Ihr Wesen, Weg und Ziel, 2. Aufl., 1966.

3) Die Forderung nach wirtschaftlicher Demokratie kam bereits in den Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands 1919 in Berlin zur Sprache (vgl. Schachtschabel, H.G., Ziel-Mittel-Problematik S. 176).

4) Vgl. Naphtali, F., a.a.O., S. 16 u. S. 20 f.

5) Vgl. Beck, M., a.a.O., S. 30.

6) Vgl. das Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und -verlustrechnung von 1921.

7) Vgl. die Verordnung über Beiräte für die Reichsbahn.

8) Vgl. das Bankgesetz von 1924 (Wahl von Arbeitnehmervertretern in den Zentralausschuß der Reichsbank).

Reichswasserstraßen¹⁾ und der Reichspost²⁾ gesetzlich fixiert³⁾. Was die Sozialisierung von Unternehmungen anbelangt, ermächtigte zwar Art. 156 WRV den Staat, geeignete Unternehmen in Gemeineigentum zu überführen. Von diesem Recht wurde aber nur in der Kali- und Brennstoffindustrie Gebrauch gemacht.

Im großen und ganzen war die Wirkungskraft des Reichswirtschaftsrates bescheiden⁴⁾ und auch sonst blieb der Erfolg des gewerkschaftlichen Programms hinter den Erwartungen seiner Schöpfer zurück. Die Idee einer "Wirtschaftsdemokratie" vermochte die Masse der Arbeiterschaft nicht zu faszinieren. Der linke Flügel der Arbeiterbewegung diffamierte sie als Abirrung vom Marxismus und christliche, freiheitlich-nationale Gewerkschaftsverbände deuteten den Begriff "Wirtschaftsdemokratie" in ihrem Sinne um⁵⁾. Aufgrund der ideellen Zersplitterung im Gewerkschaftsflügel und innerhalb der Parteien über die Gesamtordnung der Wirtschaft blieben institutionelle Maßnahmen zur Durchsetzung einer konsequenten Demokratisierung in den Ansätzen stecken.

1934 wurde die Betriebsverfassung auf den Grundsätzen des Führerprinzips neu festgelegt. Das Betriebsrätegesetz wurde durch § 65/Nr. 1 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG) aufgehoben⁶⁾.

1) Vgl. die Verordnung über Beiräte für die Reichswasserstraßen (von insgesamt 69 Teilnehmern stellten die Gewerkschaften 13 Vertreter).

2) Vgl. Reichspostfinanzgesetz von 1924 (1 Gewerkschaftsvertreter im 70-köpfigen Verwaltungsrat).

3) Vgl. dazu DGB, Mitbestimmung der Arbeitnehmer - ein Leitfa-den, 1968, S. 11 f.; Huber, E.R., Wirtschaftsverwaltungsrecht, 2. Aufl., Bd. I u. II, 1954 passim; Dörge, F.W., Schmidt, M., Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, 1965, S. 23.

4) Vgl. Raiser, L., Rechtsfragen der Mitbestimmung, 1954, S. 6; Abendroth, W., Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, 1965, S. 11.

5) Vgl. Beck, M., a.a.O., S. 33 f.; Dülfer, W., Wirtschaftsdemokratie oder Demokratie in der Wirtschaft? Diss. Marburg 1964, S. 3 ff.

6) Vgl. Schwartz, G., Wirtschaftliche Mitbestimmung und Unternehmerfunktion, Diss. Frankfurt/M. 1956, S. 10.

II. Neuorientierung nach 1945 und gegenwärtiger Stand der Diskussion

Während man in der Weimarer Republik mit "Wirtschaftsdemokratie" eine Unterordnung der Wirtschaft unter die politische Demokratie beabsichtigte¹⁾, d.h. letztlich eine zentrale, demokratisch legitimierte Lenkung vergesellschafteter Unternehmen anstrebte, verlief die Entwicklung nach 1945 in umgekehrter Richtung.

Nach anfänglichen Sozialisierungsforderungen, die sich mangels einer zentralen Staatsgewalt zunächst an die Alliierten²⁾ und an die Länderregierungen richteten³⁾, verlegte die 1949 in München gegründete Einheitsgewerkschaft (DGB) ihr Schwergewicht auf die Einführung betrieblicher Mitbestimmung⁴⁾. Diese sollte nicht mehr nur den personellen und sozialen Bereich umfassen, sondern darüber hinaus Einfluß nehmen auf wirtschaftliche Entscheidungen und damit auf die Unternehmensleitung. Ihren stärksten Ausdruck fand diese Politik der Gewerkschaften in dem 1951 beschlossenen "Bundesgesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie" (MitbestG). Die Arbeitnehmerschaft des genannten Industriezweiges erhielt das Recht auf paritätische (qualifizierte) Mitbestimmung. Demokratisierung über den Unternehmensbereich hinaus hält man bei den Gewerkschaften nach wie vor in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft für wünschenswert, auf regionaler Ebene in den Wirtschaftskammern, auf Länderebene in Landeswirtschaftsräten und auf Bundesebene in einem Bundeswirtschaftsrat.

In Erinnerung an die totalitäre Zwangswirtschaft der national-

- 1) Vgl. Arndt, A., Das Problem der Wirtschaftsdemokratie, in: SJZ, 1946, S. 137.
- 2) 1947 wurden aufgrund der Initiative Hans Bücklers paritätisch besetzte Aufsichtsräte in den "entflochtenen" Stahlwerken eingesetzt. Die Zustimmung hierzu erteilte die unter britischer Observanz stehende Kontrollinstanz über den Bereich der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie (North German Iron and Steel Control Group); vgl. auch Wendt, B.J., Wirtschaftliche Mitbestimmung - ein Problem unserer Wirtschafts- und Sozialordnung, 1969, S. 9 f.
- 3) Sozialisierungsartikel finden sich z.B. in Art. 39-41 Hess. Verf., Art. 160 Bayr. Verf., Art. 42-44 Brem. Verf. (vgl. dazu Huber, E.R., WVR, Bd. II, a.a.O., S. 145 f.
- 4) Vgl. DGB, Mitbestimmung - eine Forderung unserer Zeit, 2. Aufl. 1966, S. 10.

sozialistischen Epoche und mit dem Erstarken neoliberaler Ordnungskonzeptionen in der Bundesrepublik beteuerten die Gewerkschaften wiederholt, daß sie die qualifizierte Mitbestimmung nicht als Instrument gesamtwirtschaftlicher Lenkung verstehen wollen, sondern die marktwirtschaftliche Grundlage unserer Wirtschaftsordnung bejahen¹⁾. Ungeachtet gelegentlich widersprüchlicher Äußerungen einzelner Industriegewerkschaften²⁾ geht der DGB davon aus, "daß sich Sozialisierungsvorstellungen einerseits und marktwirtschaftliche Prinzipien andererseits gewissermaßen durch die Klammer der Mitbestimmung zu einer verbesserten freien Wirtschaftsordnung miteinander verbinden ließen"³⁾.

In die Diskussion um eine Demokratisierung der Wirtschaft treten ebenfalls die Kirchen ein, bemüht, den christlichen Vorstellungen der Menschenwürde im Arbeitsleben materiellen Gehalt zu geben⁴⁾. Zu einem nachdrücklichen Votum der katholischen Kirche zugunsten der Mitbestimmung der Arbeitnehmer kam es 1949 in Bochum, wo es u.a. hieß: "Das bisherige Wirtschaftsrecht war zu sehr den Dingen und zu wenig dem Menschen zugewandt ... Die katholischen Arbeiter und Unternehmer stimmen darin überein, daß das Mitbestimmungsrecht aller Mitarbeitenden bei sozialen, personalen und wirtschaftlichen Fragen ein natürliches Recht in gottgewollter Ordnung ist, dem die Mitverantwortung aller entspricht"⁵⁾. Der Eindruck von einer "unantastbaren Heiligkeit" des Privateigentums wurde spätestens mit der päpstlichen Enzyklika Mater et Magistra korrigiert. In ihr heißt es: "Die Arbeit ist unmittelbarer Ausfluß der menschlichen Person und hat deshalb den Vorrang vor dem Vermögen,

1) Vgl. Biedenkopf-Gutachten, Bonn 1970, S. 16.

2) Vgl. dazu Rauscher, A., Arbeit und Eigentum in der Problematik der paritätischen Mitbestimmung, in: Mitbestimmung? Hg. v. G. Briefs, 1967, S. 60.

3) BDA, Wirtschaftliche Mitbestimmung und Freiheitliche Gesellschaft, 2. Aufl. 1966, S. 10; vgl. auch DGB, Mitbestimmung - ein Leitfadens, S. 60.

4) Vgl. Rauscher, A., Arbeit und Eigentum S. 60 f.; Kunze, O. (Hg.), Christmann, A., Wirtschaftliche Mitbestimmung im Meinungsstreit, 1964, Bd. 1, S. 91 ff., Bd. 2, S. 93 ff.

5) EntschlieÙung des 73. Deutschen Katholikentages 1949, abgedr. bei: Kunze, O., Christmann, A., Wirtschaftliche Mitbestimmung, Bd. 2, S. 106.

dem seiner Natur auch nur der Wert eines Mittels zukommt"¹⁾, denn der Mensch ist mehr wert "durch das, was er ist, als durch das, was er hat"²⁾.

Zu ähnlichen Erklärungen kam der Rat der evangelischen Kirche Deutschlands 1950: "Es ist der Sinn des Mitbestimmungsrechtes, das bloße Lohnarbeitsverhältnis zu überwinden und den Arbeiter als Menschen und Mitarbeiter ernst zu nehmen"³⁾.

Der Mehrheitsentwurf einer vom Rat der EKD vorgelegten Studie sieht für Großunternehmen vor, daß der Aufsichtsrat zur Hälfte von Anteilseignervertretern besetzt wird. Die andere Hälfte soll aus Arbeitnehmervertretern nach Maßgabe des BetrVG gebildet werden sowie aus Personen, deren Bestellung vom Vertrauen beider Sozialpartner abhängt⁴⁾.

In allgemeinen Formulierungen wird von beiden Kirchen immer wieder auf die Erhaltung des Wettbewerbs und die Berücksichtigung der "Erfordernisse der Sache" hingewiesen⁵⁾. Bedingt durch vorwiegend an den Glauben appellierende Argumente kommt es selten zu analytischen Gegenüberstellungen der Forderung mit ebendiesen Gesetzmäßigkeiten anderer Sachbereiche, z.B. zwischen Mitbestimmung und dem Institut des Eigentums oder mit der Rechts- und Wirtschaftsordnung im ganzen.

Die großen politischen Parteien bemühten sich nach dem 2. Weltkrieg, in der deutschen Bevölkerung ein demokratisches Bewußtsein zu wecken, das nicht nur im Formalen steckenbleiben sollte. "Die Demokratisierung sollte vielmehr als tiefgreifender

1) Mater et Magistra n. 107, zit. nach Klüber, F., Wirtschaftliche Mitbestimmung als gesellschaftspolitisches Ziel der katholischen Soziallehre, in: Schriftenreihe Mitbestimmung, hg. v. DGB, 2. Aufl., Aug. 1968, S. 6.

2) Ebenda n. 35, zit. nach Klüber, F., a.a.O., S. 7.

3) Erklärung des Rates der evangelischen Kirche Deutschlands zur Frage der Mitbestimmung, in: "Der Mensch im Kollektiv", Kirche im Volk, Heft 6, 1950, S. 60.

4) Vgl. dazu Biedenkopf-Gutachten, S. 29.

5) Vgl. Kardinal J. Frings (Hg.), Verantwortung und Mitverantwortung in der Wirtschaft, 1949, S. 90 u. 118; Nawroth, E., Wirtschaftliche Mitbestimmung als Ordnungsproblem, in: Schriftenreihe Mitbestimmung, hg. v. DGB, Heft 3, 1968, S. 36 ff.; als Vertreter der evang. Sozialethik vgl. Wiedemann, L., Zur Entwicklung des Mitbestimmungsgedankens in der evangelischen Sozialethik, in: Mitbestimmung und Wirtschaftspolitik, hg. v. K. Nemitz u. R. Becker, 1967, Bd. 2, S. 72 ff.

sozialer Prozeß eine Umwandlung aller Autoritätsbeziehungen zur Folge haben"¹⁾. Dafür bot sich vielen die Mitbestimmung als gangbarer Weg an. Im Ahlener Programm vom 3.2.1947 befürwortete die CDU ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und eine Vergesellschaftung des Bergbaus und der Eisenindustrie mit der Begründung, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei²⁾. In den Düsseldorfer Leitsätzen vom Sommer 1949³⁾ schränkte man dieses Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ein, damit es nicht die Unternehmerinitiative hemme⁴⁾. Inzwischen hat die CDU auf dem 18. Bundesparteitag im Januar 1971 einen Vorschlag der Mitbestimmung formuliert, der in etwa den Vorstellungen der Biedenkopf-Kommission entspricht⁵⁾.

Die SPD stellte in ihren Hannoverschen Leitsätzen vom 11. Mai 1946 Forderungen nach einer umfassenden Neuordnung der Wirtschaft unter stärkster Beteiligung der Arbeitnehmer und Verbraucher. Sie distanzierte sich aber bald von Zwangsmaßnahmen der Notstandswirtschaft nach dem Kriege und strebte eine "Lenkung mit leichter Hand" an⁶⁾.

Die FDP sprach erst 1953 von einer Partnerschaft in den Betrieben durch Mitwirkung der Arbeiterschaft zum Zwecke der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung⁷⁾.

Kennzeichnend für die Stellungnahmen der angeführten sozialen Gruppen (DGB, AGV), der politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP) oder der Kirchen zu dem Thema Demokratisierung der Wirtschaft ist eine im wesentlichen integrierende Argumentation, m.a.W. man bemüht sich um Lösungen, die der Demokratie, dem Rechtsstaat und einer marktwirtschaftlichen Ordnung ge-

1) Dörge, F.W., Schmidt, M., a.a.O., S. 8.

2) Vgl. Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU vom 3.2.1947, abgedr. bei Abendroth, W., Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie, S. 126 ff.

3) In Kurzfassung ebenda abgedr., S. 131 ff.

4) Vgl. auch Grundsatzprogramm der CSU vom 14.12.1968, S. 17 sowie Wendt, B.J., a.a.O., S. 8.

5) Vgl. Berliner Programm der CDU, 2. Fassung, 1971, Ziff. 72.

6) Vgl. Grundsatzprogramm der SPD, Bad Godesberg 1959, S. 13 f.

7) Vgl. Wirtschaftsprogramm der FDP, Lübeck 1953.

recht werden. Eine Abneigung gegen ideologisch determinierte Wegweisungen, wie sie zumindest in der Weimarer Republik dem sozialistisch ausgerichteten ADGB zugrunde lagen, ist heute deutlich zu verspüren. Das gilt auch in zunehmendem Maße für die Verfechter eines "liberalen Sozialismus"¹⁾, der bezeichnenderweise gerade aus dem Inhalt des GG abgeleitet wird²⁾. Der Arbeitnehmer erhält tendenziell die Rolle eines Mitarbeiters, "dessen Stellung im Betrieb durch die Gesetzgebung (BetrVG, Kündigungsschutz), Tarifverträge und durch freiwillige betriebliche Maßnahmen (Ergebnisbeteiligung) immer mehr von der eines abhängigen Arbeitnehmers in die eines Partners übergeht"³⁾.

III. Mitbestimmung - ein typisch deutsches Resultat?

Entgegen der Präponderanz, die das Thema Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland bei den Gewerkschaften zur Zeit genießt und entgegen dem erreichten Ausmaß der Mitbestimmung in deutschen Unternehmen, lehnt man in den großen Industrieländern mit stärkster Gewerkschaftsmacht (USA, England, Schweden) die Mitbestimmung rundweg ab⁴⁾. Die amerikanischen Gewerkschaften (die sich anders verstehen als die deutschen) finden es unbegreiflich, daß die deutschen Gewerkschaften durch ihre Unterstützung der Mitbestimmung eine Mitverantwortung eingehen wollen; "sie finden es viel einfacher, unbelastet von jeder Verantwortung einfach von draußen her dem Unternehmer in seine Entscheidungen hineinzureden oder vielmehr in seine Entscheidungen einzugreifen,

-
- 1) Vgl. Eichler, W., Grundwerte und Grundforderungen im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, 1962.
 - 2) Vgl. dazu Abendroth, W., Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie; Oelinger, J., Die neue Linke und der SDS, 1969, S. 179 ff.; Scheuch, E.K., Das Gesellschaftsbild der "Neuen Linken", in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, hg. v. E.K. Scheuch, 2. Aufl. 1968, S. 113.
 - 3) Wöhe, G., Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 7. Aufl. 1967, S. 83.
 - 4) Vgl. G. Briefs, Demokratie und Wirtschaft S. 65 f.; derselbe, Zwischen Logik und Dialektik der wirtschaftlichen Mitbestimmung, in: Mitbestimmung? hg. v. G. Briefs, 1967, S. 199 ff.; Biedenkopf-Gutachten S. 57.

und dies recht gründlich"¹⁾. In der französischen Wirtschaft, die durch große verstaatlichte Bereiche, starken traditionellen Staatseinfluß auf das Wirtschaftsleben und durch die Einrichtung der Planifikation charakterisiert ist, lassen sich gewerkschaftliche Bestrebungen nach Mitbestimmung in der Unternehmenspolitik am ehesten durch Teilnahme in den wirtschaftspolitischen Instanzen verwirklichen²⁾.

Betrachtet man die unterschiedlichen sozial-strukturellen Bedingungen, so erscheint die dargebotene deutsche Lösung einer Demokratisierung der Wirtschaft in Form einer gesetzlich garantierten Einflußnahme der Arbeitnehmer an Unternehmensentscheidungen verständlich. Zum einen können die meist regionalen Tarifverträge nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen im engeren Sinne regeln. Eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen in spezifischen Unternehmenskategorien ist also durch Tarifverträge allein nicht zu erreichen. Zum anderen ist wegen der prinzipiell marktwirtschaftlichen Ordnung über die Wirtschaftspolitik nur ein begrenzter Einfluß auf die Entscheidungsfreiheit der Unternehmer möglich³⁾.

Wie Hennis bemerkt, haben die Deutschen ein besonderes Nachholbedürfnis in bezug auf Demokratie⁴⁾. Gleichzeitig gibt Dahrendorf in seiner gesellschaftskritischen Analyse über Deutschland⁵⁾ zu bedenken, daß die Konzentration auf Veränderungen der Betriebsverfassung ebenso eine tiefe Abneigung der Beteiligten in der Industrie am Konflikt offenbart, verbunden mit einer Suche nach endgültigen Lösungen, dem Griff nach der ein für allemal gerechten Lösung, wie sie auch "in anderem Gewande die deutsche Wissenschaft beherrscht"⁶⁾.

Sollte diese Suche nach immer unübersichtlicheren und aufwendigeren Strukturen betrieblicher Sozialorganisation, bei der

-
- 1) Nell-Breuning, O., Arbeit und Mitbestimmung, in: Mitbestimmung, hg. v. A. Rauscher, 1968, S. 31 (so z.B. durch "work rules" und "shop stewards").
 - 2) Vgl. DGB, Mitbestimmung, eine Forderung unserer Zeit S. 13; Wallraff, H.J., Eigentum, Markt und Mitbestimmung, in: DGB-Schriftenreihe Mitbestimmung, Heft 3 1968, S. 44.
 - 3) Vgl. DGB, Mitbestimmung, Forderung unserer Zeit S. 13.
 - 4) Vgl. Hennis, W., Demokratisierung S. 10.
 - 5) Vgl. Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie.
 - 6) Vgl. ebenda, S. 197.

langsam die verlässliche Kanalisierung von Auseinandersetzungen und ihrer Kontrolle unmöglich wird, Ausdruck einer Angst vor der widerspruchsvollen Vielfalt der Wirklichkeit sein, so würde die Mitbestimmung eine wenig taugliche Voraussetzung für die Etablierung des Prinzipes liberaler Demokratie im politischen Gemeinwesen bilden¹⁾. Den Institutionen der parlamentarischen Demokratie wohnt eine tolerierende Einstellung zu Interessenkonflikten inne, "wie sie aus der unterschiedlichen Stellung von Menschen in sozialen Zusammenhängen erwachsen, eine Einstellung, die sich auch auf andere institutionelle Bereiche übertragen läßt"²⁾. Demokratisierung der Wirtschaft verlangt also nach diesem Verständnis der Demokratie, dem wir uns anschließen, Auseinandersetzungen im Unternehmen nicht zu verdrängen oder auf eine "höhere Ebene" umzulenken, sondern Regelungen der rationalen Auseinandersetzung zu versuchen. "Der Mensch will Eintracht: aber die Natur weiß besser, was für seine Gattung gut ist: sie will Zwietracht"³⁾.

2. Kapitel: Zielvorstellungen

Demokratisierung beabsichtigt in groben Umrissen folgendes zu verwirklichen: den Grundsatz der Selbstbestimmung, die Achtung vor der Würde des einzelnen Menschen, den Ausgleich einseitiger Machtstellungen und die Mitwirkung an Entscheidungen durch die von der Entscheidung Betroffenen⁴⁾. Dies wird von Arbeitnehmerseite oft wesentlich unkomplizierter ausgedrückt und mündet nicht selten in die gemeinverständliche Symbolsprache der Lohnforderungen⁵⁾. Andererseits steckt sicher einiges hinter dem Deckmantel von Menschenwürde und Gestaltungsfreiheit, was sich später nur in höheren

1) Vgl. Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie S. 172, 197 u. 204.

2) Ebenda, S. 170.

3) Kant, I., Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Politische Schriften, hg. v. O.H. von der Gablentz, 1965, S. 14.

4) Vgl. auch Biedenkopf-Gutachten S. 65.

5) Geld ist die "lingua franca" der Wirtschaft (vgl. Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie S. 198).

Löhnen oder einer Machtverschiebung zugunsten der Gewerkschaften niederzuschlagen vermag. Diese Vordergründigkeiten im Postulat einer demokratisierten Wirtschaft gilt es zu entlarven, indem der demokratische Gedanke so klar wie möglich herausgearbeitet wird.

Wenn unter Demokratisierung der Wirtschaft ausschließlich verstanden wird, daß Mitwirkungsrechte der Arbeiter und Angestellten in der Führung des Unternehmens bzw. Betriebes bestehen sollen, so ist dies eine interessenpolitische Einengung des Problems. In einer Volkswirtschaft unterliegen alle Menschen, in welcher wirtschaftlichen Funktion auch immer, Entscheidungen anderer Wirtschaftssubjekte. Aus dieser Abhängigkeit (z.B. des Konsumenten vom Anbieter, des Unternehmers vom Staat, des Staates vom Bürger und umgekehrt) erhält für jeden einzelnen die Forderung nach einer demokratischen Wirtschaft gleichermaßen Bedeutung. Insoweit würde sich unvoreingenommen die Frage nach der gerechten Wirtschaftsordnung überhaupt stellen, für deren Aufbau Elemente der demokratischen Staatsform als unverzichtbar angesehen werden. Es ginge nicht um die Verwirklichung des Arbeitnehmerinteresses schlechthin.

Trotzdem wollen wir zunächst von diesem letzteren Standpunkt ausgehen, insbesondere deshalb, weil die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft aus den Reihen der abhängig Arbeitenden geboren wurde. Dazu kommt, daß im marktwirtschaftlichen System der Herrschaftsbereich Unternehmen die direktesten und persönlichsten Abhängigkeiten erzeugen kann, der Mikrobereich des Problems also primär ins Auge fällt. Unter diesem Aspekt erscheint Mitbestimmung im Verlaufe des Versuchs einer Operationalisierung oftmals als Synonym zu Demokratisierung, als deren konkrete und adäquate Lösung.

Diese Schlußfolgerung bedarf aber erst eines Beweises¹⁾.

1) Da die Mitbestimmung bei gewerkschaftlichen Umfragen oft weit hinter anderen Sozialforderungen der Arbeiter rangierte (allgemeine soziale Sicherheit, mehr Urlaub, Vollbeschäftigung), ist schon von daher die Infragestellung der Mitbestimmung als Demokratisierungsmittel berechtigt (vgl. dazu G. Briefs, Logik und Dialektik S. 203; Deutsches Industrieinstitut, Mitbestimmung - Forderungen und Tatsachen, 2. Aufl. 1968, S. 62).

Würde dieser ausbleiben oder würden andere Lösungen des Problems auftauchen, wenn wir das Prinzip der Demokratie bzw. die Staatsverfassung zu Rate ziehen, so wäre eine Mitbestimmung als Mittel einer Demokratisierung der Wirtschaft abzulehnen. Im Hinblick auf diese Ungewißheit ist im folgenden die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu werten. Sie steht in ebenso kritischem Licht wie die gesamte Interessenposition des Arbeitnehmers, die niemals außerhalb des größeren wirtschaftlichen Interaktionsgefüges steht. Es soll nunmehr versucht werden, die Demokratisierungswünsche der Arbeitnehmer zu erforschen, so wie sie sich in der öffentlichen Diskussion herauskristallisiert haben.

I. Die "volle Verwirklichung" der Demokratie

In der Weimarer Republik wurde bereits ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die "formale Demokratie" als Staatsform ein Schattendasein führen müsse, "wenn es außerhalb der in ihr organisierten Verantwortlichkeiten, außerhalb ihres Prozesses, der juristisch als Gesetzgebung in Erscheinung tritt, unverantwortliche Mächte gäbe, die nicht in der geschriebenen Verfassung organisiert waren, aber mächtigere Gesetze diktieren konnten, als die im Reichsgesetzblatt verkündeten"¹⁾. Auch Naphtali schließt sich dem an, daß die politische Demokratie allein keineswegs eine vollendete Demokratie sei, keine endgültige Befreiung der arbeitenden Massen bedeute und von sich aus nicht einmal die schlimmsten Formen der Ausbeutung beseitige²⁾.

Wenngleich heute von einer Ausbeutung des "Proletariats" in Anlehnung an die Marx'sche Mehrwerttheorie nicht mehr ernsthaft gesprochen werden kann, sehen die Gewerkschaften den Arbeitnehmer immer noch unter dem Druck, seine Arbeitskraft verkaufen und unter ein uneingeschränktes Weisungsrecht des Arbeitgebers stellen zu müssen. Im Gegensatz zur Möglichkeit der autonomen Wahl der Staatsregierung sei der Arbeitnehmer

1) Arndt, A., Problem S. 137.

2) Vgl. Naphtali, F., a.a.O., S. 20.

im Betrieb bloßer Befehlsempfänger einer ihm oktroyierten Unternehmensleitung. Für den wirtschaftlichen Bereich dürfe aber nicht versagt werden, was für den politischen Bereich gilt. "In einer freiheitlich demokratischen Ordnung darf es für die gesellschaftlichen Gruppen nicht zweierlei Rechte oder eine einseitige Verteilung von Rechten geben: für die einen das ausschließliche Verfügungsrecht und für die anderen die widerspruchslöse Unterordnung"¹⁾. Ebenso wie die Freiheit hat auch die demokratische Ordnung unteilbaren Charakter²⁾. Sie ist nicht nur die Tatsache, "in gewissen Abständen zur Wahlurne gehen zu können", sondern "auch eine Gesinnung und ein besonderes Verhalten, das in das Verhaltensmuster der umfassenden gesellschaftlichen Ordnung eingewebt ist"³⁾.

Die Gewerkschaften erkennen in der politischen Demokratie einerseits die Voraussetzung ihrer Existenz, andererseits die Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger an der wirtschaftlichen und kulturellen Willensbildung⁴⁾. Mit dieser Einstellung soll nicht nur die demokratische Idee ihre Vollendung erfahren, sondern darüber hinaus die politische Demokratie gefestigt werden⁵⁾; denn "mit steigendem Bildungsstand, vermehrter Einsicht in politische und wirtschaftliche Zusammenhänge und erhöhtem Selbstbewußtsein wurden den Arbeitnehmern und ihren Organisationen die Gegensätze zwischen Subjektstellung im politischen Leben und Objektstellung im wirtschaftlichen Bereich immer stärker bewußt"⁶⁾. Derartige Diskrepanzen zwischen autokratischer Wirtschaftsordnung

1) DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 23.

2) Weis, J. (a.a.O., S. 146) spricht hier von der integralen, gesellschaftlichen Demokratie; vgl. auch Nawroth, E., a.a.O., S. 37; DGB, Aktionsprogramm, Juli 1970, S. 26.

3) Strzelewicz, W., a.a.O., S. 57; vgl. auch Oelinger, J., a.a.O., S. 112; Rosenberg, L., Mitbestimmung - eine Forderung unserer Zeit, in: GewMH, Nr. 4, April 1968, S. 193 ff.

4) Vgl. DGB, Grundsatzprogramm, 1963, Präambel S. 4.

5) Die Demokratie in Staat und Gesellschaft muß vom Wirtschafts- und Arbeitsleben her aufgebaut werden. Weis (a.a.O., S. 146) bezeichnet dies mit "Fundamentaldemokratie"; vgl. auch Dülfer, W., a.a.O., S. 23.

6) DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 7.

und demokratischer Staatsordnung gelte es mitsamt der Zweiklassen Gesellschaft zu beseitigen¹⁾. Demokratie ist ein sozialer Prozeß und als solcher "eine Umwandlung von allen, nicht nur von politischen Autoritätsbeziehungen, ein Abbau aller und nicht nur der politischen Privilegien und Vormachtstellungen²⁾".

II. Die Beseitigung der Objektstellung der Arbeitnehmer im Unternehmen

Die moralische und gesetzliche Pflicht, die Würde des einzelnen Menschen zu achten, so wie er hier und heute lebt, darf im Herrschaftsverband eines Unternehmens nicht vernachlässigt werden. Der Arbeiter soll seine Seele nicht in der Garderobe abgeben, wenn er eine Fabrik betritt (Henry Ford I.). In der Arbeit, als wichtigem Element der Daseinserfüllung, vermag sich die Persönlichkeit des Individuums im Streben nach Vervollkommenung seines eigenen Menschturns zu entfalten³⁾. Dieses entelechische Streben - bei Thomas von Aquin als teleologischer Gottesbeweis bekannt⁴⁾ - wohne jedem Menschen inne. Wird er in diesem Streben nach Bewährung und Anerkennung nicht gehindert, so trägt dies zu seiner inneren Zufriedenheit bei⁵⁾. In diesem Zusammenhang besteht z.B. der Sinn der Mitbestimmung darin, "die Arbeitsfreude der Arbeitnehmer und ihre Bereitschaft zu steigern, mit eigenem Verantwortungsgefühl mitzudenken"⁶⁾.

Als Repression dieser freien Entfaltung persönlicher Anlagen und Fähigkeiten gilt die auf das Privateigentum gestützte

1) Vgl. Klüber, F., a.a.O., S. 20.

2) Strzelewicz, W., a.a.O., S. 57; vgl. auch Brandt, W., Die Alternative, in: Die neue Gesellschaft, 16. Jg. (1969), Sonderheft Mai 1969, S. 3 ff.

3) Vgl. Boettcher, E., Hax, K., u.a., Unternehmensverfassung als gesellschaftspolitische Forderung, 1968, S. 24 f.

4) Vgl. Hirschberger, J., Geschichte der Philosophie, Bd. 1, S. 503.

5) Vgl. dazu Klüber, F., a.a.O., S. 5 ff.; Wiedemann, L., a.a.O., S. 78 ff.

6) Raiser, L., Rechtsfragen S. 30.

Unternehmenshierarchie¹⁾. Der Arbeitnehmer läßt sich hierdurch zum Objekt und Mittel der Nutzbarmachung fremden Eigentums entwürdigen²⁾. Aber "jeder Mensch hat das Recht, sein Schicksal - und damit auch sein Arbeitsleben - selbst zu bestimmen"³⁾. Die Autorität der Unternehmensleitung dürfe sich insofern nur von denjenigen herleiten, die davon betroffen sind (F. Engels)⁴⁾.

Mit der Einführung demokratischer Formen im Unternehmensbereich erhofft man außerdem eine Kompensation dessen, was bei Abschluß des Arbeitsvertrages zunächst fehlt, nämlich die gleichberechtigte Freiheit der Vertragspartner, d.h. die Verwirklichung des den Vertrag im allgemeinen kennzeichnenden Konsensualprinzipes⁵⁾. "Der wirtschaftliche Zwang zum Abschluß eines Arbeitsvertrages setzt sich in der Notwendigkeit fort, der Planungszuständigkeit des Unternehmens, ihrer Konkretisierung durch das Weisungsrecht und damit der Existenz und Ausübung von Befehlsbefugnissen zuzustimmen"⁶⁾.

Die wirtschaftlich schwächere Position des Arbeitnehmers wird heute insoweit gemildert, als die Regierung eine Politik der Vollbeschäftigung betreibt (die Arbeitsmarktverhältnisse also für den Arbeitnehmer günstig sind), als Tarifverträge wichtige Arbeits- und Lohnbedingungen kollektivvertraglich aushandeln und Gesetze zum Schutze der abhängig Beschäftigten bestehen. So richten sich Demokratisierungsbestrebungen in der Wirtschaft gegenwärtig weniger auf die Beseitigung der wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die bei freiberuflich Tätigen

1) Mit zunehmendem technischen Fortschritt verlieren allerdings die "kapitalistischen Herren und Eigentümer" ihre Identität als verantwortliche Kräfte; "sie nehmen die Funktion von Bürokraten in einer körperschaftlichen Maschine an". (Marcuse, H., Der eindimensionale Mensch, 1968, S. 52).

2) Vgl. Klüber, F., a.a.O., S. 17.

3) DGB, Mitbestimmung - ein Leitfadens S. 6; vgl. auch DGB, Aktionsprogramm, Juli 1970, S. 26.

4) Vgl. Fürstenberg, F., Demokratisierte Fabrik entspricht der menschlichen Würde, in: Der Gewerkschafter, Heft 12, 1969, S. 447.

5) Eine Ordnung des Arbeitsverhältnisses, die über das bloße Lohnarbeitsverhältnis hinausreicht, würde dabei allerdings eher durch den Begriff des Gesellschaftsvertrages gedeckt (vgl. Klüber, F., a.a.O., S. 8 f.).

6) Vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 61.

oft noch wesentlich größer sind als bei Unselbständigen, sondern auf die besondere, aus der Organisation des wirtschaftlichen Zweckverbandes Unternehmen resultierende Fremdbestimmtheit der konkreten Arbeitsleistung. Die Dispositionsbefugnis und Planungskompetenz des Unternehmers auf der einen Seite sowie die Weisungsgebundenheit der Arbeitnehmer auf der anderen Seite tragen nämlich Merkmale, "die in dieser Form sonst nur in typischerweise öffentlich-rechtlich begründeten Über-Unterordnungsverhältnissen anzutreffen sind"¹⁾. In bestimmten Grenzen ist demnach eine Übertragung von Begriffen und Institutionen aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich, die auf grundrechtlichen und politischen Wertentscheidungen beruhen, auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses und auf die Organisation und Leitung des Unternehmens zulässig. Die angedeuteten Grenzen ergeben sich aber aus dem Institut des Privateigentums sowie vor allem aus der stets notwendigen Herrschaftsstruktur des Unternehmens selbst, die eben nicht zum größten Teil Akt der persönlichen Willkür des Unternehmers ist, sondern aus Aufgabe und Ziel solcher wirtschaftlichen Subsysteme erwächst²⁾. Niemand - mit Ausnahme einiger Verfechter des Räteystems³⁾ - will klare Subordinationsverhältnisse mit entsprechender Weisungskompetenz an der Spitze abschaffen. "Uneinigkeit herrscht dagegen in den Fragen, wem die Unternehmensleitung zusteht, wer der Unternehmensleitung die Entscheidungsvollmacht gibt und wem sie verantwortlich sein soll"⁴⁾. Mit der Lösung dieser Fragen ist die Beseitigung der Objektstellung des Arbeitnehmers im Herrschaftsverband Unternehmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufs engste ver-

1) Biedenkopf-Gutachten S. 61.

2) Vgl. Nell-Breuning, O., Zur wirtschaftlichen Mitbestimmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 24.8.1966, S. 7.

3) Vgl. Ritter, G.A., Direkte Demokratie und Rätewesen in Geschichte und Theorie, in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, hg. v. E.K. Scheuch, 1968, S. 232 ff.; Kevenhörster, P., a.a.O., S. 43 ff.

4) Nawroth, E., a.a.O., S. 37.

bunden¹⁾.

Andere Objekt-Stellungen des arbeitenden Menschen sind indes-
sen kaum durch Demokratisierungsmaßnahmen in Form der
Mitbestimmung zu verhindern. Wir denken hier vor allem an
die ausgeprägte Arbeitsteilung, die zunehmende Automatisie-
rung, woraus eine Beziehungslosigkeit zum hergestellten Pro-
dukt, das zur "Ware" geworden ist, erwächst und was den Pro-
duzierenden in die stupide Rolle eines "Rädchen im Getriebe"
zwingt. Der Industriearbeiter erkennt sich in der Regel im
Resultat seiner Arbeit nicht wieder. Er arbeitet nicht für
eigene, sondern für fremde Interessen und da wiederum für
einen manipulierten Bedarf, der gar nicht mehr den authentis-
chen Konsumwünschen der Bevölkerung entspricht²⁾.

Den arbeitenden Menschen umgeben im Laufe der technischen
Entwicklung immer mehr fremde, ihm nicht gehörende Dinge,
mit denen er laufend umzugehen hat. "Gebäude, Maschinen,
Arbeitsgerät, Material: alles gehört einem anderen. Arbeits-
zeit und Arbeitstempo, Arbeitsmethoden und Arbeitsangebot:
alles wird von einem anderen bestimmt. Er fertigt kaum noch
ein ganzes Werkstück, sondern immer nur einen Teil. Die Ma-
schine, an der er tätig ist, arbeitet schneller, exakter,
gleichmäßiger als er selbst. Er weiß kaum noch etwas vom
Zweck seiner Arbeit, kennt weder Lieferanten, Auftraggeber
noch Kunden"³⁾. Die Sinnentleerung der beruflichen Tätigkeit,
die zur Teilhandlung in einem nicht mehr zu überschauenden
Arbeitsprozeß wird, veranlaßt den modernen Menschen, seinen
Lebensinhalt außerhalb seiner beruflichen Tätigkeit zu su-
chen. Mangelnde Befriedigung in der Arbeit wird dabei aus-
geglichen durch ein reichhaltiges Konsumangebot⁴⁾. Der obskure

1) Daraus folgt, daß es z.B. bei der erweiterten Mitbestim-
mung der Arbeitnehmer weniger darauf ankommt, ob dadurch
die Abhängigkeit des Arbeitnehmers im Sinne der Weisungs-
gebundenheit abnimmt, "sondern schlicht, ob seine Schutz-
bedürftigkeit so entscheidend gemindert wird, daß man auf
eigene Schutzregeln verzichten kann." (Zöllner, W., Die
Einwirkung der erweiterten Mitbestimmung auf das Arbeits-
recht, in: RdA, Heft 3, 22. Jg. 1969, S. 67).

2) Vgl. Marcuse, H., Der eindimensionale Mensch S. 21 ff.

3) DGB, Mitbestimmung - ein Leitfaden S. 7.

4) Vgl. Marcuse, H., Aggressivität S. 136.

Umfang des gesamten Ordnungsprozesses¹⁾, der dem einzelnen das Gefühl der eigenen Unbedeutsamkeit und Unverantwortlichkeit gibt, raubt ihm sein Selbstbewußtsein und Selbstverständnis und demoralisiert ihn, "weil er ihn nicht mehr wissen läßt, was gut und böse ist und ihn nicht mehr erkennen läßt, wo seine individualistischen Bestrebungen zu asozialen werden"²⁾.

Derartige Objektsituationen als Folge der Anwendung des technischen Fortschritts, der Berücksichtigung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit mit dem Ziel einer materiellen Wohlstandssteigerung manifestieren sich bspw. in der Sowjetunion um keinen Deut anders als in westlichen Industrieländern. Was man sich durch eine Demokratisierung der Wirtschaft in dieser Hinsicht erhofft, ist vor allem die Abschwächung der bedrückenden Anonymität der Verwaltungsbükratie in Großunternehmen, die Forderung nach mehr Selbständigkeit des Arbeitnehmers und die Verdeutlichung seines Funktionswertes³⁾. Demokratischere Unternehmensstrukturen sollen das System der Organisation und Verwaltung transparent und verständlich werden lassen⁴⁾. Darüber hinaus wäre die Chance gegeben, gemeinsam nach Erweiterungsmöglichkeiten des eigenen Verantwortungsbereiches zu suchen und ggf. auf Reduzierungen der Arbeitsteilung hinzuwirken⁵⁾. Eine stärkere institutionelle Teilnahme der Arbeitnehmer oder ihrer Vertreter an Entscheidungen über Produktionsverfahren, Art der Produkte, Organisation usw. erhielte selbst dann ihre Berechtigung, wenn in der Folge darauf die realen Wachstumsraten des Sozialpro-

1) Mitbeeinflusst durch ein fundamentales Mißtrauen gegenüber dem marktwirtschaftlichen Mechanismus (vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, 1966, S. 295).

2) Ortlieb, H.D., Wirtschaftswunder S. 23.

3) Vgl. Herberts, K., Verantwortung in der industriellen Gesellschaft, 1971, S. 36.

4) Vgl. Fürstenberg, F., a.a.O., S. 447.

5) Vgl. Bunte, M., Anti-autoritär führen? In: Management im Aufbruch, Karrieren in die Zukunft, Dokumentation des "Handelsblatts", Nov. 1970, S. 53; Freyer, H., Zur Theorie der Industriegesellschaft, 1970, S. 189 f.

duktes sinken würden¹⁾.

III. Die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit

Von der Kritik einer aus dem Eigentum an Produktionsmitteln herrührenden Objektsituation des Arbeitnehmers zur Forderung nach Gleichberechtigung zwischen Arbeit und Kapital ist nur ein kleiner logischer Schritt. Obwohl die Funktionen des Produktionsfaktors Kapital mit denen des Faktors Arbeit nicht ohne weiteres vergleichbar sind, beruht jegliches Kapital letztlich auf einer Arbeitsleistung und die Arbeit bedient sich des Kapitals als eines Instrumentes zur Realisierung oder Erhöhung der Produktion. Arbeit und Kapital sind also aufeinander angewiesen und in gleichem Maße für das Unternehmen unentbehrlich²⁾. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Kapitalintensität der Produktion wächst.

Für die Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital spricht außerdem, daß nicht nur der Eigentümer, sondern auch der Arbeitnehmer das Risiko der Unternehmenspolitik trägt. Besonders bei Kapitalgesellschaften ist das Risiko des Arbeitsplatzverlustes dem Risiko des Kapitaleinsatzes gleichzusetzen, da z.B. der Aktionär nur mit dem eingebrachten Kapital haftet. Das Auseinanderfallen von Eigentum und Verfügungsrecht in den Kapitalgesellschaften macht deutlich, daß das Eigentum an Produktionsmitteln nicht mehr der alleinige Legitimationsgrund unternehmerischer Entscheidungsgewalt sein kann³⁾. Bei den Kapitalgesellschaften, wo der Eigentümer die juristische Person ist und die Unternehmerfunktion in anderer

- 1) Vgl. DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 27; Klüber, F., a.a.O., S. 19; Apel, G., a.a.O., S. 41; derselben Ansicht auch Neumann, L., Idee, Ideologie und Wirklichkeit der betrieblichen Mitbestimmung, in: GewMH, 19. Jg., Heft 4, April 1968, S. 202; "Der Ökonomismus in allen Schattierungen ist für die Begründung der Mitbestimmung nicht haltbar."
- 2) Das moderne Unternehmen ist nicht nur durch Konflikt, sondern auch durch Kooperation gekennzeichnet (vgl. Neumann, G., Das Verhältnis von freiheitlichem Sozialismus zur wirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer, 1967, S. 98 ff.).
- 3) Vgl. DGB, Mitbestimmung - Argumente, Informationen, 1968, S. 35; Kunze, O., Wirtschaftliche Mitbestimmung als Legitimationsproblem, 1970, S. 17.

Hand liegt als in der des Eigentümers, soll die Belegschaft zur Kontrolle und Rechtfertigung der Unternehmensleitung paritätisch herangezogen werden.

Eigentum allein ermächtigt nicht zur Führung eines Unternehmens. Solange die Unternehmersauselese noch dazu aus plutokratischen Gesichtspunkten erfolgt¹⁾, ergibt sich erst recht aus dem Eigentum an Produktionsmitteln kein Rechtsanspruch des Inhalts, "daß ein freier und mündiger Mensch gegen seinen Willen verpflichtet werden könnte, in der Abhängigkeit von einem Kapitalbesitzer dessen Produktionsmittel für ihn nutzbar zu machen"²⁾. Das Eigentum berechtigt zwar zur Herrschaft über Sachen, aber nicht zur Herrschaft über Menschen. "Erscheint es uns selbstverständlich, daß der Unternehmer die Befugnis, über die Sachgüter zu verfügen, von deren Eigentümer oder Eigentümern empfängt und ihnen für den Gebrauch, den er davon macht, verantwortlich ist, dann sollte es sich nicht minder von selbst verstehen, daß er die Befugnis, den Arbeitskräften Weisungen zu erteilen, von diesen erhalten muß und für den Gebrauch, den er von dieser seiner Befugnis macht, i h n e n verantwortlich ist"³⁾.

Bei Personengesellschaften oder Einzelfirmen liegen die Verhältnisse wesentlich anders, denn hier haftet der Unternehmer meist mit seinem ganzen Vermögen und ist außerdem oft aktiv in mehreren Funktionsbereichen des Unternehmens tätig. Im Gegensatz zu den unübersichtlich gewordenen Kapitalgesellschaften, wo es zu einer Entleerung der zwischenmenschlichen Beziehungen gekommen ist, wo der Eigentümer-Unternehmer durch Manager und Technokraten ersetzt worden ist, findet man bei Personalunternehmen vielfach noch die (erworbene) Autorität, die das Verhältnis Arbeitnehmer-Arbeitgeber letztlich legitimieren müßte⁴⁾. Nach Ansicht der Gewerkschaften

- 1) Vgl. Böhm, F., Die rechtliche Problematik der paritätischen Mitbestimmung, in: Mitbestimmung? Hg. v. G. Briefs, 1967, S. 143 ff.
- 2) Klüber, F., a.a.O., S. 15.
- 3) Nell-Breuning, O.v., Wirtschaftliche Mitbestimmung S. 6. Der Arbeitgeber übt jedoch sein Weisungsrecht de jure nicht aufgrund seines Eigentums aus, sondern nur aufgrund des Arbeitsvertrages. Insofern kann hiermit nur die stärkere Stellung des Eigentümers bei der Formulierung des Arbeitsverhältnisses verurteilt werden (vgl. auch Plessen, Ch. F. v., Qualifizierte Mitbestimmung und Eigentumsgarantie, 1969, S. 27).
- 4) Vgl. Raiser, L., Rechtsfragen S. 12; Böhm, F., Der Zusammenhang zwischen Eigentum, Arbeitskraft und dem Betreiben eines Unternehmens, in: Festgabe für H. Kronstein, 1967, S. 19 f.

reicht demzufolge in dieser Kategorie von Unternehmen ein verbessertes BetrVG aus¹⁾.

Eine Demokratisierung der Wirtschaft im Sinne einer Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf den Bereich der Großunternehmen in Form der Kapitalgesellschaft soll nach Meinung der Gewerkschaften nicht den sozialen Konflikt ausschalten, ihn aber doch versachlichen²⁾. Dazu gehört ein Leitbild vom Betrieb, in dem es sowohl gemeinsame (Erhaltung des Unternehmens, hohe Wertschöpfung) als auch gegensätzliche Interessen (Lohnkonflikt, Autoritätskonflikt, Konflikt zwischen langfristiger Gewinnmaximierung und Sicherung der Arbeitsplätze) zwischen Belegschaft und Leitung gibt³⁾.

IV. Das Streben nach Sicherheit

Ein durchgängiges Signum unserer Zeit ist nicht die Risikofreudigkeit, sondern das Sicherheitsbedürfnis. "Zwar bedeutet jede Wettbewerbswirtschaft, wenn sie funktionieren soll, Risiko für alle Teilnehmer, Einsatz des Vermögens oder des Arbeitsplatzes. Aber diese Eigenschaft der Wettbewerbswirtschaft ist bei Unternehmern und Arbeitnehmern gleichermaßen unpopulär"⁴⁾.

Diese Aussagen werden unterstrichen durch Arbeitnehmer-Umfragen, wo z.B. 1951 die Befragten weit vor die Hoffnung, im Betrieb ein Wort mitreden zu können, die Sicherung vor Arbeitslosigkeit stellten⁵⁾. Wie auch neuere Nachforschungen belegen, wird mit der Parole der Mitbestimmung im Unternehmen vorrangig der Wunsch nach möglichst ungefährdeter Beschäftigung und möglichst hoher Entlohnung verknüpft⁶⁾. Dieser, der materielle Kern der sozialen Frage (Einkommen, Al-

1) Vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 19; DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 24.

2) Vgl. DGB, Mitbestimmung - ein Leitfaden, S. 18; DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 24.

3) Vgl. Seidel, H., Der soziale Konflikt - Ursachen, Probleme, Regelung, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Heft 9/10, 1970, S. 162 f.

4) Raiser, L., Rechtsfragen S. 11.

5) Vgl. Schipp, E., Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Deutschland, Diss. Nürnberg 1953, S. 62 ff.

6) Vgl. Dahrendorf, R., Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung, 1965, S. 37 f.

terssicherung, Sicherung des Arbeitsplatzes)¹⁾ rückt meistens in den Vordergrund der Antworten derer, die von Demokratisierungsmaßnahmen der Wirtschaft unmittelbar betroffen wären. "Die Sicherung der physischen Existenz ist gegenüber dem Freiheits- und Gerechtigkeitsstreben das niedere, aber stärkere Bedürfnis der Menschen"²⁾.

Damit ist jedoch die Bedeutung der immateriellen Seite für die soziale Sicherheit des arbeitenden Menschen keineswegs genommen. Zwar ist anzunehmen, daß Bestrebungen nach Entfaltung der Persönlichkeit im Sinne des deutschen Humanismus bei Arbeitern, die in einer groben, technisierten und wenig sensitiven Atmosphäre beschäftigt sind, im leeren Raum verhallen. Abgesehen von der weitgehenden Irreversibilität von engen Funktionsbereichen der Arbeitswelt in einer hochtechnisierten Gesellschaft kann das Streben nach Sicherheit mit dem Aufbau von Freiheitsspielräumen auf der Basis des Gesamtunternehmens verkoppelt sein. Dann nämlich, wenn Demokratisierung des Unternehmens die Freiheit des Arbeitnehmers so konkretisiert, daß sie die Einsicht in die Kausalität wirtschaftlicher Abläufe ermöglicht und dem Arbeitnehmer durch seine aktive Teilnahme am unternehmerischen Entscheidungsprozeß die willkürverdächtige Undurchsichtigkeit des Managements genommen wird. Auf diese Interdependenz zwischen Sicherheit und Freiheit wird noch öfters zurückzukommen sein³⁾.

Gerade die raschen Veränderungen der Produktionsstruktur durch technische Innovationen stellen viele Arbeitnehmer vor die bedrückende Frage, ob ihr Arbeitsplatz von Bestand ist⁴⁾. Sieht man diese Frage im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung, so ist dieses Risiko des Arbeitsplatzverlustes unabdingbares Element. Die Sicherung der Erwerbstätigkeit beläuft sich konkret auf das Maß, welches der Sozialstaat zum Ausgleich sozialer Härten vorschreibt. In diesem Zusammenhang verweisen die Gewerkschaften auf den Erfolg der

1) Vgl. DGB, Mitbestimmung - ein Leitfadens S. 17.

2) Ortlieb, H.D., Wirtschaftswunder S. 26.

3) Vgl. dazu auch S. 73 ff., 114, 186, 189, 257.

4) Vgl. DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 31.

Mitbestimmung in der Montanindustrie. Notwendige Strukturveränderungen seien hier durch umfangreiche Sozialpläne, d.h. rechtzeitige Vorausschau der Entwicklung, Einstellungsstopps, Umschulungsmaßnahmen, vorzeitige Pensionierungen mit Lohnausgleichszahlungen usw. im Interesse der Beschäftigten gemeistert worden¹⁾.

Abgesehen von der in anderen Wirtschaftsbranchen überwiegend günstigen Konjunktursituation²⁾ und tatkräftigen Hilfsmaßnahmen des Staates hatte allerdings die qualifizierte Mitbestimmung nach Ansicht der Biedenkopf-Kommission nur einen schwer nachzuweisenden Einfluß auf die Verminderung des Schicksals der von der Stilllegung von Zechen Betroffenen. Vielmehr sei das Denken in sozialen Konsequenzen inzwischen Allgemein- gut unternehmerischer Entscheidungen geworden³⁾.

Ein anderes Moment der Sicherheit entsteht für den Arbeitnehmer, falls er nicht ohnehin in einer leitenden Funktion steht, daraus, daß sein Sozialprestige steigt, wenn er de jure als gleichberechtigter Partner im Unternehmen akzeptiert wird. Die Anerkennung des Arbeitnehmers als eines der Entscheidung verantwortungsbewußten Menschen öffnet dem Verlassen einer latent aggressiven gesellschaftlichen Subordination die Bahn zugunsten einer die Gesellschaftsordnung bejahenden Integration⁴⁾. Bei einer so verstandenen Demokratisierung der Wirtschaft, verbunden mit Ausbildung und Besitz jedweder Form⁵⁾ müßte dann auch zu erwarten sein, daß nicht mehr das Konsumangebot psychisch das wettmachen muß, "was an Frustration aus entgangener Befriedigung an der Arbeit und was an Verlust von Sicherheit in einer traditionsberuhigten Umwelt entstanden ist"⁶⁾.

1) Vgl. DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 32.

2) Mit Ausnahme der Rezession 1967.

3) Vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 46.

Was nicht ausschließt, daß der "heilsame Druck" auch vom MitbestG gekommen sein könnte.

4) Vgl. Preiser, E., Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, 1960, S. 30: In Wirklichkeit geht es um mehr, als um den Komfort der Lebenshaltung "und es ist dabei gleichgültig, ob der Marxist, weil er die Freiheit auf andre Weise verwirklichen will, diese Sehnsucht als utopisch oder gar als verächtlich betrachtet: die Sehnsucht, aus einem 'Proletarier' ein 'Bürger' zu werden."

5) Vgl. denselben, a.a.O., S. 31.

6) Mitscherlich, A., Idee des Friedens S. 129.

V. Die Verhinderung von Machtmißbrauch

Ziel einer Demokratisierung der Wirtschaft ist neben dem Abbau der vom Eigentum (bzw. Kapital) legitimierten Unternehmensführung die Kontrolle unternehmerischer Macht nach "innen" und "außen"¹⁾. Macht soll dabei nach der Definition von Max Weber die Chance sein, "innerhalb einer sozialen Beziehung seinen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht"²⁾. Auf die Wirtschaft bezogen, müssen wir zumindest drei, für unsere Untersuchung wichtige Auswirkungsbereiche der Unternehmensmacht unterscheiden, die eng miteinander verbunden sind: einmal die Macht auf dem Arbeitsmarkt, zum anderen die Macht auf dem Absatz- bzw. Bezugsmarkt und schließlich die unternehmensinterne Machtausübung. Die monopolartige Stellung des Arbeitgebers auf dem Arbeitsmarkt ist durch die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften als "countervailing power" (Galbraith) und durch eine staatliche Politik der Vollbeschäftigung weitgehend neutralisiert worden.

Was beherrschende Großunternehmen auf dem Absatzmarkt anbetrifft, so schwebt den Gewerkschaften die Überführung in Gemeineigentum vor³⁾. Ähnlich den Produktionsgenossenschaften soll auf Gewinnmaximierung verzichtet und nach dem Kostendeckungsprinzip gearbeitet werden. Da der Konsument dem Monopolpreis nicht ausweichen kann, muß ihm zumindest ein Mitspracherecht bei Produktion und Preisgestaltung eingeräumt werden.⁴⁾ Auf diese Weise würde unternehmensintern erreicht, daß der Einsatz des Faktors Arbeit wieder mehr nach einer am Markt ausgerichteten Planung erfolgt.

Daß das Großunternehmen in steigendem Maße der internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist, beseitigt nicht den Vorwurf über erhebliche, z.T. monopolistische Vorteile, die es im

1) Vgl. DGB, Mitbestimmung - ein Leitfaden S. 18 ff.

2) Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe, hg. v. J. Winckelmann, 1. Halbbd., 1964, S. 38.

3) Vgl. DGB, Grundsatzprogramm S. 9.

4) Vgl. DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 18.

Inland genießt¹⁾. Zudem ist der Beitrag von Großunternehmen zur Bildung und Zusammensetzung des Sozialprodukts beträchtlich, so daß Großunternehmen, die oft über das Wohl und Wehe ganzer Städte bestimmen, nicht mehr länger als Privatangelegenheit angesehen werden dürfen, sondern in großem Ausmaß gemeinwohlrelevant sind²⁾. Die gesellschaftliche Bedeutung von Großunternehmen äußert sich hierbei nicht nur im bemerkenswerten Einfluß auf den Lebensstandard der jeweiligen Region, sondern in der oft gravierenden Umgestaltung der benachbarten Natur- und Wohngenden. Dazu kommt, daß es Unternehmen mit herrschender Stellung auf dem Warenmarkt möglich ist, die Verbrauchergewohnheiten und damit einen wichtigen Komplex gesellschaftlicher Verhaltensweisen zu ändern. "Die 'Reklamemacht', die Großunternehmen heute ausüben, wirkt dabei häufig über eine bloße Verbrauchssteuerung oder -weckung hinaus; damit beeinflussen sie mittel- und unmittelbar auch die gesellschaftlichen Leitbilder"³⁾.

Je mehr sich außerdem die Wirtschaft einem System nähert, "bei dem wenige Einzelne diktatorische Gewalt über die breiten Massen ausüben"⁴⁾, desto mehr besteht die Gefahr, daß der Kampf um die politische Macht aufgenommen wird. Die wichtigsten Erscheinungsformen dieses Machtstrebens sind: Finanzierung bestimmter Parteien, Druck auf das Parlament oder parlamentarische Gruppen (Bestechungsgelder, Drohung mit Entlassungen, Einstellung der Produktion, Abwanderung ins Ausland usw.) sowie die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Massenkommunikationsmittel⁵⁾. Da der Griff nach der politischen Macht von den Inhabern wirtschaftlicher Machtstellungen undemokratisch und mit dem einseitigen Interesse des größtmöglichen Profits geführt wird, könnte eine Kontrolle der Arbeiterschaft über die Entscheidungsgewalt mächtiger Unternehmer zur Verhinderung von Diktaturen auf staatspoliti-

1) Vgl. DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 18.

2) Vgl. Rauscher, A., Arbeit und Eigentum S. 89 f.; Lenk, E., Mitbestimmung als System von Beteiligungsrechten der Arbeitnehmer, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Heft 9/10, 1970, S. 150.

3) DGB, Mitbestimmung - ein Leitfadens S. 21.

4) Kraus, O., Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftsaufbau, 1947, S. 10.

5) Vgl. Lenk, E., a.a.O., S. 151.

schem Sektor beitragen¹⁾.

Sobald der Markt die Macht von Großunternehmen nicht mehr zugunsten der Allgemeinheit reguliert, ist eine direkte interne Kontrolle durch die Öffentlichkeit, so wie es dem Sinn der Demokratie entspricht²⁾, vonnöten. "Zugunsten der Allgemeinheit" heißt hierbei nicht nur: Entsprechen der Konsumentensouveränität unter Berücksichtigung des Rentabilitätskriteriums (liberalistische Auffassung), sondern bezieht sich darüber hinaus auf die soziale und personelle Bestgestaltung menschlichen Zusammenlebens³⁾. Generell läßt sich sagen, daß um so mehr Verfassung, Kontrolle, Publizität und Mitbestimmung nötig ist, je größer ein Unternehmen wird, selbst wenn die wirtschaftliche Macht etwa durch Konzentrationsvorgänge nur potentiell steigt⁴⁾. Eine Demokratisierung der Wirtschaft würde auch dazu verhelfen, Fragen der unternehmensinternen Gliederung und Gestaltung im Interesse und nach dem Bedürfnis der Betroffenen zu regeln, was ansonsten insbesondere bei Großunternehmen durch "ein feinmaschiges Netz von bürokratischen Kontrollen"⁵⁾ einseitig zugunsten des Kapitalinteresses erfolgt.

Die öffentliche Beaufsichtigung und Leitung derartiger wirtschaftlicher Machtgebilde ließe sich, der Rechtsform entsprechend, am ehesten bei Kapitalgesellschaften verwirklichen. Damit träfe man gleichzeitig diejenigen Unternehmen, bei denen aufgrund der einfachen Übertragbarkeit von Kapitalanteilen Zusammenschlüsse am häufigsten sind. Tatsächlich finden sich auch in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft die größten Unternehmen⁶⁾. Zwar machten 1962 die Kapitalgesell-

1) Vgl. Kraus, O., a.a.O., S. 5 ff.; Hensel, K.P., Das Problem der Mitbestimmung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, in: Ordo, Bd. 18, 1967, S. 274.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß Parteien sehr wohl auch privat oder durch Verbände finanziert werden und nicht nur (z.B. aus steuerlichen Gründen) direkt aus dem Unternehmen heraus. Gerade deshalb liegt im Mitbestimmungsgedanken auch die Aufspaltung privater Vermögensmacht durch Neuverteilung der unternehmerischen Leitungsgewalt.

2) Vgl. Eichler, W., a.a.O., S. 22.

3) Vgl. Lenk, E., a.a.O., S. 151.

4) Vgl. Walraff, H.J., a.a.O., S. 46 f.; Krüger, H., Von der reinen Marktwirtschaft zur Gemischten Wirtschaftsverfassung, 1966, S. 40.

5) Vgl. DGB, Mitbestimmung - ein Leitfadens S. 21.

6) Bezogen sowohl auf Umsatzerlöse, Beschäftigtenzahl und Bilanzsumme (vgl. Wöhe, G., a.a.O., S. 119 ff.; DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 15 ff.).

schaften (AG, GmbH, KGaA, berg. Gew.) nur 1,6 % der Unternehmen insgesamt in der BRD aus, doch erzielten sie immerhin 33,4 % des Gesamtumsatzes¹⁾.

3. Kapitel: Wege einer zieladäquaten Organisation der Wirtschaft

Nach den vorausgegangenen Ausführungen liegt die Bedeutung einer Demokratisierung der Wirtschaft weniger in einer materiellen Besserstellung oder Sicherung des Arbeitnehmers, als in der gleichberechtigten Respektierung seiner Interessenlage bei Vollzug des unternehmerischen Willensbildungsprozesses. Insbesondere bei Großunternehmen erweist sich die Berücksichtigung heterogener Interessen als notwendig, da die hier getroffenen Entscheidungen extern oder intern weit über den ökonomischen Wirkungsbereich hinausgehen. Je mehr einzelne Unternehmensgebilde den Lebensbereich und die Verhaltensweisen des Menschen beeinflussen, desto mehr ist dem demokratischen Bedürfnis Rechnung zu tragen, eben diesen ganzen betroffenen Menschen und nicht nur sein materielles profitäres Denken in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen.

In diesem Zusammenhang tragen zwar Gesetze über Kündigungsschutz, Sozialversicherung, Arbeitsgerichtsbarkeit, Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und Tarifautonomie auch dazu bei, die herausgearbeiteten fünf Ziele einer Demokratisierung zu verwirklichen, aber nur in Form des Zugeständnisses oder der Repräsentation von dritter Seite und nicht kraft der aktiv tätigen Rechtsposition des abhängig Arbeitenden im Unternehmen selbst. Das gleiche gilt für die Wirtschaftspolitik, die zwar ebenfalls auf die materielle Sicherung des Arbeitnehmers und eine Machtzersplitterung des Großkapitals hinwirken kann, deren Ausführung sogar einer Regierung obliegt, welche die Stimmenverteilung gleichberechtigter Wähler widerspiegelt, die aber oft mit einer der Überbau-Theorie von Marx ähnelnden Argumentation im Dienste der

1) Vgl. Wöhe, G., a.a.O., S. 121.

herrschenden Klasse des Kapitalinteresses gesehen wird¹⁾. Insofern wird von den Gewerkschaften Demokratisierung der Wirtschaft im Sinne der Ausschaltung einseitiger Interessenpositionen verstanden, i.V.m. einer institutionell gesicherten Erweiterung der Rechtsposition des Arbeitnehmers im wirtschaftlichen Willensbildungsprozeß. Dies wird primär auf Betriebs- und Unternehmensebene angestrebt, ergänzend aber auch in gesamtwirtschaftlichen Entscheidungsorganen. Der einfache Gesetzgeber hat diesbezüglich seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland insbesondere Gesetze zur Regelung der betrieblichen Arbeitsverhältnisse erlassen, d.h. mit Ausnahme des Mitbestimmungsgesetzes in der Montanindustrie wird die ausschlaggebende direkte oder indirekte Entscheidungsgewalt des Eigentümers in wirtschaftlichen Fragen nicht beseitigt.

I. Bestehende Organisationsformen

1. Auf betrieblicher Ebene

Am 15. Jan. 1972 kam es zum Erlass eines neuen Betriebsverfassungsgesetzes, das die erzwingbaren Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer gegenüber früheren Regelungen wesentlich erweiterte²⁾. In allen Betrieben mit i.d.R. fünf ständigen wahlberechtigten Arbeitnehmern ist ein Betriebsrat aus der Mitte der Belegschaft zu bilden. Nach dem in § 2/II aufgestellten Leitgedanken des Betriebsverfassungsrechts haben Arbeitgeber und Betriebsrat unter Beachtung der geltenden Tarifverträge zum Wohle der Arbeitnehmer und des Betriebes vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Sie sind beide aufgerufen, darüber zu wachen, daß jede unterschiedliche Behandlung aus Gründen des Geschlechts, der Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, der politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder Einstellung vermieden wird (§ 75/I).

1) Vgl. dazu Oelinger, J., a.a.O., S. 55 ff.

2) Vgl. dazu Wlotzke, O., Einführung zum BetrVG vom 15. Jan. 1972, (dtv-Ausgabe), 1972, S. XVIII ff.; Fitting, K., Auffarth, F., Kaiser, H., Handkommentar zum BetrVG, 10. Aufl., 1972.

Die Förderung der freien Entfaltung der Persönlichkeit des Arbeitnehmers soll ebenfalls Anliegen von Arbeitgeber und Betriebsrat sein (§ 75/II).

Der Betriebsrat besitzt ein Vetorecht in sozialen (§§ 87 ff.) und personellen (§§ 92 ff.) Angelegenheiten sowie bei Änderungen der Arbeitsplatzgestaltung und des Arbeitsablaufs (§ 91). Wird keine Übereinstimmung zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat erzielt, kommt es auf Antrag einer Seite zum Ausruf einer betrieblichen Einigungsstelle, deren Beisitzer in gleicher Anzahl von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestellt werden unter Vorsitz einer unparteiischen Person (§ 76). Die Entscheidungen der Einigungsstelle sind verbindlich.

In wirtschaftlichen Angelegenheiten hat die Arbeitnehmer-schaft, soweit sie mehr als 100 ständige Beschäftigte ausmacht, über den Wirtschaftsausschuß grundsätzlich einen Anspruch auf Unterrichtung und auf Beratung (§§ 106 ff.). Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses müssen Angehörige des Unternehmens sein. Sie werden allein vom Betriebsrat bestimmt.

Bei besonders einschneidenden Maßnahmen (z.B. Betriebsstilllegung, Verlegungen von Betriebsteilen, Betriebszusammenschlüssen, Änderungen des Betriebszweckes, des gesamten Produktionsverfahrens) werden dem Betriebsrat umfassende Informations- und Beratungsrechte eingeräumt (§ 111). Treten Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmer und Betriebsrat über eine geplante Betriebsänderung auf, so tritt wiederum die Einigungsstelle in Aktion, allerdings beschränkt auf das Ziel, eine gütliche Einigung herbeizuführen (§ 112/II, III).

Hinsichtlich der sozialen Auswirkungen von solchen Betriebsveränderungen erhält der Betriebsrat ein echtes Mitbestimmungsrecht. D.h., der Arbeitgeber kann zwar nicht zur Unterlassung einer geplanten Änderungsmaßnahme gezwungen werden, muß sich aber u.U. einem von der Einigungsstelle ausgefertigten Sozialplan unterwerfen, der einen Ausgleich bzw. eine Milderung der wirtschaftlichen Nachteile des Arbeitnehmers verbindlich vorsieht (§ 112/IV). Das Direktionsrecht des Unter-

nehmers in wirtschaftlichen Fragen bleibt zwar unangetastet, muß sich aber eine starke Berücksichtigung personeller und sozialer Belange der Arbeitnehmerschaft gefallen lassen.

Der Aufsichtsrat einer AG und einer KGaA muß nach fortgeltendem BetrVG von 1952 (§§ 76 ff.) zu 1/3 aus Vertretern der Arbeitnehmer bestehen. Bei Gesellschaften mit beschr. Haftung, bergrechtl. Gewerkschaften, Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit mehr als 500 Beschäftigten ist ebenfalls ein Aufsichtsrat mit derselben Sitzverteilung zu bilden (§ 77 BetrVG von 1952).

Betrachtet man den Betriebsrat vom rein betriebswirtschaftlich-organisatorischen Standpunkt, so ist festzustellen, daß die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer - soweit dies das Gesetz vorsieht - an eine in ihrer Zusammensetzung nicht oder nur unwesentlich veränderte Unternehmensleitung herangetragen werden. Am Organisationstyp der kapitalistischen Unternehmung ändert sich dabei grundsätzlich nichts¹⁾.

Das Gesetz über die Personalvertretungen in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben (Personalvertretungsgesetz) von 1955 hat seinen Geltungsbereich in den Hoheitsverwaltungen, Körperschaften und regieeigenen Betrieben des Bundes²⁾. In jeder Verwaltung und jedem Verwaltungsbetrieb von mindestens 5 Beschäftigten werden Personalräte gewählt (§§ 9 ff.). Diese arbeiten im Rahmen der Gesetze und der Kollektivverträge mit dem Leiter der Dienststelle (anstelle des Unternehmers im BetrVG) zusammen³⁾. Es besteht nur ein Mitspracherecht in einer Reihe von sozialen und personellen Angelegenheiten (§§ 55 ff.).

-
- 1) Zur kritischen Analyse des BetrVG vgl. u.a. Obermayer, K., Verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Regierungsentwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes, in: Der Betrieb, Nr. 36, 1971, S. 1715 ff.
 - 2) Für die Länder- und Kommunalbehörden stellt das PVG Rahmenvorschriften auf (§§ 82 ff.).
 - 3) Vgl. DGB, Mitbestimmung - Argumente, Informationen S. 10; Dietz, R., Kommentar zum PVG, 1956.

Außerhalb gesetzlicher und tarifvertraglicher Regelungen haben einige Unternehmer der BRD¹⁾ aus eigener Initiative Organisationsformen geschaffen, die z.T. über die Bestimmungen des BetrVG hinausgehen und unter den Bezeichnungen **Mitunternehmerschaft, Gewinn- und Substanzbeteiligung**²⁾ bekannt geworden sind. Die freiwillig geschaffenen Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer sind meist mit Eigentumsbeteiligungen am Unternehmen verknüpft. Jedoch übersteigen die Miteigentumsanteile nicht die Grenze von 30 % des Gesamtkapitals des Unternehmens und behalten meist die Stellung von Fremdkapital, das, durch vertragliche Abmachungen mit besonderen Mitwirkungsrechten (Informationsrechte, Beratung, Mitsprache) versehen wird. Eine maßgebliche Mitentscheidung der Belegschaft an wirtschaftlichen Fragenkomplexen wird nicht ermöglicht. Die Organisation der Mitwirkung lehnt sich jeweils an die im BetrVG vorgesehenen Institutionen zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer an. Für die Wahl der Mitglieder des Wirtschaftsrates sind in erster Linie Vorschriften gültig, die oftmals nur die (am Kapital) "beteiligten Partner" wahlberechtigt oder wählbar machen.

2. Auf Unternehmensebene

Die gleichberechtigte Teilnahme von Repräsentanten der Arbeitnehmerschaft an den Unternehmeraufgaben von Vorstand und Aufsichtsrat sichert das **Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951 (MitbestG)**³⁾. Es gilt für Aktiengesellschaften, Gesellschaften

- 1) z.B. die Spindler-Werke KG (Hilden), Union-Werke AG (Aalen), W. Völker (Kassel), K. Kübel (Worms), Stützel-Sachs GmbH (Aalen), K. Hoppmann (Siegen), Wilkhahn (Einbeckhausen).
- 2) Vgl. dazu Blume, O., Heidermann, I., Kuhlmeier, E., Wirtschaftsorganisatorische Wege zum gemeinsamen Eigentum und zur gemeinsamen Verantwortung der Arbeitnehmer, Forschungsberichte des Landes Nordrhein/Westf., Nr. 678, 1959; Jungblut, M., Wie Arbeitnehmer am Ertrag beteiligt werden. Lose Folge in: Die Zeit, seit Jan. 1972 (Nr. 2, 7, 9, 11, 14, 16, 18, 23).
- 3) Vgl. dazu Kötter, H.W., Kommentar zum MitbestG vom 21. Mai 1951, 1952.

mit beschr. Haftung und für bergr. Gewerkschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, soweit sie mehr als 1000 Arbeitnehmer beschäftigen oder Einheitsgesellschaften sind (§ 1 MitbestG). Durch dieses Gesetz wurde das Gesellschaftsrecht in folgenden Punkten verändert: Unbeschadet der bisherigen Rechtsform wird ein Aufsichtsrat gebildet, der i.d.R. aus 11 Mitgliedern besteht. Diese setzen sich paritätisch aus Anteilseignern und Arbeitnehmern zusammen, unter denen sich jeweils ein "weiteres Mitglied" befindet. Hinzu kommt der Elfte Mann als neutrales Aufsichtsratsmitglied (§§ 3 f.).

Zwei der Arbeitnehmervertreter müssen dem Betrieb angehören. Ein Angestellter und ein Arbeiter werden dem Wahlorgan (§ 5) durch die Betriebsräte des Unternehmens nach Beratung mit den Gewerkschaften und deren Spitzenorganisationen vorgeschlagen (§ 6). Die anderen beiden Arbeitnehmervertreter sind "außerbetrieblich". Sie werden von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften ernannt. Die "weiteren Mitglieder" dürfen nach § 4 nicht Repräsentant einer Gewerkschaft oder einer Vereinigung der Arbeitgeber bzw. einer Spitzenorganisation dieser Verbände sein und dürfen außerdem nicht in den Unternehmen als Arbeitnehmer oder Arbeitgeber tätig sein oder an dem Unternehmen wirtschaftlich wesentlich interessiert sein¹⁾.

Das neutrale elfte Aufsichtsratsmitglied wird durch Mehrheitsbeschluß der Aufsichtsratsmitglieder beider Gruppen bestellt (§ 2). Er steht über den streitigen Interessen und vertritt in gesteigertem Maße das Gemeinwohl²⁾.

Im Vorstand sieht das MitbestG einen gleichberechtigten Arbeitsdirektor vor (§ 13). Er ist Ressortchef des "Sozial- und Personalwesens" mit dem nachdrücklichen Hinweis auf die Berücksichtigung des öffentlichen und Belegschaftsinteresses.

1) I.d.R. schlagen die Gewerkschaften Männer vor, "von denen sich vermuten läßt, daß sie bei ihren Vorschlägen und Entscheidungen Gesichtspunkte eines Allgemeininteresses berücksichtigen. Es handelt sich vorwiegend um Beamte, Politiker, Wissenschaftler und Angehörige von Treuhandberufen." (DGB, Mitbestimmung - ein Leitfaden S. 34).

2) Vgl. Boettcher, E., Hax, K., u.a., a.a.O., S. 49.

Das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 7. Aug. 1956 (Holdingnovelle) regelt die Mitbestimmung in den Obergesellschaften der unter das MitbestG fallenden Tochtergesellschaften. Mit dieser Gesetzesnovelle sollte erreicht werden, daß der vom Gesetzgeber beabsichtigte Umfang der qualifizierten Mitbestimmung nicht dadurch geschmälert wird, daß in den Holdinggesellschaften ohne Beteiligung der Arbeitnehmer Entscheidungen getroffen werden, die die abhängigen Unternehmen im Montanbereich vor vollendete Tatsachen stellen¹⁾.

Mitbestimmung im Sinne des Montan-Mitbestimmungsgesetzes gibt es in Grenzfällen durch individuelle Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Unternehmern sowie in gewerkschaftseigenen Unternehmen (z.B. in der Neue-Heimat-Gruppe)²⁾.

3. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene

Beteiligungsformen der Arbeitnehmerschaft in öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörperschaften, in gesamtwirtschaftlichen oder supranationalen Organisationen, sind bisher nur in Ansätzen verwirklicht worden³⁾.

In den Handwerkskammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts wirken 1/3 Gesellen in der Vollversammlung, im Vorstand und in den Ausschüssen mit⁴⁾. Entsprechendes gilt für die Hauptversammlung der Landwirtschaftskammern. Bei den In-

1) Vgl. dazu Kötter, H.W., Kommentar zum Mitbestimmungs-Ergänzungsgesetz (Holding-Novelle), 1958.

2) Vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 12; nähere Ausführungen siehe bei Schwerdtfeger, G., Unternehmerische Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Grundgesetz, 1972, S. 33 ff.

3) Vgl. DGB, Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Deutschland, 1967, S. 54 ff.

4) Vgl. Huber, E.R., WVR, Bd. 2, S. 754 ff. und § 86 Handwerksordnung.

dustrie- und Handelskammern gibt es keine Mitbestimmung von Arbeitnehmerseite, obwohl gerade hier der DGB auf einer zahlenmäßigen Parität von Vertretern der Unternehmer und Arbeitnehmer besteht¹⁾.

Immer wieder im Gespräch sind die sog. Arbeitskammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften mit Zwangszugehörigkeit, so wie sie in Bremen und im Saarland bereits existieren²⁾. Sie sollen als Selbstverwaltungskörperschaften errichtet werden und - analog den Kammern der Arbeitgeber - die Interessen aller in abhängiger Stellung Beschäftigten wahrnehmen. Obwohl sich ihr Aufgabenkreis deutlich von dem der Gewerkschaften abhebt³⁾, stehen die privatrechtlichen Arbeitnehmerverbände ihrer Errichtung z.T. sehr skeptisch gegenüber⁴⁾.

II. Erweiterungsvorschläge der Gewerkschaften

In Verbindung mit der Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum⁵⁾ schlagen der DGB und die DAG (sowie die SPD und die Sozialausschüsse der CDU) eine Ausdehnung der im Montanbereich praktizierten Mitbestimmung auf Unternehmungen

-
- 1) Das wichtigste Thema zwischen den Sozialpartnern, die Sozialpolitik, ist allerdings der IHK ausdrücklich durch Gesetz (§ 1/IVIHKG) entzogen worden (vgl. Frentzel, G., Jäkel, E., Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern, Kommentar, 2. Aufl., 1961, S. 45 ff.); vgl. allgemein zu dieser Problematik insbesondere Wilde, H., Wettbewerbsordnung und wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht, Diss. Mainz, 1952, S. 82; Dülfer, W., a.a.O., S. 123 ff.; Budde, H., Arbeitnehmerschaft in der Industriegesellschaft, 1963, S. 150.
 - 2) Vgl. auch Söllner, A., Arbeitsrecht, 2. Aufl., 1969, S. 38; zur Geschichte und Verfassungsmäßigkeit der Arbeitskammern vgl. Großmann, R., Zur Rechtmäßigkeit von Arbeitnehmerkammern, in: RdA, 21. Jg., 1968, S. 297 ff.
 - 3) z.B. Erstellung von Gutachten für Behörden, Förderung der Berufsausbildung (vgl. DGB, Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Deutschland, S. 57).
 - 4) Vgl. dazu Aus der Diskussion um die gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Heft 6/7, 1969, S. 98 ff.
 - 5) Vgl. DGB, Grundsatzprogramm, 1963, S. 9.

vor, die in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft betrieben werden¹⁾. Unter den Kapitalgesellschaften sollen wiederum nur Großunternehmen und Großkonzerne dazu verpflichtet werden, die zwei der drei angeführten Merkmale erfüllen: 2000 Arbeitnehmer, 75 Mill. DM Bilanzsumme und 150 Mill. DM Umsatz. Besondere Vorschriften für die Größe "Umsatz" gelten dabei für Banken und Versicherungen²⁾.

Den Wünschen nach einer Verbesserung des geltenden BetrVG wurde durch den Gesetzgeber am 15. Jan. 1972 entsprochen.

Auf Ebenen gesamtwirtschaftlicher Einflußnahme richtet sich das gewerkschaftliche Interesse lediglich sekundär. Im einzelnen werden Vorschläge zur Errichtung paritätisch besetzter Wirtschaftsräte³⁾ auf Bundes- und Länderinstanz unterbreitet, sowie die Bildung von Fachgruppenräten erwogen. In den Kammerorganisationen streben die Gewerkschaften generell eine gleichberechtigte Teilnahme der Arbeitnehmerseite an⁴⁾.

1) Vgl. DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 13 f. DGB, Entwurf eines Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen und Großkonzernen, 1968; SPD, Grundsatzprogramm, 1959, S. 18.

2) Vgl. DGB, Entwurf eines Gesetzes über die Mitbestimmung, § 2, Nr. 2 u. 3.

3) Die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Wirtschaftsgruppen dürfte jedoch wegen mangelnder Quantifizierbarkeit der wirtschaftlichen Partialinteressen recht willkürlich sein (vgl. Dülfer, W., a.a.O., S. 130 f.).

4) Vgl. Wilde, H., a.a.O., S. 68 ff.

2. Abschnitt: Die Eignung des Grundgesetzes als Beurteilungsmaßstab für Demokratisierungsbestrebungen in der Wirtschaft

Argumente, die mit juristischer Begründung für die Einführung demokratischer Ideen und Strukturen in der Wirtschaft plädieren, verweisen entweder direkt auf die Existenz gewisser Verfassungsnormen oder kommen indirekt auf dem Umweg über sozial-ethische und religiöse Erwägungen auf sie zu sprechen. Zur rechtlichen Fundierung der vorstehend umrissenen fünf Demokratisierungsziele werden insbesondere herangezogen: Art. 1 (Schutz der Menschenwürde), Art. 2 (die Freiheitsrechte, im einzelnen auch Art. 5 und 9) und Art. 3 (Gleichheit vor dem Gesetz), implicite verbunden mit dem Hinweis auf die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen und sozialen Bundesstaat (Art. 20/I, Art. 28/I, 1) sowie schließlich die das Eigentum explizierenden Artikel 14 und 15.

In jedem Falle erhebt sich die Frage, ob eine solche Kontaktnahme mit dem Zwecke, die Umgestaltung wirtschaftlicher Organisationsformen zu legitimieren, im Sinne der Verfassung ist und wenn ja, inwieweit das GG als Kriterium für den komplexen Begriff "Demokratisierung der Wirtschaft" anwendbar ist. Noch einfacher ausgedrückt: wie kann das Postulat nach "Demokratisierung der Wirtschaft" überhaupt zum Problem der Staatsverfassung werden?

In unserer Untersuchung ist "Grundgesetz" ein Synonym für den Ausdruck Staatsverfassung. Daß das GG tatsächlich mehr ist, als nur ein zeitliches und räumliches Provisorium¹⁾, hat sein Charakter als dauerhafte und im wesentlichen von der Bevölkerung der BRD akzeptierte Ordnung bestätigt. "Es hat bereits jetzt stärkere Lebenskraft gezeigt, als die Weimarer Reichsverfassung"²⁾. Seinem Inhalt und Geltungsreich nach trägt es durchaus die Kennzeichen einer völlig neugeschaffenen Staatsverfassung: es ist eigenbeständig,

1) Vgl. Präambel des GG sowie Art. 146.

2) Vgl. Hesse, K., Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 1967, S. 35.

unabgeleitet (originär) und allumfassend (kodifikatorisch)¹⁾. Bezeichnet man die Verfassung als Grundordnung, die die Vielfalt politischer Kräfte und Werte durch rechtliche Gestaltung zur staatlichen Einheit zusammenfaßt (objektiver Gestaltbegriff der Verfassung)²⁾, so ist das GG mit dem Prädikat einer Verfassung auszuzeichnen³⁾, selbst wenn sein Zustandekommen schwerlich "souveräne Volksbestimmung genannt werden kann⁴⁾.

4. Kapitel: Die ordnungspolitische Funktion des Grundgesetzes

I. Das Grundgesetz als "Norm der Normen"

Entgegen anderen Verfassungswerken, die nur formelle und prozessuale Aussagen über Funktion und Zusammenspiel der Staatsorgane geben oder Fundamentalnormen für Teilbereiche der staatlichen Ordnung aufstellen, beinhaltet das GG der Bundesrepublik Deutschland eine grundlegende Entscheidung für die Gestaltung aller Lebensbereiche der staatlichen Gemeinschaft⁵⁾. Daraus folgt, daß das GG jeglichem anderen Gesetz vor- und übergeordnet ist und daß die (einfache) Gesetzgebungsgewalt aus der Verfassung abgeleitet und von dieser nur verliehen ist⁶⁾.

1) Vgl. Maunz, Th., Deutsches Staatsrecht, 16. Aufl. 1968, S. 42.

2) Vgl. denselben, a.a.O., S. 38; Henke, W., Die verfassungsgebende Gewalt des deutschen Volkes, 1957, S. 12.

3) Dasselbe ließe sich auch am Text des GG unmittelbar ablesen bei Begriffen wie "verfassungsmäßige Ordnung", "verfassungswidrig" oder Bundes-"verfassungs"-gericht.

4) Diese Einschränkung gewinnt dann an Gewicht, wenn man davon ausgeht, daß das demokratische Prinzip auch im "vorkonstitutionellen Bereich" gilt. Ansonsten läßt sich ein zwingender Rechtssatz dahin, daß die Ausübung verfassungsgebender Gewalt einen direkten Willensakt des Volkes voraussetze, nicht aufstellen. (Zur Entstehung und Legitimation verfassungsgebender Gewalt vgl. die kritische Stellungnahme von Henke, W., Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes in Lehre und Wirklichkeit, in: Der Staat, Bd. 7, 1968, S. 165 ff.).

5) Vgl. Ehmke, H., Verfassungsänderung und Verfassungsdurchbrechung, in: AÖR, Bd. 79, 1953/54, S. 399 f.

6) Vgl. Hamann, A., Lenz, H., Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, Kommentar, 3. Aufl., 1970, S. 37.

Wenn also das GG die Summe der höchsten und letzten positiven Rechtsnormen im Staate ist, auf die sich alle anderen Rechtsnormen zurückführen lassen¹⁾, so ist es nur folgerichtig, daß bestehende (evtl. auch vorkonstitutionelle) sowie zu erlassende Gesetze an den Wertentscheidungen des GG überprüft werden. Die Bestimmungen hierfür finden sich im GG bei Art. 1/III, Art. 20/III und Art. 123/I. Art. 1/III bindet Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung an die Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht. Unmittelbar geltend heißt dabei, daß z.B. untersucht werden darf, ob ein Gesetzesrecht von Staatswegen eine Ungleichbehandlung nach Art. 3 oder eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit nach Art. 2 beinhaltet²⁾.

Da das Ziel einer demokratisierten Wirtschaft von Gewerkschafts-sicht aus mit einer Neuverteilung der Leitungskompetenz in Großunternehmen (speziell Kapitalgesellschaften) verbunden ist, wäre zunächst das Gesellschaftsrecht einer Überprüfung an den Grundrechten und dem Prinzip der Demokratie zu unterziehen. Gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, daß eine Demokratisierung der Wirtschaft nicht nur den mikroökonomischen Entscheidungsmechanismus berührt, sondern darüber hinaus die Gestalt der Wirtschaftsordnung, zumindest tendenziell, modifiziert. Wegweisend erscheint hierbei Art. 15, der es dem Gesetzgeber gestatten würde, auf global ordnungspolitischer Ebene Neuland zu betreten. Demokratisierungsvorhaben sind also auch unter makroökonomischem Aspekt zu analysieren.

Zu dem Problem einer "Drittwirkung der Grundrechte"³⁾ kommt es in diesem Zusammenhang nicht. Das wäre dann der Fall, wenn sich bspw. Arbeitnehmer gegenüber Arbeitgebern direkt auf eine den Grundrechten widersprechende Behandlung berufen

1) Dies entspricht dem absoluten Normbegriff der Verfassung (vgl. auch Schmitt, C., Verfassungslehre, 1954, S. 7).

2) Als letzte Instanz überwacht die Verfassungsgerichtsbarkeit die Bindung des Gesetzgebers an die Verfassung (Art. 93/I, Nr. 2).

3) Dieser Ausdruck wurde geprägt von Ipsen, H.P., Gleichheit in: N-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. II, 1954, S. 144.

würden¹⁾. Dies interessiert jedoch hier nicht. Die theoretische, wie auch den Tatsachen entsprechende Ausgangsposition ist vielmehr die, daß sich der Sozialpartner Arbeit, repräsentiert durch die Gewerkschaften, durch bestehendes Gesetz im Nachteil fühlt bzw. daß er eine unzureichende Verwirklichung des GG, vornehmlich der Grundrechte, in der Organisation und Wirkungsweise der Wirtschaftsordnung zu erkennen glaubt. Eine allgemeingültige Veränderung der bestehenden Verhältnisse könnte jedoch nur von der Staatsgewalt in Gestalt des Gesetzgebers vorgenommen werden. Insofern liegt auch die Forderung nach Verwirklichung der Grundrechte im Rahmen der Beziehung des Bürgers zum Staat.

II. Der Bedeutungswandel der Grundrechte

In einem bewußt vorangestellten Abschnitt "Die Grundrechte" geht das GG "von der Anerkennung gewisser oberster Grundwerte des freiheitlich demokratischen Verfassungsstaates aus"²⁾. Beabsichtigt ist damit der Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft und der Aufbau einer rechtsstaatlichen Herrschaftsordnung. Das Rechtsstaatsprinzip äußert sich in der Bindung der staatlichen Gewalten an Gesetz und (überpositives) Recht³⁾. Dem Staat also ist die Aufgabe, das Recht zu verwirklichen, übertragen, er steht in einer gegenüber dem Bürger dienenden Funktion.

Es ist dies jedoch nicht mehr der liberale Rechtsstaat des 19. Jh., welcher durch negatorisch verstandene Grundrechte staatliche Ein- und Übergriffe in die Bereiche abwehrte, die grundsätzlich der autonomen Gestaltung des Privatrechtsver-

-
- 1) Vgl. auch Linders, H., Über die Frage der unmittelbaren Grundrechtsbestimmungen des Bonner Grundgesetzes für den Privatrechtsverkehr, Diss. Münster 1961; Nipperdey, H.C., Grundrechte und Privatrecht, 1961.
 - 2) Schmidt-Bleibtreu, B., Klein, F., Kommentar zum GG für die Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl. 1970, S. 16.
 - 3) Wie schon erwähnt, geht das Recht u.U. über das Gesetz hinaus; neben der Suche nach Gerechtigkeit ist es gekennzeichnet durch die ständige Auseinandersetzung mit den Zielen des Gemeinnutzes und der Rechtssicherheit (vgl. Radbruch, G., Rechtsphilosophie, 7. Aufl. 1970, S. 123 ff. u. S. 146 ff.).

kehrs vorbehalten blieben¹⁾. Die konkrete Entwicklung der liberal ausgrenzenden Sphäre der Verkehrswirtschaft hat gezeigt, daß sich der Dienst des Staates zur Gewährleistung der liberalen Grundrechte nicht darin erschöpfen kann, die Voraussetzung für staatsfreie Räume in der Wirtschaft zu garantieren. Die positive Erfüllung der negatorischen Wirkung tritt nicht mehr "automatisch" ein²⁾, so daß schließlich durch Hinzufügung sozialer Grundrechte ein Bedeutungswandel im Wertsystem der Verfassung eintreten mußte. Resultiert dieser Bedeutungswandel einerseits aus den hinzugekommenen leistenden und verteilenden Eingriffen des Staates, so ist andererseits die Stellung der Grundrechte im veränderten Bewußtsein des Bürgers (oder Menschen) gegenüber seinem Staatswesen zu erkennen. Die Grundrechte nämlich sind nicht mehr nur Ausdruck klassisch-subjektiver Abwehrrechte gegen die Allmacht staatlicher Herrschaft (negative Statusrechte)³⁾, sondern sie begründen darüber hinaus Forderungsrechte (status positivus socialis) und Teilnahmerechte (status activus sive civitatis). In Form der Institutsgarantien oder als Sekundärausfluß subjektiver Rechte sind sie zudem Grundelemente objektiver Ordnung des Gemeinwesens⁴⁾.

Mit dem Übergang zu einem demokratischen und sozialen Staat sind die Voraussetzungen eines Dualismus zwischen "Staat" und "Gesellschaft" entfallen. Gegenüber früher begegnen sich jetzt Staat und Bürger auf einer sehr viel breiteren Front⁵⁾. Der Sozialstaat wirkt mit seiner Verwaltungstätigkeit und seinen gesetzlichen Regelungen immer stärker auf den Produktionsprozeß, das Geschäftsleben, den Marktmechanismus u.a. ein. Andererseits leiten die gesellschaftlichen Kräfte, zu Großverbänden organisiert, ihre Aktionen in den Staat hinein. Sie werden also zu politischen Größen und ernstzunehmenden-

1) Vgl. Habermas, J., Strukturwandel der Öffentlichkeit, 4. Aufl., 1969, S. 243.

2) Vgl. denselben, a.a.O., S. 246.

3) Vgl. Henke, W., Grundrechte und Grundpflichten, in: HdSW, Bd. 4, 1965, S. 689 ff.

4) Vgl. Hesse, K., Grundzüge S. 121 ff.

5) Vgl. Burdeau, G., Traité de Science Politique, Vol. IV, 1952, S. 23 ff.

den Trägern der Macht¹⁾. Das gilt auch für Großunternehmen, deren gesellschaftliche Importanz durch Privilegierung und Sanktionierung des Privatinteresses übersehen würde. Demokratisierung der Wirtschaft liefe hier konform mit dem Vollzug des demokratischen Öffentlichkeitsgebotes²⁾, die Sicherung der Grundrechte hätte durch aktive Teilnahme betroffener Gruppen an Gebilden staatsgleicher Macht ihre realistische Lösungsform.

Wenn mittlerweile gesellschaftliches Leben ohne die organisierende, planende und verantwortliche Gestaltung durch den Staat nicht mehr möglich ist, so konstituiert sich umgekehrt der demokratische Staat erst in gesellschaftlichem Zusammenwirken³⁾. Das deshalb, weil der demokratische Prozeß staatlicher Willensbildung wiederum aus der in sämtlichen Lebensbereichen stattfindenden Willensbildung gesellschaftlicher Kräfte und Gruppierungen quantitativ und qualitativ resümiert⁴⁾.

"Der demokratische Staat der Gegenwart, der kein einheitliches Subjekt der Herrschaft mehr kennt, wird zu einem Stück Selbstorganisation der modernen Industriegesellschaft, deren Konflikte in den Prozeß politischer Einheits- und staatlicher Willensbildung eingehen und hier ausgetragen und befriedet werden müssen"⁵⁾.

Nicht nur durch funktionelle Verzahnung, sondern ebenso durch eine umfassende Informations- und Kontrolltätigkeit der Massenmedien ist eine dauerhafte soziale Ordnung "von der Harmonie der Ordnungsprinzipien in den sozialen Strukturbereichen abhängig"⁶⁾. Eine unverbundene Gegenüberstellung

1) Vgl. Freyer, H., Entwicklungstendenzen und Probleme der modernen Industriegesellschaft, 1967, S. 11 f.

2) Vgl. Habermas, J., a.a.O., S. 265 f.

3) Vgl. Hesse, K., Grundzüge S. 7; Friedrich, C.J., Demokratie als Herrschafts- und Lebensform, 2. Aufl., 1966.

4) Die aus der Revolution entstammende Direktorialverfassung vom 22. Aug. 1795 hat ähnliches erkannt, wenn sie bestimmt: "Niemand ist ein guter Bürger, wenn er nicht ein guter Sohn, ein guter Vater, ein guter Bruder, ein guter Freund und ein guter Gatte ist." (zit. nach Nipperdey, H.C., Grundrechte und Privatrecht, a.a.O., S. 18, der hinzuzufügen vorschlägt: "und ein guter Vertragspartner").

5) Hesse, K., Grundzüge S. 7.

6) Rapold, M.U., a.a.O., S. 120.

zwischen dem wirtschaftlichen und staatspolitischen Ordnungsbereich wird dadurch ausgeschlossen. Die Grundrechte umschreiben im Bereich der Gesellschaft nicht einen staatsfreien, geschweige denn negativen Raum, sondern im Gegenteil einen Raum der Staatshervorbringung¹⁾. Demokratisierung der Wirtschaft ist in diesem Sinne die Einbeziehung des öffentlich relevanten Wirtschaftsbereiches in das politische Gemeinwesen²⁾.

5. Kapitel: Normative Verfassung und Dynamik der Wirklichkeit

Die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft wirft die Frage auf, wie aus einem Faktum, dem Rechtswillen eines mehr oder weniger großen Teiles der Bevölkerung ein rechtliches Sollen hervorgehen kann³⁾. Nicht das formelle Verfahren, der politische Integrationsprozeß mit dem Parlament als Willensbildungszentrum ist hier angesprochen⁴⁾, sondern das materielle Verhältnis zwischen der niedergeschriebenen, relativ starren Verfassung und den (zumindest dem Wortlaut nach) mannigfachen Vorschlägen und Begehren, artikuliert durch Gruppen, Verbände und Parteien, zur Änderung der praktischen Lebensverhältnisse. Nicht selten macht man dabei das rein positiv-rechtliche Vorhandensein von Grundrechtsnormen dem eigenen Interesse dienstbar, ohne sich die Frage nach objektiv gültigem Inhalt oder zeitspezifischer Qualität der Norm zu stellen.

1) Vgl. Krüger, H., Allgemeine Staatslehre, 2. Aufl., 1966, S. 539 ff.

Dieser Gedanke eines von der Verfassung durchgängig proklamierten Wertsystems wurde bereits vertreten durch Smend, R., Verfassung und Verfassungsrecht, 1928, S. 164.

2) Vgl. Wiethölter, R., Die Position des Wirtschaftsrechts im sozialen Rechtsstaat, in: Festschr. f. F. Böhm, 1965, S. 60; siehe auch a.a.O., S. 47: „es gilt, die soziale und politische Relevanz des früher zum unpolitischen Gesellschaftsbereich gezählten Wirtschaftsbereiches zu erfassen und rechtlich zu durchdringen, nicht lediglich soziologisch zu registrieren“.

3) Vgl. auch Radbruch, G., a.a.O., S. 174.

4) Obwohl aus ihm wichtige Aufschlüsse über das Zustandekommen von Gesetzestexten zu gewinnen wären.

I. Die ideelle Basis des Grundgesetzes

Der Darlegung Georg Jellineks über die "Normativität des Faktischen"¹⁾ widerspricht unser GG insofern, als der Verfassungsgeber sich zu einer "Wertordnung" bekannt hat, die zwar weltanschaulich neutral²⁾ aber nicht wertneutral³⁾ ist.

Das GG konstituiert ein "offenes System", d.h. jeder einzelne hat in unserer Demokratie die Freiheit, aber auch die Pflicht, in verantwortungsvoller Mitarbeit die Richtung unseres Staatswesens mitzubestimmen (voluntaristische Auffassung der gesellschaftlichen Entwicklung)⁴⁾. Ob man nun an der Idee einer Rationalisierung von Herrschaft durch vernünftige Auseinandersetzung festhält oder von den Voraussetzungen eines rasonierenden Publikums ausgeht⁵⁾, der politische Weg soll jedenfalls nicht gefunden werden mit Hilfe eines "geschlossenen Lehrsystems, das mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit die gesamte Wirklichkeit erklärt und daraus bindende Lehren für die Daseinsgestaltung ableitet"⁶⁾. Diese Absage an Ideologien⁷⁾ jeglicher Art gilt nicht nur für den Bereich der Staatspolitik, sondern auch für den der Wirtschaftspolitik; denn es ist nicht abzustreiten, "daß die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Staates nicht ökonomische, sondern politische sind"⁸⁾.

1) Vgl. Jellinek, G., Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl., 1960, S. 337 ff.

Im wesentlichen verbirgt sich hinter diesem Ausdruck, daß wichtige Partien des öffentlichen Rechts erst aus der Lehre verständlich werden, derzufolge das Recht ein Kompromiß zwischen verschiedenen einander widerstreitenden Interessen ist.

2) Vgl. BVerfGE 12,1 (3 ff.).

3) Vgl. BVerfGE 2,1 (12); 5,85 (134 ff.); 6,32 (40 f.); 7,198 (205).

4) Vgl. dazu Kraus, O., Grundfragen der Gesellschaftspolitik, 1964, S. 31 ff.

5) Vgl. Habermas, J., a.a.O., S. 257 ff.

6) Heinisch, G., Westliche Demokratie und östlicher Demokratismus, München 1964, S. 54.

7) Vgl. zum Ideologiebegriff auch Hättich, M., Demokratie als Herrschaftsordnung, Köln 1967, S. 166 ff.

8) Krüger, H., Allgemeine Staatslehre, a.a.O., S. 582.

Die Nichtidentifikation des Staates mit einer bestimmten Doktrin darf andererseits jedoch nicht dazu führen, daß bedingungslos das ausgeführt wird, was der Mehrheit des Volkes, repräsentiert durch die Regierungspartei bzw. -partei-koalition, realisierungswürdig erscheint. Im Gegensatz zur Weimarer Republik tritt das GG für eine "absolute Demokratie"¹⁾ im Sinne unabänderlicher Grundwerte ein, unter die expressis verbis Art. 1 und Art. 20 fallen (Art. 79/III). Da die Würde der einzelnen Person (Art. 1) zumindest durch Art. 2 und 3 seine Konkretisierung erfährt, da außerdem der Begriff der "bürgerlichen Demokratie"²⁾ die Achtung der individuellen Freiheit und Gleichheit der Menschen in sich schließt, muß Art. 79/III auch auf diese Grundrechte ausgedehnt werden.

Dem Schutze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dient in diesem Zusammenhang auch Art. 18, der Anstrengungen, die auf die Beseitigung dieser Staatsform gerichtet sind, nicht mehr toleriert, sondern bekämpft.

Die Grundrechte erhalten eine erhöhte Bestandskraft weiterhin dadurch, daß ihr Wesensgehalt nicht angetastet werden darf (Art. 19/II). Wenn auch die Erforschung des "Wesensgehaltes" im Einzelfalle äußerst problematisch sein dürfte, so sind einer Abänderung des Grundrechtes doch allein durch die bloße Tatsache des Zwanges zur Beschäftigung mit seinem Inhalt erhebliche Grenzen gesetzt. Die dauerhafte Regelung des GG wird schließlich noch dadurch unterstützt, daß grundlegende Verfassungsnormen an überpositivem Recht gemessen werden, an Recht also, das unabhängig von den positivierten Gesetzen als ewig gültig anerkannt wird (Art. 1/II, Art. 20/III)³⁾. Nach Dürig besteht dementsprechend die Positivie-

1) Vgl. auch Dürig, G., Verfassung und Verwaltung im Wohlfahrtsstaat, in: JZ 1953, S. 197.

2) Da "bürgerlich" inzwischen einen abqualifizierenden Beiklang erhalten hat, ist dieser Ausdruck unglücklich typisierend. Er dient deshalb an dieser Stelle nur der besseren Unterscheidung gegenüber den sog. "Volksdemokratien" mit Gewaltenhamplung.

3) Vgl. Hamann-Lenz, S. 39 ff.

rung der Grundrechte nicht in einer konstitutiven Gewährung, sondern lediglich in einer affirmativen Gewährleistung vorgegebener Wertnormen (Art. 1/II)¹⁾.

Die Verfassung der BRD gründet also auf einem Wertfundament, dessen ideelle Ausgangsbasis die Würde des einzelnen Menschen ist (Art. 1). "Jeder Mensch ist Mensch kraft seines Geistes, der ihn abhebt von der unpersönlichen Natur und ihn aus eigener Entscheidung dazu befähigt, seiner selbst bewußt zu werden, sich selbst zu bestimmen und sich und seine Umwelt zu gestalten"²⁾. Dazu gehört in unlösbarer seinsmäßiger Verbundenheit das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit jedes Einzelmenschen (Art. 2/I), so wie er heute wirklich lebt, nicht als etwas Allgemeines, Abstraktes oder Zukünftiges³⁾. Daher darf er auch nie als Mittel oder Werkzeug für einen "höheren Zweck" der Gemeinschaft oder für nationale bzw. kulturelle Werte (überindividualistische und transpersonale Lebenseinstellung)⁴⁾ eingesetzt werden. Die Vielzahl an Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen wird indessen beschränkt dadurch, daß dieser in eine bestimmte geistige Bedeutungswelt und eine historisch gewachsene Gemeinschaft hineingeboren wird und daß seine Persönlichkeit erst in dem Wechselverhältnis mit diesen Wirkungsbereichen ihre letzte Ausprägung erhält. Die Auffassung, daß unser Dasein etwas voluntativ Aufgegebenes sei, findet demnach ihre Ergänzung in der Erkenntnis des Menschen als eines personalen und sozialen Wesens⁵⁾. Diese Spannung in der Bipolarität des Menschen einerseits als Person von unverfügbarem Eigenwert, andererseits als Glied von Gemeinschaften wird uns bei der verfassungsrechtlichen Begründung von Demokratisierungsvorhaben noch öfters begegnen.

Die geschichtliche Rangordnung von Wertbekenntnissen, etwa

-
- 1) Vgl. Dürig, G., Artikel: Deutschland, Recht und Rechtspflege, gegenwärtige Verhältnisse in der BRD, in: Staatslexikon, Bd. 2, 1958, S. 841.
 - 2) Vgl. Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. II, 1 zu Art. 1, Rdnr. 18; Wintrich, J., Zur Problematik der Grundrechte, 1957.
 - 3) Vgl. Heinisch, G., a.a.O., S. 12.
 - 4) Vgl. Radbruch, G., a.a.O., S. 146 ff.
 - 5) Vgl. Hesse, K., Grundzüge S. 49; Kautter, E., Demokratie vor der Bewährungsprobe, in: Mensch und Welt, Bd. III, 1954, S. 46 ff.

des Individuellen vor dem Kollektiven, der voluntativen Gestaltung des Lebens vor dessen Determiniertheit, das Bekenntnis zur "zweitbesten" Lösung vor dem Streben nach einem fernen Ideal, ist eine unbeweisbare Hypothese¹⁾, insofern sie als unveränderliches absolut geltendes Wertreich angenommen wird. Vom rechtsphilosophischen Standpunkt des Methodenpluralismus und Relativismus²⁾ ist deshalb die Auszeichnung gewisser Verfassungsnormen mit erhöhter Bestandskraft auch wiederum nur im Sinne einer Wertung der Rechtsentstehung zu sehen: dem historisch Gewachsenen wird mehr Geltungskraft zuerkannt, als der theoretischen Deduktion von Normensystemen. Das Wertbekenntnis des GG erhält demgemäß nur dadurch Gültigkeit, daß es - wenigstens äußerlich - intersubjektiv von einer Majorität anerkannt bzw. toleriert wird oder anders ausgedrückt, daß die tonangebende Schicht³⁾ durch Operationalisierung oder Realisierung der oben umrissenen allgemeinen Wertentscheidungen die Mehrheit demokratisch zu überzeugen versteht.

II. Die Frage des Verfassungsauftrags

Nach den bisherigen Ausführungen könnte der Eindruck entstehen, als enthielte das GG in Form der konservierenden Unbedingtheit gewisser Normen und Grundsätze statische Elemente, die es gestatten könnten, anhand des Sein-Sollens, der normativen Bedeutung geschriebener Verfassungssätze, eine Überprüfung und Klassifizierung der historischen Forderung "Demokratisierung der Wirtschaft" vorzunehmen. Resultat dieser Vorgehensweise wäre entweder die Verwerfung oder Bestätigung der angeführten Forderungen, was einerseits den (einfachen) Gesetzgeber zu eigenen Überlegungen über verfassungskonforme Demokratisierungslösungen veranlassen könnte, andererseits die Legalität der von Gewerkschaftsseite vorgeschlagenen

1) Vgl. auch Zippelius, R., Das Wesen des Rechts, 2. Aufl., 1969, S. 105.

2) Vgl. Radbruch, G., a.a.O., S. 97 ff.

3) Vgl. Zippelius, R., a.a.O., S. 107.

Neuregelungen unterstreichen würde. Es bereitet jedoch große Schwierigkeiten, ein derartig umfassendes und detailliertes Normensystem aus dem GG herauszuarbeiten oder auch nur festzustellen, ob es so etwas überhaupt gibt.

Der Glaube an solche Kodifikationen einer Werteinheit fehlt heute. "Die Verfassungen der verschiedenen Staaten erscheinen als eine Reihe verschiedenartig zusammengesetzter Normierungen ..." ¹⁾. Die einzelnen Verfassungsgesetze sind relativ, d.h. die Aussage der Verfassung zu einem Problem ist selten mit einer einzigen Norm ausgeschöpft bzw. eine Norm bedarf stets der Abwägung mit anderen. Daß die Verfassung nicht kraft ihrer normativen "Richtigkeit" gilt oder ihrer logisch systematischen Geschlossenheit, wird auch von dem heute geläufigen positiven Verfassungsbegriff ²⁾ unterstrichen, wonach die Verfassung vermöge des existierenden politischen Willens desjenigen gilt, der sie gibt ³⁾. Jedes Gesetz, auch das Verfassungsgesetz, erhält seine Gültigkeit letztlich von einer politischen Entscheidung, die aus einer konkreten historischen Einsicht geboren wird.

Demzufolge gibt es auch keine "ewigen Werte" ⁴⁾, die nur darauf warten, in Verfassungen endgültig zum Frieden der Menschheit niedergelegt zu werden. Wohl aber gibt es Erfahrungen unseres abendländischen Kulturkreises oder sogar speziell des deutschen Volkes ⁵⁾, was Anlaß zum besonderen Schutz anzuerkennen der Werte gegeben hat und zur Errichtung einer Staatsform, die zur Gewährleistung und Realisierung dieser Werte besonders geeignet erschien. Es sind dies in unserem GG vor allem der ideelle Ausgangspunkt unverletzlicher und unveräußerlicher Menschenrechte des Individuums, seine freie Persönlichkeitsentfaltung sowie als korrespondierende Staatsform die parlamentarische Demokratie und der Rechtsstaat verbunden mit einer kritischen Stellung gegenüber jeglicher Staatsgewalt.

1) Schmitt, C., a.a.O., S. 15.

2) Vgl. ebenda, S. 20 ff.

3) Vgl. ebenda, S. 22.

4) Vgl. Fechner, E., Die soziologische Grenze der Grundrechte, in: Recht und Staat, Heft 177, 1954, S. 7 u. S. 29 ff.

5) Vgl. dazu vor allem Fromme, F.K., Weimarer Verfassung S. 5 ff. u. S. 184 ff.

Während der Verfassungsgeber in der Demokratie eine den schützenswerten Grundrechten adäquate Staatsform erblickte, kennzeichnet das GG ein Scheinkompromiß bezüglich der hier interessierenden Entscheidung über ein den Grundrechten entsprechendes Wirtschaftssystem. Diesbezüglich wurde keine durch beiderseitiges Nachgeben im Parlamentarischen Rat gewonnene sachliche Entscheidung getroffen¹⁾, sondern man hoffte, ein endgültiges Urteil durch die reale Entwicklung und den Erfolg einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung politisch fällen und verantworten zu können. Dieser dilatorische Kompromiß²⁾ unterstreicht nur, daß das GG keinen exakten Fahrplan als materiale Wertordnung des gesamten Lebens anbietet. Dafür spricht auch die im GG zu beobachtende Erscheinung, daß in sorgfältiger Abwägung der sich notgedrungen wandelnden politischen und sozialen Wirklichkeit stets ein Stück der Gegenstruktur aufgenommen wurde³⁾. So steht, wie bereits bemerkt, neben dem Prinzip der Individualität das der Sozialgebundenheit, neben dem Prinzip der persönlichen Freiheit das der Gleichheit und neben dem Institut des Privateigentums die Möglichkeit zu sozialisierten Formen wirtschaftlicher Verfügungsgewalt überzugehen u. ä.

Sieht man die Lebenskraft der normativen Verfassung also mehr in dem ständig neu geforderten dialektischen Kompromiß niedergeschriebener Werte, an dessen gültiger Formulierung zumindest ideell jeder einzelne Staatsbürger aufgerufen ist mitzuarbeiten⁴⁾, so ist dies natürlich gerade die entgegengesetzte Position zu der Auffassung, die es als Aufgabe von Gesetzgebung und Verwaltung ansieht, die Grundentscheidungen

1) Vgl. auch die näheren Ausführungen S. 143 ff.

2) Schmitt, C., a.a.O., S. 31 f.

3) Die im nachhinein unter dem philosophischen Aspekt dialektischer Erkenntnisgewinnung vernünftigt erscheinende Positivierung von "Thesen und Antithesen" war sicher im wesentlichen nur ein Produkt widerstreitender Standpunkte der Vertreter des Parlamentarischen Rats.

4) In der Realität ist dieser Appell längst zugunsten eines verbandspolitischen Interessenpluralismus aufgegangen.

der Verfassung "zu verwirklichen"¹⁾. Wir stimmen mit Hennis²⁾ überein, wenn er die Gefahr einer Vergatterung der Nation zum Grundrechtsvollzug in dem Anspruch sieht, die Verfassung als unerschöpflichen Quell detaillierten Inhalts zu betrachten, den der Gesetzgeber nur ans Tageslicht zu heben hat. Insofern gibt es auch keinen Verfassungsauftrag und ein nichterfülltes GG³⁾ ist schlechthin nicht denkbar. "Dagegen ist festzuhalten, daß es Sache von Gesetzgebung und Verwaltung ist, im Einklang mit der Verfassung zu bleiben"⁴⁾. Wie jedoch dieser Einklang aussehen soll, muß noch geklärt werden. Er soll sich ja ebensogut - wie bereits erwähnt⁵⁾ - auf früher erlassene Gesetze erstrecken.

Daß ein Gesetz möglichst keinen Widerspruch mit den Verfassungsnormen bilden sollte, wäre zuwenig gesagt. Vielmehr erhält der Gesetzgeber zusätzlich einen Impuls von seiten der apriorisch gedachten Verfassungsnorm, der ihm angibt, wie er die Wirklichkeit zu begreifen, zu gestalten und zu lenken habe. Die Verfassungsnorm, wiederum einestells naturrechtlich oder besser kulturechtlich⁶⁾ für einen bestimmten Menschentyp (z.B. Europäer) unabdingbar, empfängt andernteils ihren konkreten Inhalt von der Zeit und dem epochalen Wertempfinden, in die sie als Recht gestellt ist. Schließlich ist auch dieser konkrete Gesamtzustand staatlicher Existenz (die konkrete "Verfassung" eines Staates), das tatsächliche Erscheinungsbild der Lebensbereiche einschließlich ihrer Verhaltensmuster teilweise beeinflusst durch Gesetze (zusammen mit der normativen Verfassung) und somit soziologisch be-

- 1) Von Hennis, W., Verfassung und Verfassungswirklichkeit, 1968, S. 22, Fußn. 39 als sog. materiale Verfassungstheorie bezeichnet.
- 2) Vgl. Hennis, W., Verfassung und Verfassungswirklichkeit S. 20.
- 3) Vgl. z.B. Arndt, A., Das nichterfüllte Grundgesetz, 1960; Abendroth, W., Das Grundgesetz - Eine Einführung in seine politischen Probleme, 1960, S. 12 ff., der die Meinung vertritt, die politischen und sozialen Realitäten der Entstehungszeit einer Verfassung seien bindende Auslegungsmaximen auch bei inzwischen veränderter Wirklichkeit, die dann eben verfassungswidrige Wirklichkeit sei.
- 4) Hennis, W., Verfassung und Verfassungswirklichkeit S. 22, Fußn. 39.
- 5) Vgl. S. 50 f.
- 6) Vgl. Radbruch, G., a.a.O., S. 107.

trachtet, Initiator der Gesetzgebung, deren Tätigwerden - und damit beginnt der gedankliche Kreislauf wieder von vorn - unter Beachtung der positivierten und überpositiven Verfassungsnormen einzusetzen hat. Es stellt sich somit das Problem der Aktualisierung der Verfassung; denn ihr Inhalt bleibt toter Buchstabe, wenn er nicht in menschliches Handeln eingeht. "Nur in dem Maße, in dem die Verfassung normative Kraft entfaltet, in dem jene Inhalte in menschlichem Sein und menschlichem Wirken aktualisiert werden, wird die Verfassung zur wirklichen Verfassung"¹⁾. Die Grundrechte leben nicht, "weil sie im akademischen Katalog eines Verfassungspapiers geschrieben stehen, sondern daß allein ihre Verwirklichung in der Geschichte sie beständig erneuern muß"²⁾. Diese Verwirklichung ist nur dann möglich, "wenn die tatsächliche Verfassung, in der ein Volk sich durch seine politische und wirtschaftliche Organisation befindet, dafür Gewähr bietet"³⁾.

Die Aktualisierung der Verfassungssätze erfolgt wegen ihrer breiten und offenen Aussage auf den konkreten Fall bezogen durch Gesetz, Richterspruch und Verwaltungshandeln. Die normative Aussage der Verfassung, insbesondere ihrer Grundrechte darf dabei von der Gesetzgebung nicht in völlig divergierende Bahnen gelenkt werden zu dem, was der Überzeugung der Mehrheit des Volkes, seiner traditionellen, sittlichen, moralischen und religiösen Anschauung entspricht und die Gesetzgebung darf weiterhin die ideellen Anstrengungen des Volkes nicht auf Veränderungen richten, die auf Grund gewandelter Umweltbedingungen undurchführbar sind oder Opfer dieser Bedingungen werden. Hier wie da entstünde die Gefahr einer Nullifikation oder Mißachtung des Gesetzes.

Der Ausweg aus dieser Spannung von Gesetz und Wirklichkeit liegt in einer Dynamisierung der Verfassungsinterpretation, in einer wechselseitigen Befruchtung von aprioristisch gesetzten Normen und äußerlich erkannter Wirklichkeit als selbständiger Qualität. Die Verfassungsnorm hat kein eigenes, von

1) Hesse, K., Grundzüge S. 17.

2) Arndt, A., Problem S. 138.

3) Ebenda.

der Wirklichkeit unabhängiges Sein¹⁾). Ihr Wesen besteht darin, daß sie gelten, d.h. den von ihr normierten Zustand in der Wirklichkeit verwirklichen will. "Dieser Geltungsanspruch läßt sich nicht von den geschichtlichen Bedingungen seiner Realisierung ablösen, die, in vielfältiger Interdependenz stehend, die besonderen Gesetzlichkeiten schaffen, an denen er nicht vorbeigehen kann"²⁾. Genauso wichtig ist jedoch, daß der Geltungsanspruch einer Verfassungsnorm mit den Bedingungen seiner Realisierung nicht identisch ist, sondern als eigenes Element zu diesen Bedingungen bzw. Sachgesetzmäßigkeiten hinzutritt³⁾.

Daraus ergibt sich, daß das GG für unsere Überlegungen nicht als positiv feststehendes Kriterium verwendet werden kann, noch weniger, als daraus keine eindeutigen Ableitungen institutioneller Art für Demokratisierungsziele in der Wirtschaft vollziehbar sind. Ein diesbezüglicher Verfassungsauftrag ist höchstens aus einzelnen, isoliert betrachteten Grundrechtsartikeln zu erkennen. Diese Methode wäre jedoch unvollständig, denn die einzelnen Grundrechte erhalten ihren Sinngehalt erst im Zusammenklang mit anderen, oft grundverschiedenen Verfassungssätzen.

Im Vordergrund der Verwirklichung von Demokratisierungswünschen stehen meist Vorschläge institutioneller Neuregelungen. Es soll nicht abgestritten werden, daß eine Modifikation der konkreten Organisation der Wirtschaft das eine oder andere Demokratisierungsziel besser erreicht als bisher. Die stets aufgetragene Realisierung des Geistes der Grundrechte darf nicht durch eingefahrene institutionelle Strukturen verhindert werden, sondern ist durch eine dynamische Auffassung der politischen bzw. wirtschaftlichen Institutionen stets weiterzuentwickeln. Nicht vergessen werden darf jedoch dabei, daß die Dynamik der wirtschaftlichen Organisationseinheiten von der geistigen Haltung der Menschen lebt, genauso wie die Grundrechte ihrem Gehalt nach etwas Metaphysisches sind,

1) Die Isolation der Norm von der Wirklichkeit wurde insbesondere von der Begriffsjurisprudenz, der Reinen Rechtslehre oder dem Gesetzespositivismus vorgenommen (vgl. Zippelius, R., a.a.O., S. 11 f., 22 ff. u. 124 ff.).

2) Hesse, K., Die normative Kraft der Verfassung, 1959, S. 8.

3) Vgl. ebenda, S. 4 ff.

"das sich so wenig verbriefen läßt, wie die Liebe durch das Ehegesetz"¹⁾.

III. Zur Interpretation der Grundrechte

Begriffe wie "Menschenwürde", "Freiheit der Person", "Gleichheit" und "Demokratie" sind im GG in allgemeiner Form positiviert. Sie bedürfen der Präzisierung, wenn sie auf einen konkreten Anwendungsfall bezogen werden sollen. Dabei liefert die juristische Interpretation der Grundrechte u.U. andere Ergebnisse, als sie von den Apologeten einer demokratischen Wirtschaft unterstellt werden. Um die Wurzeln solcher möglicher Diskrepanzen und Mißverständnisse aufzudecken, ist es nötig, sich über die Methoden der Verfassungsauslegung Klarheit zu verschaffen²⁾.

Zur Verdeutlichung der im ersten Abschnitt des GG stehenden teilweise kontradiktorischen Wertbekenntnisse kann zunächst der Versuch unternommen werden, die Intention des Autors oder besser des Autorenkollektivs zu erforschen. Eine homogene Interpretation dürfte jedoch hierbei kaum zu gewinnen sein, da z.B. die Ansichten im Parlamentarischen Rat über den Wert der Freiheit oder die Bedeutung der Sozialisierung oft weit auseinandergingen³⁾. Trotzdem ist der Blick auf die Entstehungsgeschichte einzelner Grundrechtsartikel insbesondere dann gerechtfertigt, wenn in der Verfassung "offene Lücken"⁴⁾ bestehen, also Fragen bewußt nicht geregelt worden sind, zu deren Regelung der Verfassungsgeber berufen gewesen wäre. Das gilt etwa für den fehlenden Abschnitt einer Wirtschaftsverfassung. Hier kann die damalige Argumentationsweise der Mitglieder des Parlamentarischen Rates - verglichen mit den heutigen Verhältnissen - wertvolle Aufschlüsse z.B. über den Stellenwert des Art. 15 für die weitere ordnungspolitische Diskussion geben.

1) Arndt, A., Problem S. 138.

2) Vgl. dazu Leibholz, G., Rinck, H.J., Kommentar zum Grundgesetz anhand der Rechtsprechung des BVerfG, 4. Aufl., 1971, S. 3 ff.

3) Vgl. Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn 1948/49, S. 529 ff. u. S. 731 ff.

4) Maunz, Th., Deutsches Staatsrecht S. 51.

Da eine einheitliche geistesgeschichtliche Begründung der Grundrechte nicht möglich ist¹⁾, erlaubt die Erklärung des Begriffs "Demokratie" einen Rückgriff auf die Aufklärungsphilosophie nur bedingt. Viel mehr muß Berücksichtigung finden, daß die Konzipierung des GG in hohem Maße Lehren aus der geschichtlichen Erfahrung, dem Unrecht der Herrschenden gegenüber den Beherrschten ziehen wollte²⁾. Das schließt jedoch nicht aus, daß die Eigendynamik des staatlichen Ordnungselementes Demokratie - unterstützt durch das Aufkommen staatsähnlicher Machtgebilde - zu einem gewandelten Verständnis des Bürgers vom Staate führt, demzufolge die Interpretation des Begriffes Demokratie ebenfalls einer Wandlung unterliegen muß, allerdings nicht ohne den Blick zu den konkreten Bedingungen zu verlieren, aus denen er seine ursprüngliche Bedeutung gewonnen hat.

Neben der historischen Exegese der Grundrechte gibt es eine Reihe weiterer Interpretationsmöglichkeiten³⁾, von denen die grammatische Interpretation nur geringen Wert besitzt. Weit wichtiger ist die Frage nach dem Sinnzusammenhang und der systematischen Stellung des auszulegenden Satzes innerhalb der Verfassung. Dabei sind allgemeine Grundlagen, Fundamentalsätze und Strukturprinzipien des GG zu beachten. Zu den elementaren Verfassungssätzen gehören nach Meinung des BVerfG das Prinzip der Demokratie, das bundesstaatliche Prinzip, das rechtsstaatliche Prinzip, die Rechtsidee selbst, der Gleichheitssatz und diejenigen Grundrechte, "die unmittelbar Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit sind"⁴⁾. "Alle Verfassungsnormen sind so zu interpretieren, daß Widersprüche zu anderen Verfassungsnormen vermieden werden"⁵⁾. Diesem Unterfangen liegt der Wille nach Einheitlichkeit der Verfassung zugrunde, nicht mit dem Ziel, ein endgültiges geschlossenes System aufzuspielen, sondern im dialektischen Abwägen offen zu

1) Vgl. Mangoldt, H. v., Klein, F., Das Bonner Grundgesetz (Kommentar), Bd. I, 2. Aufl., 1966, S. 57.

2) Vgl. Henke, W., Grundrechte S. 51.

3) Vgl. dazu BVerfGE 11, 126 (130).

4) Mangoldt, H. v., Klein, F., a.a.O., S. 10; vgl. auch BVerfGE 1, 14 (14 ff.).

5) Hesse, K., Grundzüge S. 28.

bleiben, mit Kompromissen, die nicht als mittel-mäßig angesehen werden, sondern als "höchster Wert"¹⁾.

Die juristische Interpretation unterscheidet sich von der philologischen dadurch, daß sie nicht auf die Feststellung eines subjektiv gemeinten Sinnes in empirischer Methode ausgeht, sondern sich auf den objektiv gültigen Gehalt des Rechtssatzes beziehen will²⁾. In der Sprache des BVerfG³⁾ heißt dies: Nicht die subjektiven Vorstellungen der am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Organe, sondern der objektivierte Wille des Gesetzgebers entscheidet. Das Gesetz muß klüger sein als seine Verfasser, demzufolge der Interpret in die Lage versetzt wird, für jeden Rechtsfall eine klare und widerspruchslöse Entscheidung aus dem Gesetz zu entnehmen. "So ist die juristische Auslegung nicht Nachdenken eines Vorge-dachten, sondern Zuendedenken eines Gedachten"⁴⁾.

In diese Richtung eines ziel- und zweckbestimmten Denkens bewegt sich die Methode der teleologischen Verfassungsinterpretation⁵⁾. Sie ist wertbezogen und wägt z.B. gegeneinander ringende Interessen anhand eines höheren Zweckes ab, wobei dieser "höhere Zweck", von der Konzeption des GG her gesehen, niemals ideologisch bestimmt sein darf, sondern stets auf den Einzelmenschen als personales und soziales Wesen gerichtet sein muß. Diese wertbezogene Zweckmäßigkeitserwägung ist bspw. bei der Erläuterung des Demokratiebegriffes anzuwenden. Die den westlichen Demokratien zugrundeliegenden Werte und organisatorischen Strukturen sind nachgerade Ausdruck eines bestimmten Menschenbildes und der Hoffnung, dieses auch in der weiteren Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zu verwirklichen. Die teleologische Betrachtungsweise muß allerdings überall dort versagen, wo für Zweckmäßigkeitserwägungen kein Raum ist, also bei der Analyse des spezifischen Wesens

1) Vgl. Aristoteles, Nikomachische Ethik, 2. Buch, S. 45 ff.

2) Vgl. Radbruch, G., a.a.O., S. 210; Maunz, Th., Deutsches Staatsrecht S. 49 f.; BVerfGE 1, 299 (312); 6, 55 (75); 10, 234 (244); 11, 126 (130).

3) Vgl. BVerfGE 1, 299 (312).

4) Radbruch, G., a.a.O., S. 211.

5) Vgl. Leibholz, G., Strukturprobleme der modernen Demokratie, 3. Aufl., 1967, S. 264 ff.

von Begriffen und ideenbezogenen Institutionen, wie sie von Menschen in einem umgrenzten Raum und einer bestimmten Zeit gedacht werden. Dafür verwendet man die phänomenologische Methode¹⁾. Hier werden überzeitliche, eindeutige und ihrer Substanz nach unveränderliche geistige Gebilde gesucht, die mit Hilfe von Zweckmäßigkeitserwägungen in ihrer Ganzheit überhaupt nicht erfaßt werden können. Institutionen werden aus ihrem "Wesen", ihrem "An-sich-sein" heraus gerechtfertigt und der ihnen historisch anhaftenden Zufälligkeiten entkleidet. Ausgehend von aprioristischen Denkqualitäten wird versucht, verfassungsrechtlich relevante Begriffe wie das Eigentum, den Staat, die Demokratie als Phänomene aufzufassen. Wie an dem Beispiel des vieldeutigen Begriffs "Demokratie" ersichtlich wird, trägt die phänomenologische Methode nur zu einem Teil dazu bei, den in unserem GG fundierten Aussagegehalt von Demokratie zu erklären. Da letzterer historisch konkret und wertgebunden auftritt und nach der Absicht des Verfassungsgebers auch auftreten soll, ist dem Prinzip nach die phänomenologische Methode der Interpretation davon differenziert, da die Sphäre des Wesenhaften nicht wertmäßig gebunden ist²⁾. Der Herauskrystallisierung von "Wesensbegriffen", zu denen eben nicht nur die normativen, sondern vor allem die seinsverhafteten staats-theoretischen Rechtsbegriffe gehören³⁾, wird somit eine idealtypische apriorische Analyse der Dinge allein nicht gerecht. Einen ebenso wichtigen Platz beansprucht zumindest die empirische Erforschung ihrer besondern historischen Ausprägung und ihrer aktuellen Auswirkung auf Bewußtseinsinhalte. Damit wird die Gefahr einer verabsolutisierenden metaphysischen Illusion reduziert. Ordnungsprinzipien menschlichen Zusammenlebens werden lebendig erklärt und nicht nur nach ihrem abstrakten Sinngehalt aufgefaßt oder danach, wie sie sich aufgrund ihres "An-sich-seins" verwirklichen wollen.

Wenn in diesem Zusammenhang das GG gemäß Art. 19/II apriorische Wesensgehalte als der jederzeitigen Erfassung verfü-

1) Vgl. Leibholz, G., Strukturprobleme S. 268 ff.

2) Vgl. ebenda, S. 272.

3) Vgl. ebenda, S. 275.

bar voraussetzt, so darf doch die Interpretation der Verfassungsnormen (sei es der Freiheit, Gleichheit, des Eigentums oder der Demokratie) nicht von einem außerhalb des geschichtlichen Seins liegenden gleichsam archimedischen Punkt erfolgen¹⁾. Sie hat vielmehr auch die konkrete geschichtliche Situation zu berücksichtigen, in der sich der Interpret befindet, "deren Gewordenheit seine Denkinhalte geprägt hat und sein Wissen und seine Vor-Urteile bestimmt"²⁾. Hieran anknüpfend unterläßt das topische Verfahren der Interpretation³⁾ die Deduktion des Verfassungsinhaltes von einem vorgegebenen Allgemeinen, von logisch axiomatischen Systemen. Das Verstehen und damit die Konkretisierung der Norm hat vielmehr vom Problem her zu erfolgen. Daran schließt sich eine System-Auslese, "die solange sucht, bis sie eine angemessene, 'passende' Lösung gefunden hat"⁴⁾. Die Interpretation der Verfassungsnormen geschieht unter möglichst vielen Gesichtspunkten, die für den konkreten Fall einleuchtend und überzeugend sind und auf das Vor-Verständnis eines Problems die nötige Rücksicht nehmen. "Die Bestimmung durch das Problem schließt sachfremde *topoi* aus"⁵⁾. Die Einordnung des Problems und seiner Lösung in ein sinnvolles Ganzes von Problemerkörterungen ist wiederum Aufgabe der Systematik, wobei jedoch die intendierte Einheit der Rechtsordnung stets offen bleibt⁶⁾. In diesem Sinne erscheint der Stellenwert doktrinär logischen Systemdenkens als relativ, d.h. für sich allein genommen vermag ein System oder der Wortlaut des Gesetzes die Problemerkörterung selten zu tragen. Auf unseren Fall bezogen, erstreckt sich die Problemerkörterung auf die Anwendbarkeit von Verfassungsnormen bei dem Versuch, die Wirtschaft zu demokratisieren. Die Applikation der in Frage stehenden Normen, die Erkenntnis ihres problembezogenen Inhalts, wird dabei wesentlich von den Sach-

1) Vgl. Hesse, K., Grundzüge S. 26.

2) Ebenda; vgl. auch Henke, W., Sozialtechnologie S. 16.

3) Vgl. dazu Ehmke, H., Prinzipien der Verfassungsinterpretation, in: VVDStRL Heft 20, 1963, S. 53 ff.; Viehweg, Th., Topik und Jurisprudenz, 1963, 2. Aufl.; Zippelius, R., a.a.O., S. 139 ff.

4) Ehmke, H., Verfassungsinterpretation S. 55.

Dazu gehören Rechtsprinzipien, (positive) Rechtsnormen, Vor-entscheidungen usw.

5) Hesse, K., Grundzüge S. 27.

6) Vgl. Ehmke, H., Verfassungsinterpretation S. 56.

erfordernissen des wirtschaftlichen Bereichs abhängen, falls solche existieren.

Die Bezugnahme auf Verfassungsnormen unterschiedlicher geistiger Provenienz soll den Untersuchungsgegenstand im folgenden in den Rahmen einer einheitsstiftenden Auslegung stellen. Dabei werden die Grundrechte im Zweifel zugunsten des Individuellen interpretiert¹⁾. Es soll versucht werden, den Sinngehalt der Verfassung, wie das Recht überhaupt, in dialektischer Struktur zu ergreifen: zum einen als gemeinsamen, identischen Bewußtseinsinhalt verschiedener Menschen, zum anderen als "aktuellen" Sinngehalt, der in Bewußtseinsakten vollzogen wird "und hierdurch das menschliche Verhalten in einer Gemeinschaft wirksam bestimmt"²⁾. Insofern tritt neben jegliche Interpretation auch die schöpferische Explikation³⁾, welche dem Inhalt der Norm, entsprechend den Möglichkeiten und Bedingungen des geschichtlichen Wandels, zu neuem Leben verhilft.

IV. Wertverändernde Eigenschaften der industriellen Gesellschaft

Veränderungen von Werten kann man nur feststellen, wenn der Inhalt des Wertes vor dem verändernden Moment bekannt war. Betrachtet man das GG als Normengefüge seinsollender Werterfahrung, so geht man von gewissen Rechtsidealen aus, die eine spezifische Rangordnung von Werturteilen implizieren. Diese Rangordnung grob zu skizzieren, wurde bereits früher bei Behandlung der ideellen Ausgangsposition des GG versucht⁴⁾. Es entstand daraus ein Menschenbild, das von der personalen Würde des einzelnen ausgeht⁵⁾. Die Auseinandersetzung mit den Proble-

1) Vgl. Maunz, Th., Deutsches Staatsrecht S. 106; Schneider, P., In dubio pro libertate, 1960, S. 263 ff.; Nipperdey, H.C., Grundrechte und Privatrecht S. 7; Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. I, 1 zu Art. 2/I Rdnr. 2; ebenda, Anm. 4c, bb zu Art. 2/I Rdnr. 60.

2) Zippelius, R., a.a.O., S. 31.

3) Zur Kennzeichnung dieses Verfahrens siehe Opp, K.D., a.a.O., S. 158 ff.

4) Vgl. S. 55 ff.

5) Vgl. zum Menschenbild des GG vor allem: Heinisch, G., a.a.O., S. 10 ff.; Besson, W., Jasper, G., a.a.O., S. 8 ff.; Dürig, G., Die Menschenauffassung des Grundgesetzes, 1952, S. 259 ff.; Litt, Th., Freiheit und Lebensordnung, 1962; Herberts, K., a.a.O., S. 94 ff.; BVerfGE 5, 85 (195 ff.); 12, 45 (51 ff.). Unter soziologischem Aspekt vgl. Wurzbacher, G. (Hg.), Der Mensch als soziales und personales Wesen, 1963.

men des Lebens ist dem Menschen nicht doktrinär vorgezeichnet, sondern in weltanschaulicher Offenheit täglich aufgegeben, in einer Verantwortlichkeit, die letztlich in den Entscheidungen des Gewissens gründet. Obwohl sich die persönliche Geistigkeit nur in der wechselseitigen Ausformung mit der Ordnung der Gemeinschaft entfalten kann, gebührt der Vorrang im Zweifelsfalle dem selbständigen Erkennen, Entscheiden und Handeln des Individuums (in dubio pro libertate). Der Primat des subjektiven Geistes¹⁾ bezieht die Unberechenbarkeit und Widersprüchlichkeit des Menschen in einen Prozeß freier, mitbestimmender Entscheidung aller Betroffenen ein. Geschichte ist kein mit gesetzmäßiger Notwendigkeit ablaufender Prozeß. Die Freiheit der Persönlichkeit ist nicht ein den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen untergeordnetes Phänomen, sondern der Raum eigenverantwortlicher Tätigkeit mit Rücksichtnahme auf dieselbe Freiheit der Wertschätzung und Meinung des Mitmenschen. Gleichheit ist nicht nur im rechtsformalen Sinne zu verstehen, sondern verfolgt darüber hinaus die Voraussetzung zur freien Entwicklung aller und beinhaltet den sozialen Gedanken der Ausgleichung.

Die Wertinterpretation und Konstruktion von axiomatischen Systemen aus den Elementen der Grundrechte ist demzufolge nicht unbegrenzt. Trotzdem ergibt sich noch ein großer Spielraum dadurch, daß erstens Werte in mehr oder weniger großer Universalität begriffen werden können, daß zweitens jeder Wert in seinem Stellenwert von anderen Werten relativiert oder bedingt wird und daß drittens die Wertidee bei ihrer Anwendung und Umsetzung in die Tat abhängt von den konkreten Verhältnissen, auf die sie trifft. Im folgenden wollen wir diesem letzteren Problemkreis Aufmerksamkeit schenken. Dabei kann eine Berücksichtigung von politischen, sittlichen oder philosophischen Strömungen, die den einen oder anderen Grundrechtswert in einem neuen Licht erscheinen lassen, bzw. dessen Berechtigung als Strukturprinzip menschlichen Zusammenlebens in Frage stellen, nur am Rande geschehen. Die Forderung, die sich aus der Beschäftigung mit der Materie der Grundrechtsinterpretation erhoben hat, nämlich eine Rechtsnorm niemals jenseits allen "äußeren" Wirklichkeitsbezugs zu sehen, soll wenigstens partiell durch eine Betrachtung derjenigen Auswirkungen erfüllt werden, die dem Phänomen der industriellen Entwicklung entstammen.

1) Vgl. BVerfGE 5, 85 (205).

Die Industrieproduktion¹⁾ hat dem Menschen einerseits zu einer ungeahnten Erweiterung seines individuellen Freiheitsraumes verholfen, wenn man an die weitgehende Unabhängigkeit von den Naturgewalten, den Dimensionen des Raums, der Zeit und der eigenen physischen Kraft denkt. Die Freiheit des Menschen besteht hier in der Beherrschung der Natur (etwa im cartesianischen Sinne), die dem einzelnen die Macht und die Fähigkeiten der Spezies Mensch mit technischen Wunderwerken eindrucksvoll vor Augen führt. Zugleich wird dem gewissenhaften Betrachter aber auch die vernichtende Gewalt hybrider Technik sichtbar (Zerstörung ökologischer Gleichgewichte, Produktion menscheitsvernichtender Waffen, technokratische Kontrolle vieler Lebensbereiche), woraus das Gefühl resultiert, immer stärker in die Ablaufnotwendigkeiten technisch verwalteter und kontrollierter Bereiche eingezwängt zu werden. Die Welt der Maschinen "kennt die Persönlichkeit des Menschen nicht und will sie nicht kennen"..., sie empfindet "kein Erbarmen dem Leben und allem Lebendigen gegenüber"²⁾.

Die Industrie hat zu einer weitreichenden Abstraktion der Arbeit geführt. Durch eine komplizierte Verflechtung der Arbeitsleistungen und eine hochdifferenzierte Arbeitsteilung erkennt sich der an Maschinen gebundene Mensch im Produkt seiner Arbeit nicht wieder, vermag er seiner Persönlichkeit in ihrer Einheit und Ganzheitlichkeit³⁾ keinen Ausdruck zu verleihen. "Der Arbeiter fühlt sich erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich"⁴⁾. Monotone Produktionsabläufe und stereotype Handgriffe machen die menschliche Arbeit selbst immer maschinenhafter⁵⁾. Auch wenn die Fließbandarbeit in einigen Industriezweigen in absehbarer Zeit als Form der Arbeitsrationa-

1) Unter diesem Ausdruck wird tendenziell die maschinelle auf große Serien gerichtete Produktion verstanden.

2) Berdiajew, N., Der Mensch und die Technik, 1943, S. 33 f.

3) Vgl. ebenda; Freyer, H., Theorie der Industriegesellschaft S. 184.

4) Marx, K., Die Heilige Familie, MEG Bd. 3, 1953, I. Abteilung, S. 85.

5) Die Bezeichnung "unmenschliche Arbeit" resultiert sicher zu einem Gutteil aus der Einsicht, daß Maschinen dieselbe Arbeit ebensogut verrichten könnten wie Menschen.

lisierung überwunden werden sollte oder die Knappheit der Arbeitskräfte und die verstärkte Kapitalbildung die Tendenz fördern, Arbeit sparsam einzusetzen und nur für solche Tätigkeiten, die Intelligenz und Spontaneität erfordern¹⁾, bleibt doch ein anderes Merkmal industrieller Produktion zurück: der arbeitende Mensch einschließlich der leitenden Angestellten und Manager übt in großem Umfange nur noch Teilfunktionen aus, deren Objektivierung aus einem vorausentworfenen Plan des Unternehmens stammt. Dieser Plan, im marktwirtschaftlichen System Ergebnis der Abstimmung individueller Kosten- und Ertragsbedingungen mit den Gesetzmäßigkeiten des Marktes, teilt dem einzelnen, in einem Großbetrieb arbeitenden Menschen, eine bestimmte, fixierte Sachleistung zu, die zu erfüllen ist²⁾. Die Tendenz zu derartigen Teilbeanspruchungen des ganzen Menschen läßt sich in sämtliche soziale Beziehungen weiterverfolgen. Die Gesellschaftsgebundenheit allerorten geht einher mit einem Zurücktreten des einzigartigen Ich während des größten Teils seines Lebens³⁾. Dies gilt auch für weite Bereiche der Freizeitgestaltung, die aufgrund zu regulierender Massenbewegungen staatlich oder unter Ausnutzung der Knappheit profitär organisiert und verwaltet werden. Letzteres geschieht nicht selten unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Erforschung, Kontrolle und Manipulation des Verhaltens von Individuen und Gruppen, wobei gerade auch Psyche und Unterbewußtsein erfolgreich analysiert und kommerziell verwertet werden⁴⁾.

-
- 1) Vgl. Willgerodt, H., Demokratisierung der Wirtschaft und die Freiheit des einzelnen, in: Mitbestimmung - Ordnungselement oder politischer Kompromiß? 1971, S. 24 f.
 - 2) Vgl. Freyer, H., Theorie der Industriegesellschaft S. 183. Diesbezüglich geben auch M. Horkheimer und Adorno, Th.W. (Dialektik der Aufklärung, 1971, S. 36) zu verstehen: "Die Ohnmacht der Arbeiter ist nicht bloß eine Finte der Herrschenden, sondern die logische Konsequenz der Industriegesellschaft..."
 - 3) Vgl. Aron, R., Referat zu: Industrielle Gesellschaft menschlich oder unmenschlich? Bergedorfer Protokolle, Bd. 10, 1965, S. 12. Von philosophischer Seite trägt die Strömung des Neopositivismus dazu bei, daß das einzelne Subjekt nichts zu bedeuten hat (vgl. Horkheimer, M., instrumentelle Vernunft S. 353).
 - 4) Vgl. Marcuse, H., Aggressivität S. 133; Carr, E.H., Die neue Gesellschaft, Aspekte der Massendemokratie, 1968, S. 83.

Unser gesamter Sozialapparat ist ebenso wie die Arbeitswelt so konstruiert, "daß er den Menschen immer nur als Träger eines bestimmten schematisierbaren Interesses in sich einbezieht"¹⁾. Mit zunehmender Technisierung und und Verwissenschaftlichung des Lebens, durch Analysierung, Verwaltung, Organisation und Numerierung, tritt das Selbstbewußtsein hinter ein Gruppenbewußtsein zurück²⁾. Die daraus resultierenden Objekt-Gefühle des arbeitenden Menschen und die des Arbeitnehmers in Großbetrieben speziell in ein subjektiv eigenverantwortliches Tun umzuwandeln, ist bekanntlich ein Hauptargument von Demokratisierungsforderungen, die auf eine Neugestaltung der Wirtschaftsstrukturen gerichtet sind.

Sieht man in der Entfremdung des Menschen von seinem Produkt etwas Unmenschliches, so liegt dem ein bestimmtes Persönlichkeitsideal zugrunde, das z.B. der Gedankenwelt des deutschen Idealismus bzw. Humanismus entsprechen könnte. Jede tüchtige Arbeit, auch die bescheidenste, die aus freiem Antrieb geschehe und weniger den Verwendungszweck im Auge habe - so drückt es Wilhelm von Humboldt aus³⁾ - gehe rückwirkend in das Wesen des Menschen ein. Die in die Eigenschaften der Materie eindringende Erkenntnis, das Verständnis um die Schwierigkeiten der Erzeugung oder Verarbeitung eines Gegenstandes geben dem Menschen eine solide Eigenerfahrung, von der aus ihm die Anschauung des Ganzen ermöglicht werde⁴⁾.

Die Hoffnung darauf, die intensive Beziehung zu einer Sache, das beschauliche Eindringen in die Eigenart des Stoffes und die Entäußerung der individuellen Person in diesen Stoff hinein bei der heute stattfindenden Massenproduktion nachzuvollziehen,

- 1) Freyer, H., Das soziale Ganze und die Freiheit der Einzelnen unter den Bedingungen des industriellen Zeitalters, 1957, S. 28.
- 2) Vgl. Horkheimer, M., instrumentelle Vernunft S. 335 ff. Dieser Zustand, wo dem Menschen die Natur an sich mit ihrer natürlichen Ordnung verblaßt "und ihm nur noch seine gesellschaftlich zusammengeballte Menschenkunst als sein wahres Wesen gilt", dient der Idee des Kommunismus (Hommes, J., "Koexistenz-philosophisch beleuchtet", 1956, S. 24); vgl. auch Eichler, W., a.a.O., S. 21.
- 3) Vgl. Humboldt, W. v., Menschentum und Staatsgewalt, 1948, S. 24 f.
- 4) "In dem einen, was er recht tut, sieht er das Gleichnis von allem, was recht getan wird". (Goethe, J.W. v., Wilhelm Meisters Wanderjahre, dtv Gesamtausgabe Bd. 17, 1962, S. 35).

braucht nicht erst als unrealisierbar bewiesen zu werden¹⁾. Trotzdem sind Demokratisierungsbestrebungen in der Wirtschaft als Wunsch einer zeitgemäßen Ersatzlösung dafür anzusehen, daß der arbeitende Mensch erkennt, was er letztendlich produziert, daß er die Gründe, die zu dieser Produktion geführt haben, sieht und imstande ist weiterzuverfolgen, was aus Teilen zu einem Ganzen wird. Da die wachsenden Ansprüche der Produktionstechnik einen gutausgebildeten Stamm von Fachkräften und angelernten Spezialarbeitern auch weiterhin verlangen²⁾, ist eine Ausdehnung der auszuführenden Funktionen des einzelnen Arbeiters nur begrenzt denkbar. Die Freiheit des Arbeiters in einem Großbetrieb kann sich nicht mehr darin realisieren, das Werk oder den Erfolg der persönlichen Leistung an Ort und Stelle des Arbeitsplatzes als eigene zu identifizieren, sondern das System, in das diese Arbeit eingegliedert ist, in seinem Aufbau und Ablauf zu verstehen, um daraus zu einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten zu gelangen. Da "wir technologisch nicht mit der großen Verweigerung zu den Lagerfeuern zurückkönnen"³⁾, bieten demokratische Verfahren gleichsam eine Art Ersatzlösung dafür an, den Menschen in seiner Universalität ernst zu nehmen und zu begreifen.

Die Beseitigung der Angst, in eine genauestens untergliederte Befehlshierarchie eingespannt zu werden, erhofft der Arbeitnehmer von einer Beteiligung in der obersten Ebene der Betriebshierarchie, der Unternehmensleitung. Ebenso wichtig ist jedoch die Berücksichtigung des weiteren Zusammenhangs der Spielregeln der zugrundeliegenden Wirtschafts- und Staatsordnung. Erst bei Erkenntnis beider Systeme, des Unternehmens- und des gesamtwirtschaftlichen Bereiches, vermag der Arbeitnehmer per saldo seinen Freiheitsspielraum zu erweitern, d.h.

-
- 1) Aus demselben Grunde ist auch die Persönlichkeitstheorie des Eigentums zur Begründung der Mitbestimmung nicht stichhaltig genug (vgl. dazu auch Radbruch, G., a.a.O., S. 236 ff.).
 - 2) Vgl. Schachtschabel, H.G., Automation in Wirtschaft und Gesellschaft, 1961, S. 125.
 - 3) Dürig, G., Disk. Beitr. zu: Das demokratische Prinzip im GG, in: VVDStRL, Heft 29, 1971, S. 128.

Sachzwänge im Unternehmen abzustreifen zugunsten einer selbständigeren eigenen Betätigung, ohne in anderen Lebensbereichen einen ebenso großen Verlust an erreichter Freiheit hinnehmen zu müssen. Zwei Beispiele mögen der Erläuterung dienen:

Wenn Demokratisierung der Wirtschaft den Aufbau von verantwortungsvoller Mitsprache des Arbeitnehmers beabsichtigt, so darf sich dessen Angriff nicht gegen jegliche Standard- und Massenproduktion der Industrie generell richten; denn es ist nicht abzuleugnen, daß diese für einen hohen Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten sorgt und daß mit dem Fortfall zufriedenstellender materieller Grundlagen¹⁾ des menschlichen Daseins die Behauptung der Menschenwürde selbst in Frage stünde. Der Wertgehalt der Menschenwürde nämlich löst sich nicht in ethische Höhenlagen auf.²⁾ In diesem Sinne betrachtet auch Art. 1 GG den Menschen als Leib-Seele-Geist-Einheit. Das bedeutet, konkret gesprochen: die ausreichende Versorgung mit Gütern, aufgrund deren eine individuelle Entfaltung der Persönlichkeit erst erfolgen kann, wird als ebenso wichtig angesehen wie die Schaffung von Arbeitsverhältnissen, die eine persönliche und nicht nur funktionelle Mitarbeit ermöglichen³⁾.

Die Beibehaltung der Massenproduktion mit einem hochrationalisierten Arbeitssystem schließt indessen nicht aus, daß sich in allen Abteilungen und Betriebsstufen Kerne verantwortlicher Tätigkeit und Teilnahme am gesamten Unternehmensprozeß herausbilden. Dies muß nicht unbedingt mit einem Absinken der Produktivität verbunden sein, ebenso wie Rationalisierung

-
- 1) Was als zufriedenstellend angesehen werden kann, hängt natürlich eng mit dem Bewußtseins-Standard der Bevölkerung zusammen.
 - 2) Vgl. Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. II, 3h zu Art. 1, Rdnr. 43.
 - 3) In diesem Zusammenhang verkennt man den Sinn von Demokratisierungsbestrebungen durchaus nicht, wenn man gesamtwirtschaftlich auf sinkende Produktivitäten hinweist. Sicher ist das Problem zunächst einer Begründung aus jeglichem Ökonomismus enthoben (vgl. auch S.30f.). Die Realisierung der Demokratisierungsziele kann jedoch zu einer Verringerung des Lebensstandards führen, der von der Bevölkerung weit höher bewertet wird für die Entfaltung der Persönlichkeit, als mehr Verantwortung und aktivere Teilnahme im Rahmen der Produktion.

nicht zwingend auf eine Arbeitsteilung hinausläuft¹⁾. Das Kennzeichen der Industriegesellschaft, daß an der Entwicklung neuer und verbesserter Produkte generell alle sozialen Schichten, nicht nur die begüterten, teilhaben, darf jedenfalls wegen seiner Bedeutung für die Entfaltungsfreiheit breiter Bevölkerungskreise nie außer Betracht bleiben, wenn auf anderem Wege Möglichkeiten zur freien Entfaltung, etwa in veränderten Betriebsstrukturen, gesucht werden.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die gegenwärtige Ära einer "Massendemokratie"²⁾, die begleitet wird von wachsender Bürokratisierung des täglichen Lebens. Eingeleitet von den Wettbewerbsvorteilen der Massenproduktion und der kollektivierenden Tendenz der Technik³⁾, ergriff die Standardisierungswelle nicht nur wirtschaftliche Einheiten, sondern ebensowohl Interessenverbände und staatliche Willensbildungsorgane selbst. "Mit dem Mammut-Trust und der Mammut-Gewerkschaft kam das Mammut-Meinungsorgan, die politische Mammut-Partei und über allem der Mammut-Staat, welcher den Bereich individueller Verantwortlichkeit und Handlungsfreiheit noch weiter einengte und den Weg bereitete für die neue Massengesellschaft"⁴⁾. Umfangreiche Versorgungsfunktionen des Staates geben dem Arbeiter, zumal wenn er der Überbau-Theorie⁵⁾ gemäß denkt, das Gefühl einer wehrlosen Abhängigkeit zur "herrschenden Klasse"; denn "der versorgte Mensch ist stets auch seinem Versorger ausgeliefert"⁶⁾. Das Ziel, Machtmißbrauch zu verhindern, ist also neben einem Näherrücken an die Unternehmensleitung auch in einem Näherrücken an die Staatsgewalt (z.B. in Form von Wirtschaftsräten) zu sehen. Diese Argumentation beruht auf der Vermutung, dergemäß das Eigentum an Kapital letztlich die Geschicke des Volkes leite und nicht der Mehrheitswille des Volkes und unparteiisches

1) Vgl. Bunte, M., a.a.O., S. 53.

2) Vgl. Carr, E.H., Die neue Gesellschaft.

3) Vgl. Fechner, E., a.a.O., S. 33.

4) Carr, E.H., a.a.O., S. 78.

5) Staat, Recht, politische Überzeugungen usw. werden als von der ökonomischen "Basis" (den Eigentumsverhältnissen im Produktionssektor) abhängig betrachtet (vgl. Marx, K., Das Kapital, Bd. III, S. 841 f.; derselbe, Das Elend der Philosophie, in: MEGA Bd. 4, 1959, S. 130; Fetscher, I., Der Marxismus, Bd. I, S. 157 ff.).

6) Freyer, H., Das soziale Ganze S. 25.

Recht.

Die starke wirtschaftliche Betätigung des Staates, die Abkehr von liberalistischem Gedankengut¹⁾, rief in der industriellen Epoche zwangsläufig eine Gruppierung der Gesellschaft zu sozialmächtigen Verbänden hervor, um Forderungen wirksam an diesen regulierenden und verteilenden Staat heranzutragen. "Je mehr Stimmen eine solche Gruppe kontrolliert, desto größer ist die Chance, daß ihre Ansicht ins Parteiprogramm aufgenommen wird"²⁾.

Der Wunsch zu begreifen, woher Maßnahmen kommen und wie sie entstehen, um daraus die eigene Leistung zu würdigen und im kritischen Zusammenhang zu betrachten, ist ein den technologischen Bedingungen adäquates Anliegen der Demokratisierungsbewegung in der Wirtschaft. Aber es besteht die Gefahr, daß die individuelle Interessenlage des Arbeitnehmers, die stets differenzierten Verhältnisse sowohl seines Arbeitsplatzes, als auch seines Betriebes, umgespannt werden in ein Gruppeninteresse, das notwendigerweise wieder vereinheitlichend wirkt und dem Arbeitnehmer eine "Freiheit" zur Arbeitsplatzgestaltung und Mitbestimmung an Unternehmensentscheidungen zuerteilt, an der ihm gar nichts liegt. Wenn es richtig ist, daß die Hälfte der Bevölkerung der BRD eine fatalistische Einstellung zu gegebenen Strukturen besitzt ("Schicksalsglaube")³⁾, so würde für diesen Teil der arbeitenden Bevölkerung eine Demokratisierung allzuschnell darin enden, daß die Verwaltungsfunktionen des Arbeitslebens von einer Stelle auf die andere übertragen werden. M.a.W. würde die Unternehmensverfassung zwar die rechtliche Objektstellung des Arbeitnehmers beseitigen, seine individuellen Interessen jedoch fielen wieder nur einer "repräsentativen" Verwaltung anheim. Um dies zu verhindern, ist eine vorbereitende Bildungs- und Unterrichtsarbeit der Gewerkschaften unerlässlich⁴⁾; denn echte Mit-

1) Beschränkung auf Rechtsetzung, Aufrechterhaltung der Ordnung, Garantie der Sicherheit u.ä.

2) Carr, E.H., a.a.O., S. 89.

3) Vgl. Institut für Demoskopie, Allensbach, Jahrbuch 1958-64, 1965, S. 186.

Schicksalsglaube soll hier bedeuten, daß man der sozialen Wirklichkeit, wie auch immer, den Anstrich des Natürlichen gibt, ohne das Bewußtsein der Möglichkeiten eigener Entscheidung in Rechnung zu stellen. Man handelt also traditional, nicht rational (vgl. Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie S. 123).

4) Vgl. auch Zimmermann, K., Probleme der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit im Hinblick auf die wirtschaftliche Mitbestimmung, Diss. Köln 1967.

bestimmung kann immer nur Mitbestimmung von Qualifizierten sein¹⁾.

Der Wert der Freiheit kann demnach in hochentwickelten Industrienationen nur bedingt in einer Erweiterung konkreter Funktionsbereiche der Arbeit gesehen werden. Eine Reduzierung der Arbeitsteilung ist zwar teilweise möglich und wird auch manchenorts bereits erfolgreich durchgeführt. Eine damit verbundene Auflehnung gegen jegliche Massenproduktion wäre dagegen - unter dem Aspekt materieller Bewegungsfreiheit - ein zweifelhaftes Vorgehen.

Ausdehnung von Freiheitsräumen in der hochindustriellen Epoche der Produktion bedeutet nach diesen Ausführungen vielmehr, dem einzelnen Aufbau und Ablauf von Systemen verständlich zu machen, Möglichkeiten der Einflußnahme in den Entscheidungsprozeß offenzulegen, die Kommunikation jedes einzelnen Beschäftigten mit den Entscheidungsorganen zu vertiefen, um auf diese Weise allgemein anerkannte Wertstrukturen in die Zielfunktion des Unternehmens einfließen lassen zu können. Gleichzeitig würde dem weisungsgebundenen Arbeitnehmer die Angst genommen werden, in einen mechanisch ablaufenden Produktionsprozeß eingegliedert zu sein.

Die Absicht, möglichst viel an Eigeninitiative zu mobilisieren, um unternehmerische Zielvorstellungen und deren Wertgrundlagen weitgehend zu objektivieren und transparent zu machen, erfordert jedoch nicht nur die Bereitstellung geeigneter Willensbildungsmechanismen, sondern sie macht erhöhte Anstrengungen auf dem Bildungssektor zur Erweiterung des "abstrakt geistigen Funktionsbereiches" unabdingbar.

1) Vgl. Kevenhörster, P., a.a.O., S. 41.

3. Abschnitt: Der verfassungsrechtliche Spielraum für eine Demokratisierung der Wirtschaft

Das institutionelle Ziel einer Demokratisierung der Wirtschaft ist die Änderung von Organisationsstrukturen im Makro- und Mikrobereich der Volkswirtschaft auf der ideellen Grundlage der Demokratie. Diese Basis soll nun anhand der niedergeschriebenen Verfassungsnorm erforscht werden, d.h. die unjuristisch formulierte Idee einer Demokratisierung soll in ein rechtlich verbindliches Gewand gekleidet werden. Daran anschließend soll eine Beschäftigung mit denjenigen Institutionen erfolgen, die - wiederum verfassungskonform - dem ideellen Gehalt zur praktischen Entfaltung verhelfen könnten.

Daß sich bei diesem Vorgehen Alternativen, gerade bezüglich der einzuschlagenden institutionellen Wege, herauskristallisieren, ist eine logische Folgerung der früher analysierten normativen Wirkungsweise des GG. Diese erschöpft sich nicht in der Niederschrift dogmatischer Prinzipien mit einem Geltungsanspruch in sämtlichen Bereichen menschlichen Zusammenlebens. Die Gültigkeit der Verfassung erwächst vielmehr aus der lebendigen Auseinandersetzung zwischen Norm und "Außenwelt", sie wird getragen von der Überzeugung und inneren Bereitschaft der betroffenen Menschen. Zwar setzt die übergeordnete Funktion des Rechts allem menschlichen Handeln seine Grenzen, doch darf die Rechtsordnung nicht instrumental aufgefaßt werden, etwa als Mittel zur Erhaltung bestimmter Klassen¹⁾.

Insofern darf auch der rechtsphilosophische Hintergrund niemals monistischer Art sein, auch eingedenk dessen, daß sonst von verfassungsrechtlichen "Spielräumen" und demokratischen Wahlmöglichkeiten über Art und Form einer zu demokratisierenden Wirtschaft schwerlich die Rede sein könnte. Der positivistische Empirismus, nach dem die Sinneserfahrung der sozialen Entwicklung selbst schon das Ganze der Wahrheit darstellt, würde zu einer Preisgabe des Normativen an die bloße Faktizi-

1) Vgl. Hamann-Lenz S. 62.

tät (z.B. die empirisch festgestellte Mehrheitsmeinung über eine Demokratisierung) führen. Auf der anderen Seite würde ein grenzenloser Normativismus, der die Verwirklichung "objektiver" Gegebenheiten menschlichen Wesens oder Seins ersehnt, die Verfassungsnorm zu einem unbarmherzigen Axiom berufen, ohne den hier und heute stattfindenden Erscheinungen eine Initiativberechtigung für Ordnungsfragen in staatlichen Sektoren zuzubilligen. Erst in gemeinsamer Anwendung erhalten beide Betrachtungsweisen für die Charakterisierung des Verfassungswerkes der BRD ihre Bedeutung, ist der Spielraum des GG für eine Demokratisierung der Wirtschaft eruierbar. Selbst wenn die Prävalenz gewisser Werte (individuelle Freiheit, Gleichheit und Anerkennung der menschlichen Würde der Einzelperson usw.)¹⁾ in unserem Kulturkreis als objektiv richtig anerkannt würde, so müßte ihre Übertragung auf konkrete gesellschaftliche Interaktionsbereiche doch eine gegenstandsbezogene pragmatische Deutung erhalten.

Demnach kommt es nicht darauf an, allgemeingültige Organisationsformen katexochen aus der Verfassung herauslesen zu wollen, sondern zwischen den verschiedenen fundierten Werten eine zeit- und objektrelativierte Harmonie zum Zwecke einer vereinheitlichenden Interpretation der Grundrechte anzustreben.

6. Kapitel: Das staatsrechtliche Prinzip der Demokratie

Wenn von Demokratisierung der Wirtschaft die Rede ist, erhebt sich bereits etymologisch gesehen die Forderung, auf den Ausgangsbegriff Demokratie einzugehen, wobei dieser Ausgangsbegriff nur derjenige des GG sein kann. "Demokratie" ist mittlerweile zum Symbol des staatlichen Ordnungsgedankens schlechthin geworden²⁾. Das Bewußtsein zur aktiven individuellen Mitsprache und Teilnahme an den Dingen des Lebens ist geweckt. Wer aber ein Ordnungsprinzip "nur um des Prinzipes willen anzuwenden empfiehlt, ohne dessen Brauchbarkeit zu prüfen und

1) Vgl. S. 55 ff., 69 f.

2) Vgl. Rapold, M.U., a.a.O., S. 2.

zu beweisen, macht das Prinzip zum Dogma"¹⁾. Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet deshalb nicht "Demokratie in der Wirtschaft", sondern offenbart u.E. den Wunsch, die Anwendbarkeit bewährter, dem Kulturstand eines Volkes angemessener Ordnungselemente staatspolitischer Einheitsstiftung im Funktionszusammenhang des Wirtschaftens zu prüfen. Die nachfolgende Untersuchung erstreckt sich dabei sowohl auf formelle Elemente der Demokratie als auch insbesondere auf deren qualitativ-ethischen Inhalt.

I. Die Aussage des Grundgesetzes

Die Sicherung einer demokratischen Verfassungsform der BRD ist ein Hauptanliegen des GG. Sie ist in den Artikeln 18/1, 20/I, 21/I,3 u. II, sowie 28/I,1 verankert. Nach Art. 79/III ist der in Art. 20/I "niedergelegte Grundsatz", die Charakterisierung der BRD als demokratischer (und sozialer) Bundesstaat, ein für allemal der Verfassungsänderung entzogen. Die vom Parlamentarischen Rat beabsichtigte erhöhte Bestandsgarantie der "freiheitlichen demokratischen Grundordnung" (Art. 18/1, 21/II) ist der Versuch, aus früheren Fehlern der Weimarer Reichsverfassung zu lernen, unter der die demokratische Ordnung durch Mehrheitsbeschluß mit demokratischen Mitteln beseitigt werden konnte.

Ausführlich äußert sich das GG über den Begriff der Demokratie, etwa in Anschluß an Art. 20/I, nicht, woraus jedoch nicht gefolgert werden darf, daß seine Konkretisierung den politischen Instanzen überlassen bliebe und damit von der jeweils herrschenden Mehrheit ihren Interessen gemäß gedeutet werden könnte. Diese Einstellung widerspräche rechtsstaatlichem Denken²⁾. Demokratie im Sinne des GG ist vielmehr als Rechtsbegriff aufzufassen. Das Demokratieverständnis muß anhand einer "Gesamtinterpretation des GG und seiner Einordnung in die moderne Verfassungsgeschichte"³⁾ entwickelt

1) Hensel, P., Problem der Mitbestimmung S. 274.

Vgl. auch Hennis, W., Demokratisierung S. 14, der im Hinweis auf das Anwachsen eines Systemkonformismus' zu bedenken gibt, ob denn Demokratie identisch sei mit dem menschlich Guten?

2) Vgl. Hamann-Lenz S. 70.

3) BVerfGE 5, 85 (112).

werden. In diesem Sinne lehnt das BVerfG die Vorstellung von verschiedenen freiheitlich demokratischen Grundordnungen ab, indem es sich bemüht, den grundrechtsspezifischen Wesensgehalt unserer Demokratie zu skizzieren¹⁾.

Grundrechte, auf denen das Prinzip der Demokratie basiert, sind vor allem: Art. 1 (Anerkennung des Menschen als Persönlichkeit), Art. 2 (freie Entfaltung, Willensfreiheit des einzelnen, von Eingriffen des Staates geschützte Privatsphäre), Art. 3 (Gleichheit des Wahlrechts), Art. 4 (Gewissensfreiheit, Freiheit des weltanschaulichen Bekenntnisses), Art. 5 (Recht der freien Meinungsäußerung), Art. 8 (Versammlungsfreiheit), Art. 9 (Vereinigungsfreiheit). Werden die drei letztgenannten Grundrechte zum Kampfe gegen die demokratische Ordnung mißbraucht, kann das BVerfG ihre Verwirkung aussprechen (Art. 18).

Formale Elemente der Demokratie finden sich speziell im organisatorischen Teil des GG: Art. 20/II (Grundsatz der Volkssouveränität), Art. 20/II,2, 28/I, 38 (Gewaltenteilung, repräsentative Demokratie mit allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl), Art. 21/I,2 (Chancengleichheit politischer Parteien), Art. 42, 77, 79 (Mehrheitsentscheid)²⁾.

Festzuhalten ist, daß das GG keinen Satz enthält, wonach die Strukturen des politischen Gesamtverbandes auch auf wirtschaftliche Verbände ausgedehnt werden sollten, wenngleich diese Verpflichtung für die Parteien (Art. 21), Länder, Kreise und Gemeinden (Art. 28) besteht. Da offenbar die innere Organisation der politischen Parteien d e s h a l b "demokratischen Grundsätzen" entsprechen muß, weil sie am Prozeß der politischen Willensbildung mitwirken (Art. 21/I), könnte man geneigt sein, das Demokratiegebot auch auf Großunternehmen auszudehnen, da diese ja ebenfalls direkt oder indirekt Einfluß nehmen auf die staatliche Wirtschaftspolitik. Hier gibt jedoch Schwerdtfeger³⁾ zu bedenken, daß das Demokratiegebot nicht bestimmen könne, welche Volkskreise an gesellschaftlichen Gebilden

1) Vgl. BVerfGE 2,1 (12 ff.).

2) Vgl. Hamann-Lenz S. 69 ff.; Peters, H., Geschichtliche Entwicklung und Grundfragen der Verfassung, 1969, S. 164 ff.

3) Vgl. Schwerdtfeger, G., a.a.O., S. 189.

zu beteiligen wären, sondern daß gesellschaftliche Gebilde bzw. Verbände (wie z.B. die Gewerkschaften), die vorgeben, gewisse Volkskreise dem Staat gegenüber zu repräsentieren, auch wirklich durch diese Volkskreise legitimiert werden. Trotzdem bleibt natürlich die Frage offen, "ob nicht eine undemokratische Gestaltung der unpolitischen Verbände die Ideale und damit die Existenz des politischen Gesamtverbandes wesentlich beeinträchtigen würde"¹⁾.

II. Allgemeines zum Begriff

"Der Begriff der Demokratie begegnet in unseren Tagen einer geradezu beängstigend einmütigen Zustimmung"²⁾. Er ist zu einem ganz allgemeinen Sammelbegriff geworden, "dessen Vieldeutigkeit außerdem noch verschiedenartigen Idealen und schließlich Allem, was ideal, schön und sympathisch ist, Platz gewährt"³⁾. Bei all dem wird schnell vergessen, daß auch der zweite Weltkrieg unter dem unwiderstehlich klingenden Namen der Demokratie geführt worden ist, ein Name, der auch im letzten Jahrhundert stets mit dem Wunsch nach einer gerechteren, von möglichst vielen akzeptierten Lebensordnung, verknüpft war. Trotzdem wäre es Selbsttäuschung, heute von einer Verteidigung der Demokratie zu sprechen, "als verteidigten wir etwas, das wir viele Jahrzehnte oder Jahrhunderte lang kannten und besessen hätten..."⁴⁾. Anstatt sie zu verteidigen, besteht vielmehr die Notwendigkeit, Demokratie zu schaffen⁵⁾.

1) Krüger, H., Staatsverfassung und Wirtschaftsverfassung, in: DVBl 66. Jg., Heft 12, 1951, S. 365; im weiteren Verlauf seiner Abhandlung (S. 366 ff.) kommt Krüger zu dem Resultat, daß heute die Einheitlichkeit des demokratischen Willensbildungsprozesses durch Bekenntnis des GG zu Föderalismus und Selbstverwaltung preisgegeben ist. Der Pluralismus des demokratischen Prozesses findet aber seine äußerste Grenze dort, wo die Funktionsfähigkeit sowohl der Teilbereiche, als auch des Gesamtverbandes in unerträglichem Maße herabgesetzt würde.

2) Rapold, M.U., a.a.O., S. 50.

3) Schmitt, C., a.a.O., S. 225; vgl. auch Simson, W. v., Das demokratische Prinzip im Grundgesetz, in: VVDStRL, Heft 29, 1971, S. 4 f.

4) Carr, E.H., a.a.O., S. 91.

5) Ebenda.

Das Wort Demokratie, in sinnvoller Weise gebraucht, bedeutet eine spezifische Art staatlichen Tätigwerdens. Die Uneinlichkeit in der Deutung der Demokratie läßt sich bis in das staatsphilosophische Schrifttum des 18. Jh. zurückverfolgen. Die einen haben in der Gewaltentrennung ein notwendiges Unterpfand der Freiheit der Persönlichkeit gesehen¹⁾, während andere (z.B. Rousseau) geglaubt haben, durch den Gesellschaftsvertrag (contrat social) "hätten die Menschen ihre Freiheiten auf die Gesamtheit übertragen, wodurch diese zur absoluten, ungethemmten Macht geworden sei"²⁾. Die Vollendung der Demokratie wird also auf der einen Seite im Schutz naturrechtlich vorgegebener, unveräußerlicher Grundrechte des einzelnen gesehen, auf der anderen Seite in der unbeschränkten Volksmacht, in der Summe der Einzelwillen der Bürger, denen der Gemeinwille in das Bewußtsein übergegangen ist (volonté générale)³⁾. Verband sich Demokratie mit der Sicherung individueller Freiheitsrechte, so wurde sie stets bedrängt durch das Ideal der politischen und sozialen Gleichheit. Die Betonung der Freiheit oder der Gleichheit wechselte im Verlauf des letzten Jahrhunderts meist als Folge vorausgegangener Unterdrückung des einen oder anderen Prinzips. Abseits von einem Konflikt der Werte wurde das Wesen der Demokratie teils in der Postulierung bestimmter Staatsformen, wie der Republik oder bestimmter Organisationselemente, wie des Pluralismus⁴⁾ bzw. der Interessensbalance⁵⁾ oder "in der heutigen Zeit besonders verbreitet - sogar in der bloßen Sicherung des Mehrheitsprinzips bei Wahlen, Volksabstimmung und Beschlußfassungen erblickt"⁶⁾. Von den einen werden allgemeine und gleiche Wahlen für eine repräsentative Volksvertretung als demokratisch bezeichnet, von den anderen wird jede Repräsentation als Verfälschung des wahren

1) Insbesondere die auf John Locke zurückgehenden anglo-amerikanischen Theorien (vgl. Ritter, G.A., a.a.O., S. 216).

2) Maunz, Th., Deutsches Staatsrecht S. 64.

3) Vgl. Ritter, G.A., a.a.O., S. 216 f.; siehe auch unten S. 96 f., 241.

4) Vgl. Hättich, M., Demokratie und Demokratismus - zum Demokratieverständnis der "Neuen Linken", in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, hg. v. E.K. Scheuch, 1968, S. 151 ff.

5) Vgl. Fromme, F.K., Der Demokratiebegriff des Grundgesetzgebers, in: DÖV 1970, S. 518.

6) Peters, H., Artikel Demokratie, in: Staatslexikon, 6. Aufl., 2. Bd., 1958, S. 561.

Volkswillens abgelehnt¹⁾. In den sozialistischen Staaten des Ostblocks wird der Inhalt der Demokratie ideologisch abgeleitet, während die Interpretation der Verfassung der BRD den Begriff der Demokratie mehr auf empirischem Wege zu gewinnen sucht²⁾.

Betrachtet man Demokratie als im wesentlichen von den soziologischen und geistigen Strömungen der Geschichte geprägt, so ist ihr Gehalt a priori nicht feststehend³⁾. Diese Annahme zeigt sich bestätigt in dem wechselhaften Verständnis des Wertes der politischen und sozialen Gleichheit oder des Wertes der Freiheit des Einzelmenschen. Die Kontroverse dieser untereinander widerstreitenden, die Demokratie konstituierenden Werte ist allenfalls teleologisch lösbar unter Einschaltung von Zweckmäßigkeitserwägungen. Ebenso teleologisch ist mit den formellen Prinzipien der Demokratie zu verfahren, z.B. dem Mehrheitsentscheid und der Gewaltenteilung. Sie verfolgen einzig und allein als Ziel, die historisch zweckmäßigste Antwort auf die Frage nach dem Recht der unveräußerlichen Menschenwürde im staatspolitischen Bereich zu geben, denn Demokratie im Sinne des GG ist kein überpositives Naturrecht, sondern eine positive Rechtsnorm, ein (unbestimmter) Rechtsbegriff, der die Wertschätzung des Individuums als Grundidee zum Inhalt hat. Diese Idee kann indessen nicht ausschließlich als Element der Demokratie bezeichnet werden, sie liegt auch anderen Kategorien des Staatsrechts zugrunde (Rechtsstaat, Sozialstaat). Auch müßte sie daraufhin untersucht werden, inwieweit der Personalität des Menschen vor seiner Sozialgebundenheit der Vorrang gebührt⁴⁾.

1) Vgl. Ritter, G.A., a.a.O., passim.

2) Vgl. Peters, H., Entwicklung S. 164 ff.

3) Über die phänomenologische Basis des Begriffs Demokratie äußert sich widersprüchlich Leibholz, G., Strukturprobleme S. 80 u. S. 279.

4) Während in den östlichen "Volksdemokratien" mit Gewalthäufung eine gewaltsame Aberkennung der Individualrechte des Menschen geschieht (Zukunftsorientierung), ist den westlichen "bürgerlichen" Demokratien mit Gewaltentrennung die Wertschätzung des Menschen mit einer gegenwartsbezogenen Anerkennung desselben als personales Wesen angelegen mit dem "sanften Zwang" zur Einsicht seiner sozialen Verpflichtung.

Mit größerer Berechtigung ist das Bestreben um die Errichtung einer Volksherrschaft ein Phänomen der Demokratie zu nennen, welches in allen Epochen gleichermaßen auffindbar ist¹⁾. Sucht man die Ursprünge der Demokratie in der griechischen Philosophie (demos: das Volk, kratein: herrschen)²⁾, aber auch im römischen Rechts- und Staatsdenken und in der christlichen Botschaft, so zeigt der historische Rückblick, daß Demokratie tendenziell darauf gerichtet ist, die Identität von Regierenden und Regierten herzustellen³⁾, entweder direkt oder auf dem Wege der Repräsentation, wie ihn das GG vorsieht. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die der Demokratie immanente Idee der Volkssouveränität als alleinigem Schöpfer politischer Wirklichkeit⁴⁾, in praxi oftmals nur auf begrenzte Volksschichten angewandt wurde oder durch das Prinzip der konstitutionellen Monarchie abgeschwächt wurde (z.B. im Anschluß an die französische Revolutionsverfassung 1789, der "declaration des droits de l'homme et du citoyen"). "Erst wo die politischen Gemeinschaften von jedem ihrer Mitglieder miterschaffen, wo jeder Bürger zum Selbstschöpfer seines Rechts wird, ist Gewähr dafür geboten, daß die staatliche Ordnung dem Wesen des Menschen angemessen, daß sie human ist"⁵⁾. Das, was menschengemäß sein soll, ergibt sich nach dem Demokratieverständnis des GG im Grundriß nicht aus der Forschungsarbeit irgendeines Spezialistengremiums, der Wissenden vom "wahren Volksinteresse"⁶⁾, sondern aus der Befragung jedes einzelnen Bürgers und dessen Möglichkeit, seine Meinung zu diesem oder jenem politischen Problem frei kundzutun. Politisches Urteilsvermögen und Gerechtigkeitssinn nämlich wird unabhängig von Besitz, Bildung und beruflichem Erfolg zuerkannt⁷⁾, und hier beruht die moderne Demokratie auf großer philosophischer Tradition; "denn sie begründet die Prinzipien der Regierung auf mehr oder minder

1) Vgl. Neumann, F., Demokratischer und autoritärer Staat, 1967, S. 19 f.

2) Vgl. dazu allerdings die kritische Analyse von Meier, Ch., Entstehung des Begriffs "Demokratie", 1970.

3) Vgl. z.B. Samuel Pufendorf, De jure naturae et gentium, 1672 (Neudruck mit engl. Übersetzung), London 1934, Buch VII, Kap. VI, 8.

4) Vgl. Leibholz, G., Strukturprobleme S. 143.

5) Beck, M., a.a.O., S. 16.

6) Vgl. Simson, W. v., a.a.O., S. 6.

7) Vgl. Kriele, M., Das demokratische Prinzip im Grundgesetz, Mitbericht, in: VVDStRL, Heft 29, 1971, S. 62.

spekulativen Annahmen - zum Beispiel die Annahme, daß dieselbe geistige Substanz oder dasselbe moralische Bewußtsein in jedem menschlichen Wesen gegenwärtig ist¹⁾. Diese Auffassung enthält einen gewissen Optimismus dem Menschen gegenüber²⁾, so wie der Glaube an die Vernunft Vorbedingung für den Glauben an die Demokratie ist³⁾. Neben der hohen Einschätzung des Gewissens als letzte Entscheidungsinstanz über den einzuschlagenden Weg wird der rationalen Diskussion über Aktionen der Gesellschaft als Einigungsmethode der Vorrang gegeben⁴⁾. Dieses Merkmal moderner Demokratie setzt im Idealfalle die Existenz einer fundamentalen Interessenharmonie zwischen verschiedenen Individuen oder Gruppen voraus⁵⁾, die niemals in der kräftepolitisch gangbaren, sondern in der sachlich angemessenen Lösung liegt⁶⁾.

Diese Andeutungen geben zu erkennen, daß es Werte, Organisations- und Kommunikationsformen gibt, die den im GG statuierten Ausdruck Demokratie ausfüllen, ihm Leben verschaffen. Als logische Folge der früher bejahten Interdependenz zwischen Staat und Gesellschaft soll nunmehr versucht werden, die Relevanz der markantesten demokratischen Elemente im wirtschaftlichen Wirkungszusammenhang zu analysieren. Dabei ist auf die sachliche Gemeinsamkeit der Untersuchungsbereiche Staat und Wirtschaft zu achten, ohne deren Vorhandensein eine Übertragung staatspolitischer Grundlagen auf die Wirtschaft nicht vorgenommen werden kann.

1) Horkheimer, M., instrumentelle Vernunft S. 35.

2) Vgl. Dürig, G., Disk. Beitr. zu: Das demokratische Prinzip S. 126 f.

3) Vgl. Carr, E.H., a.a.O., S. 120.

4) Sieht man in der Demokratie den rationalen Disput als Grundlage, so zeigt sicher die Geschichte unmißverständlich, "daß politische Demokratie in den bisher gekannten Formen am besten floriert, wo einige - aber nicht alle - Menschen frei und gleich sind". (Carr, E.H., a.a.O., S. 75; vgl. ebenda auch S. 82). Das Plädoyer für eine Oligarchie ist jedoch mit den Bedingungen der Massenzivilisation unvereinbar und entspricht weder dem Postulat der Volkssouveränität, noch einer der Grundvoraussetzungen moderner Demokratie, daß das Gewissen des Individuums die letzte Entscheidungsgewalt darüber hat, was richtig und was falsch ist.

5) Vgl. Carr, E.H., a.a.O., S. 75 f.

6) Rapold (a.a.O., S. 100 f.) weist in diesem Zusammenhang beispielhaft auf das "Verkommenis" aus der schweizerischen eidgenossenschaftlichen Tradition hin.

III. Konstituierende Merkmale der westlichen Demokratie

1. Die Volkssouveränität

Art. 20/II,1 besagt: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus". Sie geht nicht nur vom Volke aus, sondern geschieht auch für das Wohl des Volkes und wird im reinen Modell der Demokratie durch das Volk selbst wahrgenommen¹⁾ (nach Lincoln: government of the people for the people by the people). Die letzte und umstrittenste dieser drei Souveränitäts-Forderungen wird heute in Staaten moderner Größenordnung überwiegend nurmehr auf indirektem Wege realisiert. Man nennt ein derartiges System, wo das Volk nicht in persona die eigenen Geschicke leitet, eine "repräsentative Demokratie". Nur in überschaubaren Staatsgebilden (Schweizer Kantone) hat sich die unmittelbare Heranziehung des Volkes als Entscheidungsträger öffentlicher Belange bewahren lassen. Dennoch enthält auch das GG Reste einer direkten Volksherrschaft, so z.B. in Art. 28/I,3 (Gemeindeversammlung), in Art. 29/II (Volksbegehren) oder Art. 118 (Volksbefragung). Der repräsentative Charakter ist zunächst nur eine technisch bedingte Gestaltungsform, keine wesentliche Eigenschaft der Demokratie. Dagegen stellt der Grundsatz der Mitwirkung des Volkes am staatlichen Leben nicht nur ein formelles, sondern zugleich ein das politische Verantwortungsbewußtsein stärkendes Element dar. Jener "status activus" des Staatsbürgers konkretisiert sich am sichtbarsten im Wahlrecht zur Volksvertretung (Art. 20/II), den mannigfachen Möglichkeiten im Rahmen der Selbstverwaltung (Art. 28/II) oder im Petitionsrecht (Art. 17).

Die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Prozeß der modernen Massendemokratie mündet weitgehend in eine Vorformung des politischen Willens durch Parteien und Verbände²⁾. Es bietet sich eine tief abgestufte und mit unterschiedlichen Verantwortlichkeiten ausgestaltete Skala des Mitwirkens und Mitentscheidens an, "von den Wahlen über die Parteien, die parla-

-
- 1) Extrem prosaisch ausgedrückt, könnte man Demokratie aber auch definieren "als Regierung des Volkes durch Politiker für jene Gruppe, die die Macht hat, ihre Interessen durchzusetzen". (Becker, C.L., Moderne Demokratie, 1950, S. 16).
 - 2) Vgl. zum Verhältnis zwischen Volk und Partei nach deutschem Verfassungsrecht, Leibholz, G., Strukturprobleme S. 71 ff. u. S. 78 ff.

mentarischen Gremien bis hin zur Regierung mit ihrem wiederum reich gegliederten Entscheidungsspielraum¹⁾. Dabei ist charakteristisch, daß der einzelne sich meist mit seinen Ideen und eigenen Interessen nur dann durchsetzen kann, "wenn er es versteht, s e i n Anliegen als Interesse einer größeren Zahl oder gar der Allgemeinheit erscheinen zu lassen"²⁾. Das Zurücktreten der einzelnen politischen Meinung zugunsten eines organisierten Gruppeninteresses, der zunehmende organisatorische Abstand von Regierenden und Regierten ist außerdem die Folge der wachsenden Kompliziertheit der Politik, die fundierte Kenntnisse und Spezialisierung notwendig gemacht hat und das Urteil des Bürgers erschwert. Es gehört zu den vornehmlichsten Aufgaben der Parteien, sich hier bei der Willensbildung des Volkes durch sachgemäße, allgemeinverständliche Ratschläge und durch Herausstellung des Grundsätzlichen einzuschalten³⁾ (Art. 21/I). Insofern handelt es sich, wenn das Volk nicht unmittelbar, sondern durch Repräsentanten beschließen soll, nicht unbedingt nur um ein technisches Problem der Massenbewältigung. Vielmehr verspricht man sich davon, "daß der Repräsentant, etwa der Abgeordnete, klügere und bessere Beschlüsse zustande bringt, als dies das Volk in seiner Unmittelbarkeit vermocht hätte"⁴⁾.

Vom subjektiv öffentlichen Recht auf aktive Teilnahme am Staatsgeschehen streng getrennt werden muß das Ordnungsprinzip der Volkssouveränität. Hier handelt es sich nach dem Sinn des GG nicht um ein "von der Rechtsordnung zu abstrahierendes, materielles, legitimierendes Prinzip"⁵⁾; denn daß ein Gesetz dem ordnungsgemäß gebildeten Volkswillen entspricht, reicht für sich gesehen noch nicht aus, um rechtliche Geltung zu erlangen. Diese beruht vielmehr auf der Konformität mit höher-rangigen Verfassungssätzen und überpositiven Normen (vgl. Art. 1/III, Art. 20/III). Der Volkssouveränität sind also zugunsten

1) Rauscher, A., Überlegungen S. 14.

2) Peters, H., Entwicklung S. 171.

3) Da es die Parteien sind, "die faktisch die entscheidende Auslese für die personelle Zusammensetzung der Volksvertretung im Parlament und in der Besetzung höherer öffentlicher Ämter bestimmen" (Nawroth, E., Wirtschaftliche Mitbestimmung als Ordnungsproblem S. 38 f.), kommt ihnen eine eminente Bedeutung im demokratischen Willensbildungsprozeß zu.

4) Krüger, H., Interessenverbände S. 1219.

5) Hamann-Lenz S. 70.

einer absoluten, auf Gesetz und Recht basierenden Demokratie Grenzen gesetzt¹⁾. Im Verfassungsstaat gibt es keinen Souverän²⁾.

Ausgehend von der im GG verankerten Kennzeichnung, nach der Demokratie jedwede Autorität negiert, die sich nicht vom Volke herleiten läßt, ist der Gedanke einer anzustrebenden Identität von Regierenden und Regierten³⁾ ein Scheinideal. Nicht umsonst muß im demokratischen Modell die politische Beschlußfähigkeit durch Konstruktionen herbeigeführt werden, die den im Menschen angelegten Gemeinwillen erziehen wollen⁴⁾ bzw. den Gemeinsinn ideologisch vorinterpretieren⁵⁾. Abgesehen vom letzten Fall ist jedoch bei unmittelbarer Demokratie die Herrschaft von Menschen über andere Menschen die der Mehrheit über die Minderheit. "Selbst im Falle der Einstimmigkeit ist sie noch Herrschaft derjenigen, die an der Abstimmung beteiligt waren, über die Nicht-Stimmberechtigten, und die Behauptung der Identität von Regierenden und Regierten ist nichts anderes als eine Identifikation von Mehrheitsherrschaft und Volksherrschaft"⁶⁾. Dem "Ideal" der Identität von Befehlenden und Gehorchenden (wie man es auch nennen kann) ist nach unserem Demokratieverständnis am ehesten nahezukommen, wenn ein Ausgleich gegensätzlicher Interessen und Weltanschauungen, deren Mannigfaltigkeit befürwortet wird, auf dem Wege der gegenseitigen Kompromißbereitschaft und Überzeugung sachlich ermittelt wird, so daß jeder einzelne der Entscheidung der Regierung bzw. des Parlaments schließlich zustimmen kann. Eine wichtige Polaritätsfunktion spielt in diesem Zusammenhang die Opposition natürlich mit dem realpolitischen Ziel und der der Minderheit vom GG garantierten Chance⁷⁾ (Art. 3,5,8,9 sowie Art. 21/I,2),

1) Hierbei wird nicht das Problem übersehen, wer die höherrangigen Normen setzt bzw. welchen Grundsätzen die verfassungsgebende Gewalt (pouvoir constituant) unterliegt; vgl. auch S. 58.

2) Vgl. Kriele, M., a.a.O., S. 81.

3) Vgl. Schmitt, C., a.a.O., S. 234.

4) Wie es z.B. J.J. Rousseau beabsichtigte. Daß dieser Gemeinwille in allgemeiner Form erziehbar ist, wird nicht abgestritten. Es ist aber eine Illusion, ihn auf die Millionen Einzelfälle politischer Entscheidung anwenden zu wollen.

5) Z.B. nach der Lehre des Marxismus-Leninismus.

6) Hesse, K., Grundzüge S. 54.

7) Vgl. z.B. BVerfGE 1, 208 (242, 255); 3, 19 (26).

durch plausiblere Argumente (oder auch nur durch effektvolleres Auftreten und durch Hervorlockung irrationaler Gefühle) selbst die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

Welche Elemente des Prinzips der Volkssouveränität lassen sich nun auf den Bereich der Wirtschaft übertragen und welche Art der Demokratisierung leitet sich hieraus ab?

Zunächst muß davon ausgegangen werden, daß das Unternehmen ein Subsystem einer umfassenden Ordnung ist, die weitgehend in den obengenannten politischen Entscheidungsprozeß einbezogen ist. Die Zielfunktion und Organisationsstruktur eines Unternehmens kann also nie ausschließliches Resultat der Wünsche und Interessen der Belegschaft sein¹⁾. Vielmehr geht es hier um ein Beherrschen der Spielregeln und um die Anwendung instrumenteller Vernunft zur Erfüllung der Ziele desjenigen Wirtschaftssystems, welches das Volk im "Wechselgespräch" mit parteipolitischen Absichten demokratisch mitbeschlossen hat bzw. über das jeder Staatsbürger politisch zu urteilen aufgerufen ist. So gesehen, äußert sich Demokratisierung der Wirtschaft in der Herausbildung einer makroökonomischen Zielfunktion unter maßgeblicher Beteiligung des Volkswillens.

Die Integration wirtschaftlicher Zielsetzungen in den Prozeß demokratischer Willensbildung ergibt sich daraus, daß es ein objektives Ziel des Wirtschaftens nicht gibt. "Vielmehr ist dieser Zweck stets abhängig von der jeweiligen Ordnungskonzeption, d.h. dem der Gesellschaftsordnung zugrunde liegenden Leitbild"²⁾. Zwar besteht ein fundamentales ökonomisches Ziel darin, mit Hilfe von knappen Mitteln theoretisch unbegrenzte Bedürfnisse zu befriedigen. Aber dies ist eine Gleichung mit vielen qualitativen Unbekannten. Das "Wie" der Produktion, die Verteilung der Produkte u.a. dürfen nicht außer acht gelassen werden³⁾. Bedürfnisse erschöpfen sich nicht in

1) Ähnlich äußert sich das Biedenkopf-Gutachten (S. 65): "Das Unternehmen ist kein 'contrat social' en miniature sondern selbständig organisierter und durch die Autonomie unternehmerischer Handlungsfreiheit gekennzeichnete Teil eines größeren wirtschaftlichen Zusammenhangs".

2) DGB, Mitbestimmung - Forderung unserer Zeit S. 27.
Vgl. hierzu auch Weisser, G., Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft, in: Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung, Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Heft 2, 1953.

3) Vgl. Gäfgen, G., a.a.O., S. 128.

ihrer Quantifizierbarkeit und wenn doch, so ist abzuklären, ob ihre Geltendmachung unter individuellem oder sozialem Gesichtspunkt bevorzugt werden soll.

Es kommt also darauf an, die Bedeutung des Wirtschaftens zeitgemäß zu erkennen, als Mittel zum Zweck menschlichen Seins, nicht als Endzweck¹⁾. Der wirtschaftliche Prozeß kann niemals ohne politische Entscheidungen ablaufen; denn "je nach unserer weltanschaulichen Stellungnahme hat ein Sozialprodukt von bestimmter Zusammensetzung einen verschieden hohen Wert"²⁾. Diese Aussage gilt für die Bundes-, Länder-, Kreis- und Gemeindeebene. Auf jeder der vier politischen Ebenen sollte der Bürger, den wirtschaftspolitischen Kompetenzen der Gebietskörperschaften entsprechend, aufgerufen sein, mit Hilfe von Präferenzskalen³⁾ sich für den einen oder anderen Stellenwert des Wirtschaftens im aktuellen politischen Zusammenhang zu entscheiden. Ordnungspolitisch relevante Punkte, die hierbei einer Bewertung zugänglich gemacht werden müßten, wären u.a.: Maximale Güterproduktion, Vollbeschäftigung, Erhaltung von Natur und Freizeiträumen, Industrialisierung der Landschaft, Freizeit und angenehme Arbeitsbedingungen, Begriff der Leistung (und damit zusammenhängend die Funktion des Wettbewerbs), Stärkung der Staatsmacht durch Forcierung des Wirtschaftswachstums etc. Je nach den Abstimmungsergebnissen wird sich die Bundesregierung als Koordinator ordnungspolitischer Bemühungen überlegen müssen, welches Wirtschaftssystem in Zukunft dem Volkswillen am besten gerecht zu werden vermag. Liegt etwa die Betonung auf einem Maximum an Güteroutput und auf einer maximalen Befriedigung privater Konsumbedürfnisse, so ist auf liberale marktwirtschaftliche Prinzipien (egoistisches Gewinnstreben, Rentabilität, Angst des Eigentümers vor persönlichem Ruin)⁴⁾ nicht zu verzichten. Betrachtet man demgegenüber die Personifizierung in der Arbeit, die soziale Seite des Lebens als vorrangig, so sind genossenschaftliche Elemente nicht zu entbehren. Schließlich wird man bei der Bereitstellung öffentlicher

1) Vgl. Ortlieb, H.D., Dörge, F.W., Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik, Modellanalysen, Bd. II, 1968, S. 20.

2) Weisser, G., Ökonomismus S. 19; vgl. auch Romig, F., Die ideologischen Elemente in der neoklassischen Theorie, 1971, S. 54 ff.

3) Diese aufzustellen kann nur Sache der Parteien sein.

4) Vgl. Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 424 ff. u. S. 582 ff.; Hensel, K.P., Problem der Mitbestimmung S. 277.

Güter oder bei Objekten der Raumplanung, des Umweltschutzes, der Daseinsvorsorge mit zunehmender Bevölkerungsdichte eher zentral als individuell-liberal vorgehen müssen¹⁾.

Die Debatte hierüber hat also im gesamtpolitischen Rahmen zu erfolgen²⁾, nicht im Betrieb; denn es kann nicht das eine Unternehmen dieses Ziel des Wirtschaftens verfolgen, das andere jenes, weil derjenige Betrieb, der sich nicht an die Maßstäbe der geltenden Wirtschaftsordnung hält, auch nicht den Lohn für systemkonformes Verhalten empfangen wird ('Lohn' bedeutet hier entweder materiell Gewinn und Einkommen oder aber gesellschaftliche Reputation und Auszeichnung ideeller Art).

Eine Parlamentarisierung des Unternehmens ist primär deshalb zu verurteilen, weil es sich hier nicht um den richtigen Ort wirtschaftspolitischer Auseinandersetzung handelt. Sie ist überdies ausgeschlossen, soweit mit Demokratisierung der Wirtschaft Vorstellungen von direkter, unmittelbarer Demokratie verbunden werden. Diese sind "bei allen größeren rational arbeitenden Organisationen, also auch bei der Führung von Unternehmungen einer Größenordnung, die für eine institutionelle Mitbestimmung in Frage kommen, undurchführbar und illusionär. Das gleiche gilt nach bisherigen Erfahrungen für Räteysteme in Marktwirtschaften"³⁾. Der Spezialisierung auf der höchsten politischen Ebene, der Sachverstand erfordernden Materie von Gesetzesausarbeitungen entspricht auf der Ebene der Unternehmen die zunehmende Funktionalisierung und Arbeitsteilung der Unternehmensführung, die unabdingbar für das Bestehen im modernen Wettbewerbskampf geworden ist. Eine Parlamentarisierung des Unternehmens, etwa mit einer "Opposition" der Arbeitnehmer im Sinne freier Meinungsäußerung nach Art. 5 GG ist also einmal aufgrund des mangelnden Einblicks aller Belegschaftsmitglieder in die Entscheidungsmaterie nicht möglich, zum anderen

-
- 1) Ob allerdings die mit relativ großen Reibungsverlusten und langsam arbeitende Organisation der Demokratie die Dynamik des technologischen Prozesses zu bändigen vermag, ist in diesem Zusammenhang eine sehr ernst zu nehmende Frage (vgl. auch Daddario, E., Demokratie und Fortschritt, in: Der Spiegel, Nr. 22, 26. Jg. 1972, S. 128 f.).
 - 2) Sie dürfte sich aber nicht auf den nationalen Raum beschränken. Der Verzicht auf eine internationale Koordination des Wirtschaftszweckes würde bei dem derzeit engverflochtenen Welthandelssystem entweder manche Länder hoffnungslos ins Hintertreffen geraten lassen oder erneute Isolierungsbestrebungen hervorrufen.
 - 3) Biedenkopf-Gutachten S. 66.

aufgrund des Zwangs zu einer systemkonformen Verhaltensweise der Unternehmensspitze nicht nötig.

Versteht man folglich das Prinzip der Volkssouveränität und eine damit verbundene Demokratisierung der Wirtschaft als freie Wahlmöglichkeit über die Rahmenordnung des wirtschaftlichen Bereiches und als Lenkung in eine bestimmte Wertskala des Wirtschaftens, so verlangen zumindest noch drei Fragen eine Klärung.

Zuerst mag man berechtigte Zweifel daran vorbringen, ob das angestrebte Wirtschaftssystem wirklich Ausdruck der überwiegenden Mehrheit des Volkes und der Verfassung ist oder ob es die "herrschende Klasse" versteht, das ihr dienliche System aufrechtzuerhalten. Beantwortet man diese Frage zugunsten des Volkes (der Beweis muß den Soziologen, Politologen und Psychologen überlassen bleiben), so stünde zweitens noch eine Erklärung darüber aus, welche Interessengruppe im Unternehmen zur Führung desselben zu bestellen wäre, damit die auf Parlamentsebene wirtschaftspolitisch angestrebten Zielsetzungen auch einzelwirtschaftlich befolgt würden. Ein abschließendes Urteil darüber ist wegen der sich z.T. überschneidenden Interessenpositionen im Unternehmen nicht möglich und kann außerdem aus der Tatsache der ephemeren Existenz demokratischer Entscheidungsinstanzen nicht erwartet werden. Da sich nämlich die gesamtwirtschaftliche Zielfunktion je nach Regierungskonstellation ändert, eine voraussehbare Kontinuität in der Datensetzung für das Unternehmen nicht unterstellt werden kann, darf auch nicht die einem Regierungsprogramm nahestehende Interessengruppe als "ideale" korrespondierende Unternehmensführung für immer hingestellt werden. Gleichzeitig ist damit ausgeschlossen, vorhandene Rechtspositionen (z.B. die des Privateigentümers) zugunsten absoluter Stileinheit und -reinheit aufzulösen. Ein solches Vorgehen würde im übrigen auch das Prinzip der Privatautonomie, der selbständigen Planaufstellung im Bereich der Privatwirtschaft verbieten. Selbst wenn aber angestrebt wird, daß gewisse Grundvorstellungen über wirtschaftliche Ziele zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern harmonisieren, so ist nicht gesagt, daß dies z.B. über den Eigentümer an Produktionsmitteln nicht zu vollziehen wäre.

Für jeden einzelwirtschaftlichen Entscheidungsträger, sei er nun dem Kapital- oder dem Arbeitnehmerinteresse verantwortlich, gilt vielmehr, daß die Volkssouveränität und der hierauf aufbauende demokratische pluralistische Willensbildungsprozeß das letzte Urteil über seine Handlungsweise sprechen. Sollte es manchen Unternehmen aufgrund von Machtpositionen gelingen, sich über dieses Urteil hinwegzusetzen, wirtschaftspolitische Zielsetzungen zu ignorieren bzw. "Marktgesetze" eigenmächtig zu diktieren, so bliebe in der Tat die Idee der Volkssouveränität für diesen Bereich der Gesellschaft wirkungslos. Die Ausdehnung des Volkswillens auf sich absondernde Lebensbereiche wäre demzufolge eine Forderung, die den anfänglich nur allgemein aus Interdependenzvorstellungen entstehenden Anspruch der Allgemeinheit auf Mitwirkung an Entscheidungsprozessen nachdrücklich konkretisieren würde. Welche Gruppen und welche Relationen innerhalb dieser dem Volkswillen im Mikrobereich der Wirtschaft zum Durchbruch verhelfen könnten, ohne eine totale Integration zwischen Staat und Gesellschaft herbeizuführen, ist allerdings schwer festzulegen. Einzubeziehen wäre zumindest eine Instanz, die über das Eigeninteresse des Unternehmens hinausblickt, die volkswirtschaftlich und weniger betriebswirtschaftlich denkt.

Daß das Volk als Begründer der Staatsgewalt eingesetzt wird, geschieht aus dem einfachen Grund, weil eben dieses Volk eine andere Quelle des Staates nicht anerkennt. Das demokratische Prinzip gründet in der Einsicht, daß das Staatswesen auf die Dauer seine Existenzberechtigung verliert, wenn es nicht von allen Teilen der Bevölkerung akzeptiert wird. Inbegriffen in die Aufgaben und Ziele des Staates müssen auch die Problemkreise der Wirtschaft sein, erst dann kann sich die Wirtschaft in einer "Verfassung" befinden, dergemäß die Ausrichtung aller Wirtschaftsakteure "demokratisch" genannt werden kann. Ob das GG eine derartige Verfassung bereits vorgibt - was unseren bisherigen Gedanken widerspräche - soll im nächsten Kapitel untersucht werden.

Eine vorläufig wichtige qualitative Feststellung kann man jedoch aus dem demokratisch geforderten Votum des Bürgers für die einzuschlagende Wirtschaftsordnung treffen: Vermag sich

der Wille des Volkes über Ziele und Form des Wirtschaftens nicht in den Zielfunktionen und Organisationsstrukturen der Unternehmen fortzusetzen, so ist eine repräsentative Darstellung des Volkswillens über Gruppen und Verbände auch in diesem gesellschaftlichen Bereich eine Notwendigkeit; denn sowohl bezüglich der Aufstellung als auch der Durchführung von unternehmerischen Zielen möchte niemand mehr regiert werden, ohne nicht vorher seinen Willen geltend gemacht zu haben¹⁾. Die Gesamtheit der von einem Unternehmen Abhängigen (Arbeitnehmer, Gläubiger, Konsumenten, Lieferanten, Allgemeinheit) wäre hierbei der Souverän. Je mehr ein mächtiges Interesse am Unternehmen Abhängigkeiten zu seinen Gunsten erzeugt, desto mehr wächst das subjektive Recht der Betroffenen auf gleichberechtigte Teilnahme am Willensbildungsprozeß des Unternehmens, eben um diese Macht im Sinne mehrerer Interessen zu teilen. Auf die Hypothese, daß derartige Machtausübung insbesondere bei Großunternehmen anzutreffen sei, soll später genauer Bezug genommen werden²⁾.

2. Der Mehrheitsentscheid

Sieht man in dem Individuum ein vernunftbegabtes Wesen, welches in der Diskussion und Konfrontation mit besseren Argumenten den eigenen Standpunkt einer Revision unterziehen kann, so liegt der Schluß nahe, daß der Mehrheitsbeschluß nach einer so geartet schöpferischen konstruktiven Auseinandersetzung auch von inhaltlicher Qualität sein müßte³⁾. Diese Hypothese wird allerdings, betrachtet man den politischen Alltag, in ihrer Aussage desillusioniert. Aus diesem Grund ist auch die These J.J. Rousseaus für den Bestand unserer Demokratie gefährlich. Im Mehrheitswillen offenbart sich eben nicht nur der wahre, d.h. vernünftige, gemeinnützige Volkswille (volonté

1) Zu diesem Ergebnis kommt man gleichfalls aus einem materiellen Verständnis des Art. 5/I. Das subjektiv-öffentliche Recht auf freie Meinungsäußerung vollendet sich nämlich nicht bereits dadurch, daß unterschiedliche Meinungen ohne äußeren Druck kundgegeben werden dürfen, sondern daß sie als gestaltender Faktor in soziale Abläufe integriert werden.

2) Vgl. S. 217 ff.

3) A. de Tocqueville (Über die Demokratie in Amerika, 1956, S. 88) spricht hier von der Anwendung der Theorie der Gleichheit auf den Verstand.

générale), ebensowenig wie man die Minderheit bei ihrer Stimmabgabe eines Irrtums über ihre "wahre" eigene Ansicht bezichtigen kann¹⁾. Eine derartige Verabsolutierung des Mehrheitswillens trägt in seiner Konsequenz Züge eines Totalitarismus²⁾. Eine formelle Schranke dagegen bietet Art. 21/I i.V.m. Art. 5, 8 und 9 GG, welcher verhindert, daß die Demokratie durch Schaffung einer einzigen Staatspartei totalitär entartet. In materieller Hinsicht unterdrückt dies die allgemeine Vorrangigkeit des Verfassungsgesetzes und des Rechts vor jeglicher Aktivität der Staatsgewalt.

Nach alledem ist es richtiger, Mehrheitsentscheidungen nicht wegen ihrer abgewogenen Rationalität, sondern wegen ihrer demokratisch-egalitären Legitimität als verbindlich anzuerkennen³⁾. "Wo alle gleich sind, müssen viele notwendigerweise mehr gelten als wenige"⁴⁾.

Das Mehrheitsprinzip gehört nicht unbedingt zur Charakterisierung der Demokratie⁵⁾, die primär Gerechtigkeit für jeden einzelnen Staatsbürger im Auge hat. Das Mehrheitsprinzip ist vielmehr das best- und höchstmögliche Maß an Gerechtigkeit, die relativ beste Chance zur Verwirklichung der Vernünftigkeit, wenn es um die Berücksichtigung der politischen selbstbestimmten Willenskundgabe einer pluralistischen Gesellschaft geht. Diese Technik der Beschlußfassung ist als formale Basis der Demokratie nur so lange funktionsfähig, wie die Mehrheit grundsätzlich die Interessen der Allgemeinheit und nicht lediglich ihre eigenen zu wahren bestrebt ist. Ein stets gewärtiges Druckmittel hierfür ist die Möglichkeit der Regierten, die Regierung abzusetzen (Oppositionsprinzip). Das Recht der Minderheit, sich um die Macht zu bemühen, verhindert somit das Gefühl der politischen Ausgeschlossenheit⁶⁾.

1) Vgl. Rousseau, J.J., Der Gesellschaftsvertrag, übers. v. H. Denhardt, 1858, 4. Buch, 2. Kap., S. 152 ff.

2) Die Allmacht ist in sich schlecht und gefährlich, mag man sie Volk, Demokratie, Aristokratie oder König nennen. Ihre Ausübung übersteigt die Kräfte jedes Menschen (vgl. A. de Tocqueville, a.a.O., S. 93).

3) Vgl. Leibholz, G. Strukturprobleme S. 150 f.

4) Beck, M., a.a.O., S. 5.

5) Vgl. Peters, H., Entwicklung S. 167.

6) Vgl. Zacher, H.F., Freiheitliche Demokratie, 1969, S. 20.

Der Mehrheitsentscheid stellt also für die Gerechtigkeitsfrage einer pluralistischen Gesellschaft, deren Meinungen über Werte und Prinzipien der Daseinsgestaltung konkurrieren, einen unverzichtbaren Notbehelf dar. Für ein Unternehmen kann es ein Behelf in diesem Sinne schwerlich sein; denn der Bereich der wirtschaftlichen Sachlichkeit, der technischen, eventuell sogar computergeeigneten Fragen, ist über jeden Mehrheitsentscheid erhaben¹⁾. Andere, sog. "echte" unternehmerische Entscheidungen (die Auswahl der Zielfunktion, Einstellung zum Risiko, Bewertung von Alternativlösungen zur Realisierung der Ziele usw.) wären von der Qualität her durchaus einem Mehrheitsentscheid zugänglich. Da jedoch unternehmerisches Tätigwerden untrennbar beide Elemente der Entscheidung enthält, eine ständige Aussonderung "echter" Entscheidungsmöglichkeiten untragbare Verzögerungen im Willensbildungsprozeß eines marktwirtschaftlich orientierten Unternehmens auslösen würde, ist das Mehrheitsprinzip für den Prozeß der Entscheidungsfindung im Unternehmen fehl am Platze. Zudem wäre noch ungeklärt, aus welcher Gesamtheit sich diese Mehrheit bilden sollte.

Gerade diese Frage gewinnt indessen erheblich an Bedeutung, wenn man das Mehrheitsprinzip nicht auf die zur Entscheidung anstehenden Probleme, sondern auf die die Entscheidung treffenden Personen anwendet. Betrachtet man Mehrheit im Sinne einer "Kopfzahldemokratie", so würde jede Person des "Leistungsverbandes Unternehmen" berechtigt sein, mit ihrer Stimme an der Wahl des Managements teilzunehmen. Definiert man den Unternehmensverband eng, so spiegeln sich im Mehrheitsbeschluß nur die Stimmen der Belegschaft und der Kapitalgeber wider. Zieht man einen weiteren Kreis, so würde eine schier unermeßliche Anzahl von Partizipanten in den Mehrheitsbeschluß einbezogen werden müssen. Hier aber würde die konsequente Durchführung des Mehrheitsprinzipes zur Legitimation abertausender Unternehmensspitzen absurd²⁾. Das Mehrheitsprinzip

1) Vgl. Rapold, M.U., a.a.O., S. 69.

2) Zur Legitimation der Unternehmensführung gibt es kein verbindliches Kriterium, das jede beteiligte Stimme gleich wertvoll machen würde - im Gegensatz zur Legitimation der politischen Führung, wo der gesunde Menschenverstand jedes einzelnen als ausreichend angesehen wird.

kann demnach - wenn überhaupt - nur quasi-ständischen Charakter tragen¹⁾, was nichts anderes hieße, als daß bestimmte Interessengruppen je nach ihrer Bedeutung für das Unternehmen eine gewisse Stimmenzahl repräsentieren, die sie für eine bestimmte Führungsspitze in die Waagschale werfen.

Wer aber beurteilt, welche Bedeutung gewissen Interessengruppen für die Zielsetzung eines Unternehmens zukommt? Läßt sich nicht andererseits verteidigen, daß eine Interessengruppe und die Mehrheit ihrer Mitglieder durchaus in der Lage sind, ein Unternehmen richtig zu führen? Reicht es z.B. nicht aus, wenn das Mehrheitsprinzip innerhalb der Aktionäre bedingungslos und konsequent zur Anwendung gelangt?

Demokratisierung der Wirtschaft und Praktizierung eines quasi-ständischen Mehrheitsprinzipes könnte nur dann eine Rechtfertigung erlangen, wenn festzustellen wäre, daß mit zunehmender Heterogenität ordnungspolitischer Zielsetzungen (neben Wachstum, Vollbeschäftigung, gerechte Einkommensverteilung, Preisstabilität, Außenhandelsgleichgewicht auch die Berücksichtigung allgemeiner Lebensqualität)²⁾ und mit wachsender öffentlicher Bedeutung des Unternehmens auch heterogene Interessen bei der Bestellung einzelwirtschaftlicher Entscheidungsträger einbezogen werden müssen³⁾. Mag es im reinen liberalen marktwirtschaftlichen System genügt haben, dem Faktor Kapital bzw. Privateigentum die alleinige Legitimationsgrundlage für die Unternehmensleitung zu überlassen, weil das Kapitalinteresse am ehesten garantierte, daß die Marktsignale systemkonform beachtet wurden, daß Gewinn und Rentabilität im Vordergrund aller Bemühungen standen, so ist inzwischen die unternehmerische Zielfunktion wesentlich komplexer geworden. Mit zunehmender sozialer Ausgestaltung der Marktwirtschaft stellt sich nunmehr das Problem, ob der Privateigentümer allein befähigt ist, den gesellschaftlichen Ansprüchen, den neu formulierten Zielen der Wirtschaftsordnung, durch eine im wesentlichen noch ihm verantwortliche Unternehmensführung genüge zu leisten.

1) Dies kommt nach Kriele, M. (a.a.O., S. 78) bereits in der paritätischen Mitbestimmung zum Ausdruck.

2) Vgl. Weissner, G., Ökonomismus S. 16.

3) Z.B. neben Eigentümern und Unternehmern Vertreter der Arbeitnehmer, Geschäftspartner und der Allgemeinheit (vgl. auch Boettcher, E., Hax, K., u.a., a.a.O., S. 20 ff.).

Eine Stellungnahme dazu soll später im Rahmen der Analyse des Privateigentums unternommen werden.

Eine andere Bedeutung - abseits von Problemen der internen Unternehmensverfassung - erhält schließlich der Mehrheitsbeschluß aus neoliberaler Sicht¹⁾: Da das Mehrheitsverhalten der Konsumenten in einem vollkommenen Wettbewerb den Produktionsprozeß lenkt und zwar so, daß keine einzige Stimme verlorenggeht, bedürfte es keiner zusätzlichen Mehrheitsentscheidung im Unternehmen selbst.

Abgesehen davon, daß die Konsumentenfreiheit keinesfalls einen uneingeschränkt schutzwürdigen Wert darstellt²⁾, wird aber hier nur die produktionstechnische Komponente des Wirtschaftens in den Vordergrund gestellt. Die arbeitsethische Seite oder das Problem unvollkommener Märkte bzw. wirtschaftlicher Machtanhäufung als Begleiterscheinung industrieller Entwicklung werden von dieser Betrachtung des Mehrheitsprinzips nicht erfaßt.

3. Der Grundsatz der Relativität

Der Mehrheitsentscheid trägt dem bereits mehrfach angesprochenen demokratischen Grundsatz der Relativität Rechnung. Dieser Grundsatz leugnet die Beweisbarkeit politischer Meinungen bzw. deren Widerlegbarkeit und mahnt infolgedessen zur Achtung des gegnerischen Standpunktes, sowie zur entschiedenen Vertretung des eigenen zum Zwecke des Ausgleichs interessenbedingt und ideell verschiedener Sicht der Dinge³⁾. Daher ist freiheitliche Demokratie nur möglich, wenn eine Konkurrenz der Ansichten gewährleistet ist "und wenn verbindliche Spielregeln für die Austragung der Konflikte gelten"⁴⁾. Der Relativismus ist also die gedankliche Voraussetzung der Demokratie, welche sich dynamisch und wandelbar versteht⁵⁾. "Sie lehnt es ab, sich mit

1) Vgl. dazu die Literaturangaben auf S. 105 Fußn. 4.
Siehe auch Hättich, M., *Demokratismus* S. 159.

2) Z.B. wegen mangelnder Rationalität oder Konkurrenz mit anderen gesellschaftlichen Zielsetzungen.

3) In diesem Sinne glaubt man an eine frei und nicht vorausberechenbar entstehende Vernunft, die sich im politischen Prozeß durch Parteien und Parteienkampf verwirklicht (vgl. Kriele, M., a.a.O., S. 69).

4) Hättich, M., *Demokratie als Herrschaftsordnung* S. 125.

5) Vgl. Astrow, W., a.a.O., S. 42.

einer bestimmten politischen Auffassung zu identifizieren, ist vielmehr bereit, jeder politischen Auffassung, die sich die Mehrheit verschaffen konnte, die Führung im Staate zu überlassen, weil sie ein eindeutiges Kriterium für die Richtigkeit politischer Anschauungen nicht kennt, die Möglichkeit eines Standpunktes über den Parteien nicht anerkennt" ¹⁾.

Eine solche relative Demokratie, verbunden mit faktischer Wertindifferenz stellte die WRV dar, deren sämtliche Grundsätze abgeändert oder aufgehoben werden konnten, wenn sich nur eine Mehrheit dazu bereit erklärte (Abschaffung der Demokratie mit demokratischen Mitteln). Die Ordnung der politischen und sozialen Lebensbereiche unterstand ausschließlich dem Ermessen des jeweiligen Gesetzgebers.

Nach dem 2. Weltkrieg hat der Begriff der Demokratie einen tiefgreifenden Bedeutungswandel erfahren ²⁾. Demokratie bedeutet nach dem GG nicht mehr nur ein formales Prinzip der staatlichen Willensbildung. Die relative Demokratie ist weit- hin abgelöst worden von einer "aktiven", "wachsamen" und "streitbaren" Demokratie ³⁾. Es wurden allgemeingültige ethische ⁴⁾ und rechtliche Werte jeglicher Staatstätigkeit vorangestellt (sowohl dem einfachen Gesetzgeber, als auch der Exekutive und Judikative). Ihre Allgemeingültigkeit wurzelt dabei einzig und allein in dem Bekenntnis jedes einzelnen zu den Rechtsgütern menschlicher Gemeinexistenz. Dieses Bekenntnis zu Menschenwürde und Freiheit läßt sich nicht durch Definitionen der Vernunft darstellen, sondern liegt letztlich im irrationalen seelischen Bereich ⁵⁾. Es führt nicht zum Handeln, welches den Menschen nach Freund und Feind trennt, auch nicht zu einer Verabsolutierung eigenbezogener Subjektivität, sondern zu dem positiven Bemühen um Gemeinschaft, der Bereitschaft, andere Meinung zu verstehen, dem Versuch, zu überzeugen und in der Politik keinen Schritt zu tun, ohne vorher dem gedruckten oder ungedruckten Appell moralischer Grundwerte

1) Radbruch, G., Rechtsphilosophie S. 84.

2) Vgl. Reißmüller, H., a.a.O., S. 42; Fromme, F.K., Weimarer Verfassung, passim.

3) Vgl. BVerfGE 5, 85 (139); Krüger, H., Staatslehre S. 547.

4) Diese "höheren Werte" beziehen ihren Gehalt nicht unbedingt aus dem christlichen Glauben (vgl. auch Mangoldt, H. v., Klein, F., a.a.O., S. 94).

5) Vgl. Hamel, W., Die Bedeutung der Grundrechte im sozialen Rechtsstaat, 1957, S. 7 ff.

einer freiheitlich demokratischen Staatsordnung Rechenschaft abgelegt zu haben.

Jeder dieser Ur-Werte wird dabei im Wettstreit der Meinungen eine stets neue Gewichtung erhalten, in dessen Strömung überkommene Rechtsinstitute (wie z.B. das Eigentum) in ein verändertes Licht geraten. Insofern verhindert der Rechtsstaat mit einer gewissen Neutralität und Relativität die Zementierung einseitiger Interessen bzw. die Errichtung einer Wirtschaftsordnung zugunsten einer bestimmten Klasse. Demokratisierung der Wirtschaft unter dem Demokratie-Element der Relativität bedeutet hiernach soviel wie den Pluralismus wirtschaftspolitischer Zielvorstellungen als einzig mögliche Basis für eine freiheitliche Entwicklung unserer Gesellschaft zu bejahen. Dies würde bedingen, daß wirtschaftspolitische Zielsetzungen mit dezidierten Bewertungen durch kontrastreiche Parteiprogramme dem Volksentscheid vorgelegt werden¹⁾. Nur auf diese Weise könnte der ursprüngliche Volkswille über das Mehrheitsprinzip einigermaßen die Ausprägung der Wirtschaftsordnung mitbestimmen²⁾. Dabei gilt jedoch auch für die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Wirtschaftsordnung, daß demokratischen Abstimmungen vom GG her wertmäßige Grenzen auferlegt sind.

4. Die Gewaltenteilung

Die enge Verbundenheit unserer freiheitlichen Demokratie mit dem Prinzip des Rechtsstaates, die Abgrenzung gegenüber den sog. "Volksdemokratien", erlaubt es, den Grundsatz der Gewaltenteilung als wichtiges formales Element eines liberalen bzw. "klassischen" Demokratieverständnisses³⁾ in die Untersuchung möglicher Analogien zwischen staatsrechtlichem Demokratie-Denken und Demokratisierungsvorhaben in der Wirtschaft

-
- 1) "Die Parteien sind das Sprachrohr, deren sich das organisierte Volk bedient, um sich artikuliert äußern und Entscheidungen fällen zu können". (Leibholz, G., Strukturprobleme S. 76).
 - 2) Dieser Wunsch endet jedoch oft durch verbandspolitische Überlegungen der Parteien in einer allen gerecht werden- den Nivellierung. Um dies zu vermeiden, besitzt eine außerparlamentarische Opposition durchaus eine gewisse "Reizmittelfunktion" (vgl. Besson, W., Jasper, G., a.a.O., S. 78).
 - 3) Vgl. auch Maunz, Th., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. III, 3 f zu Art. 20/I Rdnr. 57.

einzubeziehen. Darüber hinaus wird eine Balancierung der Gewalten zum Schutz individueller Freiheit nicht nur im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung bewirkt, sondern ist - wenn gleich in unterschiedlicher Akzentuierung - "tragendes Organisationsprinzip"¹⁾ unserer Verfassung²⁾.

Nach Art. 20/II, 2 wird die Staatsgewalt durch besondere, d.h. voneinander getrennte Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Das Prinzip der Gewaltenteilung tritt außerdem in Art. 1/III, Art. 19/I, 1, Art. 20/III, Art. 80/I und Art. 92 i.V.m. Art. 97/I zutage, sowie in den nach den drei Gewalten gegliederten Grundgesetz-Abschnitten VII, VIII und IX. Somit bildet die Trennung in drei Gewalten für das GG die Regel, wenn es um die Kompetenzverteilung der obersten Entscheidungsträger in der mittelbaren Demokratie geht.

Der Idee der Aufklärung des Rationalismus im allgemeinen und der staatsphilosophischen Abhandlung Montesquieus im besonderen entsprechend, kann individuelle Freiheit nur dann gedeihen, wenn die Machtmittel des Staates aufgeteilt sind³⁾. Ist die Gefahr der Selbstherrlichkeit des Staates bereits dadurch herabgesetzt, daß nurmehr die Allgemeinheit als Begründer der Herrschaftsgewalt geduldet wird⁴⁾, so ist es in Fällen repräsentativer Massendemokratie nur folgerichtig, wenn die Gefahr zunehmender Entfernung von Volk und Regierung, die entpersönlichende Bürokratisierung der Verwaltung, durch das zusätzliche Mittel der Gewaltenkontrolle und -balance gemindert wird. Gewaltenteilung sorgt für die Durchsichtigkeit und Einsichtigkeit des staatlichen Machtapparates, sie schafft "Verantwortungsklarheit"⁵⁾. Dies richtet sich nicht nur auf die bestehende Organisation staatlicher Tätigkeit (Legislative, Exekutive, Judikative), sondern ebenso auf den Prozeß der Herausbildung von Staatsorganen. Über die demokratische Ordnung sucht die Verfassung Machthemmung und Macht-

1) BVerfGE 3, 225 (247).

2) Vgl. Hesse, K., Grundzüge S. 186.

3) Vgl. Montesquieu, Ch.d.S., Vom Geist der Gesetze (De l'esprit des lois, übers. u. eingeleitet v. E. Forsthoff) 1951; Tocqueville, A. de, a.a.O., S. 93; BVerfGE 5, 85 (199).

4) Vgl. auch Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 819.

5) Hesse, K., Grundzüge S. 186.

kontrolle zu bewirken, indem sie ein gewisses Gleichgewicht der politischen Kräfte durch die Gewährleistung gleicher Chancen (Wahlrechtsgleichheit, Mehrparteienprinzip, Chancengleichheit politischer Parteien) anstrebt. Hierdurch werden zugleich die wichtigsten Faktoren politischer Macht, die Parteien, vom Gewaltenteilungsschema erfaßt¹⁾.

Das tragende Motiv der Gewaltenteilungslehre ist somit primär das tief verwurzelte Mißtrauen gegen die Macht des Staates, gegen die Errichtung einer Willkürherrschaft mit dem Resultat einer allgegenwärtigen Bevormundung und Gängelung des einzelnen durch polizeistaatliche Methoden. Gleichwohl darf die gegenseitige Abhängigkeit und Kontrolle der Staatsorgane, die klassische Formel Montesquieu's "que le pouvoir arrête le pouvoir"²⁾, nicht dazu führen, daß die Leistungsfähigkeit der Staatsgewalt darunter leidet. Die herzustellende Balance der Kräfte, die Verhinderung entfesselnder Kompetenzanreicherung einer der Gewalten sind im normativen Sinne eines Gleichgewichts und Funktionszusammenhangs zu begreifen, "mittels dessen die Beteiligten sich gegenseitig zu größerer Richtigkeit zu steigern suchen"³⁾ zum Zwecke der Einigung. Dieses Einigungsstreben gründet nicht zuletzt in der Tatsache, daß Verwaltung, Regierung, Gesetzgebung und Rechtsprechung aufgrund ihrer verschiedenen funktionsgerecht abgegrenzten Tätigkeitsbereiche unterschiedliche Stellungnahmen zu ein und demselben Problem vorbringen und hier also nochmals der Versuch einer demokratischen Auseinandersetzung sowohl auf formellen als auch auf materiell rechtlichem Gebiet, wenigstens teilweise, gegeben ist. Ein solches System von "checks and balances", wo jede der drei Gewalten die andere zu überwachen, ggf. zu revidieren und in ihren Kompetenzen zu begrenzen hat, kennzeichnet das GG u.a. an folgenden Stellen: Die gesetzgebende Gewalt erhält ihre Arbeitsgrundlage in Gestalt von Gesetzesentwürfen hauptsächlich von der Regierung (Art. 76/I) und wird hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit ihrer Akte von der Rechtsprechung überwacht (Art. 93/I, Nr. 2, Art. 100/I). Der Bundeskanzler wird vom Bundestag gewählt (Art. 63) und ist in

1) Vgl. Hesse, K., Grundzüge S. 179 u. S. 185.

2) Vgl. Montesquieu, Ch. de S., a.a.O., S. 213.

3) Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 869 f.

gewissem Ausmaß von dessen Vertrauen abhängig (Art. 67 und 68). Der Bundespräsident fertigt die Gesetze aus und verkündet sie (Art. 82/I)¹⁾.

Gewaltenteilung wird hiermit zu einem komplizierten System von Funktionsverteilung und -verbindung. Das Trennungsschema wechselt über in ein Zusammenwirken der Staatsgewalt zu einem einigermaßen Sein. In jeder Angelegenheit kommen grundsätzliche Entscheidungen auf lange Sicht (Gesetzgebung), Sachnotwendigkeiten der konkreten Situation (Exekutive) und die Idee des Rechts im Einzelfalle (Rechtsprechung) zur Geltung. Diese Verbindung unterschiedlicher Strukturprinzipien durch die Ausgestaltung und Zuordnung "besonderer Organe" (Art. 20/II, 2) "erleichtert die Anpassung an den Wandel geschichtlicher Entwicklung und vermag daher relative Kontinuität im Fluß der Zeit zu sichern"²⁾.

Das eben dargestellte Prinzip der Gewaltenteilung ist nach der neueren staatsrechtlichen Lehrmeinung also vielfältig motiviert³⁾. Um seine Übertragbarkeit auf wirtschaftliche Verhältnisse zu durchleuchten, soll eine Beschränkung auf zwei seiner Hauptelemente vorgenommen werden: auf die Mäßigung von Macht und auf den Prozeß des gegenseitigen Einlenkens funktionell getrennter Staatsorgane in die Bahn richtiger Ausübung der Hoheitsbefugnisse.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht argumentieren diesbezüglich vor allem Vertreter der neoliberalen Nationalökonomie⁴⁾.

Sieht man wie Müller-Armack⁵⁾ in der Idee der Gewaltenteilung das Bestreben, Willkürherrschaft zu vermeiden, so entspricht dem soziologisch ein wesentliches Merkmal der Marktwirtschaft: wirtschaftliche Übermacht, etwa in Form des Monopols, welches die Herrschaft über Menschen sowohl nach außen (Konsumenten,

1) Vgl. dazu Mangoldt, H. v., Klein, F., a.a.O., S. 599.

2) Hesse, K., Grundzüge S. 186.

3) Die verfassungsrechtliche Trennung materieller Staatstätigkeiten auf verschiedene, voneinander weisungsunabhängige Staatsorgane, geschieht z.B. seit jeher auch aus rein technisch-organisatorischen Gründen der Arbeitsteilung (vgl. Küchenhoff, G., Allgemeine Staatslehre, 6. Aufl., 1967, S. 150 f.).

4) Vgl. u.a. Böhm, F., Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, 1950, S. 49 ff.; Röpke, W., Maß und Mitte, 1950, S. 88 ff.; Sundbohm, I., Über das Gleichheitsprinzip als politisches und ökonomisches Problem, 1962, S. 35 ff.

5) Vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 27 u. S. 82 f.

Zulieferer etc.) als auch nach innen (z.B. durch Nachfrage-monopol auf dem Arbeitsmarkt und damit eindeutig stärkere Verhandlungsposition des Arbeitgebers) in sich birgt, durch Wettbewerb aufzulösen. Im Falle des funktionsfähigen Wettbewerbs¹⁾ auf Bezugs- und Absatzmärkten ist dem Unternehmer prinzipiell eine wirtschaftliche wie gesellschaftliche Machtausübung erschwert. Wenn sich die einzelnen Unternehmer durch Wettbewerb in Schach halten, ist der Anbieter weder "Souverän" über die Konsumenten, noch über die Lohnabhängigen. Die Konsumenten geben - analog der Volkssouveränität im politischen Bereich - über die Aufteilung ihres Nachfragebudgets (allerdings diesmal mit "Stimmzetteln", die der Einkommensverteilung entsprechen) dem Unternehmer zu verstehen, ob er ihren Wünschen gemäß produziert. Der Konkurrenzdruck veranlaßt den Anbieter im Falle eines atomistisch homogenen Marktes zu einer dem Nachfrager willfährigen Ausdehnung der Produktionsmenge und -art, bis im gewinnmaximalen Punkt die Grenzkosten dem Preis bzw. dem Durchschnittsertrag entsprechen. Der Konsument wird in der vollkommenen Konkurrenz mit einer größeren Gütermenge versorgt, als im Falle des Monopols²⁾. Gleichzeitig erfolgt eine kostenoptimale Allokation der Produktionsfaktoren. Neben einer unendlichen Machtzersplitterung der Anbieter im Modell der vollkommenen Konkurrenz manifestiert sich der "Ansporn zu größerer Richtigkeit" im Wettstreit der Konkurrenten um die Gunst individueller Konsumentenentscheidungen. Ein weiteres Resultat starker Konkurrenz ist, daß staatsähnliche Machtgebilde in der Wirtschaft nicht entstehen. Dies liegt bereits in dem Interesse des Staates, die Einzigkeit der Staatsgewalt zu bewahren. Außerdem wäre es Bedingung dafür, daß Abstimmungen der Bürger über das einzuschlagende Wirtschaftssystem wirklich frei bleiben; denn der Gewaltentrennungsgrundsatz würde im politischen Bereich als Schutz individueller Freiheitsrechte versagen, wenn eine soziale Gruppe (z.B. die Eigentümer an Produktionsmitteln mit dem Interesse der Kapitalverwertung) alle Staatsorgane beherrscht.

1) Vgl. dazu Kantzenbach, E., Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, 2. Aufl., 1967.

2) Diese Aussage besitzt jedoch nur komparativ-statische Gültigkeit.

Sieht man die Verwirklichung des Gewaltenteilungsprinzips im Modell der vollkommenen Konkurrenz oder in einer Annäherung auf diesen Zustand, so ist dieses Vorgehen zumindest von der Fragwürdigkeit des Idealtypus selbst behaftet. Vollkommene Konkurrenzverhältnisse sind nicht erstrebenswert unter dem Aspekt der Sicherheit des Arbeitsplatzes, einer ethischen Verhaltensweise des Unternehmers, des technischen Fortschritts, der Produktqualität usw. Die individuellen Konsumentenwünsche sind zudem als Leitmotiv für die Produktion unter Allgemeinwohl-Vorstellungen nicht akzeptabel. Die angedeuteten Zweifel an einer ideellen Verbindung mit dem Prinzip der Gewaltenteilung verstärken sich, wenn man die Wirklichkeit betrachtet. Nur noch wenige Anbieter sind der Nachfrage mengen-, art- und preismäßig unterworfen. Dafür sorgen monopolistische Strukturen auf sämtlichen Märkten, Preissetzerverhalten, staatliche Preis- und Mengenfixierung, Manipulation der Verbraucherwünsche u.v.m.

Wenn aber eine Machtzersplitterung von Unternehmen nicht letztlich wünschenswert ist, de facto auch nicht gelingt, wenn außerdem die Konsumentensouveränität die Produktion nicht allein lenken soll, dann stellt sich die Frage, ob der Gewaltenteilungsgrundsatz nicht besser unternehmensintern zur Anwendung gelangen soll.

Zwar kann es in einem freien marktwirtschaftlichen System innerhalb eines Unternehmens niemals die Mittel der Staatsgewalt geben, die außer in der Fähigkeit zu leiten auch in der zu befehlen und zu zwingen bestehen. Trotzdem erhält auch der Arbeitgeber kraft Arbeitsvertrag ein Weisungsrecht, aufgrund dessen er nach seinen Vorstellungen Anleitungen geben kann, jedoch ohne diese mit unwiderstehlichem Zwang durchsetzen zu können. Im übrigen ist die Abhängigkeit des Arbeitnehmers von einem marktwirtschaftlich orientierten Unternehmen eine andere als die des Bürgers vom Staat. Sie erweist sich als Funktion des Arbeitsmarktes und der tarifpolitischen Verhandlungsstärke, der Sozialgesetzgebung, der Organisationsstruktur und schließlich der Leitung des arbeitsteiligen Produktionsprozesses nach bestimmten Produktionszielen¹⁾. Je mehr die Ver-

1) Vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 61 f.

handlungstärke des Arbeitgebers steigt¹⁾, je weniger umgekehrt bei mangelnder Beschäftigung der Arbeitnehmer auf laufende Einkommen (analog den Kapitalzinsen) zurückgreifen kann, desto mehr erscheint dem Lohnabhängigen das Unternehmen als Machtfaktor, der dem Gewaltenteilungsgrundsatz unterworfen werden sollte. Dieser Eindruck verstärkt sich zudem bei Großunternehmen, wo die Quellen der Machtausübung obskur werden, wo überregionale Entscheidungen von gesellschaftspolitischer Relevanz getroffen werden.

Die konsequente Durchführung einer vertikalen Gewaltenteilung, etwa zwischen Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung einer AG dient hierbei nur der Zähmung von Macht zugunsten eines Interesses: dem des Eigentümers. Eine derartige homogen vertikale Gewaltentrennung wird deshalb dem Problem, universell wirkende Machtausübung zu bändigen, im allgemeinen nicht gerecht²⁾. Hier käme es vielmehr darauf an, mehrere Standpunkte und Interessenlagen repräsentativ in die Organe der Unternehmensführung einzubeziehen, um einseitigen Machtgebrauch zu verhindern und Entscheidungen herbeizuführen, die von möglichst vielen Beteiligten gebilligt werden können. Weitere quantitative Folgerungen lassen sich vorerst aus dem Gewaltenteilungsprinzip nicht ableiten.

Überhaupt erweist sich die Idee der Gewaltenteilung, auf wirtschaftliche Bezüge angewandt, dann am fruchtbarsten, wenn sie qualitativ verstanden wird, was im übrigen der Theorie Montesquieu's auch besser entspricht³⁾. Hieraus ergibt sich, daß dem einzelnen Arbeitnehmer konkurrierende Rechtsformen und Organisationsstrukturen von Unternehmen bei seiner Wahl des Arbeitsplatzes zur Verfügung stehen müßten, daß etwa genossenschaftliche, staatliche und rein privatkapitalistische Betriebstypen miteinander in Wettstreit treten. Dann aber kommt man zu dem Urteil, daß eine gemischte Wirtschaftsverfassung dem reinen Modell z.B. des privatkapitalistischen Wettbewerbs oder der pluralistischen Unterneh-

1) Das Konsensualprinzip also nicht mehr gewahrt ist.

2) Ebensowenig kann die Arbeitsteilung des Managements in einen kaufm. Direktor, techn. Direktor, Personalchef u.ä. als Gewaltenteilung bezeichnet werden.

3) Vgl. Krüger, H., Von der reinen Marktwirtschaft zur gemischten Wirtschaftsverfassung, 1966, S. 18.

mensverfassungen, vorzuziehen sei, daß nur Vielheit und Verschiedenheit der Steuerungs- und Organisationselemente den Forderungen der Gegenwart und der Freiheit des einzelnen gerecht werden; denn selbst ein durch heterogene Parteien gebildeter Mehrheitsbeschluß ist ein Herrschaftsakt, der sogar noch freiheitsgefährdender für den Nichtzustimmenden wirken kann, weil ja bereits die "Gemeinschaft" beschlossen hat¹⁾.

5. Die zugrunde liegenden Werte

Demokratie unter rein formalem Aspekt ist ein lebloses Organisationsschema, wenn nicht eine Idee bzw. ein staatspolitisches Wollen unterstellt wird. Im Mittelpunkt des demokratischen Prinzips, so wie es das GG übernommen hat, steht die Würde des einzelnen Menschen mit ihrem eigenen, unvergleichlichen Wert (Art. 1). Die Fähigkeit zu grundsätzlich selbständiger Lebensführung, die den Menschen auszeichnet, sieht sich indessen in der Gemeinschaft ständig Ansprüchen gegenüber, die eine Antwort erfordern. Die voluntative Regelung der eigenen Angelegenheiten im privaten Bereich erhält ihr gesellschaftliches Pendant dadurch, daß jeder die Anliegen der Gemeinschaft als seine eigenen apperzipiert. Die Verantwortlichkeit für individuelle Handlungen mißt sich an der Existenzformung der von dieser Handlung Betroffenen.

"Demokratie ist die einzige Staatsform, welche den Menschen in seiner Tiefe ernst nimmt, indem sie auf der Einsicht gründet, daß die menschenwürdige Gemeinschaft nicht von außen gestiftet, sondern nur innerlich errungen werden kann: durch die persönliche Aktivierung jedes einzelnen Gemeinschaftsangehörigen"²⁾. Hierbei kann der allgemein menschliche Wert der Würde, das subjektive Wertprinzip, das Bewußtwerden der eigenen Persönlichkeit und die Verantwortung der Umwelt gegenüber "nicht in der jederzeitigen gleichen Verwirklichung beim konkreten

1) Die Situation für die Abstimmungs-Unterlegenen wird dabei umso prekärer, je zielstrebig der Willensbildungsprozeß ökonomischer Einheiten in den politischen Gesamtprozeß einmündet (vgl. Hättich, M., *Demokratismus* S. 160 f.); vgl. zu diesem Problem auch unsere Ausführungen auf S.

2) Rapold, M.U., a.a.O., S. 76.

Menschen bestehen, sondern in der gleichen abstrakten Möglichkeit (potentiellen Fähigkeit) zur Verwirklichung¹⁾. Die demokratische Werteordnung garantiert sich nicht institutionell. Sie steht nach heutiger herrschender Überzeugung in keinem rationalen Verhältnis zum Formalprinzip der Demokratie. Insofern gilt auch die Rousseau'sche These von der Irrtumsfreiheit des Mehrheitsbeschlusses, der Idealisierung des Menschen als vernunftbegabtes Wesen²⁾, für die folgende Betrachtung nicht in dieser Ausschließlichkeit. Demokratie ist aber auch kein apriorisch feststehender Begriff, sobald es um die ideelle Verdeutlichung des oben skizzierten Wertfundaments geht. Im Wandel der geschichtlichen Entwicklung sind die einst glühenden Ideale der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in Bewegung geraten; denn die Frage des gerechten, humanen Staates stellt sich für jede Epoche wieder anders.

Obwohl es auch in der westlichen Demokratie keine Einmütigkeit des Demokratieverständnisses gibt, besteht doch der gemeinsame Kern gegenüber totalitären "Demokratien" hauptsächlich im Begriff der Freiheit³⁾. Das Streben nach individueller Freiheit jedoch ist zugleich eine Wurzel der Ungleichheit. Die liberalen Bestandteile unserer Demokratie gehen dabei von der Verschiedenheit der menschlichen Natur aus und rechtfertigen aus dieser Tatsache die Stellung der Individuen in der Gesellschaft. "Das sozialistische Element der Demokratie dagegen macht geltend, daß die Verschiedenheit der Individuen gering ist, und daß sie daher in der Gesellschaft gleichgestellt sein sollen"⁴⁾. Dieses Dilemma der Demokratie zwischen Freiheit und Gleichheit wächst auch in die Wirtschaft hinein. Es äußert sich in dem Problem der staatlichen Eingriffsgewalt in den Handlungsspielraum privater Wirtschaftssubjekte und dehnt sich weiter aus auf Fragen der Organisation und Führung von Produktionseinheiten sowie auf die Ordnung der Wirtschaft im ganzen.

-
- 1) Vgl. Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. II, 1 u. 2 zu Art. 1, Rdnr. 18.
2) Vgl. Kelsen, H., Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Aufl., 1929, S. 6; Rousseau, J.J., a.a.O., 2. Buch, 3. Kap., S. 58 ff.; Leibholz, G., Strukturprobleme S. 63 ff.
3) Vgl. Hättich, M., Demokratie als Herrschaftsordnung S. 12 f.
4) Sundbom, I., a.a.O., Vorwort.

Die Interpretation dieser so antinomisch erscheinenden Werte ist gleichzeitig (in gewissem Umfang) die der Art. 2 und 3 des GG. In ihrem gemeinsamen Nenner, dem Ideal der Humanität (Art. 1) bilden sie das Leitgestirn des sozialen Lebens schlechthin, des politischen ebenso wie des wirtschaftlichen Bereiches¹⁾.

a) Freiheit

Die Idee der Volkssouveränität fordert zunächst die individuelle Freiheit im Sinne der politischen Mitwirkung²⁾. Um die Freiheit und Offenheit des politischen Prozesses³⁾ als wichtige Vorleistung zu demokratischen Funktionen zu garantieren, ist die Freiheit des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses des einzelnen, sowie die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates unverzichtbar (Art. 4). Weitere Voraussetzungen für die "Vorformung" des politischen Willens bilden das Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5), darüber hinaus die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 8, 9), die für politische Parteien speziell durch Art. 21/I gesichert wird. Die politische Stellungnahme des einzelnen äußert sich schließlich in der freien Wahl (Art. 28/I, 2), ohne unmittelbaren oder mittelbaren Zwang, der die Entscheidungsfreiheit des Wählers beeinträchtigen könnte.

Diese Teilfreiheitsrechte, in denen sich die enge Zusammengehörigkeit zwischen Grundrechten und Demokratie bereits weitgehend offenbart, sind alle abgeleitet aus Art. 2/I, dem richtungsweisenden Obersatz für die Regelung spezieller Freiheiten. Art. 2/I tritt bei der Entscheidung rechtlicher Probleme zwar hinter die benannten Teilfreiheiten zurück, besitzt aber im Verhältnis zu diesen eine lückenfüllende Kraft⁴⁾. Das primäre Zurückgreifen auf die Einzelfreiheiten gilt sowohl dann, wenn es um die Konkretisierung der "frei-

1) Vgl. Rapold, M.U., a.a.O., S. 128.

2) Vgl. Hättich, M., Demokratie als Herrschaftsordnung S. 144.

3) Vgl. Hesse, K., Grundzüge S. 65; Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 178 ff.; Dahrendorf, R., Gesellschaft und Freiheit, 1965, S. 363 ff.

4) Vgl. auch Hamann-Lenz S. 138; Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. II, 2a zu Art. 2/I Rdnr. 7 (in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des BVerfG).

heitlichen Demokratie", als auch wenn es um die Kennzeichnung wirtschaftlicher Betätigungsfreiheiten geht. Jenen Spezialgrundrechten wirtschaftsverfassungsrechtlicher Relevanz soll später im Rahmen der ordnungspolitischen Betrachtung des GG Aufmerksamkeit geschenkt werden¹⁾. An dieser Stelle aber interessiert das allgemeine Freiheitsrecht des Menschen, das subjektiv öffentliche Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, so wie es als ideelle Wurzel der Staatsform der Demokratie und dem Aufbau der Wirtschaftsordnung in Art. 2/I vorgegeben wird. Der Wechsel in metajuristische Gedankengänge erscheint dem Verfasser dabei als Tribut, welcher der ernsthaften Beschäftigung mit dem Phänomen Freiheit immer entgegengebracht werden muß.

Das GG bestimmt in Art. 2/I die Freiheit der persönlichen Entfaltung. Zum Verständnis dieses Rechtes ist die Bejahung wenigstens teilweiser Indeterminiertheit des menschlichen Willens erforderlich, jedenfalls die Unabhängigkeit von rein mechanisch-kausalen Entwicklungsprozessen. Die Degradierung des Menschen zu einem willenlosen Befehlsempfänger soll damit verhindert werden, was sich bereits aus dem Gebot zur Achtung menschlicher Würde (Art. 1/I) ergibt. Art. 2/I verkörpert i.V.m. Art. 19/II ein Defensivrecht, wodurch ebenso der wirtschaftende Mensch nicht zum Objekt des staatlichen Geschehens gemacht werden darf²⁾. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit erstreckt sich also auch auf das Wirtschaftsleben³⁾. Da dieses Grundrecht für alle Menschen gleich gilt - und das ist eine Wertung, die allerdings den Drang der Geschichte der letzten 150 Jahre für sich beanspruchen kann⁴⁾ - ist nicht nur die eigenverantwortliche freie Unternehmerpersönlichkeit ins Auge zu fassen, sondern gleichermaßen die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit der Arbeitnehmer. Der Persönlichkeitsbegriff erschließt sich dabei niemals in rein geistig-ästhetischen Betrachtungen, sondern setzt die ökonomische Entfaltungsfreiheit gleichzeitig als materiell notwendige Basis zur sitt-

1) Vgl. S. 146 f.

2) Vgl. Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. VI, 2 zu Art. 2/I Rdnr. 46.

3) Vgl. BVerfGE 4, 7 (15 f.).

4) Vgl. Carr, E.H., a.a.O., S. 125.

lichen Persönlichkeitsentfaltung voraus¹⁾).

Das Recht auf Selbstbestimmung wiederum ist in der Gemeinschaft keinesfalls unbegrenzte Freiheit. "Der 'Soweit'-Satz des Art. 2/I relativiert diese buchstäblich gegenstandslose... 'Robinsonfreiheit' durch drei Gegenwerte: durch die Individualwerte der 'anderen' Mitmenschen, durch den moralischen Wert des 'Sittengesetzes' und durch den Gemeinschaftswert der 'verfassungsmäßigen Ordnung'"²⁾. Was bedeutet aber unter diesem Aspekt das Streben nach größerer Entfaltung des einzelnen, nach mehr Freiheit des arbeitenden Menschen, wie es immer aufs neue in den Forderungen nach Demokratisierung der Wirtschaft zum Ausdruck kommt; was heißt überhaupt Freiheit?

"Die Definition der Freiheit ist die Theorie der Geschichte und umgekehrt"³⁾. Der Kampf politischer Parteien um die Qualität der Freiheit wird jeweils verständlich aus dem geistigen Ringen um diesen Begriff, aus den epochalen Bedürfnissen, Mißständen, Notlagen sozialer Gruppen oder der Menschen allgemein. Dabei lehrt die Geschichte, daß die Forderung nach Freiheit nicht selten in tatsächlicher Unfreiheit endete oder durch eine bloße Verlagerung des Freiheitsbereiches auf Kosten eines anderen eingehandelt wurde⁴⁾. Die Freiheit enthält also in jedem Augenblick das Merkmal des Unverwirklichten. Sie "lebt im Zukünftigen als ihrem wesenhaften Element"⁵⁾. Von Anfang an ist sie zwiespältig und sie vollendet sich niemals.

Dieses janusköpfige Erscheinungsbild der Freiheit begegnet uns auf Schritt und Tritt. Dazu einige aktuelle Beispiele:

-
- 1) Vgl. Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. II, 4a, bb zu Art. 2/I Rdnr. 11. (Diesem Anliegen ist in Art. 2/II, 1 - Recht auf Leben - i.V.m. dem Sozialauftrag des GG ein materiell-rechtlicher Mindestinhalt gegeben worden).
 - 2) Vgl. zu diesem Begriff das Urteil des BVerfG vom 15.1.1957 in: JZ 1957, S. 167 sowie das BGH-Gutachten vom 28.4.1952, in: DVBl 1953, S. 471.
 - 3) Horkheimer, M., instrumentelle Vernunft S. 157.
 - 4) Ein treffendes Beispiel aus der griechischen Sage ist die Bestrafung des Prometheus durch Zeus, weil er den Menschen das Feuer gebracht hat (vgl. Wolf, E., Griechisches Rechtsdenken, Bd. 1, 1950, S. 371 ff.).
 - 5) Weischedel, W., Aspekte der Freiheit, in: Freiheit als Problem der Wissenschaft, 1962, S. 20.

Die Industrialisierung beschert uns zwar einen schier unermesslichen Güterreichtum, aber mit dem Resultat, daß schließlich die individuelle freie Benutzung dieser Güter wieder organisiert und verwaltet werden muß (weil sonst andere lebenswichtigere Güter zerstört würden; weil der Raum zu eng wird, um sie eigenmächtig zu genießen usw.)¹⁾.

Der Eigentümer-Unternehmer der Marktwirtschaft besitzt zwar grundsätzlich die Freiheit der wirtschaftlichen Disposition und (mit gesetzlicher Einschränkung) die Leitung der persönlichen und sozialen Angelegenheiten, aber er unterliegt auch der ständigen Angst des Arbeits- und Eigentumsverlustes, der durch einen falschen Einsatz dieser Lenkungsfreiheit entstehen kann. Der Arbeitnehmer untersteht zwar dem Weisungsrecht des Unternehmers, er verfügt nicht über die unmittelbare Freiheit, die Geschicke des Unternehmens mitzubestimmen²⁾, er fürchtet sich vor dem Arbeitsplatzverlust³⁾, aber auf der anderen Seite ist er frei von finanzieller Haftung (mit Betriebskapital und Privatvermögen), falls das Unternehmen in Konkurs fällt. Wirtschaftliche Freiheit im Verband eines Unternehmens hingegen ist ohne persönliches Risiko aller Beteiligten nicht denkbar. Verlagert man das Risiko auf anonyme, überindividuelle (staatliche) Stellen, so darf es nicht wunder nehmen, wenn eines Tages diese Stellen aus der Verantwortung, die ihnen übertragen worden ist, entsprechend hohe Forderungen an die Freiheit des Individuums ableiten. Die persönliche Freiheit des Individuums ist also stets mit eigener Verantwortung verbunden. Dies ist zu beachten, wenn eine Demokratisierung der Wirtschaft mit risikoausschaltenden Sozialisierungsmaßnahmen spekuliert.

Es wird oft darauf hingewiesen, daß der Konsument der Markt-

-
- 1) In dieser Hinsicht Demokratisierung und Reduzierung des Gütervolumens gutzuhießen, wäre allerdings leichtfertig; denn es kommt nicht auf eine globale Verminderung der Wachstumsraten an, sondern auf eine Revision der Zusammensetzung des Nationalprodukts (vgl. auch Galbraith, J.K., Über die Gefahren wirtschaftlichen Wachstums, Interview, in: Der Spiegel, Nr. 3, 26. Jg., 1972, S. 86 ff.).
 - 2) Indirekt besitzt er sie freilich durch die Quantität und Qualität seiner Arbeit, durch Streiks usw.
 - 3) Diese Furcht wird heute allerdings zum großen Teil durch gesetzliche oder kollektivvertragliche Regelungen genommen.

wirtschaft nur scheinbar frei ist, denn er werde manipuliert unter geschickter Ausnutzung seiner Gefühle und unter treffsicherer Vermarktung wissenschaftlicher Erkenntnisse der Tiefenpsychologie¹⁾. Indessen wird man sich immer fragen müssen, ob das Irrationale nicht etwas dem Menschen Angeborenes sei, das sich intensiviert, je rationaler seine Umwelt erscheint. Würde im gegenwärtigen Stadium der Massengesellschaft der Versuch, dem Unverstandesmäßigen zu entsagen, nicht in eine noch strengere Knechtschaft führen, nämlich "in die Botmäßigkeit eines rigorosen und tötenden Gesetzes"²⁾?

Demokratisierung der Wirtschaft, verbunden mit einer Umstrukturierung der Herrschaftsverhältnisse im Unternehmen ist also von vornherein in die Widersprüchlichkeit der Freiheit verwickelt, die man eben für alle Menschen größtmöglich zu verteilen und erweitern hofft. Diese Aussage ist sehr allgemein; sie befriedigt deshalb nicht, wenn man nach politisch praktikablen Wegen zu einer demokratisierten Wirtschaft sucht, wo der Gewinn an Freiheit im Umbau von Institutionen vermutet wird.

Betrachtet man den Freiheitsartikel des GG unter dem Aspekt seiner geschichtlichen Herkunft und Aufnahme in westliche Verfassungen zur Grundlegung der Demokratie, so ist von dem individualistischen Freiheitsbegriff auszugehen, der seit der puritanischen Revolution im England des 17. Jh. Bestandteil unserer politischen Wirklichkeit geworden ist³⁾. Im liberalistischen Sinne wurde die Gewährleistung von Freiheit primär negativ verstanden: in einer Nichteinmischung des Staates in Sphären persönlicher, religiöser und wirtschaftlicher Betätigung. Die n e g a t i v e oder auch juristische Definition der F r e i h e i t geht also zunächst von der Gegenüberstellung Mensch - öffentliche Gewalt aus und kommt hieraus zu dem Schluß, daß der Mensch umso freier ist, je weniger der Staat in seine Freiheitssphäre interveniert und umgekehrt⁴⁾. Die Ansicht, nur der Staat könne die Freiheit be-

1) Vgl. Marcuse, H., Der eindimensionale Mensch S. 25; denselben, Aggressivität S. 133 ff.

2) Weischedel, W., a.a.O., S. 8.

3) Vgl. Neumann, F., Demokratischer und autoritärer Staat S. 297.

4) Vgl. denselben, Zum Begriff der politischen Freiheit, in: ZfdgesStW, 109. Bd., Heft 1, 1953, S. 28.

drohen, wurde jedoch von der Wirklichkeit liberalistischer Systeme nicht bestätigt. "Wir wissen aus der Geschichte, wie häufig und wie brutal private Gruppen versucht haben, ihre Wertsysteme einem Volke aufzuzwingen"¹⁾. Das gilt insbesondere für monopolistische Konzentrationen auf wirtschaftlichem, sozialen, kulturellen und religiösen Gebiet.

Freiheit "wovon", als Ausdruck des Ungebundenseins gibt es höchstens in einer transzendenten, überirdischen Art, obwohl auch hier Ausgang der Mensch in seiner Erdverbundenheit und physischen Abhängigkeit ist. "Ein im negativen Sinne völlig, d.h. absolut freies Seiende könnte kein Seiendes in der Welt mehr sein, als Beziehungsloses, Bedingungsloses, Losgelöstes (Isoliertes) stünde es im Nichts, wäre es nichts"²⁾. Das Verlangen nach einer Abwesenheit von Zwang kann insofern nur bedeuten, daß man nicht angewiesen und befehligt werden möchte, ohne seinen eigenen Willen geltend gemacht zu haben. Dies festzuhalten, ist wichtig für die Einordnung von Demokratisierungsforderungen. Ergänzend kann hinzugefügt werden, daß eine abwehrende Haltung gegenüber staatlichen Wirtschaftsinterventionen in jeder, auch in sozialistischen Formen demokratisierter Wirtschaft fortbestehen müßte. In diesem Zusammenhang äußert sich negative Freiheit u.a. in den Prinzipien der Selbstverwaltung, der Subsidiarität oder der privaten Autonomie über wirtschaftliche Entscheidungen. Zweifellos ist diese "negative Freiheit", wie sie das Herzstück des anglo-amerikanischen Freiheitsbegriffes darstellt und Hobbes³⁾, Locke⁴⁾ und im Grunde auch Montesquieu⁵⁾ vorschwebte, richtig, wenn sie ein Element der Freiheit herausgreift, welches die historische Erfahrung staatlichen Unrechts besonders widerspiegelt. Sie ist jedoch ebenso falsch, wenn sie die politische bzw. die dem heutigen Demokratieverständnis anhaftende Freiheit zu erklären unternimmt.

1) Neumann, F., autoritärer Staat S. 293.

2) Müller, M., Freiheit, in: Staatslexikon, 3. Bd., 6. Aufl., 1959, S. 528; vgl. auch Herberts, K., a.a.O., S. 32 ff.

3) Vgl. Hobbes, Th., Leviathan, 1936, S. 240 ff.

4) Vgl. Locke, J., The Second Treatise on Civil Government (1690), in: Locke on Politics, Religion, and Education, ed. by M. Cranstan, 1965, S. 19 ff.

5) Vgl. Montesquieu, Ch. d. S., a.a.O., S. 213 u. S. 257 ff.

Zunächst ist daran zu erinnern, daß auch die liberale Demokratie eine gebundene Freiheit voraussetzt, "nämlich die Bindung an ihre existentiellen Grundlagen, die diese erst politisch funktionsfähig macht"¹⁾. Darüber hinaus ist zu sagen, daß natürlich jeder Staat in die Freiheitssphäre des Individuums intervenieren muß, um so mehr, als der Staat in zunehmendem Umfang Wohlfahrtsfunktionen²⁾ und nicht mehr bloß das Bemühen um Rechtssicherheit übernommen hat. Aber er muß beweisen anhand von Gesetz und Recht, daß er das darf³⁾. Das Verlassen des streng individualistischen "laissez-faire"-Prinzipes sowie der Bedeutungswandel des demokratischen Staates zu einer dem Volkswillen untergebenen Institution lassen den negativen Freiheitsbegriff zu statisch, zu konservativ erscheinen. Freiheitsrechte zum Schutze des freien Willens sind unentbehrlich, machen aber den Begriff Freiheit nicht aus.

Die Einsicht in den Ablauf "äußerer Wirklichkeit" ist das zweite, das k o g n i t i v e Element der F r e i - h e i t⁴⁾. Es gibt dem Wert der freien Entfaltungsmöglichkeit materiellen Gehalt, indem es sich mit den kausalen Bedingtheiten menschlichen Handelns und Denkens befaßt und die Freiheit des individuellen Willens relativiert. Die Emanzipation des Menschen drückt sich hierbei in dem Ringen um das Verständnis der Notwendigkeiten aus. So war es z.B. die Absicht Epikurs, dem Menschen die Angst vor der Natur zu nehmen durch Aufdeckung von Naturgesetzmäßigkeiten. Schon hier läßt sich allerdings heute mit Berechtigung die Frage stellen, ob nicht die Zuhilfenahme der Naturwissenschaften den Menschen in eine weitaus größere Angst vor der Naturbeherrschung (Atombombe, Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts, schematisierende Auswirkung der Technik u.v.m.) als in mehr Freiheit durch Naturbeherrschung geführt hat. Das Grundanliegen Epikurs war jedenfalls dieses: "Notwendigkeit ist ein Übel, aber es besteht keine Notwendigkeit unter der Herrschaft der Notwendigkeit zu leben"⁵⁾. Hat man die Notwendig-

1) Leibholz, G., Strukturprobleme S. 140; vgl. auch wieder Art. 2/I: soweit die freie Entfaltung nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt...

2) Vgl. dazu Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 796 ff.

3) Vgl. Neumann, F., politische Freiheit S. 28.

4) Vgl. ebenda.

5) Epikur, Philosophie der Freude, Eine Auswahl aus seinen Schriften, übers., erläutert und eingeleitet von J. Mewaldt, 1965, Aphorismen S. 67.

keit verstanden, so kann man sich über sie erheben. Mit der Formulierung psychologischer Gesetze - allerdings im Gefüge einer allumfassenden Kausaldetermination - führte Spinoza diese Tradition fort mit dem Ziel, daß sich der Mensch von der Vernunft leiten lassen könne, indem er Leidenschaften sowie Vorurteile überwindet¹⁾. Noch radikaler wird in diesem Zusammenhang "Freiheit" bei Hegel formuliert, wo alles Sein und alle Formen des Denkens als Bewegung des Geistes verstanden werden. Die absolute Freiheit beginnt dann sich zu verwirklichen, wenn der unmittelbare Zustand als negativ erkannt wird, wenn also die Wesen zu 'Subjekten' werden und danach streben, "ihren äußeren Zustand ihren inneren Möglichkeiten anzupassen"²⁾.

Aber über jede logisch dialektische, Wahrheit beanspruchende rationale Methode der Freiheitserkenntnis hinaus muß noch ein weiterer Schritt folgen. Das Verstehen der äußeren toten Materie und der inneren (geistigen bzw. seelischen) Regung des Subjekts muß ergänzt werden durch eine Sinnbeziehung auf die soziale Gemeinschaft, d.h. durch die kritische Betrachtung der gesellschaftlichen Entwicklung, entsprechend etwa der ganzheitlichen, rationale und irrationale Momente berücksichtigenden Lehre Vicos³⁾, wo die Geschichte als Konflikt zwischen Mensch Natur und Kultur erscheint.

Menschliches Denken und Handeln unterliegt - grob gesprochen - einem deterministischen und einem voluntaristischen Bereich. Mag letzterer auch sehr eng sein, so gründet die Auffassung unserer Demokratie doch entscheidend auf dem Willen, das Sein zu gestalten in einer Freiheit, die nicht ausschließlich unausweichlichen geschichtlichen Elementen unterworfen ist. Glaube an die Notwendigkeit des geschichtlichen

1) Vgl. Spinoza, Die Ethik, Schriften und Briefe (1677), hg. v. F. Bülow, 1966; vgl. auch Neumann, F., politische Freiheit S. 42.

2) Marcuse, H., Theorie der Revolution S. 68; vgl. auch Hegel, G.W.F., Philosophie des Geistes, in: Hegels Schriften zur Gesellschaftsphilosophie, Teil I, hg. v. A. Baeumler, Jena 1927.
In seiner Einführung (S. 67) spricht Baeumler bezeichnenderweise davon, daß die Natur und ihre Bedeutung als eigenständiges Phänomen durch Hegels Philosophie vernichtet worden sei.

3) Vgl. Vico, G.B., De Nostri Temporis Studiorum Ratione (Vom Wesen und Weg der geistigen Bildung), Lateinisch-Deutsche Ausgabe, übertr. v. W.F. Otto, 1963.

Ablaufs, Einsicht in die Hypothese, daß das Sein (die Materie) das Bewußtsein prägt¹⁾, kann daher nicht Wesensmerkmal des im GG verankerten Freiheitsbegriffes sein. Einsicht in die Notwendigkeit geschichtlicher Abläufe und Situationen hat vielmehr zu bedeuten, daß die Möglichkeiten der menschlichen Selbstbestimmung zu verschiedenen Zeitpunkten ebenso verschieden sind²⁾. Dabei ist es zwar möglich, von einem apriorischen Wertdenken auszugehen; der theoretische Standpunkt muß jedoch, weil der Mensch auch die Freiheit des Andersdenkens behalten soll (und insofern die Geschichte in andere Bahnen lenkt, als die der Philosophen oder des Parlamentarischen Rats), durch empirische Anschauung a posteriori korrigiert werden können. "Die Geschichte verhindert uns, alte Formeln zu wiederholen, ohne Rücksicht darauf, welche Änderungen eingetreten sind"³⁾.

Unabänderliche Gesetzmäßigkeiten in der Eigendynamik des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses zu entdecken; um den voluntaristischen Aktionsbereich offenzulegen, ist jedoch erheblich schwieriger, als im Bereich der Naturwissenschaften⁴⁾; denn der Mensch selbst ist die wichtigste Antriebskraft dieses technologisch-soziologischen Prozesses. Ungebunden an Doktrinen jeglicher Art, darf er sie nach dem Menschenbild des GG auch sein, haben ebenso seine unberechenbaren Reaktionen ihre Berechtigung.

In jeder Wirtschaftsordnung gibt es Prozesse und ökonomische Bedingtheiten, die den Wirtschaftssubjekten - seien es nun Unternehmer, Arbeitnehmer oder die Träger der Wirtschaftspolitik - nur wenige Alternativen der Entscheidung lassen⁵⁾

1) Vgl. dazu die Ausführungen von Engels, F., Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 1891, Neudruck 1946, S. 40; zum dialektischen Determinismus vgl. allgemein Hörz, H., Der dialektische Determinismus in Natur und Gesellschaft, 4. Aufl., 1971. Im Gegensatz zum deutschen Idealismus (etwa Hegels) sieht der Dialektiker die Materie (all das, was außerhalb des Bewußtseins existiert) als das Ursprüngliche an. Das Denken gilt als Eigenschaft der Materie.

2) Vgl. Leibholz, G., Strukturprobleme S. 123.

3) Neumann, F., politische Freiheit S. 43.

4) Obwohl auch hier spätestens mit Einsteins Relativitätstheorie und Heisenbergs Quantenlogik Zweifel an der Eindeutigkeit der Naturgesetze aufgetaucht sind.

5) Vgl. Hensel, P.K., Problem der Mitbestimmung S. 265 ff.

(technische Entwicklung, Bevölkerungszunahme, Wandlung der Bedarfsstruktur, externe Kostenänderung, Raumknappheit, Abnahme der natürlichen Ressourcen usw.). Daneben aber existieren Bereiche in der Wirtschaft, die von jedem frei mitgestaltet werden können. Diese Freiheitsräume wachsen mit ihrer Verdeutlichung durch Ausbildung (z.B. über wirtschaftliche, soziologische, psychologische Zusammenhänge) und durch universelle Bildung überhaupt, weil durch letztere erst der Freiheitsspielraum des gesamten Lebens erkannt zu werden vermag. Nur in differenzierter Kenntnis des eigenen Menschseins läßt sich die Bedeutung menschlicher Freiheit erfahren, besitzt man die Verantwortung, Freiheitsforderungen als Wert für die Menschheit erscheinen zu lassen.

Das Verstehen der Realisationsbedingungen ist bei einer Demokratisierung der Wirtschaft zugleich Voraussetzung dafür, daß für den Arbeitnehmer Freiheit Gelegenheit zu schöpferischer Aktivität¹⁾ werden kann. Beides ist realiter nur möglich, wenn ein Anreiz geschaffen wird, mehr tatsächlichen Einblick in wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorgänge zu erhalten. Da man sich den Ästhetizismus früherer Generationen, die die Freiheit nur allzuleicht ausschließlich im geistigen Bereich anzusiedeln geneigt waren, nicht mehr leisten kann²⁾, ist durch ausreichende betriebsinterne Information und regelmäßige Kontaktgespräche zwischen Unternehmensführung und Belegschaft, die Möglichkeit zu kreativer Betätigung im Unternehmen herzustellen³⁾.

Die verantwortliche Anteilnahme der Arbeitnehmer am Unternehmensprozeß vermag u.U. den produktionstechnisch und betriebsgrößenmäßig bedingten Fatalismus abzuschwächen, der mit Sicherheit schädlich für die Weiterentwicklung der Demokratie auf dem Offenheitsprinzip wäre⁴⁾. Das Übermaß an

- 1) Vgl. Berdiajew, N., Der Mensch und die Technik S. 37 ff.; denselben, Der Sinn des Schaffens, 1927; Herberts, K., a.a.O., S. 139 ff.
- 2) Vgl. Maunz, Th., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. I, 4, b zu Art. 14, Rdnr. 6.
- 3) Rechtliche Voraussetzungen sind bereits durch das BetrVG und das MitbestG geschaffen worden. Bevor diese Gesetze als ungenügend verurteilt werden, müßte zumindest geprüft werden, ob nicht aufgrund von Trägheit und Unkenntnis Freiheitsspielräume gar nicht wahrgenommen werden.
- 4) Vgl. Beck, M., a.a.O., S. 60; BVerfGE 6, 32 (36); Preiser, E., Zukunft S. 46; Rosenberg, L., Vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger, 1948.

Freiheitsbeschränkungen und die Hypertrophie des Staatseingriffes bergen die Gefahr in sich, daß das Individuum infolge Nichtbetätigung der Freiheit sich allmählich der Freiheit entwöhnt und damit der Vermassung, die als kriegsbedingte Erscheinung bekannt ist, anheim fällt¹⁾. Das Dasein und die Wirksamkeit des Staates aber ist heute in die Hände des Bürgers gelegt. Einen "Staat an sich" gibt es nicht mehr²⁾. In der Demokratie lebt die Freiheit nicht aus sich heraus, sondern sie muß wie alles Geistige immer wieder neu von den einzelnen Betroffenen gelebt und geleistet werden³⁾. Dies ist das dritte wichtige, p o s i t i v e Element der F r e i h e i t , für dessen politische Verwirklichung ebenfalls die formalen Regelungsmechanismen der Demokratie die größte Chance bieten sollen. Allein schon das Bewußtsein, "daß oben bei den Entscheidungen meine Vertrauensleute mitwirken"⁴⁾, ist gleichzeitig ein zusätzlicher Freiheitsgrad einer demokratisierten Wirtschaft, insbesondere in Großbetrieben. Dieses Ziel würde jedoch in sein Gegenteil verkehrt, wenn der erweiterte Spielraum der Arbeitnehmer-Selbstbestimmung in machtpolitische Interessen präventiv repräsentierender Gruppen (z.B. der Gewerkschaften) umgespannt wird und das für den pluralistisch demokratischen Interessenausgleich notwendige Gleichgewicht der Tarifpartner in Frage steht⁵⁾. In das Ringen um und in die Suche nach Freiheit müssen daher im Unternehmen alle Beteiligten mit ihren Wünschen und Vorstellungen einbezogen werden. Es ergibt sich hieraus ein aktives Mitwirkungsrecht der Belegschaft als Teil des positiven Selbstbestimmungsrechts des einzelnen.

In praxi wird man zunächst den tatsächlich bestehenden Zwang immer wieder daraufhin zu prüfen haben, "ob er wirklich unvermeidlich ist, ob er nicht bei gutem Willen vermieden oder

1) Vgl. Rapold, M.U., a.a.O., S. 3.

2) Vgl. Krüger, H., Interessenverbände S. 1221

3) Vgl. Heinisch, G., a.a.O., S. 18.

4) Nell-Breuning, O. v., Disk. Beitr., in: Mitbestimmung, hg. v. A. Rauscher, 1968, S. 54.

5) Was dann der Fall wäre, wenn die Arbeitnehmer in der Mitbestimmung lediglich ein wirkungsvolles Druckmittel zur Sicherung des Arbeitsplatzes oder zur Füllung der Lohn-tüte sähen (vgl. dazu kritisch die Ergebnisse der deutschen Sozialforschung, gesichtet von Dahrendorf, R., Mitbestimmungsproblem, insbesondere S. 37).

abgebaut werden könnte"¹⁾. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es der Menschenwürde keinen Abtrag tut, freiwillig eine Objektrolle zu übernehmen²⁾. Wo vielen die Freiheit in einem Bereich erobert zu sein scheint, muß sie Andersdenkenden stets noch die Möglichkeit zur "alten Unfreiheit" belassen, wenn nämlich diese die Freiheit nach wie vor woanders erblicken (eben gerade nicht in kreativer oder rationaler Beteiligung im Interessenverband Unternehmen, sondern z.B. in der bloßen Erzielung von Einkommen zur freien Lebensgestaltung anderswo).

Die Forderung nach zeitgemäßer Einsicht in die Notwendigkeit, nach Einsicht in den Bereich, wo Freiheitsbeschränkungen für den arbeitenden Menschen eliminierbar sind, gilt in erster Linie dem Unternehmer (bzw. dem Eigentümer an Produktionsmitteln). Erkennt dieser nicht, daß autoritärer Führungsstil der Freiheit des einzelnen widerspricht, daß von ihm die Bereitschaft erwartet wird, menschenunwürdige Produktionsverhältnisse abzubauen, daß der Vermögende aufgrund seines erweiterten materiellen Freiheitsraumes noch weniger seine soziale Funktion mißachten darf, so muß er sich schließlich die gesetzliche Konkretisierung seiner anfangs zur fakultativen Beschränkung überlassenen Handlungsfreiheiten gefallen lassen. Für das Gemeinschaftsbewußtsein der Person wäre es zunächst ungleich wertvoller, die Rettung der Freiheit, an der uns allen so gelegen ist, in der selbstüberwindenden Sorge um die Freiheit anderer zu erblicken³⁾. Wird jedoch diese, jedem Freiheitsrecht innewohnende Verpflichtung z.B. vom Eigentümer an Produktionsmitteln nicht beachtet, obwohl der Freiheitswille anderer durch Mahnung der Betroffenen oder des Staates bekannt wird, so ist die Frage nach einer Änderung derjenigen Wirtschaftsordnung, dessen exponierter Repräsentant er ist, im Sinne der Freiheit aller berechtigt⁴⁾;

1) Nell-Breuning, O. v., Arbeit und Mitbestimmung S. 25.

2) Vgl. Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. IV, 3a zu Art. 2/I Rdnr. 49; Maunz, Th., Deutsches Staatsrecht S. 155.

3) Vgl. Weischedel, W., a.a.O., S. 24.

4) "Die unter der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit leidende Menschheit kann aber nicht warten, bis alle Kapitalisten von selbst gerecht handeln. Sie muß diejenigen, die es nicht freiwillig tun, durch die Mittel der staatlichen Gesetzgebung zur Gerechtigkeit zwingen". (Brunner, E., Gerechtigkeit, 1943, S. 213).

denn "der Preis für etwas Freiheit für alle ist die Restriktion der größeren Freiheit einiger"¹⁾.

b) Gleichheit

Ebenso wie Art. 2/I, das Recht auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung der Persönlichkeit, ist Art. 3, der Gleichheitssatz, ein vorstaatliches, überpositives Grundrecht²⁾, das sowohl den ideellen Ausgangspunkt des GG, die Würde des Menschen (Art. 1), als auch das staatsrechtliche Prinzip der Demokratie mit spezifischem Inhalt bereichert.

Nach überwiegender Meinung gewährleistet Art. 3/I nicht nur eine Gleichheit v o r dem Gesetz, sondern angesichts Art. 1/III auch eine Gleichheit i m Gesetz³⁾. Damit ist nicht nur der Grundsatz gleicher Rechtsanwendung geltenden Gesetzes, bezogen auf Rechtsprechung und vollziehende Gewalt angesprochen, sondern auch die Legislative angehalten, den Gesetzesinhalt dem Gleichheitssatz entsprechend zu gestalten und gleiches Recht für alle zu schaffen⁴⁾. Das bedeutet: die Abschaffung jeder Kasten- und Klassenherrschaft, "die Berechtigung des gesamten Volkes und nicht bloß willkürlich bevorzugter Teile desselben, an der Gestaltung des Gesamtlebens mitzuwirken"⁵⁾. Das Gebot nach materieller und nicht nur formeller Rechtsgleichheit⁶⁾ legitimiert insofern auch das Unterfangen, bestehendes Gesetz auf seine Vereinbarkeit mit Demokratisierungsbestrebungen, insbesondere mit dem Grundsatz der Gleichstellung von Arbeit und Kapital zu durchleuchten.

1) Carr, E.H., a.a.O., S. 126.

2) Vgl. BVerfGE 1, 208 (233): Der Gleichheitsgrundsatz gehört so sehr zu den Grundbestandteilen unserer verfassungsmäßigen Ordnung, "daß auf den überpositiven Rechtsgrundsatz zurückgegriffen werden müßte, wenn der Gleichheitssatz nicht im Art. 3 GG geschriebenes Verfassungsrecht geworden wäre".

3) Vgl. Hamann-Lenz S. 156; Ipsen, H.P., Gleichheit S. 137 ff.; Schwerdtfeger, G., a.a.O., S. 180 f.

4) Vgl. Maunz, Th., Deutsches Staatsrecht S. 121.

5) Astrow, W., a.a.O., S. 7; in Ausführung dessen S. 46: "In Zukunft wird die Demokratie nur solche Unterschiede zwischen Menschen aufzuheben suchen, die willkürlich und künstlich oder rein äußerlich sind und infolgedessen die Geistesentwicklung hemmen...".

6) Vgl. Hesse, K., Grundzüge S. 163.

Was die rechtliche Kompetenzverteilung im Unternehmenssektor anbetrifft, so wäre hier in erster Linie das Gesellschaftsrecht (AktG, GmbHG, MitbestG usw.) sowie das Arbeitsrecht (BetrVG) einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Da der Verfassungsgeber darauf verzichtet hat, soziale Grundrechte, wie z.B. die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit ins GG aufzunehmen, ist es angebracht, sich zuerst über die Bedeutung des Gleichheitsartikels als konstituierendem Wert der Demokratie Klarheit zu verschaffen, um daraus zeit- und sachgerechte Deduktionen für die Sozialstruktur wirtschaftlicher Organisation und Zusammenarbeit vornehmen zu können. Der Begriff der Gleichheit ist dabei inhaltlich verschiedener Abwandlungen fähig und kennzeichnet - mehr noch als der im GG akzentuierte Begriff der persönlichen Freiheit - die Situation der geschichtlichen Unabgeschlossenheit freiheitlicher Demokratie.

Im 19. Jh. verstand man die politische Gleichheit mehr im Sinne der proportionalen, nach aristotelischer Unterscheidung, distributiven Gleichheit¹⁾. Die liberale Demokratie mit dem "ihr eigenen zugleich aristokratischen Charakter"²⁾ behandelte den Menschen als von Natur aus verschieden und erkannte die nach Anlagen, Intellekt, Stand und sozialer Herkunft unterschiedliche gesellschaftliche Stellung des einzelnen als gerechtfertigt an. Es wurde "jedem das Seine" zugebilligt, wobei natürlich eben dieses "Seine" oftmals nur Ausdruck des Stärkeren (wirtschaftlich, vermögensmäßig) war bzw. auf einer überkommenen ungleichen Machtstruktur weiterbeharrte. Unausgewogene Besitzverhältnisse einer kapitalistischen Wirtschaftsweise, unterschiedliche Bildungsgrade (die größtenteils äußerlich eine Funktion des Vermögens waren) oder sogar nur der Tatbestand eines bestimmten Alters verteilten entsprechend die politischen Rechte des Staatsbürgers in ungleichem Maße (plutokratisches, plurales Wahlrecht).

Das liberale Konzept der austeilenden Gerechtigkeit hat sich im 20. Jh. grundsätzlich gewandelt. Zwar werden die zwischen den Menschen bestehenden Unterschiede nicht in Abrede gestellt, "aber gegenüber dem, was die Menschen eigentlich

1) Vgl. Aristoteles, Nikomachische Ethik, 5. Buch, S. 153 ff.

2) Vgl. Leibholz, G., Strukturprobleme S. 148.

verbindet, erscheinen sie als unerheblich" ¹⁾. Diese Gleichwertigkeit geht zurück auf das christliche Verständnis der Gleichheit aller Menschen vor Gott ²⁾. Sie führt in ihrer säkularisierten Anwendung von der differenzierenden, proportionalen Gleichheit weg zur numerisch-kommutativen Gleichheit. In anderer Weise tragen aber auch materialistische Anschauungen dazu bei, gegen unterschiedliche soziale Tatbestände des Einzelmenschen zu revoltieren, da nicht das Individuum die Verantwortung seiner Entwicklung trage, sondern das ihn umgebende System bzw. die ganze Gesellschaft ³⁾.

Unter Berücksichtigung dessen stützt sich Demokratie heute auf den Wert der Gleichheit im Sinne gleicher politischer Rechte aller Bürger, was nichts anderes besagt, "als daß alle Mitglieder des Gemeinwesens zur politischen Herrschaft im grundsätzlich gleichen Verhältnis stehen" ⁴⁾. Begonnen bei der Wahlrechts-Gleichheit hat sich der einmal in Bewegung geratene radikal-nivellierende Demokratisierungsprozeß auch auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet fortgepflanzt. Egalisierungen im Sozialversicherungs-, im Renten-, im Stipendiatenwesen, in der progressiven Steuerpolitik usw. sind bereits zum gewohnten Bild eines Wohlfahrtsstaates geworden. Durch staatliche Interventionen in den Wirtschaftsablauf, durch das Auftreten privater Interessenverbände in der Politik u.a. wird eine zunehmende Angleichung der Einkommensklassen bewirkt, deren soziale Homogenisierung schließlich nicht nur von politischer Demokratie zu sprechen berechtigt, sondern auch von Wirtschaftsdemokratie im Sinne materiell annähernd gleichgestellter Wirtschaftsbürger, insoweit wenigstens, als die Höhe des Einkommens- und Vermögensbesitzes zusätzlich die Grundlage zur gleichen Möglichkeit der Entfaltung der Persönlichkeit bildet (Chancengleichheit). Freiheit und Gleichheit bedingen also einander ebenso, wie sie sich andererseits ausschließen ⁵⁾; denn ein radikaler

1) Leibholz, G., Strukturprobleme S. 149.

2) Vgl. Brunner, E., a.a.O., S. 40 u. S. 51.

3) Vgl. auch Hennis, W., Demokratisierung S. 38 f.; Herberts, K., a.a.O., S. 7 f.

4) Hättich, M., Demokratie als Herrschaftsordnung S. 105.

5) Vgl. auch Leibholz, G., Die Gleichheit vor dem Gesetz, 2. Aufl. 1959, S. 23 u. S. 38 ff.

Egalitarismus, eine nivellierende Zustandsgleichheit würde jeden Drang zur Hervorkehrung individueller Fähigkeiten unterbinden¹⁾ und im Extrem durch Uniformierung der geistigen Haltung den Boden der Diktatur vorbereiten²⁾).

Welche der beiden "Gleichheiten", die proportionale oder die numerische, vorzuziehen sei, läßt sich aus einer unverbundenen Gegenüberstellung beider Prinzipien nicht lösen. Die Gleichheit nämlich, für sich genommen, stellt noch kein Wertpostulat dar. Daß Menschen in gewisser Hinsicht Eigenschaften gemeinsam haben, ist wertindifferent. Erst die Auswahl dessen, was als Voraussetzung des wesentlich Gleichen gilt, impliziert eine Wertvorstellung³⁾. Diese Wertvorstellung liegt in der Gerechtigkeit begründet; denn nicht das Recht erhält seine Werthaftigkeit aus der Gleichheit, sondern umgekehrt⁴⁾. Das Ziel der Gerechtigkeit macht insofern aus quantitativen Gleichheiten eine qualitative Beziehung. Was jedoch im einzelnen dieses Ziel verkörpert, steht nicht ein für allemal fest, sondern es kristallisiert sich ständig neu heraus aus dem Antagonismus zwischen grenzenloser Individualität und sozialistischer Gleichmacherei. Im Zusammenwirken von Brauch, Sitte, Religion, positiver Rechtsordnung, öffentlicher Meinungsbildung, eigener Moral und subjektiven Denkansätzen sucht das Gerechte stets unter neuen Aspekten seine Vergegenständlichung. Die Methode zur Weiterentwicklung dieser dem Gleichen zugrunde gelegten Gerechtigkeit ergibt sich aus dem bereits früher dargestellten demokratischen Willensbildungsprozeß. Die Idee war, "daß die Gerechtigkeit der Rechtsordnung ohne eigene Aktivität der von ihr erfaßten Menschen nicht verwirklicht werden kann"⁵⁾. Die Rechtsetzung nämlich ist keine Funktion des Verstandes, sondern eine solche des lebendigen Gewissens⁶⁾. Das GG der BRD betrachtet dieses

1) Vgl. Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. I, 1 zu Art. 2/I Rdnr. 2.

2) Vgl. Astrow, W., a.a.O., S. 56.

3) Deshalb sollte die Gleichheit, im Gegensatz zur Freiheit, nur adjektivistisch gebraucht werden (gleiche Freiheit, gleiches Recht, gleicher Lohn usw.); (vgl. Hättich, M., Demokratie als Herrschaftsordnung S. 151).

4) Vgl. Rapold, M.U., a.a.O., S. 88, Fußn. 85.

5) Beck, M., a.a.O., S. 11.

6) Vgl. dazu kritisch Horkheimer, M., instrumentelle Vernunft S. 34. Siehe auf S.

Merkmal als jedem Menschen innewohnend, unbeschadet seines Geschlechtes, seiner Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen (Art. 3/III) und übernimmt es als wesentliche Voraussetzung für das Recht jedes einzelnen zur Wahl der Regierung (Art. 28/I,2, 38).

Mag hiermit das Volk gleichberechtigt durch sein parteipolitisches Votum Politik und Rechtsprechung mehr oder weniger in die eine oder andere Richtung des Gerechten leiten¹⁾, so ist doch die Ausformung der konkreten Rechtsordnung zunächst nicht allein eine Frage der vom lebendigen Gewissen gewollten Gerechtigkeit, sondern eine Frage der zu regelnden Materie, der Sache selbst. Dabei ist davon auszugehen, "daß die Gleichheitsprüfung einer Norm primär stets die Vereinbarkeit ihr innewohnender Differenzierungen mit den Abs. II und III zu prüfen hat und ihren Abschluß findet, wenn sie bereits danach zu verneinen ist"²⁾.

Fehlt es an solchen verfassungsrechtlichen Präzisierungen des Gleichheitsprinzips, so wird das Problem der Relevanz bzw. Irrelevanz von Merkmalen rechtlicher Gleichsetzung zu einem Problem des allgemeinen Gleichheitssatzes³⁾. Sein Gebot, das wesentlich Gleiche, sowie das unwesentlich Ungleiche gleich zu behandeln, benötigt als wichtiges Kriterium das Erfordernis der zu regelnden Sache, um im Vergleich mit den Eigenschaften der betroffenen Menschen das herauszufinden, was wesentlich ist und was nicht. Diese Berücksichtigung der Eigenart des konkreten Sachverhalts verhindert aber gleichzeitig, abstrakt und allgemein feststellen zu wollen, was sachlich vertretbar oder sachfremd und damit willkürlich

1) Vgl. Hesse, K., Grundzüge S. 167, der auf die dem allgemeinen Gleichheitssatz innewohnende Bezogenheit auf die Offenheit der Verfassung hinweist.

2) Ipsen, H.P., Gleichheit S. 156.

Sowohl de lege lata als auch de lege ferenda hat das GG die Inhaltsfrage der Gleichheit nur in den Grenzen des Art. 3/II und III positiv geregelt. Die Bindungsfrage der Gesetzgebung ist damit nur begrenzt bejaht, die richterliche Kompetenz der Nachprüfbarkeit über Art. 100 in dieselben Grenzen verwiesen (vgl. ebenda, S. 157).

3) Vgl. BVerfGE 13, 290 (296).

ist¹⁾). Dazu kommt, daß eine Gleichheitsprüfung, bezogen auf etwaige Elemente der Willkür, bei Respektierung des gesetzgeberischen Ermessens die verfassungsrechtlichen Grundentscheidungen, die Freiheit des persönlichen Willens²⁾, das Rechtsstaatsprinzip, die Sozialstaatlichkeit usw. gebührend in Betracht ziehen muß³⁾.

Vollziehen wir nunmehr diese Gedankengänge nach an der Forderung, die Person des Arbeitnehmers gleichberechtigt mit der Person des Kapitalgebers an der Führung des Unternehmens teilhaben zu lassen. Es ist dies eines der Demokratisierungsziele der Wirtschaft, welches (den Montanbereich ausgenommen) die Dispositionsrechte des Eigentümers über die Produktionsmittel in einer auf unwesentlichen Tatsachen gründenden Übermacht sieht.

Zunächst ist auf Art. 3/III GG Bezug zu nehmen, wo absolute Differenzierungsverbote nach bestimmten Merkmalen ausgesprochen werden. Die einzige Berührung mit der hier anstehenden Paritätsproblematik läßt sich darin vermuten, daß niemand seiner **H e r k u n f t** wegen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Will man nämlich das Wort "Herkunft" nicht pleonastisch interpretieren, so kann es weder eine lokale (im Sinne von "Heimat") noch eine natürlich-biologische (im Sinne von "Abstammung") Bedeutung tragen. "Herkunft" versteht sich vielmehr ständisch-sozial⁴⁾, was schließlich auch ein Blick auf die Entstehungsgeschichte des GG bestätigt⁵⁾. Die Miß-

1) Vgl. BVerfGE 17, 122 (130).

Um das Willkürverbot nicht zu einer stereotypen Konkretisierung des Gleichheitssatzes abfallen zu lassen, schlägt z.B. Scholler, H., (Die Interpretation des Gleichheitssatzes als Willkürverbot oder als Gebot der Chancengleichheit, 1969, S. 33 ff.) vor, die Chancengleichheit stärker als bisher zur Typisierung heranzuziehen, ohne jedoch dabei auf die Problematik der Unternehmensverfassung einzugehen.

2) Das Arbeitsrecht ist z.B. in den Fragen der Lohngleichheit stark vom Konflikt zwischen Privatautonomie des Arbeitgebers und dem Gleichberechtigungsanspruch der Frau (Art. 3/III) geprägt (vgl. dazu Beitzke, G., Gleichheit von Mann und Frau, in: N-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. 2, 1954, S. 221 ff.; Mangoldt, H. v., Klein, F., a.a.O., S. 203 ff.).

3) Vgl. Ipsen, H.P., Gleichheit S. 190.

4) "Herkunft" trägt indessen keine berufsständische Bedeutung (vgl. in diesem Sinne Hamann-Lenz S. 172; Mangoldt, H. v., Klein, F., a.a.O., S. 210; Ipsen, H.P., Gleichheit S. 146.

5) Vgl. dazu BVerfGE 9, 124 (128 f.).

billigung von Klassen und Ständen als eine dem Menschen anhängende Differenzierung wirkt dabei zugleich in eine vom Sozialstaatsprinzip intendierte Richtung¹⁾.

Das Wort "Herkunft" überschneidet sich mit dem Wort "Abstammung" insofern, als beiden das Element des Überkommenen eigentümlich ist, "das zwar in die Gegenwart hineinwirkt, aber von der gegenwärtigen Lage des Menschen unabhängig ist..."²⁾.

Häufig kommt es gerade deshalb zu Spannungsverhältnissen zwischen der aktuellen sozialen Situation und derjenigen, in die der Mensch hineingeboren wurde. Mehr noch als der genetische Begriff "Abstammung" spiegelt jedoch "Herkunft" Verhaltensmuster, soziales Selbstbewußtsein und Sozialmentalität von Menschen wider, die einer bestimmten sozialen Schicht und einem - sicher schwer zu charakterisierenden - Gruppenmilieu entstammen. Eines unter vielen Kriterien³⁾ sozialer Schichtung bzw. Herkunft ist hierbei der sozioökonomische Status samt der Vermögenslage, welcher wiederum die gegenwärtige Vermögens- und Einkommenslage und damit die aktuelle Zugehörigkeit zu einer Schicht beeinflussen kann.

Liegt nun in der Befugnis des Privateigentümers an Produktionsmitteln, die Unternehmensführung zu bestellen, eine Diskriminierung von Bevölkerungsteilen nach ihrer so skizzierten "Herkunft"?

Abgesehen davon, ob heute überhaupt noch von "Ständen" und streng voneinander abgegrenzten "Klassen" die Rede sein kann⁴⁾, insbesondere solchen, die dauerhaft mit hoheitlichen Privilegierungen versehen werden, kommt dieser Gesichtspunkt für die Person des Unternehmers prinzipiell nicht zum Tragen. Für die Eignung zur Unternehmensführung ist die Herkunft objektiv nicht entscheidend. Ob bei Kapitalgesellschaften die Anteilseigner allein oder in Verbindung mit den Ar-

1) Nämlich in die Richtung der gerechten Güter- und Chancenverteilung, der Nicht-Identifikation des Staates mit partikulären Interessen der Gesellschaft (vgl. Ipsen, H.P., Gleichheit S. 173).

2) BVerfGE 9, 124 (129).

3) Z.B. Beruf, Kulturniveau, Region.

4) Man denke nur an die Rollendifferenzierung des modernen Menschen, die eine totale soziale Integration in Teilbereiche der Gesellschaft unnötig und unmöglich macht. Vgl. auch Dahrendorf, R., Soziale Klassen und Klassenkonflikt, 1957, B. 207 ff.; Herberts, K., a.a.O., S. 13.

beitnehmern den Unternehmer als "kombinativen und dispositiven Faktor"¹⁾ bestellen, immer muß dieser die Persönlichkeit, den Wagemut und Sachverstand zur Führung eines Unternehmens besitzen²⁾. Soweit Sachkenntnis und Ausbildung zu dieser Funktion allerdings von den Besitzverhältnissen abhängen, müßte dies zur Beweisführung, ob nach Herkunft diskriminiert wird oder nicht, empirisch untersucht werden. Bei dieser Frage würde der Gleichheitssatz aber mehr als allgemein wirtschaftliches Gerechtigkeitspostulat auftreten, nach dem es gilt, allzu schroffe Unterschiede in Besitz und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten zu beseitigen³⁾.

Weit wichtiger für die Beantwortung des hier gestellten Problems sind die Fragen, ob die Gründung eines Unternehmens nur bestimmten sozialen Schichten vorbehalten ist und ob schließlich die Bestellung der Unternehmensführung durch das Privateigentum nach einseitigen Kriterien erfolgt, die den von der Wirtschaftsordnung her gesetzten Zielen widersprechen und lediglich den Interessen einer bestimmten Klasse (z.B. dem Profitinteresse des Kapitalisten) dienen.

Die erste Frage könnte de jure mit dem Hinweis auf Gewerbefreiheit verneint werden, muß aber de facto vor allem für Großunternehmen bejaht werden. Je mehr Betriebe mit kostspieligen maschinellen Einrichtungen ausgestattet werden müssen, desto mehr entscheiden plutokratische Gesichtspunkte darüber, wer tatsächlich - nicht rechtlich - ein Gewerbe betreiben kann⁴⁾. Daß in der BRD nur 1,7 % der Bevölkerung 73 % des Produktivvermögens innehat, legt hierfür ein beredtes Zeugnis ab⁵⁾. Insofern findet eine Diskriminierung des Rechts auf Unternehmensführung (bzw. Bestellung derselben) nach dem Vermögen statt, nach arm und reich, was unserer Meinung - bei Fortdauer der obengenannten Relation und Geschlossenheit der besitzenden Klasse - eine Differenzierung nach der "Herkunft"

1) Vgl. Gutenberg, E., Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, 1962, S. 6.

2) Vgl. Schäfer, E., Die Unternehmung, 5. Aufl., 1963, S. 108.

3) Vgl. auch S. 125.

4) Vgl. Böhm, F., rechtliche Problematik S. 143; vgl. denselben, Zusammenhang S. 24.

5) Vgl. Krelle, W., Schunck, J., Siebke, J., Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, Bd. II, 1968, S. 381.

darstellt¹⁾.

Die Entscheidung über die zweite Frage dürfte für den Gesetzgeber weitgehend injustiziabel sein. Zwar diskriminiert das Privateigentum (oder besser gesagt das Institut der Gewerbefreiheit) vermögenslose Schichten von einer Einflußnahme auf die Bestellung der Unternehmensführung, doch ist damit noch nicht verbunden, daß eben diesen Bevölkerungsschichten durch das Resultat solcherart bestellter Unternehmensführung der Gewinn an Freiheitsräumen vorenthalten wird, d.h. sie im Endeffekt wiederum in die Schranken ihrer Besitzlosigkeit verwiesen werden. Es handelt sich hier letztlich um die Ausübung der Kunst, "die bevorzugten Schichten der Gesellschaft sozial zu domestizieren"²⁾, d.h. das marktwirtschaftliche Prinzip der indirekten Gemeinwohlmaximierung hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensverteilung oder überhaupt der Verteilung von Freiheitsräumen staatlich zu korrigieren. Zwar hat sich mittlerweile der Unternehmenszweck von der eindeutig kapitalistischen Zielsetzung der Gewinnmaximierung einem erweiterten Zielhorizont zugewandt (Verantwortung vor der Öffentlichkeit, soziale, volkswirtschaftliche Rücksichtnahmen)³⁾; sollte jedoch der Privateigentümer an Produktionsmitteln diesen gewandelten Anforderungen nicht Folge leisten können, so wäre in der Tat die Berechtigung des Privateigentümers, Unternehmen in einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu dirigieren, unter dem Aspekt der Gleichheit fragwürdig.

Vor allem der zunehmende persönliche Abstand zwischen Kapitalgeber und Unternehmen, die Beschränkung der Haftung auf das eingebrachte Vermögen könnten zu der Hypothese berechtigen, daß z.B. der Aktionär nur das Ziel einer angemessenen Verzinsung des Aktienkapitals im Auge habe. Zu welchem Ergebnis man immer in diesem Zusammenhang kommen wird, an diesem Ort würde Art. 3/III Gewalt angetan, wollte man alle Aktionäre (zusammengesetzt aus Hausfrauen, Angestellten, Be-

1) Dies umso mehr, je mehr der bloße Tatbestand des großen Vermögens von sich aus, ohne Zutun des Eigentümers zu mehr Reichtum und Einfluß verhilft.

2) Böhm, F., Zusammenhang S. 44.

3) Vgl. Mommsen, E.W., Die Gesellschaft fordert Rechenschaft, Handelsblatt Sonderbeilage (Management-Dokumentation), Nov. 1970, S. 7; Schwartz, G., a.a.O., S. 61.

amten, Arbeitern usf.)¹⁾ unter einen homogenen Begriff "Herkunft" subsumieren. Berücksichtigt man allerdings, daß die maßgeblichen Entscheidungen über Gründungen und Zusammenschlüsse von AGen von Vertretern der "Großfinanz" stammen und diese als vermögende Klasse eine bestimmte "Herkunft" zum Ausdruck bringt, so läge auch hier wiederum eine Diskriminierung anderer vermögensloser und damit unmaßgeblicher Bevölkerungsteile vor.

Da indessen die überwiegende Lehrmeinung und Rechtssprechung keine Ansätze zeigt, "Herkunft" in Abhängigkeit von dem Vermögensstand auszulegen²⁾, bietet Art. 3/III als *lex specialis* mit diesem Diskriminierungsverbot noch keine ausreichende Rechtsgrundlage für Gleichberechtigungsforderungen zwischen Kapital und Arbeit in der Unternehmensführung. Selbst wenn die Verteilung des Produktivvermögens zwingend ständische Strukturen zum Entstehen brächte, wäre zu berücksichtigen, daß Art. 3/III mit seinem Begriff "Herkunft" nicht positiv gebieten würde, auch alle anderen Unterschiede zwischen Kapital und Arbeit einzuebnen. Die Wesensverschiedenheit beider Produktionsfaktoren (wie sie z.B. in der Art des Risikos zum Ausdruck kommt) ist nach wie vor eine Tatsache, auf die der Gesetzgeber wertend abstellen darf³⁾.

Auch der Rückgriff auf den allgemeinen Gleichheitssatz Art. 3/I bringt für die Gleichberechtigungsfrage keine Entscheidung darüber, ob für den "Sachverhalt" Unternehmen gleiche oder ungleiche Elemente zwischen Arbeit und Kapital ausschlaggebend sein sollen. Weder aus dem Aspekt der Risikotragung, noch aus anderen Gründen kann eine völlige Gleichberechtigung abgeleitet werden. Wenn schon das Risiko als wesentlicher Faktor der unternehmensinternen Führungsmacht herangezogen wird, so müßten neben den Gruppen der Eigentümer und Arbeitnehmer noch andere, ebenfalls von der Unternehmenspolitik risikobehaftete Kreise in die Gleichheitsbetrachtung einbezogen werden. Außerdem spielt die Gesellschaftsform für die

1) Vgl. Kutzenberger, G., Die Stimmrechtsvertretung durch die Banken, 1966, S. 205.

2) Selbst die von Wernicke, K. (Art. 3, Gleichheit vor dem Gesetz, BK) gebrauchte Bezeichnung "soziale Lage" weist keineswegs eindeutig in diese Richtung.

3) Vgl. auch Schwerdtfeger, G., a.a.O., S. 183.

Einstufung des Risikos, wie sich später noch zeigen wird, eine nicht unerhebliche Rolle¹⁾. Betrachtet man schließlich das Gleichheitspostulat nicht nur vordergründig in einer gleichen Aufteilung von Mitsprachebefugnissen, sondern in einer relativ gleichmäßigen Verteilung des Resultats der in Frage stehenden ungleichen Verteilung des Produktivkapitals (Frage der Einkommensverteilung), so ist auf die vorangegangenen Ausführungen²⁾ zu verweisen.

Daß jedes Glied der Gemeinschaft berechtigt ist, an der Gestaltung dieser Gemeinschaft mitzuwirken³⁾, ist zwar eine Grundidee des Gleichheitssatzes, die allgemeine Mitwirkungsrechte der Arbeiterschaft im Unternehmen begründen hilft, aber nicht ausreicht, um daraus paritätische Rechtspositionen in bezug auf die Unternehmensführung ableiten zu können. Das Erfordernis der Sache, das Wirtschaften selbst (ausgeprägt in der Wirtschaftsordnung), erhält einen fortlaufenden Wandel der Prioritäten, dementsprechend die Eigenschaften bzw. Interessen der an der Führungsgewalt zu beteiligenden Personengruppen einer ständigen Gegenüberstellung unterzogen werden müßten, um feststellen zu können, was wesentlich gleich oder ungleich im Anspruch auf die Leitung des Subsystems Unternehmen wäre. Hierbei ist jedoch - zumal es sich um eine "rechtsgewährende Regelung" handeln würde⁴⁾ - dem Gesetzgeber ein breiter Ermessensspielraum zuzubilligen. Dieser findet seine Grenzen in den Grundrechten (z.B. dem Recht am privaten Eigentum), überlieferten Gerechtigkeitsprinzipien, im Willkürverbot sowie in sozialen und rechtlichen Ordnungsstrukturen (z.B. dem Sozialstaatsprinzip)⁵⁾.

c) Brüderlichkeit

Verglichen mit der Diskussion um Freiheit und Gleichheit nimmt das Ideal der Brüderlichkeit nur einen bescheidenen Platz ein. Das liegt wohl daran, daß dem Begriff der Brüderlichkeit der

1) Vgl. zur Verteilung und Funktion des Risikos im Unternehmen S. 174 f., 179 f., 181 f., 187 f., 219 ff.

2) Vgl. S. 131.

3) Vgl. Küchenhoff, G., Einwirkungen des Verfassungsrechts auf das Arbeitsrecht, in: RdA, 22. Jg., April 1969, Heft 4, S. 106 ff.

4) Vgl. Leibholz, G., Rinck, H.J., a.a.O., S. 94.

5) Vgl. BVerfGE 9, 231 (248); 3, 225 (239 ff.); Scholler, H., a.a.O., S. 15; Leibholz, G., Rinck, H.J., a.a.O., S. 92 ff.

Zug von Sentimentalität und Gefühl anhaftet und christliche Wertvorstellungen im Zeitalter der "exakten Wissenschaften" als überholt erscheinen. Trotzdem ist die Brüderlichkeit ein Wert, der die Aufgabe einer Aussöhnung der beiden feindlichen Pole Freiheit und Gleichheit trägt. Sie ist "jene Vertiefung der Menschlichkeit, die über das bloß rechtlich Gesollte hinausgeht"¹⁾, ist das Ferment, das die antagonistischen Tendenzen der Freiheit und Gleichheit auf überökonomischer Ebene zu verbinden vermag²⁾; denn eine Synthese von Freiheit und Gleichheit auf einer rein säkularen Basis des logischen Verstandes ist nicht möglich³⁾.

Brüderlichkeit gründet in dem Wissen, daß das individuelle Leben "auf Ergänzung angelegt ist"⁴⁾. Jede Gemeinschaft von Menschen ist zunächst nackte Interessengemeinschaft, "in welcher jeder einzelne den anderen als Mittel für seine persönlichen Bedürfnisse benützt, zu benützen gezwungen ist"⁵⁾. Die Sorge um das eigene Wohl bei Inanspruchnahme des Nächsten als Mittel zum Zweck, als Instrument zur Erfüllung persönlicher Interessen, ist jedoch zu egoistisch gesehen. Eine solche Haltung würde im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich zur Verrohung der Gemeinschaft führen, zu Rücksichtslosigkeit und Stärke als dominierende Formen des menschlichen Zusammenlebens⁶⁾. Der Mensch aber ist nicht bloß als Mittel zu gebrauchen, sondern er ist ein vernünftiges Geschöpf und damit "Zweck an sich selbst"⁷⁾. Daß auch in der Wirtschaft und Politik die Menschen der christlichen Nächstenliebe bedürftig aber auch fähig sind, empfindet Leibholz somit als wesentliche Grundlage ewiger Menschenrechte, wie sie in Art. 1 der

1) Kaegi, W., Demokratie zwischen Individualismus und Kollektivismus, Separatabdruck aus dem Jahrbuch "Die Schweiz", 1946, S. 5.

2) Vgl. Leibholz, G., Strukturprobleme S. 67.

3) Vgl. Rapold, M.U., a.a.O., S. 78.

4) Brunner, E., a.a.O., S. 78.

5) Rapold, M.U., a.a.O., S. 93.

Beispielhaft für die Idee des Zusammenschlusses zur Überwindung des Existenzproblems des einzelnen ist Rousseaus "contrat social".

6) Vgl. Beck, M., a.a.O., S. 14.

7) Vgl. Kant, I., Kritik der praktischen Vernunft (1788), in: Kant's gesammelte Schriften, Bd. V, hg. v. d. Kön. Preuß. Akademie der Wissenschaften, 1913, 1. Teil, I. Buch, 3. Hauptstück, S. 87, 131.

Verfassung vorangestellt worden sind¹⁾.

Diese Erkenntnis weist den zunächst keineswegs tadelnswerten selbstversorgerischen Egoismus aus dem sozialen Lebensbereich hinaus²⁾. Alle Menschen werden, unbedacht ihrer sozialen Stellung, Funktion, Bildung usw. als ethisch gleichwertige Wesen anerkannt, einfach aufgrund ihres Menschseins. An die Stelle eines auf den eigenen Vorteil bezogenen Handelns tritt das Verantwortungsbewußtsein für den anderen³⁾. Der Brüderlichkeitwert modifiziert insofern nicht das äußere Bild, die Organisation der "Zweckgemeinschaft", wohl aber deren innere Struktur, die innere Gesinnung der Menschen zueinander, deren Bedeutung für den Bestand der persönlichen Freiheit bereits früher hervorgehoben worden war⁴⁾. Altruistisches Denken "verwandelt die Nützlichkeitsituation in eine menschengemäße Wirklichkeit der S o l i d a r i t ä t , in der jeder für den a n d e r e n tätig ist, womit letzten Endes auch seine eigene Existenz gesichert ist"⁵⁾. Diese Forderung erhält umso mehr an Gewicht, wenn eine selbstverständliche Übereinstimmung der Bürger in Grundüberzeugungen fehlt, wenn folglich die soziale Ordnung Resultat konkurrierender Weltanschauungen ist und bleiben soll.

Für den demokratischen Staat ergibt sich daraus, daß die Minderheit der uneigennützigen Handlung der Mehrheit gewiß sein muß. Der Mehrheitswille darf von der Minderheit nicht als Zwang empfunden werden. "Das aber kann nur das menschliche V e r t r a u e n in die Lauterkeit und Anständigkeit der Gesinnung sein, das der virtuelle Minderheitsbürger dem virtuellen, unbekannten Mehrheitsbürger entgegenzubringen bereit ist"⁶⁾. Daß dieses Vertrauen nicht als selbstverständlich gilt, beweist z.B. die Bemühung des Verfassungsgebers, unveräußerliche Menschenrechte (Art. 1) mit erhöhter Bestandskraft (Art. 79/III) zu versehen. Soll sich am Tage nach der Wahl die unterlegene Minderheit ungeschmälert zur Gemeinschaft rechnen dürfen, so kann die neue Regierung nicht indolent werden, wenn sie über Fragen zu befinden hat, die sie nicht selbst

1) Vgl. Leibholz, G., Strukturprobleme S. 67 f.

2) Vgl. Rapold, M.U., a.a.O., S. 94.

3) Vgl. auch Hartmann, N., Ethik, 2. Aufl., 1949, S. 450.

4) Vgl. S. 121 ff.

5) Rapold, M.U., a.a.O., S. 94.

6) Ebenda, S. 96.

berühren. Dies verlangt Brüderlichkeit in einer liberalen rechtsstaatlichen Demokratie und sie führt auf diese Weise die ohnehin schwer verständliche Formel ad absurdum, auf institutionellem Wege eine Minderheit schützen zu wollen, deren Existenz ja gerade unvermeidliches Gegengewicht bedingt gültiger Mehrheitsentscheidungen darstellt.

Brüderlichkeit, der letzte und abrundende Wert demokratisch-ideeller Provenienz, ist gleichermaßen für den Alltag zwischenmenschlicher Beziehungen alles andere als ein utopisch unerfüllbarer Appell. In der Wirtschaft ist es die Rücksichtnahme auf den ökonomisch und rechtlich schwächer Gestellten überhaupt. Taten und Schöpfungen von Menschen dürfen nicht andere dazu zwingen, um ihrer Existenz willen mechanische Glieder eines Arbeitsprozesses zu werden¹⁾. Nur dann sind die Schöpfungen des Menschen legitimer Gebrauch seiner Freiheit, wenn sie helfen, Freiheit gleichmäßig zu verteilen. Dies herauszufinden, geht wiederum nur in freier Auseinandersetzung aller Betroffenen. Hier aber mündet Brüderlichkeit im Prinzip der Mitbestimmungsberechtigung, da niemand - noch dazu in einer immer komplizierter werdenden Welt - Freiheitswünsche des anderen genau kennt.

Es ist allerdings schwierig, diese gegenseitige Achtung, verbunden mit der Bereitschaft, die Lage des anderen zu verstehen, bei wachsender Anonymisierung des Interessenkonflikts aufrechtzuerhalten. Verbändepluralismus und staatliche Sicherung von Gruppeninteressen gestatten ein persönliches Näherücken der Menschen im Betrieb zur Aushandlung von Interessendivergenzen nur in begrenztem Maße. Großverbände aber "verteilen" im besten Falle die Resultate der Brüderlichkeit, nur Menschen dagegen "erzeugen" sie.

IV. Folgerungen für den Aufbau der Wirtschaftsordnung

Aus der Darstellung des Ablaufs politischer Entscheidungsfindung in einer freiheitlichen Demokratie und aus der Struktur ihrer Werte allein lassen sich noch keine Rückschlüsse auf konkrete Organisationsformen des wirtschaftlichen Bereiches

1) Vgl. Hamel, W., a.a.O., S. 25.

ziehen, wohl aber werden unentbehrliche Bauelemente für eine ideell korrespondierende Wirtschaftsordnung erkennbar. Geht es also in erster Linie um eine Durchdringung der Wirtschaft mit demokratischem Ideengut, um eine Fruchtbarmachung gesellschaftspolitischer Grundnormen auf dem Gebiet ökonomischer Begegnungen¹⁾, so ist in jedem Falle eine unreflektierte Übernahme prozessualer Formalien demokratischer Willensbildung und Regierung ausgeschlossen.

Die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft ist im Grunde eine Forderung nach der gerechten Wirtschaftsordnung überhaupt, in der es weder Unterdrückte noch Despoten gibt, wo eine optimale Kombination zwischen individuellen Freiheitsrechten und sozialen Verpflichtungen herzustellen ist und wo der Abbau autoritärer Herrschaftsstrukturen zugunsten erworbener, allgemein rational anerkannter Autorität²⁾ erfolgt. Die Konsequenz, zu welcher die demokratische Idee hindrängt, heißt insofern nicht formale Demokratie in der Wirtschaft oder zentrale demokratische Leitung des Wirtschaftsprozesses, sondern eher Humanisierung der Wirtschaft³⁾. Dies soll in gesamt- und einzelwirtschaftlicher Hinsicht erläutert werden.

Nach demokratischer Auffassung sollen die Bürger ihren Staat in eigener selbstverantwortlicher Teilnahme mitgestalten. Dies folgt insbesondere aus den Prinzipien der Volkssouveränität und der Gleichheit. Die politische Gesamtordnung wird dabei von allen Staatsbürgern gemäß dem Grundsatz der Relativität und der Bindung der Volksvertreter an Gesetz und Recht weiterentwickelt und ausgeformt. Einbezogen in diesen Prozeß ist die Wirtschaftsordnung, wobei die Anforderungen der Zeit (gemessen z.B. am Versorgungsstand, der Bevölkerungsdichte, der technischen Entwicklung) die Ziele des Wirtschaftens auch über die langsame, dafür freie parlamentarische Beratung und Beschlußfassung ständig verschieben und neu gewichten. In diesen historischen Fluß geraten ebenso Institutionen (z.B. das Privateigentum, die Vertrags- und Gewerbefreiheit), die

1) Vgl. Boettcher, E., Hax, K., u.a., a.a.O., S. 73.

2) Vgl. dazu Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 840 ff.

3) Vgl. Rapold, M.U., a.a.O., S. 123.

entweder der Wandlung fähig sind oder andersgearteten, adäquaten Einrichtungen der Rechtsordnung weichen müssen.

Um zunächst den demokratischen Entscheidungsprozeß, die Funktionstüchtigkeit seiner Regelungsmechanismen zu erhalten, bedarf es der Begrenzung ökonomischer Macht. Es soll verhindert werden, daß sich gewissermaßen "Staaten im Staate" bilden, die sich von den Grundnormen der Gesellschaft fernhalten und somit zu desintegrierenden Elementen der Gesamtordnung heranwachsen. Eine Art Gewaltenteilung der Wirtschaft bietet sich hier, unter gleichzeitiger Garantie der unternehmerischen Freiheit, in Form des Wettbewerbs an. Die freie Konkurrenz mit der Funktion der Leistungsauslese hemmt nicht nur das Entstehen von wirtschaftlichen Monopolstellungen, sie gewährleistet außerdem die Souveränität des Konsumenten, der - analog der Volkssouveränität über politische Wertentscheidungen - seinen freien Willen bei der Aufteilung des Konsumbudgets kundgibt. Beiden Souveränitätsbegriffen liegt in der Demokratie schließlich der Gedanke zugrunde, daß keine Majorisierung der Minderheit stattfindet. Dies äußert sich im Wettbewerb der Marktwirtschaft in einem geradezu "vollendeten Proporzsystem"¹⁾, da die Produktion stets aufs neue an unzählige Einzelbedürfnisse der Nachfrage in einem quasi-demokratischen Abstimmungssystem²⁾ ausgerichtet wird.

Indessen vermag der unpersönlich-mechanisch verstandene Markt des Liberalismus, mit seiner vorgestellten, aber in Wirklichkeit niemals realisierten Harmonie zwischen kurzfristiger Verfolgung von Selbstinteressen und dem sozialen Nutzen, das demokratische Element in einer hochindustrialisierten Wirtschaft nicht voll zur Entfaltung zu bringen. Wachsende Betriebsgrößen, monopolistische Starrheit vieler Märkte und ein gesellschaftspolitisch erweiterter Zielhorizont der Unternehmen lenken das Augenmerk der Demokratisierung auf einzelwirtschaftliche Ebene, wobei weiterhin jeder Staatsbürger, sowohl politisch, als auch wirtschaftlich, Subjekt der Planaufstel-

1) Vgl. Röpke, W., Maß und Mitte S. 209.

2) Die Verteilung der "Stimmzettel" (d.h. der monetären Nachfrage) richtet sich in der Wirtschaft selbstverständlich nach anderen Kriterien als in der Politik (z.B. nach dem Leistungsprinzip, nach sozialpolitischen Erwägungen usw.).

lung bleiben soll. Einem qualitativen Gewaltenteilungsverständnis gemäß soll außerdem darauf verzichtet werden, allgemeinverbindliche Organisationsmuster zum Aufbau einer homogenen Wirtschaftsstruktur zu entwickeln.

Der Staat ist, wie das Unternehmen - einerlei in welcher Wirtschaftsordnung es sich befindet - ein Herrschaftsverband mit immanenten Interessenkonflikten¹⁾. Begreift man das Unternehmen als Element und Pfeiler einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung²⁾, so ist das Mitbestimmungsprinzip gedankliche Voraussetzung für eine aktive und konstruktive Beteiligung jedes einzelnen zur Austragung sozialer Konflikte auch in diesem Bereich. Mitwirkung und Übernahme von Verantwortung des Bürgers in Einheiten gesellschaftlicher Willensbildung ist eine durchgängige Norm, die zudem durch die Beschäftigung mit den Ideen der (insbesondere positiven) Freiheit, (allgemeinen) Gleichheit, Brüderlichkeit und Volkssouveränität Gestalt annimmt und bekräftigt wird. Auch die Formel negativer Freiheit, nicht regiert werden zu wollen, ohne vorher seinen Willen geltend gemacht zu haben, richtet sich nicht nur gegen den Staat, sondern ebenso gut gegen gesellschaftspolitisch relevante, u.U. sogar staatsähnliche Wirtschaftsgebilde. Die gesellschaftspolitische Bedeutung eines Unternehmens ist dabei umso höher einzuschätzen, "je größer der Kreis der Personen sein kann, deren Bewegungsfreiheit und Urteilsbildung betroffen ist, und je einschneidender die gesellschaftlichen Auswirkungen sein können"³⁾. Sobald in diesem Zusammenhang Unternehmen zu Erscheinungen gesellschaftlicher Macht werden, erhält der Gewaltenteilungsgrundsatz auch im mikroökonomischen Bereich einen Sinn, indem mehrere Gruppen und Interessenstandpunkte in die Entscheidungsfindung einbezogen werden müssen: erstens aus einem liberalen Mißtrauen gegen jegliche Macht und zweitens um hierdurch zu einer gerechteren d.h. differenzierteren Ausübung von Unternehmensmacht zu gelangen. Je heterogener und weitgefächerter der unternehmerische Zielkatalog nämlich

1) Vgl. Strzelewicz, W., a.a.O., S. 29; Dahrendorf, R., Soziale Klassen S. 212 ff.; Boettcher, E., Hax, K., u.a., a.a.O., S. 86 ff.; Biedenkopf-Gutachten S. 61 f.; Steinmann, H., Das Großunternehmen im Interessenkonflikt, 1969; Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 410 ff.

2) Vgl. Boettcher, E., Hax, K., u.a., a.a.O., S. 67.

3) Ebenda, S. 69.

wird, desto weniger kann einer Gruppe oder einem Interesse auch bei gutem Willen die Übersicht über die Verteilung von Zielprioritäten zugemutet werden.

Die Kontrolle der Unternehmensführung seitens der übergangenen Interessenträger, die Legitimation von Macht durch die Machtbetroffenen läßt zunächst die Aktivität jedes einzelnen wünschenswert erscheinen, was wiederum der Idee der Volkssouveränität - subsidiär verstanden - zu größerer Wirksamkeit verhelfen könnte. Es entsteht jedoch hier dasselbe Problem wie im politischen Raum, daß Massengesellschaften nur auf dem Wege der Repräsentation zu einigermaßen gerecht werdenden Beschlüssen geführt werden können, will man nicht überhaupt Führungsgewalten anarchisch oder utopisch romantisch negieren¹⁾. Insofern könnte auch in Großunternehmen das Prinzip des Mehrheitsbeschlusses, nur quasi-ständisch modifiziert, zur Anwendung gelangen.

Um trotzdem für jeden einzelnen arbeitenden Menschen Möglichkeiten zu schöpferischer Aktivität im Sinne kognitiver Freiheit zu schaffen, sind Unternehmen organisatorisch so zu gliedern, daß Transparenz, Information und geregelte Kommunikation zwischen allen Ebenen der Entscheidungsfindung gewährleistet sind (kooperativer Führungsstil); denn die Ausdehnung von Freiheitsräumen stellt sich für jeden einzelnen anders, ist aber wiederum nur im Systemzusammenhang zu begreifen. Verstärkte Bildungsanstrengungen sind deshalb untrennbar mit dem Demokratisierungsziel verbunden, die Selbstbestimmung des einzelnen Menschen unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Zeit jeweils neu zu verwirklichen.

Die Intensität der Forderung nach Realisierung demokratischer Werte ist nicht zuletzt eine Funktion der Verhaltensweise des Privateigentümers an Produktionsmitteln oder des ihm in rechtlicher Hinsicht verantwortlichen Managements. Das bedingungslose Festhalten an formalen Vorbildern demokratischer Willensbildung ist sicher zu einem großen Teil daraus zu erklären, daß es Privateigentümern nicht gelingt, Prinzipien, die eine freiheitliche Ordnung stützen, in ihrem ökonomischen Wirkungs-

1) Vgl. dazu die Ausführungen von Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 671 ff. über die Idee der Brüderlichkeit im herrschaftslosen Gesellschaftssystem des Vollkommunismus.

bereich organisatorisch durchzusetzen. Bevor diesem Problemkreis, dem Institut des Privateigentums in seiner inhaltlichen Struktur und möglichen Beschränkbarkeit zugunsten einer demokratischen Mitwirkung aller am Unternehmensprozeß Beteiligten, Beachtung geschenkt wird, soll jedoch grundlegend über die zur Auswahl stehenden Wirtschaftsordnungen Stellung genommen werden. "Der Tatbestand (Wirtschaftsdemokratie) muß nationalökonomisch aufbereitet werden, damit man ihn verfassungsrechtlich meistern kann"¹⁾. Anhand des GG ist zu analysieren, ob der Verfassungsgeber sich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden hat, in das die oben geschilderten demokratischen Elemente integriert werden könnten bzw. ob sich im GG nicht Wirtschaftsordnungen ankündigen, die unter gänzlich neuen Aspekten Wege zu einer Demokratisierung der Wirtschaft öffnen.

7. Kapitel: Die wirtschaftsordnungspolitische Position des Grundgesetzes

I. Terminologische Klärung

Um Irrtümern vorzubeugen, sind zunächst die Begriffe Wirtschaftssystem, Wirtschaftsordnung und Verfassungsordnung voneinander zu unterscheiden.

Unter Wirtschaftssystem sollen gedachte Konstruktionen des Wirtschaftens in der Gesellschaft verstanden werden, "aus denen sich in Gegenwart und Vergangenheit die konkreten Wirtschaftsordnungen zusammensetzen und zusammensetzten"²⁾. Euckens "Idealtypen" entsprechend, sind dies theoretische Modellformen, deren Prinzipien einheitlich und widerspruchsfrei ineinandergreifen und die von bestimmten Axiomen ausgehen. Von diesen logisch konsistenten sog. "reinen" Modellformen gibt es nur zwei: die dirigistische Zentralverwaltungswirtschaft auf der einen Seite und die Marktwirtschaft auf der anderen³⁾.

1) Böhm, F., Die Bedeutung der Wirtschaftsordnung für die politische Verfassung, in: SJZ, Jg. 1, 1946, S. 14 ff.

2) Eucken, W., Die Grundlagen der Nationalökonomie, 6. Aufl. 1950, S. 72.

3) Vgl. dazu Eucken, W., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952, S. 21 ff.; Dülfer, W., a.a.O., S. 28 ff.; Meinhold, W., Volkswirtschaftspolitik, Teil 1, 1970, S. 103 ff.

In der kollektivistischen Planwirtschaft stellt der Staat einen zentralen, allgemeinverbindlichen Gesamtplan auf, nach dem sich im Extremfalle sämtliche Wirtschaftsakteure zu richten haben.¹⁾ In der Verkehrs- oder Marktwirtschaft dagegen stellen viele Einzelwirtschaften autonome Wirtschaftspläne auf, die durch den Marktmechanismus zum Ausgleich gebracht werden.

Anhand dieser beiden grundverschiedenen Arten wirtschaftlicher Organisation und Koordination können die geschichtlich "gewachsenen" Formen des Wirtschaftsaufbaus und der wirtschaftlichen Beziehungen klassifiziert werden. Als Kompromisse bzw. "mixed economies" enthalten die Wirtschaftsordnungen bereits im theoretischen Konzept Elemente und Prinzipien beider Wirtschaftssysteme und tendieren demgemäß mehr in die eine oder andere Richtung des reinen Idealtypus. Die Dichotomie der übernommenen Bausteine endet hierbei niemals im rein ökonomischen. Die untrennbare Verbundenheit mit metaphysischen, rechtlichen und technologischen Grundlagen verbietet es, von zwei ausschließlich ökonomisch determinierten Wirtschaftstypen auszugehen.²⁾ So ist die rein ökonomische Aufgliederung der Wirtschaftsordnungen nach dem Kriterium des Planträgers zugleich mit der rechtlichen Frage der Eigentumsordnung verknüpft, von der aus schließlich die soziologische Typisierung der Wirtschaftsordnung nach Kapitalismus und Sozialismus ihren Ausgang nimmt. Die Eigentumsform allein ist jedoch als theoretischer Maßstab nicht geeignet, plurale oder zentralgesteuerte Wirtschaftsentscheidungen zu präjudizieren, obwohl eine Anfälligkeit zu einer der beiden Planungsmethoden in der Praxis nicht auszuschließen ist.³⁾

Analysiert man Demokratisierungsvorhaben vor dem verfassungsrechtlichen Hintergrund, so taucht die Frage auf, ob die Verfassung eine bestimmte Wirtschaftsordnung vorsieht, ob sie eine Wirtschaftsverfassung enthält. Wirtschaftsverfassung ist also ein juristischer Begriff und beinhaltet "die rechtliche Grundordnung eines staatlich organisierten Verbandes, insoweit

1) Dabei ist es zunächst egal, ob die Planung "von oben" oder "von unten" erfolgt. Wichtig ist nur, daß der Staat die letzte Vollzugsberechtigung besitzt.

2) Vgl. dazu Meinhold, W., a.a.O., S. 91 ff.

3) Vgl. S. 165 ff.

sie sich auf den Gesamtzusammenhang der ökonomischen Güter, Kräfte und Verrichtungen bezieht"¹⁾). Analog zu der im Staatsrecht gebräuchlichen Differenzierung in formelle und materielle Staatsverfassung²⁾ ist im folgenden die formelle Wirtschaftsverfassung angesprochen, also die Prinzipien der Wirtschaftsverfassung, die in dem Normensystem von grundgesetzlichem Rang verbindlich geordnet sind. Die materielle Wirtschaftsverfassung umfaßt dagegen sämtliche Rechtssätze und rechtlichen Einrichtungen³⁾, die die Eigenart der jeweiligen Wirtschaftsordnung entscheidend prägen ohne Rücksicht allerdings darauf, ob sie zur verfassungsmäßigen Ordnung⁴⁾ gehören. So sind Demokratisierungsziele in der materiellen Wirtschaftsverfassung (im Wettbewerbsrecht, Gesellschaftsrecht, Arbeitsrecht u.a.) zwar teilweise berücksichtigt, der Grad ihrer rechtlich möglichen Verwirklichung richtet sich jedoch in erster Linie nach den Intentionen des Grundgesetzes, der formellen Wirtschaftsverfassung⁵⁾.

II. Die Situation im Parlamentarischen Rat

Zum Zeitpunkt der Entstehung des GG, als der Parlamentarische Rat in der Hoffnung auf Wiedervereinigung davon absah, das zu schaffende Verfassungswerk eine "Verfassung" zu nennen⁶⁾, herrschte eine ähnliche Ungewißheit über die künftige wirtschaftliche und soziale Gesamtordnung des zu gründenden deutschen Teilstaates. Angesichts der politischen Lage sollte keine Vollverfassung geschaffen, sondern nur die sog. "klassischen" Grundrechte⁷⁾ kodifiziert werden. Die Gefahr einer vorschnellen situationsbedingten Lösung von Fragen des Wirtschafts- und Soziallebens⁸⁾ stand dem Bekenntnis zu einer Wirtschaftsordnung

1) Huber, E.R., WVR Bd. I, S. 23.

2) Vgl. z.B. Maunz, Th., Deutsches Staatsrecht S. 36 ff.

3) Verfassungs-, verwaltungs- und privatrechtlicher Art.

4) D.h. insbesondere, ob sie dem materiellen Gehalt der Verfassungsurkunde entsprechen.

5) Vgl. in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des BVerfG zum Aktienrecht BVerfGE 14, 263 (273 ff.) (Feldmühle-Urteil).

6) Vgl. Mangoldt, H.v., Klein, F., a.a.O., S. 23; vgl. auch die Präambel des GG "... um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben..." oder Art. 146 GG.

7) Vgl. Mangoldt, H.v., Klein, F., a.a.O., S. 91 ff.

8) Vgl. Strauß, W., Wirtschaftsverfassung und Staatsverfassung, 1952, S. 12; Raiser, L., Wirtschaftsverfassung als Rechtsproblem, in: Festschrift für J. v. Gierke, 1950, S. 181 f. u. S. 200.

ebenso entgegen, wie die Tatsache der z.T. diametralen Meinungen im Verfassungskonvent und Parlamentarischen Rat selbst, in denen sich Anhänger planwirtschaftlicher und marktwirtschaftlicher Auffassung annähernd die Waage hielten¹⁾. So entschloß sich der Parlamentarische Rat schon deshalb zur wirtschaftlichen Neutralität, weil den Abgeordneten mit Recht daran gelegen war, für das GG eine große Mehrheit zu erreichen.

III. Positivrechtliche Ansatzpunkte zur Wirtschaftsverfassung

Demokratisierung der Wirtschaft erhält durch das Fehlen einer zusammenhängend positivierten wirtschaftlichen Gesamtentscheidung des GG keine formell organisatorischen Hinweise, es sei denn, man sieht diese in den reinen Kompetenzvorschriften für Wirtschaftsgesetze, in Art. 74/Nr. 11, 12, 14, 15, 16. Art. 74/Nr. 16 räumt dem Bund z.B. die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit über die Verhütung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellungen ein. Daraus können i.V.m. Art. 14 und 20/I weitreichende materielle Folgerungen gezogen werden²⁾.

Zu den Problemen des Streikrechts, der Betriebsverfassung, des Mitbestimmungsrechts, des Gesamtvertretungsrechts der Wirtschaft hat das GG nicht ausdrücklich Stellung genommen. Festzuhalten ist allerdings, daß bspw. die Schaffung eines Bundeswirtschaftsrates ohne Verfassungsänderung durchaus möglich wäre, sofern es sich dabei lediglich um ein beratendes Gremium handelt, das nicht in das technische Gesetzgebungsverfahren eingreift³⁾.

Die Aussagen des GG über die soziale Ordnung der Wirtschaft sind ebenso knapp gehalten wie diejenigen über die Wirtschaftsordnung selbst. Ausführlichere, aber nicht viel präzisere Bestimmungen in gesonderten Abschnitten enthalten darüber die

1) Vgl. Knoll, E., Eingriffe in das Eigentum im Zuge der Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, in: AÖR, Bd. 79, 1953/54, S. 479; Abendroth, W., Disk. Beitr. zu "Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates" (Vortrag geh. v. E. Forsthoff), VVDStRL, Heft 12, 1954, S. 86 ff.

2) Vgl. Maunz, Th., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. I, 17c zu Art. 14, Rdnr. 25.

3) Vgl. Hamann-Lenz S. 48; Reissmüller, H., a.a.O., S. 49.

seit 1945 erlassenen Länderverfassungen¹⁾ (vgl. z.B. Art. 151-177 Bayr.Verf., Art. 27-47 Hess.Verf., Art. 24-29 Ndrh. Westf.Verf., Art. 51-73 Rhld.Pf.Verf.). Bezüglich des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer äußern sie sich allgemein, und da mehr in überbetrieblicher als betrieblicher Hinsicht²⁾.

Die rechtliche Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung gemäß den Verfassungsnormen hat also nicht durch Anwendung organisatorischer Grundsätze, sondern durch die Erforschung des materiellen Gehalts der Grundrechte und deren Transformation in institutionelle und organisatorische Regelungen zu geschehen. Der Rahmen für Gesetzgeber, Verwaltung und Rechtsprechung, die alle an der konkreten Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung teilhaben, ist insbesondere durch folgende Artikel des GG bestimmt³⁾:

Art. 1/I gebietet die Achtung vor der persönlichen Würde jedes einzelnen Menschen⁴⁾. Daraus ergibt sich für den wirtschaftlichen Bereich, daß kein Mensch gezwungen werden darf, "ökonomisch unter Lebensbedingungen zu existieren, die ihn zum Objekt erniedrigen"⁵⁾. Diese Forderung richtet sich in erster Linie an den Staat, der den wirtschaftenden Menschen nicht zu einer beliebig manipulierbaren Sache für politische, ökonomische oder sonstige Zwecke herabwürdigen darf. In diesem Zusammenhang ist z.B. jegliche Zwangsarbeit (i.V.m. Art. 2/I) und gesetzliche Diskriminierung nach Ständen oder Vermögen (i.V.m. Art. 3) verboten⁶⁾. Sie richtet sich jedoch ebenso an

- 1) Zur Herstellung der Verfassungshomogenität hat der Bund nach Art. 28/III zu gewährleisten, daß die Verfassungsordnung der Länder den Grundrechten und den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates entsprechen. Darunter ist - in den Grundzügen jedenfalls - auch die Wirtschaftsverfassung zu rechnen (vgl. Krüger, H., Staatsverfassung und Wirtschaftsverfassung, S. 367 f.).
- 2) Vgl. Neumann-Duesberg, H., Das Mitbestimmungsrecht, in: N-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. 3/I, 1958, S. 374.
- 3) Vgl. Lampert, H., Die Wirtschafts- und Sozialordnung, 1966, S. 67 ff.; Rinck, G., Wirtschaftsrecht, 1969, S. 23 ff.; Ballerstedt, K., Wirtschaftsverfassungsrecht, in: B-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. 3/I, 1958, S. 1 ff.; Schwerdtfeger, G., a.a.O., S. 153 ff.
- 4) Nach Maunz, Th. (Deutsches Staatsrecht S. 106) entstammt dieser Gedanke wesentlich dem Ideengut des christlichen Naturrechts.
- 5) Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. II, 3h zu Art. 1 Rdnr. 43.
- 6) Vgl. BVerfGE 1, 97 (104).

private ökonomische Machtzusammenballungen¹⁾, wenngleich der Staat bereits aus eigenem Interesse der Selbsterhaltung und Glaubwürdigkeit seines Rechts Gesetze zur Verhinderung solcher staatsähnlicher Mächte erlassen müßte²⁾.

Art. 2/I verbürgt sich als allgemeines Freiheitsrecht für die persönliche Entfaltung des wirtschaftenden Menschen. Damit ist nicht nur eine Grundfreiheit für den Eigentümer an Produktionsmitteln im Sinne einer Unternehmensfreiheit³⁾, Wettbewerbsfreiheit⁴⁾ und Vertragsfreiheit⁵⁾ ausgesprochen, sondern Freiheitsrechte für den arbeitenden Menschen überhaupt, d.h. u.a. seine gleichgewichtige Position bei Arbeitsvertragsabschlüssen, das Recht auf menschenwürdige Arbeitsverhältnisse sowie schließlich auch die Herstellung der Konsumentenfreiheit⁶⁾. Der Gesetzgeber wird immer mehr zur Ausprägung der Freiheit berufen (positiver Verfassungsauftrag, ohne daß jedoch ein subjektiv öffentlicher Anspruch des Bürgers oder einer sozialen Gruppe zum konkreten Handeln bestünde!). "Er sollte nicht mehr bloß negativ die Freiheit beschränken oder gar aufheben können, sondern durch seine Tätigkeit die sozialen Voraussetzungen schaffen, unter denen die aus der Freiheit fließenden Rechte überhaupt wahrgenommen werden konnten"⁷⁾.

Art. 3 untersagt z.B. der Legislative, Wirtschaftsgesetze zu verabschieden, welche gewisse soziale Gruppen wegen der in Abs. II und III spezifizierten Merkmale bevorzugen bzw. andere

1) Dieser Fall von Drittwirkung der Grundrechte wird heute von der herrschenden Lehre anerkannt.

2) Vgl. Linders, H., a.a.O., S. 72 ff.

3) Vgl. Huber, E.R., Der Streit um das Wirtschaftsverfassungsrecht (I), in: DÖV, Heft 4, 1956, S. 135; Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. VI, 2 zu Art. 2/I, Rdnr. 46.

4) Wettbewerbsfreiheit enthält nicht die Pflicht zum Wettbewerb; insbesondere besitzen die Unternehmer daneben das Recht, Vereinigungen zu bilden (Art. 9), die den Wettbewerb wieder ausschließen. Mit dieser, für die ordnungspolitische Debatte entscheidenden Spannung, sieht sich v.a. das Kartellrecht behaftet.

5) Falls diese nicht bereits von den speziellen Freiheitsrechten umschlossen wird.

6) Soweit sie wiederum nicht die Freiheit anderer bzw. der Allgemeinheit stärker einengt als die individuelle Freiheit steigt.

7) Schaumann, W., Der Auftrag des Gesetzgebers zur Verwirklichung der Freiheitsrechte, in: JZ, 1970, S. 49.

benachteiligen. Mit dem Grundsatz der Chancengleichheit ist beabsichtigt, jedem Menschen die (äußere) gleiche Möglichkeit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit zu verleihen. Seine wirtschaftliche Anerkennung findet dieser Grundsatz im Wettbewerb, dessen Wert und Berechtigung allerdings an Kriterien gemessen wird, welche die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit setzt bzw. die der Staat in Rückgriff auf demokratische Willensbildung, "öffentliche Meinung", intermediäre Institute sowie bestehendes Gesetz und Recht zu entwickeln aufgerufen ist.

Art. 9/III beinhaltet das Recht für jedermann und alle Berufe, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Bedeutung erhält dieses Recht insbesondere für Unternehmenszusammenschlüsse, für Interessenverbände der Wirtschaft, z.B. die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften (Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie).

Art. 11 verbrieft das Bürgerrecht zur freien Standortwahl und Ansiedlung¹⁾.

Art. 12 sichert freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl; damit ist grundsätzlich die Freiheit verbunden, einen Gewerbebetrieb zu eröffnen.

Art. 14 garantiert das Privateigentum an Produktionsmitteln und seine grundsätzlich freie Nutzung und Verfügung.

Art. 15 ermächtigt den Gesetzgeber zur Sozialisierung.

Art. 20 und 28/I, 1 schließlich verankern die Prinzipien der Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Rechtsstaat bedeutet, daß jeder Eingriff in Freiheit und Eigentum des Bürgers auf einem Gesetz beruht, und daß weiterhin staatliche Tätigkeit gerichtlich nachprüfbar sein muß. Dabei ist dem Staat jedoch in "hochpolitischen" Entscheidungen²⁾ ein weiter Ermessensspielraum

1) Zusammen mit Art. 12 und 14 ist es "lex specialis" zu Art. 2/I.

2) Z.B. bei Reprivatisierungen, bei Sozialisierungsmaßnahmen oder bei der Bildung eines Konjunkturkrisenkartells (§ 8 GWB), wo insbesondere über Fragen des "Gemeinwohls" letztlich nur ein politisches Urteil gefällt werden kann. Allerdings ist auch hier im Interesse des Rechtsstaatsprinzips davon auszugehen, daß eine Verrechtlichung der Politik gegenüber einer Politisierung des Rechts das geringere Übel wäre, zumal wenn es sich um politische Rechtsstreitigkeiten handelt (vgl. zum Verhältnis zwischen Politik und Recht: Leibholz, G., Strukturprobleme S. 168 ff., 277 ff., 282 ff., 314 ff., 317 ff.).

zuzubilligen, womit der Raum des gerichtsfreien Hoheitsaktes beschriftet wird¹⁾.

Die Sozialstaatsklausel des GG ist trotz ihrer fehlenden Definition mehr als eine leere Proklamation; sie ist eine Staatszielbestimmung, die sich an den Gesetzgeber richtet. Die Aufgaben des Staates liegen nicht mehr nur im Schützen, Bewahren und gelegentlichem Intervenieren. "Der Staat des Grundgesetzes ist planender, lenkender, leistender, verteilender, individuelles wie soziales Leben erst ermöglichender Staat..."²⁾. Die Schwierigkeiten, das Wort "sozial" zu bestimmen, ergeben sich z.T. durch seine doppeldeutige geistige Herkunft. "Einmal hat es eine polemische Bedeutung und zielt auf eine Korrektur der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Zum anderen hat es einen sozialfriedlichen Sinn und gebietet ein Minimum an sozialer Sicherheit, Streben nach Vollbeschäftigung und Erhaltung der Arbeitskraft, allgemeine Rücksichtnahme auf den Schwächeren"³⁾. Das Sozialstaatsprinzip garantiert jedoch - abgesehen vom Recht auf Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse i.V.m. Art. 1 und 2/I GG - auf Verfassungsebene keinerlei Teilhaberechte, vor allem kein Recht auf Mitbestimmung. Jedenfalls lassen sich aus der Sozialstaatsklausel allein solche Rechte und Pflichten weder begründen noch ableiten⁴⁾.

Die Entscheidung für diese oder jene Maßnahme zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung ergibt sich aus dem Auslegungsprinzip der dialektischen Gleichzeitigkeit von Freiheit und Bindung, das je nach Sachbezogenheit bei der Heranziehung jedes einzelnen wirtschaftsrelevanten Grundrechtsartikels angewandt werden muß⁵⁾. Dabei tendieren Art. 2/I, 1. HlBs., II, 1 3, 9/III, 14/II, III, 15, 20/I mehr in die Richtung der sozialen Gebundenheit, der Gemeinschaftsbezogenheit.

1) Vgl. zu diesem Problem auch Rinck, G., a.a.O., S. 36 ff., BVerfGE 12, 354 (363).

2) Hesse, K., Grundzüge S. 84.

3) Rinck, G., a.a.O., S. 29.

4) Vgl. Henning, R., Mitbestimmung und Sozialstaatlichkeit, in: Mitbestimmung, hg. v. A. Rauscher, 1968, S. 204; Schwerdtfeger, G., a.a.O., S. 169 f.

5) Vgl. auch Zacher, H.F., Aufgaben einer Theorie der Wirtschaftsverfassung, in: Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung, Festschrift für F. Böhm, 1965, S. 97 ff.; Huber, E.R., Wirtschaftsverfassungsrecht, S. 100 ff.; vgl. auch S. 57 f.

In geistesgeschichtlicher Hinsicht, aber auch in bewußter Abkehr vom nationalsozialistischen Terrorregime, liegen dem GG vorzugsweise die Ideen des staatspolitischen Liberalismus, des Individualismus¹⁾ der liberalen Bewegung und damit letztlich des Aufklärungsdenkens zugrunde. Dies ergibt sich bereits aus der systematischen Aufstellung der Grundrechte, wonach primär dem einzelnen Freiheitsrechte zugesichert werden, um sie im Nachsatz zugunsten der Allgemeinheit wieder einzuschränken. Eine weitere Bestätigung liefert die anthropologische Begründung der Demokratie, welche dem Menschen die Fähigkeit einräumt, "sich kraft seines Geistes seiner selbst bewußt zu sein und in eigener Verantwortung sich und seine Umwelt frei zu gestalten"²⁾. Trotzdem dürfen die erheblichen Abweichungen gegenüber den klassisch-liberalen Grundrechten nicht übersehen werden, wofür bereits Art. 1/I und Art. 2/I, 2. Hlbs. beispielhaft sind. Sozialstaat und Demokratie erfordern heute ohnedies ein Grundrechtsverständnis, welches sich in negativen Freiheitsrechten nicht mehr erschöpft. Dieser Gesinnungswandel drückt sich in einer umfangreichen Leistungsverwaltung deutlich aus³⁾. Er offenbart sich außerdem in der Auffassung, daß dem Staat mehr und mehr die bewußte Gestaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung durch eine differenzierte Wettbewerbspolitik und durch eine Steuerung der Makrogrößen zur Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung überantwortet werden soll. Daß das GG nur im Phänotypus⁴⁾ zur Verfassungsform des alten liberalen Rechtsstaates zurückgekehrt ist, unterstreichen außerdem die im Grundrechtskatalog enthaltenen Gedanken sozialistischer Herkunft⁵⁾. Daunter fallen insbesondere Art. 14/III und Art. 15 i.V.m. Art. 74/Nr. 15.

1) Individualismus ist keinesfalls gleichbedeutend mit Egoismus; vielmehr soll den Individuen freistehen, innerhalb bestimmter Grenzen nach eigenen Wertvorstellungen und Neigungen zu leben (vgl. Hayek, F.A., Der Weg zur Knechtschaft, übers. v. Eva Röpke, o.J., S. 86).

2) Besson, W., Jasper, G., a.a.O., S. 7.

3) Vgl. dazu Hesse, K., Grundzüge S. 81 ff.

4) Vgl. Dürig, G., Menschenauffassung S. 261.

5) Vgl. Rinck, G., a.a.O., S. 20.

IV. Das Konzept der Entscheidungsfreiheit

Daß es das GG vermieden hat, sich auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung festzulegen, entspricht heute der überwiegenden Meinung rechtswissenschaftlicher Autoren¹⁾. Durch den Verzicht auf die Aufstellung eines besonderen Kapitels für das Wirtschafts- und Sozialleben erscheint allerdings die Frage der Wirtschaftsverfassung in einem neuen Licht.

Die Aufgabe der konkreten zeitbezogenen Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung liegt in der politischen Verantwortung von Regierung und Parlament. Unbeeengt von Ideologien und Modellvorstellungen ist den freien politischen Kräften²⁾ die Möglichkeit eröffnet, auf dem Boden der kardinalen Rechts- und Werteordnung des GG eine Rechtsordnung der Wirtschaft zu errichten, die der Spannung zwischen individuellen Freiheitsrechten und der dem Staat obliegenden Sozialgestaltung offen gegenübersteht³⁾. "Vielleicht war ... das Grundgesetz klüger als der Gesetzgeber, als es mit politischem Instinkt erkannte, daß das Zusammenordnen von freiheitlich-demokratischer Grundordnung und moderner dynamischer Wirtschaft nicht durch eine dezisionistische Heldentat ... einer Patentlösung zugeführt werden kann"⁴⁾. Die Anwendung der Grundrechte auf den organi-

1) Vgl. u.a. Hamann-Lenz S. 38, S. 47; Krüger, H., Staatsverfassung und Wirtschaftsverfassung S. 361 ff.; Ipsen, H.P., Rechtsfragen der Investitionshilfe, in: AÖR, Bd. 78, 1952/53, S. 309; Scheuner, U., Die staatliche Intervention im Bereich der Wirtschaft, in: VVDStRL, Heft 11, 1954, S. 79 ff.; Mangoldt, H.v., Klein, F., a.a.O., S. 174; Maunz, Th., Deutsches Staatsrecht S. 151; denselben in: M-D-H Anm. I, 4c zu Art. 14, Rdnr. 8; Dürig, G., in: M-D-H Anm. VI, 1c, aa zu Art. 2, Rdnr. 44; vgl. insbesondere auch das Investitionshilfe-Urteil vom 20.7.1954 BVerfGE 4, 7 (17 f.): "Das GG garantiert weder die wirtschaftspolitische Neutralität der Regierungs- und Gesetzgebungsgewalt, noch eine nur mit marktkonformen Mitteln zu steuernde 'soziale Marktwirtschaft'. Die 'wirtschaftspolitische Neutralität' des Grundgesetzes besteht lediglich darin, daß sich der Verfassungsgeber nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden hat".

2) Die das gesamte geistige Leben eines Volkes umspannen.

3) Das Ziel der Sozialstaatlichkeit darf also nur mit den Mitteln und in den Formen des Rechts verfolgt werden. Hieraus ergibt sich eine notwendige Verknüpfung zwischen Rechts- und Sozialstaat (vgl. Ballerstedt, K., Wirtschaftsverfassungsrecht, S. 53).

4) Ehmke, H., Wirtschaft und Verfassung, 1961, S. 16.

satorischen und qualitativen Ausbau der bestehenden Wirtschaftsordnung, mit dem Ziel, Demokratisierungswünschen in der Wirtschaft zu entsprechen, muß dabei primär auf die Sicherung dieser politischen Grundordnung der Demokratie hin gesehen werden¹⁾. Den Verfassungsätzen darf nicht eine spezifisch wirtschaftsverfassungsrechtliche Rolle zugewiesen werden, da sie sonst die Wirtschaft gegen den Staat formieren, was statt eines funktionellen Dualismus einen substantiellen, existentiellen Dualismus von Staat und Wirtschaft begründen helfen würde²⁾. Das bedeutet: die Anerkennung des verfassungsrechtlichen Primats der politischen Grundordnung gegenüber der Wirtschaftsordnung und es würde außerdem ein geschichtlich offenes aber gerade in Wirtschaftsfragen äußerst zurückhaltendes Grundrechtsverständnis erfordern³⁾.

Das Prinzip der Nicht-Identifikation des Staates mit einer bestimmten Doktrin⁴⁾, der Gedanke der relativen Demokratie⁵⁾ versteht sich im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich nicht als völlige Neutralität gegenüber überhandnehmenden Strömungen in der parlamentarischen (und außerparlamentarischen) Willensbildung. Hier wie da enthält das GG durchwegs Vorschriften materiellen Inhalts, die den wertbezogenen Absolutheitscharakter der Demokratie auch auf die Rechtsordnung der Wirtschaft ausdehnen. Wenn Krüger⁶⁾ das GG hinsichtlich der politischen Verfassung als "neuen Typus der absoluten Demokratie" bezeichnet, hinsichtlich der Wirtschaftsverfassung aber den Standpunkt der relativistischen Demokratie vertritt, so ist diese Differenzierung zu bejahen aus einer Abwehrstellung gegen jegliche positive Wirtschaftsverfassungs-Metaphysik (etwa des Neoliberalismus, der Freiburger Schule oder des Konkurrenzsozialismus usw.). Die Toleranz innerhalb eines Wertesystems mit Relativismus gleichzusetzen, wäre jedoch ein Unterfangen, das Wert und Wesen der Demokratie in

1) Vgl. dazu auch Ronneberger, F., Verfassungswirklichkeit als politisches System, in: Der Staat, 7. Bd., 1968, S. 428.

2) Vgl. Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 578.

3) Vgl. Ehmke, H. (a.a.O., S. 669), der diese Haltung in der amerikanischen Verfassungsentwicklung anhand von umfangreichem Fallmaterial des "Supreme Court" zu erkennen glaubt.

4) Vgl. Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 579 ff.; Ipsen, H.P., Investitionshilfe S. 309.

5) Vgl. S. 100 ff.

6) Vgl. Krüger, H., Staatsverfassung und Wirtschaftsverfassung S. 363.

Frage stellt¹⁾. Die Toleranzmarge, innerhalb der sich die Entscheidungsfindung bewegen kann, soll der Erfahrung Rechnung tragen, daß es einander widerstrebende Wertvorstellungen gibt, daß die "Dinge" (Freiheit, Gleichheit) ihren Widerspruch in sich tragen, insbesondere wenn sie in der Gemeinschaft realisiert werden wollen. Das Eingeständnis stets vorhandener Antagonismen muß deshalb folgerichtig mit einer potentiellen voluntativen²⁾ Korrektur der getroffenen Entscheidung verbunden sein. Dabei wäre es unrealistisch, dem Staat zu unterstellen, er ließe sich bei dem Versuch, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu gestalten, von keinem vorgestellten Ideal der zu schaffenden Ordnung leiten. Das Hervorstellen eines Leitbildes widerspricht nicht der Demokratie, wenn es sich im Rahmen des GG hält, wenn es vor allem auch abwählbar ist. Bis dahin gibt der Erfolg einer Partei "ihr die verfassungsrechtliche Legitimation, die von ihr als richtig angesehene Wirtschaftspolitik in die Tat umzusetzen"³⁾.

Eine ausschließlich relativistische Haltung bei der Ausformung der materiellen Wirtschaftsverfassung ist ebenso von nationalökonomischer Seite zu verwerfen. Zwar entspricht es den vorausgegangenen Ausführungen, wenn Ehmke den Versuch zurückweist, das "reine Modell" einer nationalökonomischen Schule zur Norm staatlicher Intervention in die Ordnung des Gemeinwesens zu machen, wenn er - das Modelldenken verurteilend - fordert⁴⁾, jede Wirtschaftslenkungs-Maßnahme auf ihre Vereinbarkeit mit der politischen Grundordnung unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens zu überprüfen. Doch es darf nicht übersehen werden, daß das ordnungspolitische Denkmodell wichtige Aussagen darüber trifft, wo die Grenzen einer

1) So auch Huber, E.R., WVR, Bd. I, S. 30 f.: Es ist unzutreffend, dem GG einen wirtschaftsverfassungsrechtlichen Agnostizismus zu bescheinigen. "Das GG enthält eine wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundentscheidung, nämlich eine Entscheidung für eine gemischte Wirtschaftsverfassung, die individualrechtliche Freiheitsverbürgungen und sozialrechtliche Freiheitsbindungen in einem System ausgleichender Ordnung zusammenfaßt".

Vgl. auch Ehmke, H., Wirtschaft und Verfassung, S. 43; Strauß, W., Entwicklungen und Probleme des heutigen Wirtschaftsrechts, 1957, S. 19 f.

2) Kraus, O., Grundfragen S. 19 u. S. 31 ff.

3) Reissmüller, H., a.a.O., S. 165.

4) Vgl. Ehmke, H., Wirtschaft und Verfassung S. 21.

rechtlichen Umgestaltung der Wirtschaftsordnung liegen, wo das marktwirtschaftliche Prinzip den rechtlichen Eingriff, und läge er noch so begründet im ethischen Fundament des GG, nicht mehr "verkräftet"¹⁾. Das Element der Marktwirtschaft ist jedoch ein überaus wichtiges, wenn nicht sogar konstituierendes Prinzip der westlichen freiheitlichen Demokratie²⁾, weil es eine direkte wirtschaftliche Lenkung von oben verhindert³⁾. Es ist weniger der Garant für die selbständige und eigenverantwortliche Entfaltung jedes einzelnen wirtschaftenden Menschen (auch der Arbeitnehmer)⁴⁾, sondern für den Gesamtbereich der individuellen Freiheit überhaupt und somit auch für die politische Freiheit. Ebenso wie in der Demokratie die Möglichkeit bestehen muß, das Volk von Zeit zu Zeit durch politische Wahlen zu befragen, ob Zufriedenheit herrscht oder Veränderungen erwünscht sind, sollen die Produzenten freier Märkte der ständigen Kontrolle der Konsumenten unterstehen⁵⁾.

Ob aus diesem angedeuteten Konnex zwischen einer freiheitlichen Demokratie und dem marktwirtschaftlichen Strukturprinzip doch eine Rettung der These Nipperdey's von der Sozialen Marktwirtschaft als der dem GG angemessenen Wirtschaftsordnung erfolgt, soll im folgenden untersucht werden. Zuvor ist es jedoch angebracht, die ablehnende Einstellung des GG gegenüber einer "reinen" Marktwirtschaft und einer zentralen Verwaltungswirtschaft in den wesentlichen Zügen zu ergründen.

1) Diese Grenzen sind sehr schwer zu ziehen; vor allem müßte stets untersucht werden, ob nicht eine "marktinkonforme Maßnahme" (z.B. Mietstop) durch eine andere (Subventionen) wieder "neutralisiert" wird (vgl. Thalheim, K.C., Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung, gesammelte Aufsätze von K.C. Thalheim, 1965, S. 31 f.).

2) In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu prüfen, ob durch § 1 Stabges vom 8.7.1967 die marktwirtschaftliche Ordnung Bestandteil des geltenden Verfassungsrechts geworden ist (vgl. auch Heintzeler, W., Wirtschaftsverfassung und Mitbestimmung, 1971, S. 1).

3) Höchst aufschlußreich zur Untermauerung dieser These sind die Experimente Jugoslawiens mit dem Markt.

4) Vgl. Ehmke, H., Wirtschaft und Verfassung S. 60.

5) Vgl. Sundbom, I., a.a.O., S. 36.

1. Ablehnung einer "reinen" Marktwirtschaft

Als "reine" Marktwirtschaft¹⁾ bezeichnet man ein System, in dem die Produktion auf autonome Unternehmen, die Konsumtion auf autonome Haushalte verteilt ist. Der Staat enthält sich jeglicher Eingriffe in die Wirtschaft, damit sich das Marktgleichgewicht, der Ausgleich der Angebots- und Nachfragepläne auf Produkt- und Faktormärkten über den Konkurrenz- und Preismechanismus ungestört vollziehen kann.

Den Gesetzen des freien Wettbewerbs gehorchend, bilden sich nicht nur die Güterpreise, sondern ebenfalls die Löhne der abhängig Arbeitenden. Kollektivvertragliche Absprachen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind systemwidrig und werden als Hemmungen des Leistungswettbewerbs empfunden. Die wirtschaftspolitische Aktivität des Staates beschränkt sich nach der Doktrin des Liberalismus auf die Normierung der rechtlichen Voraussetzungen, die für eine selbsttätige Regelung des Wirtschaftsprozesses unerlässlich sind (Geldordnung, Maße, Gewichte u.ä.). Im Vertrauen auf die Selbststeuerungskräfte des Marktes, auf eine prästabilierte Harmonie und auf das Vollbeschäftigungstheorem von J.B. Say²⁾ enthält sich der Staat der Wirtschaftsablaufpolitik³⁾.

"Schrankenlose wirtschaftliche Freiheitsrechte der Bürger kennzeichnen die Wirtschaftsverfassung, die einer derartigen Wirtschaftsordnung zugrunde liegt"⁴⁾. Das Selbstinteresse aber zwingt den einzelnen so zu handeln, wie es der Gesamtheit von Nutzen ist; denn jeglicher kurzsichtiger Egoismus wird von der Konkurrenz in Zaum gehalten. Das Wirtschaftsverfassungsrecht begnügt sich im wesentlichen mit der Gewährleistung des "status negativus", der Garantie der Nicht-Intervention in die Handlungsfreiheit der Wirtschaftsak-

1) Vgl. Huber, E.R., WVR Bd. I, S. 31 f.

2) Vgl. dazu Schneider, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie, 2. Teil, 9. Aufl., 1964, S. 422.

3) Der Glaube des Aufklärungszeitalters an eine "ordre naturel" (Rousseau, Quetelet) forderte völlige Freiheit der Gesellschaftsmitglieder und brandmarkte jeden künstlichen Eingriff des Staates als unzulängliches, sündhaftes Menschenwerk (vgl. auch Meinhold, W., a.a.O., S. 104 ff.).

4) Reissmüller, H., a.a.O., S. 11.

teure¹⁾.

Die soziale Wirklichkeit des 19. Jh. strafte die Hypothese Lügen, daß das eigennützige Profitstreben gleichzeitig das höchste Wohl der Allgemeinheit bewerkstellige. Die Freiheit, sich wirtschaftlich zu betätigen, wurde bald dazu ausgenutzt, eben diese Freiheit zugunsten monopolistischer Machtkonstellationen zu mißbrauchen. Den rigorosen Gesetzen des Marktes war nur unterworfen, wer nicht die Macht besaß, sie durch Monopolpositionen oder kartellartige Zusammenschlüsse zu umgehen. So kam es zu den menschenunwürdigen Exzessen des Manchestertums, zum Hungerdasein einer "industriellen Reservearmee" und zu schreienden Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung. Zu der Ungleichheit der erwerbswirtschaftlichen Chancen kam ein anderer Mangel der "laisser-faire"-Politik hinzu: die Anfälligkeit der Wirtschaft gegen konjunkturelle Schwankungen, die aufgrund der wirtschaftspolitischen Abstinenz des Staates schnell in Depressionen und Krisen einmündete.

Die Abkehr des Staates von passiver Zurückhaltung gegenüber dem wirtschaftlichen Geschehen begann bereits in der liberalistischen Wirtschaftsepoche selbst²⁾ und wird mit dem GG der BRD entschieden weitergeführt. Die wirtschaftlichen Freiheitsrechte sind einschränkenden "sozialen Vorbehalten" unterworfen, sog. Gesetzesvorbehalten, die bei staatlichen Eingriffen in das marktwirtschaftliche Geschehen Beachtung finden müssen (z.B. Art. 11/II, 12/I,2, 14/I,2). Darüber hinaus ermöglicht das GG gemeinwirtschaftliche Maßnahmen (Art. 15) und läßt durch die Anerkennung der Koalitionsfreiheit kollektive Aushandlungen der Arbeitsbedingungen zu (Art. 9/III)³⁾. Das Bekenntnis zu einem "Sozialen Rechtsstaat" (Art. 20,28) ist in Anknüpfung an Art. 151/I WRV

1) Vgl. Huber, E.R., WVR Bd. I, S. 31.

Der Primat der Handlungsfreiheit wird außerdem verständlich durch die Hervorkehrung des Individuums als tragendes Gesellschaftsprinzip. Von Descartes an herrschte das Ideal des starken Universalmenschen, der freien und autonomen Persönlichkeit (vgl. Meinhold, W., a.a.O., S. 105).

2) Eine völlige Nicht-Intervention des Staates bestand allerdings im 19. Jh. nie, auch nicht im Bismarck'schen Reich (vgl. Huber, E.R., WVR Bd. I, S. 32).

3) Vgl. Huber, E.R., WVR Bd. I, S. 32.

nicht bloßer Programmsatz unverbindlichen Charakters, sondern den staatlichen Organen verfassungsrechtlich auferlegte Pflicht¹⁾, dem Prinzip der marktwirtschaftlichen Freiheit das Postulat der sozialen Gerechtigkeit einzuverleiben. Die Sozialstaatsklausel gestattet nicht nur, sondern verlangt staatliche Eingriffe, "insoweit diese erforderlich sind, um sozialschädliche Mißbräuche und Mißstände, soziale Ungerechtigkeiten und Notstände, soziale Krisen und Konflikte zu verhüten oder zu beseitigen"²⁾. Die Einstellung des Hochliberalismus, dergemäß dem Staat die Würde des Menschen nichts angehe³⁾, ist durch Art. 20/I, 28/I sowie Art. 1 GG kategorisch abgelehnt. Indem der Staat im öffentlichen Interesse beaufsichtigend und korrigierend in den Wirtschaftsablauf eingreift, wird die "reine" Marktwirtschaft zur "sozialverpflichteten" Marktwirtschaft. Dadurch soll das marktwirtschaftliche Koordinations-System keineswegs eliminiert werden. Die Gesetze des Marktes sollen vielmehr funktionsfähig gehalten werden. Je mehr der Staat allerdings das freie Spiel der Kräfte reguliert und ausschaltet, desto mehr besteht die Gefahr, daß sich diese Bindungen und Reduzierungen der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit nicht mehr "verlaufen", sondern den übrigen freien Teil der Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Das Ergebnis eines solchen Prozesses der "kumulativen Staatsintervention"⁴⁾ wäre die Ausschaltung des Marktes durch eine umfassende Büro- oder Kommandowirtschaft⁵⁾, der Übergang von der Quantität (der staatlichen Intervention) zur Qualität (einer neuen Wirtschaftsordnung). Einer Abschaffung der Marktwirtschaft als dominierendes Ordnungsprinzip der Wirtschaft widerspräche jedoch das GG unmißverständlich, wenn man auf die Anerkennung individueller Handlungsfreiheit auf wirtschaftlichem Gebiet in den Artikeln 2/I, 11, 12, 14 verweist. Der Aufrechterhaltung des

1) Art. 20/I dient z.B. als unmittelbare Anspruchsgrundlage im Bereich der Daseinsvorsorge (vgl. Hamann-Lenz S. 340).

2) Huber, E.R., WVR Bd. I, S. 37.

3) Vgl. Jerusalem, F.W., Die Grundrechte des Bonner Grundgesetzes und ihre Durchsetzung in der Rechtsprechung, in: SJZ, Jg. 5, Nr. 1, 1950, S. 1, Fußn. 3.

4) Vgl. Mises, L.v., Kritik des Interventionismus, 1929.

5) Vgl. Röpke, W., Die Lehre von der Wirtschaft, 9. Aufl., 1961, S. 307.

marktwirtschaftlichen Prinzips stünde dagegen theoretisch nicht die Errichtung gemeinwirtschaftlicher Organisationsstrukturen entgegen, obwohl die Aufgabe des Privateigentums eine wesentliche Stütze der Wettbewerbswirtschaft¹⁾, nämlich Selbstverantwortung und Risiko, in Frage stellt²⁾.

Unterstreicht man die **a l l g e m e i n e** individuelle Handlungsfreiheit des Menschen, so könnte man geneigt sein, dem marktwirtschaftlichen Prinzip aufgrund seiner Nachteile generell die Existenzberechtigung abzusprechen³⁾. Die Konkurrenz ist soziologisch-moralisch ein gefährliches Prinzip⁴⁾. Sie beinhaltet ein Freiheitsverständnis, das von Überlegungslosigkeit und Pflichtenlosigkeit gekennzeichnet ist, sobald es über den individuellen partikularen Horizont hinausgeht⁵⁾. Die an den individuellen Konsumentenwünschen und langfristiger Gewinnmaximierung ausgerichtete Produktion führt zwar zu einem reichhaltigen Güterangebot, aber zu einer groben Vernachlässigung von Allgemeinwohl-Bedürfnissen⁶⁾. "Social costs"

-
- 1) Wettbewerb in einer Marktwirtschaft erfüllt vor allem die Funktionen der Koordination, Stimulation, Selektion und Information. Selbstverständlich ist Wettbewerb auch in Zentralverwaltungswirtschaften denkbar, im wesentlichen aber als Leistungsansporn und nicht als Steuerungsinstrument (vgl. Weinbrenner, P., Die soziale Marktwirtschaft als Erziehungs- und Bildungsproblem. Ein Beitrag zum Problem Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspädagogik, Diss. Köln 1968, S. 179 ff.; Küng, E., Wirtschaftspolitische Gegenwartsfragen, 1962, S. 148).
 - 2) Vgl. Pfister, B., Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft. Teil IV des Artikels "Eigentum", in: Staatslexikon, 2. Bd. 6. Aufl., 1958, S. 1073. Daß ebenso gut Gesellschaftseigentum mit Risiko behaftet sein kann, beweist der jugoslawische Fall einer "sozialistischen Marktwirtschaft".
 - 3) Zur Kritik des marktwirtschaftlichen Systems vgl. u.a. Ottel, F., Untergang oder Metamorphose der Sozialen Marktwirtschaft, 1965; Bress, L., Die sozialistische Kritik an der Konzeption der Marktwirtschaft, in: 25 Jahre Marktwirtschaft in der BRD, 1972, S. 46 ff.; Krüger, H., Gemischte Wirtschaftsverfassung; Ortlieb, H.D., Wirtschaftswunder; Mises, L.v., Die Wurzeln des Antikapitalismus, 1958; Marcuse, H., Der eindimensionale Mensch S. 262 f.
 - 4) Vgl. Röpke, W., Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 1942, S. 187 u. S. 286; Rapold, M.U., a.a.O., S. 125.
 - 5) Vgl. Krüger, H., Gemischte Wirtschaftsverfassung S. 9 ff.
 - 6) Im Extremfalle wird solange nach dem Gewinnprinzip produziert, bis Umweltverschmutzung, verstopfte Straßen, verbaute Landschaften u.a. zu Arbeitsunfähigkeit führen und den individuellen Konsum unmöglich machen.

werden oft erst nach eklatanten Schäden ex-post korrigiert. Marktwirtschaftliche Sachzwänge führen in eine Knechtschaft des rein ökonomischen Leistungswettbewerbs (mit geringstem monetären Aufwand den größten monetären Erfolg) mit einer nahezu götzenhaften Anbetung wirtschaftlicher Wachstumsraten. Durch Vermarktung psychologischer Erkenntnisse werden die Menschen zu Kaufentscheiden manipuliert. Ein Gutteil der Produktion richtet sich auf Luxusgüter, Spielereien und planmäßigen Verschleiß¹⁾.

Es kann hier nicht der Ort sein, auf alle diese Vorwürfe, die dem marktwirtschaftlichen System angelastet werden, eine Antwort zu geben; vor allem kann sie nicht in der Funktionsweise der Marktwirtschaft allein gesucht werden. Die Marktwirtschaft ist lediglich ein Ordnungsprinzip und noch keine Wirtschaftsordnung im ganzen²⁾. Sie liefert nur den Rahmen, innerhalb dessen wir die Lösung der sozialen Gerechtigkeit und der moralisch-vitalen Frage des menschlichen Lebens anstrengen müssen, d.h. nach der Frage, "wie es dabei dem Menschen moralisch, geistig und in allen denjenigen Beziehungen geht, die den eigentlichen Sinn seines Lebens und die Voraussetzungen seines Glücks ausmachen"³⁾.

Ohne die Marktwirtschaft ist jedoch eine Suche nach diesen letzten und tiefsten Fragen in steter individueller Freiheit unmöglich⁴⁾. Wird die Marktwirtschaft als echte Wettbewerbswirtschaft organisiert, so können keine wirtschaftlichen und damit auch keine politischen Machtstellungen gedeihen. Die Wettbewerbswirtschaft ist in sich selbst ein demokratischer Vorgang, weil die Verbraucher, ausgerüstet mit Wahlzetteln in Form von Geldscheinen, die Wahl in Gestalt von Kaufentschlüssen nach Maßgabe ihrer Bedürfnisse treffen⁵⁾. Daß diese Wahlzettel nicht zu krass differenziert und gewichtet werden, ist ein Problem der Einkommens-, Bildungs- und Wettbewerbspolitik, um nur einige zu nennen, derentwegen jedoch die Marktwirtschaft nicht geopfert werden braucht. Ein solches Opfer ist des weiteren nicht nötig, wenn man zu der

1) Vgl. Marcuse, H., Aggressivität S. 133.

2) Vgl. auch Wilde, H., a.a.O., S. 11 f.

3) Röpke, W., Die Lehre von der Wirtschaft S. 323.

4) Vgl. auch Preiser, E., Zukunft S. 56 ff.

5) Vgl. Böhm, F., Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung S. 51.

Erkenntnis gelangt, daß für manche Wirtschaftszweige "Zusammenarbeit" die ergiebigere Verfahrensweise ist als "Wettbewerb"¹⁾ oder wenn der Staat in zunehmendem Umfang Teile des Produktionswertes zur Befriedigung spezifisch öffentlicher Bedürfnisse (social wants proper)²⁾ benötigt bzw. aus politischen Gründen die zeitliche und qualitative Struktur der individuellen Konsumentenpräferenzen korrigiert (z.B. bei den meritorischen Bedürfnissen)³⁾. Es entspricht weiterhin der individuellen Freiheit eher, von vielen durch Werbung "manipuliert" zu werden⁴⁾, als einem einzigen, dem Staat oder der Partei, gezwungenermaßen gehorchen zu müssen. Die "mensch unwürdige Abhängigkeit" von Marktgesetzen trägt immer noch größere Merkmale der Freiheit, als der Befehl und die Anweisungen von wenigen allmächtigen Mitmenschen und ihren Exekutivorganen. "Begehe ich in der Wettbewerbsordnung einen Fehler, so schade ich mir zwar selbst; aber kein anderer Mensch hat das Recht mich wegen dieses Fehlers zur Rechenschaft zu ziehen, solange ich die Gesetze achte und meine Verträge einhalte. Begehe ich aber in der Zentralverwaltungswirtschaft einen Fehler, so habe ich ihn in einem Sabotageprozeß vor gnadenlosen Richtern und einer erbosten Öffentlichkeit zu verantworten"⁵⁾.

Die Befürwortung des Marktes als Grundinstitut unserer Wirtschaftsverfassung⁶⁾ ergibt sich indessen nicht nur aus dem Gedankengut der freiheitlichen Demokratie, sondern darüber hinaus aus dem Rechtsstaatsprinzip (Art. 20/III, 28/I). Der

1) Krüger, H., Gemischte Wirtschaftsverfassung S. 37, nennt hier vor allem Energie, Verkehr und die Landwirtschaft. Der Wettbewerb empfängt seinen Wert aus den Wirkungen, die er hervorbringt (vgl. Ballerstedt, K., Wirtschaftsverfassungsrecht S. 68).

2) Vgl. Musgrave, R.A., Finanztheorie, 1966, S. 8.

3) Ebenda, S. 14 ff.

4) In dem Maße, wie es gelingt, den Verbraucher zu kritischem und verantwortungsbewußten Konsum zu erziehen, verliert dieser Einwand an Bedeutung (vgl. Weisser, G., Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft S. 18).

5) Böhm, F., Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung S. 48.

6) Vgl. Ballerstedt, K., Wirtschaftsverfassungsrecht S. 65; Nipperdey, H.C., Soziale Marktwirtschaft und Grundgesetz, in: Kartellrundschaue Heft 2, 1965, S. 39; Strauß, W., Entwicklungen S. 20.

Rechtsstaat sieht die Freiheit des einzelnen als höchstes Gut an und beschränkt die staatlichen Kontroll- und Eingriffsrechte auf ein sozial unerlässliches Mindestmaß (Grundsatz der Subsidiarität und Proportionalität). Gerade hierbei unterstützt ihn der Mechanismus des Marktes, welcher der staatlichen Verwaltung immense Aufgaben der Bedarfsmessung, der Faktorallokation und der leistungsgerechten Distribution abnimmt.

2. Ablehnung einer "reinen" Zentralverwaltungswirtschaft

Den kontradiktorischen Gegensatz zur freien staatsunabhängigen Planung der Wirtschaftssubjekte bildet die totale Staatswirtschaft mit zentraler Lenkung sowohl des Niveaus und der Struktur des Produktionspotentials (Verwendung der Faktoren) als auch des Niveaus und der Struktur des Sozialprodukts (Verwendung der Produkte). Die autonome Unternehmerinitiative wird in eine durch die Staatsräson gebundene Verwaltungsfunktion umgewandelt. Das Eigentum an den Produktionsmitteln bleibt entweder nominell erhalten, wird aber durch die direkte zentrale Lenkung zu einem bloßen "nudum ius". Im äußersten Intensitätsgrad wird jedoch eine Verstaatlichung der Produktionsmittel vorgenommen bzw. deren Übertragung an korporative, wirtschaftsdemokratische Einheiten, die als vermittelnde Zwischenglieder der bürokratischen Wirtschaftslenkung eingeschaltet werden.

Die Berücksichtigung des politischen Gesamtinteresses steht über der Befriedigung der subjektiven Konsumentenwünsche. Der marktwirtschaftliche Leitgedanke der Rentabilität, das Streben nach Gewinnmaximierung oder die Erfüllung individueller Unternehmerziele weichen zugunsten übergeordneter, in der sowjetischen Verwaltungswirtschaft ideologischer Gesamtziele.

Ein solches System der Verwaltungswirtschaft bedarf eines Wirtschaftsplanes, dessen operative Detailausarbeitung in einer modernen güterreichen Industriewirtschaft eine äußerst schwierige Aufgabe ist. Nicht nur die Verwendung und das Einsatzverhältnis von Investitionsgütern und Arbeitskräften,

nicht nur die Verteilung der Rohstoffe und Halbfabrikate auf die einzelnen Verwendungszwecke, sondern ebenso die unzähligen Bedürfnisnuancen der privaten Haushalte müßten auf lange Sicht geplant werden.

Wenn dabei an die Verabschiedung von größeren Gesetzen gedacht wird, die zuweilen 2 Jahre benötigt, so kann erlassen werden, welche Zeit die Verabschiedung eines Gesamtwirtschaftsplanes mit Millionen von Einzelentscheidungen in Anspruch nehmen würde¹⁾. Abgesehen von Schwierigkeiten, die ein demokratisches Mehrparteiensystem hinsichtlich der perspektiven Planungskontinuität aufwirft, kann ein solcher Plan nicht von einer parlamentarischen Körperschaft erarbeitet werden. "Die Fülle der hierfür erforderlichen Daten, Statistiken und Berechnungen ist für den einzelnen Abgeordneten unübersehbar"²⁾. Die Planungserstellung muß notgedrungen einem straff organisierten bürokratischen Gremium mit Fachleuten überantwortet werden³⁾, das gleichzeitig vom demokratischen Parlament mit einer Blankovollmacht zum Erlaß der nötigen Rechtsverordnungen ausgestattet sein muß (oder das Parlament nimmt von dem Planungsentwurf Kenntnis, ohne wesentliche Veränderungen vornehmen zu können). Hierbei wird das Prinzip der Gewaltenteilung preisgegeben, ja die Macht der Exekutive muß zur Vollmacht werden, wenn es um die Durchführung des Plansolls geht⁴⁾. Da die konkurrierenden wirtschaftlichen Ziele der Staatsbürger nur teilweise von der Plankommission erfüllt werden können, muß eine Auswahl getroffen werden. Diese Auswahl schafft nur dann Zufriedenheit unter den Menschen, wenn es gelingt, die Lebensziele der Bevölkerung selbst zu komprimieren. "Die Regierung wird also versuchen müssen, alle Mittel zur Beeinflussung des Handelns und Denkens der Menschen

1) Vgl. Dülfer, W., a.a.O., S. 36 f.

2) Reissmüller, H., a.a.O., S. 63.

3) Ein zentraler Wirtschaftsplan muß aus einem Guß sein. "Eine demokratische Versammlung, die einen umfassenden Wirtschaftsplan wie eine gewöhnliche Gesetzesvorlage paragraphenweise mit Zusatzanträgen zur Abstimmung bringt, ist ein Unding". (Hayek, F.A., Der Weg zur Knechtschaft S. 91 f.).

4) Vgl. Böhm, F., Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung S. 42 ff.;
Zu den sog. "Ermächtigungsgesetzen" vgl. Hayek, F.A., Der Weg zur Knechtschaft S. 94 ff.

zu kontrollieren und zu beherrschen" ¹⁾). Hier bietet sich die Diktatur als die der Zentralverwaltungswirtschaft adäquate Staatsform an. Die rechtsstaatliche Demokratie des GG ist damit unvereinbar ²⁾).

Unbeschadet der Verpflichtung zu sozialer Gestaltung (Art. 20/I) enthält das GG eine Reihe von Einzelsätzen, die gerade auch für die Wirtschaft ein freiheitliches Gepräge vorschreiben. So widerspräche Art. 2/I i.V.m. Art. 19/II einer Aushöhlung der unternehmerischen Initiative durch staatliche Überwachungs- und Weisungsbefugnisse ³⁾. Art. 9 würde eine zwangsweise Zusammenfassung zu größeren Produktionseinheiten verbieten (negative Koalitionsfreiheit) ⁴⁾. Art. 11 sichert das Recht der freien Niederlassung und ließe eine regionale Dirigierung des Faktoreinsatzes nicht zu. Art. 12/II,1 unterbindet Arbeitseinsatz- und Arbeitslenkungsgesetze, ohne die ein System staatlicher Kommandowirtschaft, um Vollbeschäftigung zu erreichen, nicht auskommt ⁵⁾. Art. 14 garantiert das Privateigentum, wobei allerdings gefragt werden muß, ob das Institut des Privateigentums durch eine staatsunmittelbare Lenkung der Wirtschaft bereits beseitigt würde, wenn der weitaus größere Teil des "konsumtiven" Vermögens dabei unangetastet bliebe. Daneben trägt der Sozialisierungsartikel 15 dazu bei, die Schutzwürdigkeit des Privateigentums im wirtschaftlichen Bereich zu schmälern ⁶⁾. Betrachtet man Art. 15 als mögliches Einlaßtor eines Wirtschaftsverfassungsrechts

1) Dülfer, W., a.a.O., S. 37.

2) Im Falle der zentralen Planwirtschaft und der liberalen Demokratie ist die Unvereinbarkeitsthese zwischen verschiedenen Wirtschafts- und Staatsverfassungen noch einseitig (vgl. dazu Hayek, F.A., Der Weg zur Knechtschaft S. 99; Hoover, H., The economic Liberty and the State, 1959, S. 331 u. S. 338 ff.; Böhm, F., Bedeutung der Wirtschaftsordnung S. 141 ff.; Hensel, K.P., Über wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Willensbildung und Willensverwirklichung in verschiedenen Ordnungen, in: Probleme der Willensbildung und der wirtschaftspolitischen Führung, 1959; Röpke, W., Civitas humana, 3. Aufl. 1949, S. 67). Wesentlich vielschichtiger wird jedoch das Problem bei den gemischten Wirtschaftsordnungen der Realität.

3) Vgl. Dürig, G., in: M-D-H, Anm. VI,2 zu Art. 2/I, Rdnr. 46.

4) Vgl. aber S. 233.

5) Vgl. Dürig, G., in: M-D-H, Anm. VI,1cc zu Art. 2/I, Rdnr. 44; Mangoldt, H.v., Klein, F., a.a.O., S. 175.

6) Vgl. S. 199.

totalitär-staatwirtschaftlichen Stils, so darf dabei nicht übersehen werden, daß diese Kann-Vorschrift selbst der Beschränkung auf bestimmte Sozialisierungsobjekte und der unabdingbaren Entschädigungspflicht unterliegt. Am wichtigsten ist jedoch, daß auch bei Verwirklichung des Art. 15 die Freiheitsverbürgenden Grundrechte in ihrem Wesensgehalt nie angetastet werden dürfen (Art. 19/II).

Darüber hinaus ist es ausgeschlossen, ein System totaler Staatswirtschaft etwa auf dem Wege der Verfassungsänderung zu errichten. Art. 79/III untersagt jede Änderung des GG, welche in die Grundsätze des Art. 1 und 20 eingreifen und damit die freiheitlich demokratische Grundordnung (Art. 18, 21/II)¹⁾ beseitigen würde. Die Achtung der unveräußerlichen Menschenrechte schützt zugleich den einzelnen als ein in Freiheiten und Rechten lebendes Individuum in Ablehnung seiner Unterordnung als dienendes Glied einer diktatorischen Wirtschaftsapparatur. Eine solche Subordination würde in einer zentral verwalteten Wirtschaft unumgänglich; denn "wer die alleinige Verfügung über die Mittel hat, muß auch bestimmen, welchen Zielen sie dienen sollen, welche Werte höher und welche niedriger veranschlagt werden müssen, kurz, was die Menschen glauben und wonach sie streben sollen"²⁾.

3. Die Soziale Marktwirtschaft als verfassungsimmanente Lösung?

Erkennt man in der Wirtschaftsverfassung des GG das Ziel, die Divergenz zwischen sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Handlungsfreiheit zu einem Ausgleich zu bringen, so liegt es nahe, die Soziale Marktwirtschaft als Programm zur Überwindung des klassischen Liberalismus in Erwägung zu ziehen³⁾. Auch hier geht es nämlich darum, das Prinzip der persönlichen Initiative nicht nur für den Nutzen aller fruchtbar zu machen, sondern das Allgemeinwohl, den sozialen Ausgleich gegenüber der wirtschaftlichen Freiheit zu

1) Vgl. Leibholz, G., Strukturprobleme S. 132 ff.

2) Hayek, F.A., Der Weg zur Knechtschaft S. 123.

3) Die Abgrenzung zum Ordoliberalismus siehe bei Blum, R., a.a.O., S. 116 ff.

behaupten. Die Marktwirtschaft gilt zwar als Basis für persönliche Verantwortung bei Freiheit¹⁾, gleichzeitig bedarf sie jedoch gezielter Maßnahmen zu ihrer Erhaltung und Steuerung. Das Beiwort "sozial" bedeutet vor allen Dingen: Mängel der Wettbewerbswirtschaft ausschalten²⁾, gerechte Einkommensverteilung, Einbau entsprechender Stabilisatoren für sozialen Ausgleich und Sicherheit, Gesellschaftspolitik, um den einzelnen - ungeachtet der wirtschaftlich notwendigen Interessengegensätze - in die freie Ordnung als Menschen zu integrieren³⁾. Die soziale Marktwirtschaft erstrebt eine stilhafte Koordination zwischen den Lebensbereichen des Marktes, des Staates und der gesellschaftlichen Gruppen. Sie ist ein dialektischer Begriff auch in bezug auf ihr Wertfundament, das nicht auf einer einzigen Weltanschauung ruhen kann, sondern dem religiösen Pluralismus Rechnung tragen muß⁴⁾.

Insofern wäre die Idee der Sozialen Marktwirtschaft mit der wertgebundenen Geöffnetheit der Wirtschaftsverfassung des GG kompatibel. Die Soziale Marktwirtschaft würde letztlich auch nur einen Rahmen darstellen, kein fertiges Konzept, innerhalb dessen für die verschiedenen Wirtschaftszweige unterschiedliche Teilordnungen verwirklicht werden könnten⁵⁾. Der Grundgedanke, daß die Marktwirtschaft als dominierendes Bauelement der Wirtschaftsordnung die einzige Gewähr für eine allzeitige, nicht visionär zukünftige Entfaltung der Person im Wirtschaftsleben bietet, sieht sich ebenfalls in Übereinstimmung mit dem Menschenbild des GG.

Nipperdeys These, die Wirtschaftsverfassung der Sozialen Marktwirtschaft sei im GG enthalten⁶⁾, kann jedoch trotzdem

1) Vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 238.

2) Mit dem Vorhaben, daß bereits die Orientierung der Produzenten an den subjektiven Konsumentenbedürfnissen, die Anstachelung zur Produktivität durch Wettbewerb, eine soziale Leistung darstellt.

3) Vgl. Müller-Armack, A., a.a.O., S. 245.

4) Vgl. ebenda.

5) Vgl. Erlinghagen, P., Der Streit um die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik, in: Festgabe für H. Herrfahrdt, 1961, S. 7.

6) Vgl. Nipperdey, H.C., Soziale Marktwirtschaft und GG; denselben, Die Soziale Marktwirtschaft in der Verfassung der Bundesrepublik, in: WuW, Jg. 1954, Heft 4, S. 221 ff.; derselben Ansicht: Reinhardt, R., Wo liegen für den Gesetzgeber die Grenzen, gemäß Art. 14 des Bonner Grundgesetzes über Inhalt und Schranken des Eigentums zu bestimmen? in: Reinhardt-Scheuner, Verfassungsschutz des Eigentums, 1954, S. 1 ff.

nicht zugestimmt werden. Erstens fehlt in seinen Begründungen bezeichnenderweise Art. 15, der dem Gesetzgeber die Befugnis einer Substitution privaten Produktivvermögens durch Gemeinschaftseigentum verleiht. Eine oberflächliche Beschäftigung mit dem als bedeutungslos eingestuften Sozialisierungsartikel berechtigt noch nicht, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zu befürworten, zumal dessen Apologeten immer wieder den Eindruck vermitteln, als sollte das Privateigentum an Produktionsmitteln beibehalten werden¹⁾.

Zweitens steht der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft - will man ihn nicht zu weit fassen - unter dem parteipolitischen Zeichen der CDU, nach dem sich die Wirtschaftspolitik der BRD seit 1948 (bis 1967)²⁾ zu einer Gesamtkonzeption entwickelte. Besonders ihre geistigen Väter, A. Müller-Armack und L. Erhard, machten das Programm der Sozialen Marktwirtschaft zur wirtschaftspolitischen Grundlage im ersten und zweiten Bundestag³⁾.

Ehmke⁴⁾ weist zu Recht darauf hin, daß eine parteipolitisch entstandene Ausformung der Wirtschaftsordnung nicht zum Leitfaden der Verfassungsexegese werden kann. Genausogut könnte dann das Godesberger Wirtschaftsprogramm der SPD als Wirtschaftssystem der "mixed economy" des "sozialistischen Wettbewerbs" oder der "Planwirtschaft der leichten Hand" zur gültigen Wirtschaftsverfassung erhoben werden (oder ein FDP-Programm der neoliberalen Marktwirtschaft).

8. Kapitel: Die Eigentumsordnung als Grundentscheidung für die Organisation der Wirtschaft

Die Beschäftigung mit der Wirtschaftsverfassung des GG hat gezeigt, daß vor allem eine bipolare Eigentumsordnung es

1) Vgl. Blum, R., a.a.O., S. 109.

2) Abgelöst von der Schiller'schen Konzeption einer bewußten, instrumentell abgestimmten Globalsteuerung der Makrogrößen (vgl. Schiller, K., Marktwirtschaft mit Globalsteuerung, in: BWMI, Texte, Reden zur Wirtschaftspolitik, Bd. 1, 1968, S. 39 ff.).

3) Vgl. Müller-Armack, A., Artikel "Soziale Marktwirtschaft", in: HdSW, Bd. 9, 1956, S. 390 ff.

4) Vgl. Ehmke, H., Wirtschaft und Verfassung S. 22.

verwehrt, e i n e ordnungspolitische Konstruktion der Wirtschaft als allein maßgebend herauszustellen. Da unsere Verfassung mit Art. 14, dem Privateigentum und Art. 15, dem Gemeineigentum, zwei Eigentumsbegriffe enthält, die von unterschiedlichen Wertvorstellungen ausgehen, ist es nötig, sich zunächst Klarheit über den Inhalt dieser beiden Grundrechtsartikel zu verschaffen, um von hier aus Rückschlüsse auf die ordnenden Prinzipien der Wirtschaft zu ziehen, in die wiederum Demokratisierungsbestrebungen zu integrieren wären; denn die Eigentumsordnung verteilt nicht nur die Entscheidungskompetenzen im Willensbildungsprozeß des Unternehmens. Sie bildet zugleich den qualitativen Maßstab für den zentralen Planungsgrad bzw. für den Autonomiebereich der Mikrodektionen.

Mit zwei gleichberechtigt nebeneinander stehenden Eigentumsausprägungen wurde im GG - mehr realpolitisch als idealpolitisch - ¹⁾ der Relativität des Eigentumsbegriffes Rechnung getragen, was besagt, daß der soziologisch-rechtliche Sinngehalt des Eigentums nicht unabänderlich feststeht, sondern mit dem angestrebten Wirtschafts- und Sozialsystem variiert. Diese Geöffnetheit der Eigentumsordnung darf nicht dazu verleiten, den Inhalt des Art. 14 diesem Wandel unterzuordnen, so daß schließlich charakteristische Elemente des Art. 15 u.U. mit denen des Art. 14 kongruieren. Wenn schon das GG zwei in ihrer ideellen Struktur so verschiedene Eigentumsartikel aufgenommen hat, so müssen diese als Alternativen verstanden werden. Ihre politische Anwendung auf den Ordnungssektor "Wirtschaft" löst insofern nicht nur formelle Änderungen der Rechtspositionen oder der Unternehmensverfassung aus, sondern lenkt die gesamte Organisation sowie den rechtstechnischen Ablauf der Wirtschaftsbeziehungen und damit Art und Umfang von Demokratisierungswünschen in eine bestimmte Richtung ²⁾.

1) Vgl. auch Hensel, K.P., Problem der Mitbestimmung S. 251.

2) Vgl. S. 60 Fußn. 3.

I. Demokratisierung der Wirtschaft unter Berücksichtigung des Art. 14

1. Der Begriff des Privateigentums

a) Aufschlüsselung der verfassungsrechtlichen Eigentums- garantie

Das GG äußert sich in Art. 14/I lapidar: Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Obwohl der Begriff Eigentum im weiteren nicht mehr präzisiert wird, ist ohne Zweifel, daß der Verfassungsgeber hiermit, den klassischen Grundrechtskatalogen folgend, das *p r i v a t e* Eigentum gemeint hat¹⁾. Diese verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie gliedert sich auf in zwei "Garantiefunktionen":²⁾ die Institutsgarantie, nach der das private Eigentum eine für immer geschützte Einrichtung unserer Sozialordnung ist und die Rechtsstellungsgarantie, welche sich auf sämtliche private vermögenswerten Rechte einer Person erstreckt. Die Rechtsstellungsgarantie des Art. 14 ist bedeutend umfangreicher als § 903 BGB und umfaßt - in unserem Zusammenhang wichtig - auch die Mitgliedschaftsrechte durch Aktienbesitz und sonstigen Gesellschaftsrechte³⁾.

Rechtsstellungs- und Institutsgarantie hängen eng zusammen. "Die Rechtsstellungsgarantie kann nicht weiter reichen, als das Institut des Eigentums es zuläßt und andererseits werden Sinn und Wert der Institutsgarantie danach bestimmt, wieweit sie die Grundlage für eine wirksame Sicherung der konkreten vermögensrechtlichen Rechtsstellung abgibt"⁴⁾.

b) Die Sozialgebundenheit des Privateigentums

Dem Menschen in der Gemeinschaft ist keine Freiheit gegeben ohne Pflicht. So unterliegt der Eigentümer in allen seinen

1) Vgl. Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 9.

2) Vgl. u.a. Maunz, Th., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. I, 3 zu Art. 14, Rdnr. 3, sowie 3b, Rdnr. 4.

3) Vgl. BGHZ 6, 270 (278); Maunz, Th., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. I, 4 zu Art. 14, Rdnr. 32.

4) Weber, W., Eigentum und Enteignung, in: N-N-Sch, Bd. 2, 1954, S. 355.

privaten Vermögensrechten noch vor den positiven Beschränkungen durch Gesetz oder gesetzlich fundierten Verwaltungsakt (dem sog. Regelungsvorbehalt des Art. 14/I) einem allgemeinen sozialen Vorbehalt. Art. 14/II bestimmt nämlich: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Hiermit wird eine überpositive sozialethische Verantwortlichkeit ausgesprochen, der jeder Inhaber einer Eigentümerstellung in einer Gemeinschaft unterworfen ist.

Die in Art. 14/I vorbehaltene und entschädigungslos zugelassene Inhaltsbestimmung des Eigentums durch Gesetz bedeutet die positive Normierbarkeit des Eigentümermachtbereichs. Dahinter steht die Sozialauffassung der öffentlichen Meinung¹⁾, legalisiert durch die grundgesetzlich verankerte Sozialstaatsklausel (Art. 20/I)²⁾, geprägt durch die weitgehende Ablehnung des laissez-faire-Prinzips und zunehmend auf den Plan gerufen durch sozial-relevante kollektive Eigentumsmassierungen bei Verbänden des privaten und öffentlichen Rechts³⁾. In Abkehr vom negativen Freiheitsbegriff der klassisch-liberalen Doktrin und somit auch von einem Eigentumsbegriff der Nichtintervention, obliegt dem Staat "nicht nur die negative Pflicht, sich selbst der eigentumszerstörenden Akte zu enthalten, sondern auch die positive Pflicht, Hüter des privaten Wirtschaftseigentums gegen den Mißbrauch des Eigentums zum Aufbau kollektiver Machtstellungen zu sein"⁴⁾.

Die gesetzliche Festlegung des Inhalts und der Schranken des Eigentums ist nicht Eigentumsentziehung, sondern Eigentumsbindung, die in Form eines allgemeinen Gesetzes die Erhaltung und Entfaltung des sachimmanenten Zweckes gewährleistet⁵⁾. Geht die Maßnahme, die sich formell als Eigentumsbeschränkung ausgibt, materiell so weit, daß das Eigentum in seinem Wesensgehalt vernichtet oder entscheidend beeinträchtigt wird, so liegt keine Eigentumsbindung, sondern eine Teilenteignung vor; indessen gleicht die Entschädigung diese Verletzung der Rechtsstellung monetär wieder aus.

1) Vgl. Ridder, H.K.J., Enteignung und Sozialisierung, in: VVDStRL Heft 10, 1952, S. 136.

2) Vgl. Ballerstedt, K., Wirtschaftsverfassungsrecht S. 53.

3) Vgl. Rapold, M.U., a.a.O., S. 154.

4) Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 11.

5) Vgl. BGHZ 6,270 (289); BVerfGE 17,232 (247).

In Anerkennung der Werthaftigkeit der Grundelemente des Privateigentums i.V.m. rechtsstaatlichen Prinzipien enthält Art. 14/III mehrere Zulässigkeitsvoraussetzungen, die die Exekutive und Legislative davon abhalten, allzu schnell in die Substanz des Privateigentums einzugreifen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie steht unter dem Gesetzesvorbehalt zusammen mit der Junktimklausel, was besagt, daß die Enteignungs- und die Entschädigungsnorm im gleichen Gesetzgebungsakt berücksichtigt werden müssen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht darüber hinaus der ordentliche Rechtsweg offen. Art. 14 gestattet also zwar Eigentumsentziehungen, doch formt Art. 14/III die durch derartige Eigentumsentziehungen in ihrem Kern angegriffene Rechtsstellungsgarantie um in eine Garantie minderen Grades, nämlich in eine Entschädigung. Die Enteignung ist insofern auch keine Ausnahme von der Eigentumsgarantie, sondern deren Bekräftigung in Rücksichtnahme auf ihre originäre wertmäßige Substanz¹⁾.

c) Der Wesensgehalt

Was ist nun aber die Substanz oder das Wesen des Eigentums nach Art. 14, was macht seinen Wertinhalt aus? Hierüber scheint sich das GG in einem Widerspruch zu befinden. Auf der einen Seite bestimmt Art. 14/I,2, daß das, was Eigentum ist, auf dem Wege der Inhaltsbestimmung geregelt wird: Eigentum hätte demnach keinen festen Inhalt. Auf der anderen Seite wird durch Art. 19/II das Grundrecht Eigentum in seinem Wesengehalt geschützt, so daß dem Eigentum ein unwandelbarer Kern unterstellt wird. Ob allerdings Art. 19/II auch für Art. 14 gilt, ist nicht ohne weiteres erwiesen. Art. 19/I bezieht sich nämlich nur auf "Einschränkungen". Enteignungen - jedenfalls die Vollenteignungen - sind nicht Einschränkungen, sondern Entzug bzw. Belastung. Die Inhaltsbestimmung aber konkretisiert erst das Eigentum und schränkt

1) Vgl. auch Dürig, G., Verfassungsrechtliche Eigentumsgarantien, Teil V des Artikels "Eigentum" in: Staatslexikon, 2. Bd., 6. Aufl., 1958, S. 1080.

es in keiner Weise ein. Nun ist jedoch nach h.M.¹⁾ Art. 19/II weiter gefaßt, als Art. 19/I. Art. 19/II verbietet auch solche Angriffe auf das Wesen eines Grundrechtes, die nicht in Form von Einschränkungen i.S. des Art. 19/I erfolgen²⁾. Trotz allem bleibt es dabei, daß das GG den Eigentumsbegriff durch Art. 14/I,2 und Art. 19/II anscheinend widerspruchsvoll charakterisiert hat.

Dieser Widerspruch löst sich indessen, wenn man der Absicht des Verfassungsgebers nachgeht und erkennt, daß diese zu einem Spannungsausgleich zwischen Individual- und Sozialrechten gelangen will. Das Eigentum des einzelnen Staatsbürgers soll einerseits mit einem starken unverbrüchlichen Schutz versehen werden. "Auf der anderen Seite muß die Selbstherrlichkeit der Eigentümer den Bedürfnissen einer modernen staatlichen Gemeinschaft angepaßt werden"³⁾. Das bedeutet, daß die elementaren Rechte des Eigentümers, der Kern seiner Rechtsstellung unangetastet bleiben muß, während der Gesetzgeber in den Bereich außerhalb dieses elementaren Kernes, der grundsätzlich auch dem Eigentümer untersteht, ordnend und gestaltend über die Inhaltsbestimmung eingreifen kann. Art. 14/I,2 ermächtigt demnach zwar zur Inhaltsbestimmung im Sinne eines Auftrags zur Ausgestaltung des Eigentums, ist aber nicht Bestimmung dessen, was in Art. 14/I,1 verfassungsmäßig garantiert ist⁴⁾.

Die hiermit vertretene These von einem absoluten Herrschaftsrecht als unveränderlichem Ausgangspunkt des Art. 14, entspricht dem statischen Eigentumsbegriff⁵⁾. Nach ihm ist die

1) Vgl. z.B. Krüger, H., Der Wesensgehalt der Grundrechte i.S. des Art. 19 GG, in: DÖV 1955, Heft 19, S. 599; Mangoldt, H.v., Klein, F., a.a.O., S. 433.

2) Vgl. Boehr, G., Die volle betriebliche Mitbestimmung und ihre rechtliche Einordnung in Art. 14 und 15 BGG unter besonderer Berücksichtigung des Wesens des Eigentums, Diss. Marburg 1962, S. 21 f.

3) Vgl. ebenda, S. 23.

4) Vgl. Hesse, K., Grundzüge S. 169 f.

5) Zum verschiedenen "Vorverständnis" des Eigentums vgl. Schwerdtfeger, G., a.a.O., S. 219 ff.; Raiser, L., Zur Eigentumsgarantie des Grundgesetzes, in: AÖR, Bd. 78, 1952/53, S. 118; Kaser, M., Das römische Privatrecht, 1. Abschnitt, 1955, S. 340 ff.

primäre Situation des Eigentümers die eines Machtverhältnisses zu einem z.B. hergestellten Gegenstand, nicht die Folge von Rechten, welche die bestehende Rechtsordnung dem Eigentümer im einzelnen zubilligt. Absolutes Herrschaftsrecht bedeutet: von keinem anderen abhängig und die Möglichkeit, alle Rechte geltend machen zu können, die aus dem Gegenstand entstehen. Diese einzelnen Rechte werden aus dem ursprünglich vorgegebenen absoluten Herrschaftsrechtsverhältnis deduktiv abgeleitet und nicht aus der positiven Rechtsordnung. Die formale Kategorie des abstrakt absoluten Herrschaftsrechtes sagt allerdings noch nichts aus über die konkreten einzelnen Rechtsverhältnisse, die auszuüben der Träger des Eigentums befugt ist. Als Mitglied der menschlichen Gesellschaft unterliegt der jeweilige Rechtsträger vielmehr bestimmten sozialen Bindungen, die es ihm - schon aus eigenem Interesse - verwehren, sämtliche Rechte geltend zu machen.

Demgegenüber ist man insbesondere im Staatsrecht den Weg des funktionellen Eigentumsverständnisses gegangen. Hier wird das absolute Herrschaftsrecht als Ausgangspunkt gelehnt und das Eigentum als Summe der Rechte anerkannt, welche die Rechtsordnung mit Rücksicht auf die vorliegenden allgemeinen sozialen Verhältnisse dem Inhaber der Eigentümerstellung auszuüben gestattet. ... "Eigentum und Vermögen geben von vorneherein nicht mehr her, als ihnen die im Recht ausgeformte Sozialordnung überhaupt an Inhalt und Möglichkeiten zuerkennt" ¹⁾.

Man muß nicht der Naturrechtslehre zustimmen, wenn man diesen funktionellen Eigentumsbegriff ablehnt. Es gibt für diese Ablehnung ebensogut Gründe, die der Auffassung entstammen, daß der Eigentumsbegriff dem menschlichen Geist entsprungen ist und genau das besagt, was er nach Meinung seiner Schöpfer bedeuten soll. Insofern sind sowohl der statische als auch der funktionelle Eigentumsbegriff für sich "richtig", weil beide ein geschlossenes System abgeben können und weil beide Eigentumsbegriffe bei gleicher sozialer

¹⁾ Weber, W., Eigentum und Enteignung S. 347 f.; vgl. auch BVerfGE 20, 351 (355 f.); Sellschopp, H., Enteignung und Entschädigung in der Bodenreform, Zeitschrift für das gesamte Siedlungswesen, 1952, S. 46 ff.

Bindung das gleiche Maß an Rechten zur Ausübung gewähren. Abzulehnen ist der funktionelle Eigentumsbegriff deshalb, weil das Eigentum in unserer Rechtsordnung als absolutes Herrschaftsrecht eingefügt wurde, auch wenn die konkreten Rechte im Einzelfalle lange nicht einen so weiten Bereich umspannen. Dieser, vor allem im bürgerlichen Recht fundamentale Ausgangspunkt eines absoluten Herrschaftsrechtes, dem historisch klar überlieferten Rechtsinstitut ist auch durch das GG mit Schaffung des Art. 14 kein veränderter Gehalt gegeben worden¹⁾. Sicher ist die Stärke der sozialen Bindung des Eigentums immer ein heiß umstrittener Punkt gewesen, aber die Erhaltung eines systematischen Ausgangspunktes des privaten Eigentumsbegriffes ist notwendig zur Erhaltung eines einheitlich individual orientierten Rechtssystems, nicht zum Zwecke einer insgesamt konsistenten Rechtsordnung, sondern um vor allen Dingen einen Beurteilungsmaßstab geistig ideeller Natur zu besitzen, nach dem staatliche Eingriffe und Gestaltungsakte in die Wirtschaftsordnung in ihrer Tendenz sichtbar gemacht werden können.

Hinzu kommt, daß Art. 19/II erst dann Leben gewinnt, wenn man eben dieses Eigentum nach Art. 14 spezifiziert, d.h. apriorisch feststehende Charakteristika und Wertvorstellungen seines Inhalts anerkennt. Legt man Art. 14 den statischen Eigentumsbegriff zugrunde, so steht der Inhalt dieses Eigentums als formale Kategorie (absolutes Herrschaftsrecht) fest, sein Wesen bleibt historisch unverändert und Art. 19/II

1) Vgl. z.B. Weber, W., Eigentum und Enteignung, S. 333: Das Anliegen der französischen Déclaration des droits de l'homme et du citoyen (1789), der Paulskirchenverfassung (1849), der Preußischen Verfassungsurkunde von 1850, der Weimarer Reichsverfassung von 1919 ist der Schutz des Eigentums als Rechtsinstitut, sowie der Schutz der subjektiven Berechtigung des einzelnen Eigentümers. Vgl. auch Kaiser, J.H., Verfassungsrechtliche Eigentums-gewähr, Enteignung und Eigentumsbindung in der Bundesrepublik Deutschland, 1960, S. 7; Raiser, L., Disk. Beitr. zu Enteignung und Sozialisierung, in: VVDStRL Heft 10, Berlin 1952, S. 158: "Die Verfassung hat in ihrem Grundrechtsteil in fast reaktionär zu nennender Weise den Gedanken der Freiheit des Einzelnen herausgestellt und sich um die Sicherung dieser individuellen Freiheitssphäre bemüht. In diesen Zusammenhang gehört auch die traditionelle Eigentumsgarantie des Art. 14".

verbietet es, die Ausübung der daraus fließenden Rechte im Einzelfalle soweit einzuschränken, daß die elementaren Charakteristika des Eigentums nicht mehr zur Entfaltung kommen.

Was ist nun aber der materielle Inhalt des formal-abstrakten absoluten Herrschaftsrechtes, was kennzeichnet das Wesen, die typischen Grundzüge des Eigentums nach Art. 14?

Die Lösung dieser Frage des Wesens des Eigentums nach Art. 14 ist verbunden mit der Absicht einer werterfüllten Interpretation. Dieses Vorgehen - abseits sog. "wertfreier" Kriterien (Natur der Sache, Zweckmäßigkeit, sachlicher Anlaß und Grund, transitorische Ausformung durch die positive Rechtsordnung) - ist aus dem eingangs erwähnten Grund abzuleiten, daß das GG nicht nur eine Eigentumsordnung kennt und deshalb der Versuch eindeutiger Abgrenzungen unternommen werden muß.

Um dem Wesen des Eigentums auf die Spur zu kommen, bieten sich in erster Linie die Enteignungstheorien an. In ihnen müssen nämlich die entschädigungslosen Inhaltsbestimmungen von den entschädigungspflichtigen Enteignungen abgetrennt werden, woraus zu erwarten ist, daß Aussagen über den unantastbaren Kern des Eigentums gemacht werden.

Die Beschäftigung mit den Enteignungstheorien gibt jedoch zum größten Teil unbefriedigende Antworten, wenn es um die Herausschälung der wesentlichen Substanz des Eigentums geht¹⁾. Das gilt sowohl für die Einzelakttheorie²⁾, die Zumutbarkeits-theorie³⁾, die Schutzwürdigkeitstheorie⁴⁾, die Substanzminderungstheorie⁵⁾ und die Zweckentfremdungstheorie⁶⁾. Einen

1) Vgl. dazu allgemein Weber, W., Enteignung, in: HdSW, Bd. 3, 1961, S. 227 ff.; Wolff, H.J., Verwaltungsrecht, 7. Aufl., Bd. 1, 1968, S. 424 ff.; Landmann, H., Giers, W., Proksch, E., Allgemeines Verwaltungsrecht, 3. Aufl., 1964, S. 185 ff.

2) Vgl. BGHZ, 6, 270 ff. (das formale Merkmal des Einzeleingriffs wurde allerdings in der Rechtsprechung des BGH durch Einbeziehung des Gleichheitssatzes und anderer sachlicher Kriterien laufend verfeinert); vgl. auch Diester, H., Enteignung und Entschädigung nach altem und neuem Recht, 1953, S. 90 ff.

3) Vgl. Stödter, R., Über den Enteignungsbegriff, DÖV, 1953, S. 97 ff. u. S. 137 ff.

4) Vgl. Jellinek, W., Verwaltungsrecht, 3. Aufl., 1931, S. 413 ff.

5) Vgl. Schelcher, W., Gesetzliche Eigentumsbeschränkung und Enteignung, in: AÖR 18 (1930), S. 321 ff.

6) Vgl. Forsthoff, E., Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1. Bd. 9. Aufl., 1966, S. 318; denselben, Anmerkung zur Rechtsprechung des BGH über Art. 14 GG, in: JZ 1952, Nr. 20, S. 627 f.

anderen Weg gehen E.R. Huber¹⁾, Horn²⁾ und Reinhardt³⁾. Auf die Funktion des Eigentums im Wirtschaftsleben abstellend, kommt z.B. Reinhardt zu dem Ergebnis, daß das Eigentum nach Art. 14 eine Erscheinung der individuellen Freiheit der Persönlichkeit ist, die dem Menschen Möglichkeiten selbstbestimmter und selbstverantwortlicher⁴⁾ Gestaltung wirtschaftlicher Entscheidung verleiht⁵⁾. Der privaten Initiative und dem privaten Interesse, nicht einem übergeordneten Gemeinschaftsinteresse, schreibt das GG maßgebliche Bedeutung zu. Dem entspricht als Triebkraft für die Ingangsetzung und Gestaltung des Wirtschaftsprozesses nach Reinhardt das Prinzip der Privatnützigkeit⁶⁾. Und dies ist es auch, was den Charakter des absoluten Herrschaftsrechtes des Privateigentums in einer von der Privatrechtsordnung durchwirkten Wirtschaft darlegt. Das Privatnützigkeits-Prinzip als Wesen des Eigentums besagt nichts anderes, als daß jenes absolute Herrschaftsrecht des Privateigentums typischerweise so ausgeübt werden kann, wie es dem privaten Nutzen der Eigentümer am meisten dient. Wohlgemerkt ist nur das **P r i n z i p** der Privatnützigkeit das Wesen des Eigentums nach Art. 14. Eingriffe in den privaten Nutzenbereich des Eigentums zum Zwecke seiner sozialverpflichteten Ausformung durch den Gesetzgeber, stellen nicht notwendigerweise Eingriffe in das Wesen des Eigentums dar⁷⁾. Dem Eigentümer an Produktionsmitteln darf jedenfalls grundsätzlich nicht verwehrt werden, die Fortführung seines Betriebes nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betreiben⁸⁾. Dafür trägt er auch das Risiko, für die Fehler seiner ökonomischen Ent-

1) Vgl. Huber, E.R., WVR, Bd. II, S. 8 ff.

2) Vgl. Horn, J., Die Abgrenzung von Enteignung und Eigentumsbindung, Diss. Hamburg 1955.

3) Vgl. Reinhardt, R., a.a.O., S. 1 ff.

4) Dem Risiko des Eigentumsverlustes kommt hier eine wichtige erzieherische Funktion zu.

5) Vgl. BVerfGE 24, 367 (400); siehe dazu auch Biedenkopf-Gutachten S. 173: "Privates Eigentum und persönliche Freiheit in allen Lebensbereichen stehen in einem untrennbaren Zusammenhang".

6) Vgl. Reinhardt, R., a.a.O., S. 14.

7) Vgl. Boehr, G., a.a.O., S. 51.

8) Vgl. Reinhardt, R., a.a.O., S. 22.

scheidungen voll oder begrenzt eintreten zu müssen¹⁾.

Dieses Ergebnis bedarf noch einer kritischen Erläuterung. Wenn das durch Art. 14/I gewährleistete Eigentum in seiner personenhaften Bezogenheit als Freiheitsraum gesehen wird, so ist damit unabdingbar die Auflage verbunden, daß die Eigentumsordnung möglichst allen eine Teilhabe an den Gütern eröffnet. Vom Leistungsprinzip herkommend wird man die Forderung nach gleichen Startbedingungen der Konkurrenten stellen müssen, wobei sich die Konkurrenz nicht nur auf die Unternehmen untereinander, sondern - einen Schritt zurück - auf alle an der Produktion beteiligten Personen zu erstrecken hätte. Nur wenn Eigentum anerkanntermaßen gleichmäßig oder ungleichmäßig verteilt ist, verdient es die Würdigung, ein brauchbares Instrument zum Schutz und Ausgleich privater Interessen zu sein. Nur dann gewinnt die Freiheit in der Betätigung privater Interessen vom Gedanken des Rechts her ihren tieferen Sinn, nämlich über den Interessenausgleich unter Individuen hinaus auf eine Verminderung der Spannungen im gesellschaftlichen Raum einzuwirken²⁾. Ob allerdings eine marktwirtschaftliche Ordnung mit Privateigentum an Produktionsmitteln und staatlichen Lenkungen im Rahmen der Inhaltsbestimmung diesem Freiheitsbegriff des GG besser zu entsprechen vermag, als etwa eine marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialistischen Formen der Produktion, ist eben der umstrittene Punkt, der auch unseren Überlegungen problemhaft zugrunde liegt. Voreilig wäre es jedenfalls, dem Freiheitsspielraum des privaten Interesses der Produktionsmittel-Eigentümer einen Eigenwert beizumessen und schädliche Auswirkungen aus dieser exegetischen Symbiose auf den Freiheitsbereich anderer Wirtschaftssubjekte bzw. der Staatsbürger insgesamt als zweitrangig zu behandeln. Die Eigentumsgarantie des Art. 14 enthält nicht nur eine individualrechtliche, sondern ebenso

1) Im Gegensatz zu Streissler, E. (Privates Produktiveigentum - Stand und Entwicklungstrends der Auffassungen in kapitalistischen Ländern, 1970, S. 97 ff.) sehen wir das Wesen des produktiven Privateigentums nach Art. 14 nicht in der Risikozurechnung. Generell vermag nämlich Gemeineigentum, sofern es marktwirtschaftlichen Entscheidungsmechanismen ausgeliefert ist, mit Konkursrisiko ausgestattet werden.

2) Vgl. Reinhardt, R., a.a.O., S. 15 f.

eine ordnungspolitische Komponente, welche im Konfliktfalle auch einmal den Vorrang genießen kann. "Das bedeutet, daß das Eigentum auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten umso weniger schutzwürdig sein dürfte, je mehr es sich von der dargestellten Funktion, das menschliche Existenzminimum und darüber hinaus die Freiheit des einzelnen zu sichern, entfernt, und überwiegend der Expansion menschlichen Machtstrebens dient"¹⁾.

Aus dieser Warnung heraus empfängt das Privatnützigkeitsstreben alles andere als eine egoistische Zielsetzung²⁾, da es auf die Dauer nur vor dem Freiheitsempfinden aller Menschen seine Existenz zu verantworten imstande ist³⁾. Der primär moralische, zur fakultativen Befolgung erlassene Appell an die Person des Eigentümers erhält seinen unabwiesbaren Richter durch die demokratische Wahlfreiheit⁴⁾ in Verbindung mit der verfassungsrechtlich offengelassenen Frage, mit welcher Eigentumsordnung Art. 2 GG am besten zu verknüpfen sei.

Dementsprechend erscheint es vorteilhafter, das Privatnützigkeits-Prinzip, als das Wesen des Eigentums, nicht aus Art. 2,

1) Maunz, Th., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. I, 4a zu Art. 14, Rdnr. 9.

2) Spätestens nach dem Scheitern des Glaubens an eine "prästabilisierte Harmonie" ist der Wirtschaftseigentümer aus seiner individualistischen Isolation gelöst worden und direkt auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft hingewiesen worden. Vom sozialistischen Eigentum trennt den Privateigentümer jedoch immer eines: die Pflicht zur unmittelbaren Berücksichtigung des Gemeinschaftsinteresses.

3) "Dies ist ein Stück der sozialen Hypothek, die heute auf jedem Unternehmen in mehr oder weniger großem Ausmaß lastet..." (Reinhardt, R., a.a.O., S. 22).

4) Vgl. Simson, W.v., a.a.O., S. 21 f.

sondern allein aus Art. 14 abzuleiten¹⁾.

2. Die Soziale Marktwirtschaft als mögliches korrespondierendes Ordnungskonzept

Abstrahiert man von Art. 15 und betrachtet man Art. 14, das Privateigentum, in Verbindung mit den übrigen 17 Grundrechtsartikeln, so kann der Schluß gezogen werden, die Verfassung habe sich implicite für ein neoliberales Wirtschaftsmodell entschieden. Dabei muß mindestens zwischen drei liberalen Strömungen der Nachkriegszeit unterschieden werden²⁾. Die eine, die sich nur wenig vom herkömmlichen "laissez-faire-Liberalismus" entfernt hat, ließe sich mit von Mises³⁾ und Hayek⁴⁾ kennzeichnen. Den anderen Pol bildet der Ordoliberalismus⁵⁾ und dazwischen bewegt sich, vor einem "realpolitischen" Hintergrund⁶⁾, die Soziale Marktwirtschaft⁷⁾. Indem das theoretische, insbesondere von Müller-Armack herausge-

1) Bemerkenswerterweise vermeidet sogar E. Streissler (vgl. a.a.O., S. 119, Fußn. 13) als Klassisch-Liberaler eine Fundierung des Eigentums im Wert der menschlichen Freiheit.

Unser Resultat weicht insofern von Reinhardt ab, als dessen Meinung nach Art. 2 und Art. 14 in einem sich ergänzenden und unabdingbaren Verhältnis zueinander stehen (vgl. vor allem Reinhardt, R., a.a.O., S. 24 f.; ebenso Scheuner, U., Grundlagen und Art der Enteignungsentschädigung, in: Reinhardt-Scheuner, Verfassungsschutz des Eigentums, 1954, S. 115).

Auch Boehr, G. (a.a.O., S. 44) kann nur mit Vorbehalt zugestimmt werden. Zwar ist es richtig, wenn er eine durchgehende Linie zwischen Art. 2, der Marktwirtschaft und dem Privateigentum ablehnt. Eine sozialistische Wirtschaft als Alternative hinzustellen, ist in diesem Zusammenhang jedoch nur dann legitim, wenn man diese hinreichend definiert, wenn insbesondere Umfang und Art der "neuen" Freiheit (bei evtl. Abschaffung der Marktwirtschaft) mit Art. 2/I erneut konfrontiert werden.

2) Vgl. Dürr, E.W., Wesen und Ziele des Ordoliberalismus, 1954, S. 5; Blum, R., Soziale Marktwirtschaft S. 38 ff.

3) Vgl. z.B. Mises, L., Interventionismus.

4) Vgl. z.B. Hayek, F.A., Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, 1954.

5) Vgl. insbesondere Böhm, Eucken, Miksch, Röpke.

6) Vgl. Blum, R., a.a.O., S. 122.

7) Neuerdings werden jedoch auch Stimmen laut, welche das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft eher zwischen Ordoliberalismus und freiheitlichem Sozialismus ansiedeln.

arbeitete Konzept der Sozialen Marktwirtschaft¹⁾ in starkem Maße in den Einfluß politischer Kräfte gelangte, traten seine Konturen zum traditionellen Liberalismus bzw. zum Ordoliberalismus nicht immer deutlich genug hervor. Dazu kommt, daß der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" nur allzugerne von allen an einer Neuordnung der Wirtschaft interessierten Personen oder Gruppen in eigener Sinngebung interpretiert wurde²⁾. Vor allem die Rolle des Staates, Umfang und Art staatlicher Lenkung des Wirtschaftsprozesses und Stellungnahmen zum Institut des Privateigentums im Bereich der Produktion blieben auf die Dauer nicht widerspruchsfrei³⁾. Schließlich kommt es auch vor, daß sich unversehens Ziele der Sozialen Marktwirtschaft mit solchen des freiheitlichen Sozialismus treffen⁴⁾, was wiederum nur zeigt, wie wenig es im sozialwissenschaftlichen Bereich "bruchartige Entwicklungen" gibt, vielmehr die Übergänge fließend sind, weil sich die geistige Wirklichkeit jeglicher Schematisierung widersetzt⁵⁾. Dennoch bleiben der Grundgedanke und ideelle Ausgangspunkt der Sozialen Marktwirtschaft klar ersichtlich⁶⁾. Ihre geistigen Wurzeln reichen zurück bis in die klassisch liberale Nationalökonomie⁷⁾; als Gegengewicht gegen den "sozialistischen Zeitgeist"⁸⁾ wurde sie nach dem 2. Weltkrieg ins Leben gerufen. Bereits hieraus läßt sich eine enge Verknüpfung mit dem Privateigentum vermuten. Eine Distanzierung der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber dem klassischen Eigentumsverständnis ist allerdings unverkennbar, was jedoch nur ein Beweis dafür ist, daß die Eigentumsposition des GG den wirtschafts-

1) Vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung; Nipperdey, H.C., Soziale Marktwirtschaft und GG; vgl. auch Giersch, H., Allgemeine Wirtschaftspolitik, 1. Bd., 1960, S. 188 ff.; Seraphim, H.J., Theorie der Allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, 2. Aufl., 1963.

2) Vgl. Coester, F., Soziale Marktwirtschaft, in: Staatslexikon, Bd. VII, 1962, S. 232 f.

3) Vgl. z.B. über eine Verstaatlichung von Monopolindustrien: Rüstow, A., Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in: Ordo, Bd. 2, 1949, S. 134; vgl. auch Blum, R., a.a.O., S. 123.

4) z.B. in der Anti-Monopolpolitik.

5) Vgl. Blum, R., a.a.O., S. 120.

6) Vgl. Mötteli, C., Licht und Schatten der Sozialen Marktwirtschaft, 1961, S. 40 ff.

7) Vgl. Rasch, H., Grundfragen der Wirtschaftsordnung, 1948, S. 146 ff.

8) Vgl. Blum, R., a.a.O., S. 90.

politischen Vorstellungen der Sozialen Marktwirtschaft entgegenkommt.

Art. 14 nämlich ist durch eine Regelung charakterisiert, die individualistische wie soziale Gesichtspunkte zur Geltung bringt. Dominierend ist dabei, sowohl was den Gebrauch der Produktionsmittel, als auch die Verwendung und den Verbrauch des konsumtiven Eigentums anbetrifft, die Vorstellung eines persönlich gutdünkenden Handlungsspielraums, eines negativen Freiheitsrechtes gegenüber der Staatsgewalt, welches seine prinzipielle Ausprägung nicht durch Allgemeinwohl-Vorschriften erhält, sondern durch individuelle Nutzenerwägungen. Trotzdem stehen diese individuellen Nutzenvorstellungen nicht im freien Raum. Sie werden ausgeformt durch externe Rahmenbedingungen, die zugrunde liegende Wirtschaftsordnung, die öffentliche Meinung und sittliche Werte, die das Handeln der Wirtschaftseigentümer mehr oder weniger stark beeinflussen.

Inwieweit der Gestaltungsspielraum der Produktiveigentums-Verwendung in der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch autonom genannt werden darf, sei hier nur als Zweifel angedeutet. Denkt man an das umfangreiche Miet-, Arbeits- und Baurecht, so wird die private Verfügungsgewalt durch öffentlich-rechtliche Schranken fast völlig beseitigt¹⁾. Ähnliche Befürchtungen werden hinsichtlich einer perfektionierten quantifizierten Globalsteuerung geäußert²⁾. Schließlich nehmen auch echte unternehmerische Einzelentscheidungen, bedingt durch mannigfache Kooperation und Verflechtung, immer mehr ab. "Sie sind Schlußfolgerungen aus ermittelten oder für richtig gehaltenen Tatsachen und aus Konstellationen, die unterhalb jeder bewußten Entscheidungsebene durch spontanes, vielfältiges, zunächst unkontrollierbares Handeln und Geschehen herbeigeführt worden sind"³⁾.

1) Vgl. Reissmüller, H., a.a.O., S. 139.

2) Vgl. Dürr, E., Führt Globalsteuerung zur Totalsteuerung? in: Die Freiheit erhalten! Wirtschaftstag der CDU/CSU 1969, Protokolle S. 95 ff.

3) Simson, W.v., a.a.O., S. 36.

Über das Absterben der Unternehmerfunktion siehe auch Schumpeter, J.A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 1960, S. 213 ff.

Wenngleich also die faktische Entwicklung die private risikant-revolutionäre Initiative und die subjektive Freiwilligkeit des Unternehmers sehr in Frage stellt, so sind doch beide theoretisch in Art. 14 enthalten. Aus dieser Feststellung heraus fällt eine Verbindung mit dem von Müller-Armack 1946 entworfenen theoretischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft nicht schwer. Ebenso wie im Inhalt des verfassungsrechtlichen Privateigentumsbegriffes überwiegt auch hier der liberalistische Freiheitsgedanke¹⁾ den sozialistisch positiven Freiheitsbegriff mit seiner mehr überindividuellen direkten Orientierung am Gemeinwohl²⁾. Innerhalb dieser Gewichtsverteilung bezieht sich der irenische Ordnungsgedanke auf den Ausgleich des Konfliktes zwischen persönlicher Freiheit, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicherung und wirtschaftlichem Wachstum³⁾.

Die persönliche Freiheit aller wird dabei nach Ansicht der Vertreter einer Sozialen Marktwirtschaft dann am zuverlässigsten garantiert, wenn die Machtmittel sowohl in der Politik (gemäß der Lehre Montesquieu's) als auch in der Wirtschaft aufgeteilt sind⁴⁾. Wirtschaftspolitische Maßnahmen hierfür bewegen sich primär im Bereich der Wettbewerbspolitik, wobei der Wettbewerb nicht als Naturereignis, sondern als "Veranstellung der Rechtsordnung"⁵⁾ aufgefaßt wird. Wichtig für die

1) Vgl. Blum, R., a.a.O., S. 94; Preiser, E., Die soziale Problematik der Marktwirtschaft, 1951, S. 5; Mütteli, C., a.a.O., S. 55: Das Subsidiaritätsprinzip wird als taugliches Richtmaß betrachtet, nach dem der Freiheit der Primat eingeräumt wird und die Bindung sich auf das die Freiheit Gefährdende bezieht.

In erster Linie ist hier an den Liberalismus eines D. Hume, A. Smith, E. Burke, I. Kant, F.v. Schiller, W.v. Humboldt, A. de Tocqueville gedacht, weniger an den eines Rousseau, Voltaire und Condorcet, welche im Geiste eines konstruktivistischen Rationalismus "anstatt Beschränkung der Regierungsgewalt zu fordern, die unbeschränkte Gewalt der Mehrheit zum Ideal erhoben". (Hayek, F.A., Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, in: Ordo, Bd. XVIII, 1967, S. 1.

2) Vgl. auch S. 237 f.

3) Vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 299.

4) Die Aufhebung ökonomischer Machtpositionen führt nach Müller-Armack (Wirtschaftslenkung S. 69) zu einer Versachlichung und Entpolitisierung des Wirtschaftslebens, was sich auch auf die politische Einflußnahme der Interessengruppen versachlichend auswirken soll.

5) Böhm, F., Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, 1937, S. 120; vgl. auch Miksch, L., Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl. 1947, S. 12.

gedankliche Einordnung der Demokratisierungsziele "Verhinderung von Machtmißbrauch" oder "Beseitigung der Objektstellung des Arbeitnehmers" ist in diesem Zusammenhang folgendes Resultat: Sofern Monopolstrukturen zu diesen Mißständen beitragen, sollen sie nicht auf dem Wege einer Sozialisierung, sondern durch eine strenge Wettbewerbsgesetzgebung, durch Aufsplitterung von Marktmacht, kurz, durch staatliche Wettbewerbspolitik, beseitigt werden¹⁾. Entgegen der Auffassung des Ordoliberalismus ist nicht in jedem Falle die Annäherung an vollkommene Konkurrenzbedingungen erstrebenswert, sondern die Herstellung eines "leistungsfähigen", "fairen" Wettbewerbs²⁾. Dies ist nicht nur eine Konzession der Sozialen Marktwirtschaft an faktische Realisierungsmöglichkeiten, sondern eine Erkenntnis aus der Entwicklung der Wettbewerbstheorie, wonach eine vollkommene Konkurrenz den Anforderungen einer dynamischen Wirtschaft nicht gerecht wird³⁾. Vielmehr sind gewisse Unvollkommenheiten der Märkte, temporäre Monopolstellungen notwendig, um das Auftreten von kreativen Pionier-Unternehmern⁴⁾ zu ermöglichen, um den Wettbewerb funktionsfähig zu machen. Der praxisnähere Begriff der "workable competition"⁵⁾ ist somit auch zum wettbewerbspolitischen Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft geworden⁶⁾.

Mit einer durch Wettbewerbspolitik angestrebten Freiheit für alle ist unabdingbar das Risiko des Arbeitsplatzes bzw.

-
- 1) Vgl. Müller-Armack, Wirtschaftsordnung S. 281.
Im Gegensatz dazu betont bezeichnenderweise Naphtali, F. (a.a.O., S. 24, S. 36), daß die staatliche Politik der Wettbewerbsförderung nicht das geringste mit Demokratisierung der Wirtschaft zu tun habe.
 - 2) Vgl. Müller-Armack, A., Artikel "Soziale Marktwirtschaft" S. 391; Nipperdey, H.C., Soziale Marktwirtschaft und Grundgesetz S. 38 ff.
 - 3) Vgl. Hayek, F.A., Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, 1952, S. 126 ff.
 - 4) Vgl. Schumpeter, J.A., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl., 1952, S. 100 f.
 - 5) Siehe in erster Linie Clark, J.M., Towards a Concept of Workable Competition, in: AER, Vol. 30, 1940, S. 241 ff.; Edwards, C.D., Maintaining Competition, 1949; Kantzenbach, E., a.a.O.; mit Literaturangaben vgl. auch Görgens, E., Wettbewerb und Wirtschaftswachstum, 1969, S. 29 ff.
 - 6) Vgl. Günther, E., Wandlung des Wettbewerbs? in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 25, 1966, S. 10 ff.

des Vermögens verbunden. Wettbewerb wird hiermit zum Instrument einer dynamisch offenen Gesellschaft¹⁾, "das die Gesellschaftsmitglieder nach dem Maße ihrer durch persönliche Leistungen entstandenen Vorrechte in eine Rangordnung bringt"²⁾. Das harmonistische Gesellschaftsmodell mittelalterlichen Ordensdenkens wird abgelöst durch die offene Austragung sozialer bzw. wertbezogener Konflikte, wobei der Wettbewerb Maßstäbe anerkennenswerter Leistung zur Lösung dieser Konflikte anbietet³⁾.

Stimulierende, komparative und insbesondere selektive Eigenschaften der Wettbewerbswirtschaft sind allerdings bei Arbeitnehmern wie Unternehmern gleichermaßen unpopulär. Nicht Risikofreudigkeit, sondern das Streben nach Sicherheit ist das Kennzeichen unserer Zeit⁴⁾. Arbeitsplatzkonservierung und staatliche Sanierung konkursverdächtiger Großunternehmen würden jedoch nicht nur auf lange Sicht das Sozialprodukt mindern, sondern pari passu die staatlichen Sozialleistungen. Sozialisierungen des Risikos über den Staatshaushalt beugen zwar einerseits dem Entstehen sozialer Härten vor. Andererseits versetzen sie aber den Staat in die Lage, direkt planend in die von Strukturkrisen betroffenen Branchen (z.B. per Subventionen) einzugreifen (siehe z.B. den deutschen Kohlebergbau). Solche Eingriffe sind möglichst zeitlich zu begrenzen; denn der Wettbewerb soll primäres Koordinationsprinzip bleiben⁵⁾.

Die Aufrechterhaltung des marktwirtschaftlichen Rahmens impliziert dabei bereits wesentliche soziale Fortschritte, wenn man an die freie Konsum- und Arbeitsplatzwahl denkt⁶⁾. Sieht man in dem Wert des Sozialen⁷⁾ ein Produktivitätsproblem,

1) Vgl. Dahrendorf, R., Gesellschaft und Freiheit S. 85 ff. u. 111.

2) Weinbrenner, P., a.a.O., S. 177 f.

3) Zur sittlich-ethischen Funktion des Wettbewerbs vgl. Küng, E., a.a.O., S. 10 ff. u. 141 ff.

4) Vgl. auch S. 33 f.

5) Vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 244.

6) Vgl. ebenda, S. 252.

7) Eine wissenschaftlich befriedigende Deutung von "sozial" gibt es nicht (vgl. Weinbrenner, P., a.a.O., S. 115 ff.). Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 187: Nichts ist komplexer als der Inhalt des Sozialen. Er umfaßt wirtschaftliche, ethische, soziologische Forderungen, die selbst wieder in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen.

so spricht ebenfalls die historische Erfahrung für ein System der Marktwirtschaft. Durch wirksamen Wettbewerb werden laufend Produktivitätssteigerungen initiiert und erzwungen. Die Allokation der Produktionsfaktoren, die ständige Verbesserung und Erweiterung der Produkte richtet sich aus an der individuellen Bedürfnisstruktur. Neben der Herstellung eines funktionsfähigen Wettbewerbs hat die Wachstumpolitik sich auf die Schaffung der Wachstumsbedingungen zu konzentrieren, die Strukturpolitik die vom Markt bedingten Strukturänderungen durch Anpassungsinterventionen¹⁾ zu erleichtern, die Konjunkturpolitik²⁾ für eine Verminderung der Konjunkturschwankungen zu sorgen³⁾. Gelingt es hierdurch, auf der Grundlage der Marktwirtschaft ein störungsfreies stabiles Wachstum zu realisieren, so ist hiermit einem Aspekt des "Sozialen" Genüge geleistet, nämlich dem ökonomischen Standpunkt der Produktivitätssteigerung.

Marktwirtschaft in diesem Sinne ist ein reines Mittel der Leistungssteigerung, trägt instrumentellen Charakter. Der Markt ist ein sozialetisches Vakuum, ein "überaus zweckmäßiges Organisationsmittel"⁴⁾, das aber nicht ausreicht, die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen. Der Marktmechanismus genügt zunächst nicht per se den Normen einer gerechten Verteilung. "Sozial" offenbart sich hier als Verteilungsproblem, das sich schon in die Konzeption des Wettbewerbsbegriffes einmischt; denn die dem Wettbewerb an sich schon innewohnende Verteilungsfunktion ist um so größer und allgemeiner, "je mehr durch den Wettbewerb einseitige Einkommensbildungen, die aus wirtschaftlicher Sonderstellung herrühren, eingedämmt werden"⁵⁾.

1) Mobilitätsprämien, "Rückzugskredite" u.ä.

2) Bestehend aus Geld-, Fiskal- und Außenhandelspolitik.

3) Vgl. dazu Dürr, E., Probleme der Konjunkturpolitik, 1968.

4) Vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 106.

Erkenntnistheoretisch ist eine Trennung von Produktions- und Verteilungssphäre nicht möglich (vgl. dazu Weisser, G., Ökonomismus S. 21; Albert, H., Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Das ökonomische Argument in der ordnungspolitischen Debatte, 1954, S. 103).

5) Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 245.

Wettbewerb allein, insbesondere der Leistungswettbewerb, entspricht allenfalls teilweise der Idee des Sozialen in der Theorie der Sozialen Marktwirtschaft. "Sozial wird diese Marktwirtschaft...erst dadurch, daß die sich im Produktionsprozeß ergebende 'funktionelle' Einkommensverteilung durch Sozialpolitik in die gesellschaftlich gewünschte 'personelle' Einkommensverteilung umgewandelt werden soll"¹⁾. Erst dann führt auch die Soziale Marktwirtschaft unter dem Aspekt der materiellen Bewegungsfreiheit zu einer Egalisierung der Konsummöglichkeiten, was gleichzeitig dem Demokratisierungselement der Gleichheit (Art. 3) bezüglich der Versorgung der Bevölkerung Ausdruck verleiht²⁾. Dessen ungeachtet bietet der marktwirtschaftliche Einkommensprozeß der Sozialpolitik ein wichtiges Fundament für eine staatliche Einkommensredistribution, "die in Form von Fürsorgeleistungen, Renten- und Lastenausgleichszahlungen, Wohnungsbauzuschüssen, Subventionen usw. die Einkommensverteilung korrigiert"³⁾. Niemals dürfen durch Sozialpolitik die Anreize zu selbständigem Handeln abgetötet werden. Der soziale Fortschritt soll vielmehr über marktkonforme Maßnahmen verwirklicht werden, über Maßnahmen also, "die den sozialen Zweck sichern, ohne störend in die Marktapparatur einzugreifen"⁴⁾. Im Gegensatz zum Liberalismus und Marxismus, die rein ökonomische Weltauffassungen verkörpern, sehen die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft die wirtschaftliche Sphäre nicht als erschöpfenden Lebensbereich an. "Es bedarf vielmehr hier einer bewußten Einstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung in eine übergreifende Lebensordnung, welche die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen zu dem rein technisch verlaufen-

1) Blum, R., a.a.O., S. 96.

2) Nach Müller-Armack (Wirtschaftsordnung S. 301) sind "bei fast allgemeiner Demokratisierung vieler Güter des modernen gehobenen Bedarfs" die trennenden Konsumschränken innerhalb der Gesellschaft im Schwinden.

3) Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 246.

4) Ebenda.

Zur Problematik der marktkonformen Maßnahmen vgl. Kassler, H., Der Begriff der Konformität wirtschaftspolitischer Maßnahmen und sein Verhältnis zur marktwirtschaftlichen Gesamtordnung, Diss. Köln 1962.

den Prozeß der Gütererzeugung vollzieht"¹⁾). Die nunmehr angelaufene 2. Phase der Sozialen Marktwirtschaft²⁾ betrachtet nicht mehr die Steigerung des Sozialprodukts als vorrangiges Ziel³⁾, sondern erstrebt eine stilhafte Koordination⁴⁾ zwischen Staat und Gesellschaft mit einer bewußten Gestaltung des Lebens unter einem überökonomischen Leitbild⁵⁾. Diese Forderung nach einem ideell klaren und voraussehbaren Konzept ergibt sich darüber hinaus aus dem Rechtsstaatsprinzip. "Das Parlament kann sich seiner Verantwortung, eine sinnvolle Ordnung zu schaffen, nicht dadurch entziehen, daß es die Regierung ermächtigt, von Fall zu Fall die erforderlich erscheinenden Regelungen zu treffen"⁶⁾.

Die Betonung einer gesellschaftspolitischen Zielsetzung soll nach Müller-Armack mit folgenden praktischen Maßnahmen verbunden sein⁷⁾:

1. Einkommenspolitik (Förderung der Vermögensbildung breiter Schichten, verknüpft mit einer strengen Politik finanzieller Stabilität; Einkommensverteilung via Besteuerung).
2. Investitionen in geistigem Kapital⁸⁾ (Schaffung von Kapazitäten zur Ausbildung qualifizierter Arbeit).

1) Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 106.

2) Vgl. ebenda, S. 274.

3) Siehe dazu auch Klüber, F., a.a.O., S. 19: "Es wäre ein Rückfall in den Irrtum des Ökonomismus, wenn man das oberste Ziel der Wirtschaft in einem Maximum an Güterausstoß sehen wollte und diesem Ziel alles andere, auch die Personalität des Menschen unterordnen würde".

4) Mit Stil ist "die alle Lebensbereiche erfassende Ausdruckseinheit" gemeint (Müller-Armack, A., Religion und Wirtschaft, 1959, S. 517). Die Idee einer vom Geistigen her geschaffenen übereinstimmenden Gestaltung der verschiedenen Lebensgebiete tritt bereits bei W. Sombart zu Tage (vgl. W. Sombart, Die drei Nationalökonomien, 1930). Erst unter diesem Aspekt der Interdependenz der Ordnungen schließlich vermag das Grundrechtssystem im ökonomischen Bereich zur Entfaltung gelangen.

5) Vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 275, 279 u. S. 295 ff.; denselben, Studien zur Sozialen Marktwirtschaft, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, Bd. 12, 1960, S. 10.

6) Vgl. im Zusammenhang mit der Problematik von Maßnahmegeetzen der Regierung Erlinghagen, P., a.a.O., S. 13 ff.

7) Vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 275 ff. u. 301 ff.

8) Vgl. auch Weinbrenner, P., a.a.O.

3. Die Förderung von Selbständigkeit in verschiedensten Berufen, auch z.B. bei den (formal) unselbständigen Angestellten.

4. Da eine freie Ordnung schwerer zu erfassen ist, als eine dirigistische, Eliminierung des Gefühls der Undurchschaubarkeit, Befreiung vor willkürlichem Zwang des Wirtschaftsprozesses¹⁾ (z.B. durch soziale Betriebspolitik, Antimonopol-Politik, Wirtschaftspädagogik).

5. Die Verbesserung der Vitalsphäre des arbeitenden Menschen²⁾, was "seine wirkliche, konkrete Lebenslage von früh bis Abend und von Abend bis früh ins Auge faßt, die keineswegs nur von Lohn und Arbeitszeit, sondern von einer Fülle ganz anderer Dinge und Umstände abhängt, wie jeder aus eigener Erfahrung weiß"³⁾.

6. Soziale Umweltgestaltung (sinnvolle Gliederung von Industrie-, Verkehrs-, Wohn- und Erholungsgebieten durch Struktur-, Regional- und Städteplanung). Der Staat muß sich seiner spezifischen Aufgabe zum Aufbau einer akzeptablen Umweltordnung besinnen.

7. Konzentration der sozialpolitischen Maßnahmen auf bestimmte Schwerpunkte bei weitgehender Förderung selbstverantwortlicher Zukunftssicherung (Ablehnung des Versorgungsstaates)⁴⁾.

Die Soziale Marktwirtschaft ist kein Modell, sondern eine Gesamtlebensordnung, die Werte empfängt aber nicht selbst setzt und insofern auf keinem theologischen Fundament beruht⁵⁾. Sie unternimmt den Versuch, "unseren Wunsch nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit mit den Einsichten in das Instrumentarium des Marktapparates in Einklang zu bringen"⁶⁾. Die Offenheit dieses Konzeptes, das im Kern nichts anderes besagt, "als daß die Wirtschaft zwar im Prinzip markt-

1) Vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 278, 227 f., S. 242.

2) Vgl. Rüstow, A., Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus? in: Wirtschaft ohne Wunder, hg. v. A. Hunold, 1953, S. 97 ff.; Müller-Armack, A., Studien S. 35.

3) Rüstow, A., Soziale Marktwirtschaft S. 103.

4) Vgl. auch Erhard, L., Wohlstand für alle, 1957, S. 256 ff.

5) Müller-Armack (Wirtschaftsordnung S. 238) glaubt allerdings, daß eine Wertregeneration nur aus dem Religiösen her möglich sei.

6) Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 242.

wirtschaftlich geordnet sein soll, daß aber auf soziale Belange angemessene Rücksicht genommen werden muß¹⁾, entspricht außerdem einer wesentlichen Grundhaltung der Verfassung: der Nicht-Identifikation mit einer bestimmten Doktrin, der Ablehnung einer Patentlösung, ohne jedoch den Grundrechten ihren Absolutheitscharakter absprechen zu wollen²⁾. Daß das marktwirtschaftliche Prinzip wesensmäßig mit diesen Grundrechten und der Staatsform des GG verbunden ist, versuchten wir bereits früher³⁾ darzulegen. Ob eine im Prinzip marktwirtschaftliche Ordnung allerdings in Art. 14 eine konstitutive Eigentumsform im Bereich der Produktion vorfindet⁴⁾ und insofern die Soziale Marktwirtschaft in ihrer zukünftigen Entwicklung gerade auch deshalb auf das Privateigentum als Bauelement nicht verzichten darf⁵⁾, muß noch einer Prüfung unterzogen werden, die jedoch nicht ohne eine eingehende Untersuchung der ordnungspolitischen Bedeutung sozialisierten Eigentums vorgenommen werden soll.

An dieser Stelle ist nur soviel zu bemerken, daß das Privateigentum in den Augen vieler liberaler Nationalökonomen wichtige Funktionsmechanismen und die motorische Kraft des marktwirtschaftlichen Prozesses erst zum Tragen bringt⁶⁾. So stellt es - zusammen mit dem Erbrecht - den Antrieb zur Arbeit, den Anreiz zur Privatinitiative dar. Es vermittelt jedoch nicht nur die Begierde nach Gewinn, sondern zumindest in einem funktionsfähigen Wettbewerb auch die Furcht, diesen Gewinn an Mitkonkurrenten wieder zu verlieren. Denn die Herrschaft über das Eigentum, welche die Möglichkeit zum richtigen wie zum falschen Gebrauch einschließt, wird "kultiviert" durch das Risiko, welches im Element der Haftung den Eigentümer vor einem willkürlichen, nicht dem Konsumenten dienenden Einsatz abschreckt. Das Haftungsmoment des

1) Erlinghagen, P., a.a.O., S. 11 (vgl. auch S. 7).

2) Vgl. auch S. 55 f.

3) Vgl. S. 105 ff., 138, 158 ff.

4) Bejahend u.a. Nipperdey, H.C., Soziale Marktwirtschaft und GG S. 52; Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 465.

5) Also außer der gemeinsamen Basis des liberalistischen Freiheitsbegriffes.

6) Vgl. Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 421 ff.; Streissler, E., a.a.O.

Eigentums vermittelt den Leistungsdruck, durch den die Marktwirtschaft über die Entsprechung der individuellen Konsumentenwünsche die optimale Allokation der Produktionsfaktoren herstellt. Die Aufgabe des Staates erschöpft sich hierbei nicht nur in der Aufstellung eines Ordnungsrahmens mit Gewährleistung der privaten Eigentümerposition, sondern er muß zur Aufrechterhaltung der typischen Merkmale dieses Instituts im Produktionsbereich gleichzeitig die Ausschaltung der Risikofunktion des Eigentums (durch Monopolisierung, Verstaatlichung bei Konkursverdacht, staatliche Förderung von Konzentrationsvorgängen) verhindern.

Inwieweit das Privateigentum an Produktionsmitteln die ihm von der Idee der Marktwirtschaft zugedachte Funktion heute faktisch erfüllt und zu erfüllen imstande ist, soll später anhand des Beispieles der Aktiengesellschaft als Großunternehmen analysiert werden. Ob es - auch im Stadium einer Industriegesellschaft - dem Wert der Freiheit des Menschen noch entspricht, kann erst nach einem Vergleich mit dem Gestaltungsfaktor des Gemeineigentums entschieden werden. Bis dahin aber soll - vorläufig noch vom idealtypischen Institut Eigentum ausgehend - der Demokratisierungsbereich im Unternehmen einer Sozialen Marktwirtschaft abgesteckt werden.

3. Der Bereich der Demokratisierbarkeit im Unternehmen

Die vorhergegangenen Ausführungen haben den Eindruck hinterlassen, daß die eingangs herausgearbeiteten Demokratisierungsziele im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vorzugsweise durch den marktwirtschaftlichen Prozeß selbst (Beseitigung der Objektstellung im wirtschaftlichen Bereich, Ausschaltung von Machtpositionen, Gewährleistung einer hohen Güterversorgung als Voraussetzung materieller Bewegungsfreiheit) bzw. durch indirekt lenkende soziale Maßnahmen (Herstellung gleicher Entfaltungsmöglichkeiten, Vermittlung sozialer Sicherheit) ihre Verwirklichung finden. Was die Gleichstellung der abhängig Beschäftigten in der Führungsebene des Unternehmens

neben die Eigentümer anbetrifft, gibt z.B. Frickhöffer¹⁾ zu bedenken, daß der damit angestrebten Demokratisierung der Wirtschaft durch eine staatliche Wirtschaftspolitik erheblich effizienter zum Erfolg verholfen werden könnte. "Konjunktursteuerung, Wettbewerbspolitik und Strukturhilfen sind weit, weit wirksamer und sozialer, als was die Mitbestimmung jemals bewerkstelligen kann"²⁾. Trotz dieses Grundtenors ist jedoch nicht zu vergessen, daß Müller-Armack - gerade mit seiner Forderung einer überökonomischen Betrachtung der Wirtschaftsordnung (2. Phase der Sozialen Marktwirtschaft) - auf den Ausbau einer aktiven Beteiligung des Arbeiters am Betriebsleben hinweist³⁾. Um vom Institutionellen her die soziale Sicherheit zu fördern und das Gefühl der Abhängigkeit zu mindern, befürwortet er "ein gewisses Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betriebe"⁴⁾, Mitsprache in sozialen Fragen und eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter⁵⁾. Keinesfalls soll dadurch der Wettbewerb gefährdet werden.

Anerkennt man einen unantastbaren Wesensgehalt des Art. 14, so können Neuorganisationen der Entscheidungsfindung auf Unternehmensebene nur bis zu einer gewissen Grenze in den Machtbereich des Eigentümers eindringen, ohne die Werthaftigkeit dieses Instituts in Frage zu stellen. Wo diese Grenzen zu ziehen sind, läßt sich am deutlichsten anhand der gegenwärtig geltenden Mitbestimmungsgesetze, dem BetrVG und dem MitbestG demonstrieren⁶⁾.

Zur Vermeidung einer "quaternio terminorum" empfiehlt es sich, unter Mitbestimmung nur die gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer oder ihrer Vertreter an Beschlußfassung

1) Vgl. Frickhöffer, W., Offene und stabile Demokratie durch konsequente Marktwirtschaft, 1968, S. 15 f.; denselben, Gesellschaftspolitik innerhalb und außerhalb der Marktwirtschaft, in: Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokolle Nr. 25, 1966, S. 37 ff.

2) Frickhöffer, W., Stabile Demokratie S. 16.

3) Vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 194.

4) Ebenda, S. 228.

5) Vgl. ebenda, S. 241.

6) Siehe auch Scheuner, U., Disk. Beitr. zu Enteignung und Sozialisierung, VVDStRL, Heft 10, S. 154: "Am Problem des Mitbestimmungsrechts kann man die Auflösung des scharf umrissenen Eigentumsbegriffes des 19. Jh. deutlich studieren".

gen der Unternehmensführung zu verstehen¹⁾. Dies umschließt einerseits die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer im betrieblichen Rahmen, was mit den Arbeitsbedingungen, der Zusammensetzung der Belegschaft und dem Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer im weitesten Sinne zu tun hat²⁾. Es umfaßt andererseits das Unternehmen selbst, seine Stellung im Markt, seine Zielsetzung und Disposition unter Risiko und Ungewißheit, sowie dessen langfristige Existenzfrage. Wie steht es nun mit der Einordnung des BetrVG³⁾ in den früher herausgearbeiteten Eigentumsbegriff des Art. 14 und - damit verbunden - in das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft?

Die Form der Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer, vor allem der Mitbestimmungsrechte, ist im BetrVG in sozialen, personalen und wirtschaftlichen Angelegenheiten nach der Intensität verschieden. Die Statuierung eines sozialen und personalen Mitbestimmungsrechts in der betrieblichen Sphäre liegt in der Entwicklungslinie des modernen sozialkollektiven Arbeitsrechts. Die Verfügungsmacht des Arbeitgebers wird zu diesem Zwecke im Sinne der entschädigungslos zulässigen Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentumsrechtes (Art. 14/I,2,II) in Verwirklichung der Sozialstaatsidee des GG gebündelt.

Die Überwachung und Kontrolle der Direktionsgewalt des Eigentümers bzw. Unternehmers gegen Mißbrauch wird in wirtschaftlichen Angelegenheiten durch Unterrichts- und Beratungsrechte des Wirtschaftsausschusses bzw. Betriebsrates - wenn auch abgeschwächt - fortgesetzt. Konsequenterweise ist die Aufstellung eines Sozialplanes zur Verminderung sozialer Härten bei tiefgreifenden Betriebsänderungen für den Arbeitgeber verbindlich. Insgesamt aber wird das Direktionsrecht

-
- 1) Das Biedenkopf-Gutachten (S. 8) geht demgegenüber von einer weiteren Definition des Begriffes Mitbestimmung aus, nämlich: der institutionellen Teilnahme der Arbeitnehmer oder ihrer Vertreter an der Gestaltung und inhaltlichen Festlegung des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses im Unternehmen und zwar zunächst ohne Rücksicht auf die Art und den Umfang einer Teilnahme von Arbeitnehmervertretern in den Unternehmensorganen.
 - 2) Vgl. Dietz, R., Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, insbesondere seine Auswirkungen in den Aufsichtsräten der Handelsgesellschaften, 1958, S. 3.
 - 3) Zur Erläuterung des BetrVG siehe S. 40 ff.

des Eigentümers, seine Dispositionsfreiheit auf dem Markt durch das BetrVG nicht beseitigt, sondern nur sozial korrigiert. Das Prinzip, die Produktionsmittel nach eigenem Gutdünken einzusetzen, einen irgendwie gearteten Nutzen durch wirtschaftlichen Einsatz des privaten Eigentums zu erzielen, wird dem Eigentümer nicht genommen. Auch die direkte Teilnahme der Arbeitnehmervertreter an der Willensbildung des Aufsichtsrates ändert, da sie lediglich aus einer Drittelbeteiligung besteht, nichts an diesem Resultat.

Durch den Reformvorschlag der Biedenkopf-Kommission zur Ausweitung der Mitbestimmung ist die Majorität des Eigentümers in wirtschaftlichen Entscheidungen ebenfalls gewährleistet¹⁾. Den Vertretern der Kapitaleseite wurde die Mehrheit im Aufsichtsrat zugesichert. Diese Gewichtsverteilung hat nach Ansicht der Kommission vor allem einen ordnungspolitischen Hintergrund. Die marktwirtschaftliche Ordnung nämlich zeichne sich dadurch aus, "daß sie auf die unmittelbare Lenkung der Unternehmen verzichtet und statt dessen von den Unternehmen ein Verhalten erwartet, welches sich an den Signalen des Marktes orientiert"²⁾. Das instrumentelle Bezugssystem, welches diese Orientierungsbereitschaft des Unternehmers an den Marktdaten und der staatlichen Wirtschaftspolitik garantiere, ist die Rentabilität. Die Rentabilität aber, als "unentbehrliches Mittel zur Steuerung unternehmerischer Verhaltensweisen durch den Markt auf Grund ökonomischer Bewertung dieser Verhaltensweisen"³⁾ werde typischerweise⁴⁾ stärker von den Anteilseignern als den Arbeitnehmern angestrebt⁵⁾.

1) Vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 102 ff.

Nach Th. Maunz (in: M-D-H, Anm. II, 1 zu Art. 15, Rdnr. 8) dürfte die Grenze der Sozialbindung unter der Paritätslinie liegen, da im Falle der Parität die Arbeitnehmer nur eine geringe Anzahl von Aktien zu erwerben brauchten, um die bestimmende Mehrheit im Unternehmen zu erlangen.

2) Biedenkopf, K., Entscheidungshilfe für die Politiker (Stellungnahme zur Kritik am Gutachten seiner Kommission) in: FAZ vom 14.4.1970, S. 13.

3) Ebenda.

4) Indem der wirtschaftliche Eigentümer das Gewinn- wie das Verlustrisiko trägt.

5) Zur ethischen Rechtfertigung des unternehmerischen Ziels der langfristigen Gewinnmaximierung vgl. Wöhe, G., a.a.O., S. 33 ff.

Deshalb gebühre den Eigentümern der Vorrang in der Entscheidungsgewalt¹⁾.

Mit der arbeitsrechtlichen Garantie von Mitbestimmungsrechten auf sozialem und personellem Gebiet und Mitwirkungsbefugnissen in wirtschaftlichen Entscheidungen allein sind jedoch die Demokratisierungswünsche der Arbeitnehmer noch nicht erfüllt. Abgesehen von dem Problem der Repräsentation, auf das später noch zurückzukommen sein wird, verlangt die gesetzliche Institutionalisierung eines Betriebsrates zugleich einen veränderten Stil der gesamten Unternehmensführung. Jeder Mitarbeiter muß als eigenverantwortlicher Mensch beurteilt werden. Sein persönlicher Gestaltungsbereich am Arbeitsplatz ist so weit als möglich auszudehnen; seine Integration mit dem Arbeitsbereich "Unternehmen" durch mannigfache Interessenverbindungen zu vertiefen.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß jeder Arbeitnehmer die Weisungsbefugnis der Unternehmensleitung in dem Umfange freiwillig akzeptiert, "wie sie durch Gesamtarbeitsverträge, Gesetzgebung und Rechtsprechung festgelegt und zur Verwirklichung des Unternehmenszweckes erforderlich ist"²⁾. Der Arbeitnehmer erteilt nämlich - unterstützt durch machtvolle Gewerkschaften und eine ausgedehnte Sozialgesetzgebung - als gleichberechtigter Partner des Arbeitsvertrages die Legitimation für diese Weisungsbefugnis. Ebensowohl kann er die so entstandene Legitimation durch Kündigung des Arbeitsvertrages rückgängig machen, wenn ihm der Führungsstil, die Art der Arbeit, der Umfang der Verantwortung nicht behagt. Unterstützt wird er in seiner Mobilität und in seinem freien Willensentschluß, die Qualität seines Arbeitsplatzes selbst zu bestimmen (Verwirklichung des den Vertrag kennzeichnenden Konsensualprinzips) durch das garantierte Grundrecht der Freizügigkeit (Art. 11)³⁾, durch eine Vollbeschäftigungspolitik

1) Diese Argumentation beruht auf der traditionellen Annahme, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln Bedingung für marktwirtschaftliche Ordnungen sei. Diese Hypothese kann jedoch für unsere Untersuchung nicht ungeprüft übernommen werden.

2) Biedenkopf-Gutachten S. 170.

3) Hierbei müssen allerdings persönliche Motive der Ortsverbundenheit gebührend berücksichtigt werden.

der Regierung¹⁾, durch das vermittelnde Eingreifen der Arbeitslosenversicherung, sowie durch die im Verlaufe des Wachstumsprozesses zunehmende und durch staatliche Vermögenspolitik geförderte Möglichkeit des "Wartens" durch Bildung von Ersparnissen²⁾. Die dem Arbeitnehmer unterstellte Objektstellung aufgrund seines Arbeitsverhältnisses würde also im System der Sozialen Marktwirtschaft durch eine wirksame Konjunktur-, Wettbewerbs- und Sozialpolitik auf ein Minimum reduziert und kann bei einer konsequenten Sozialbindung des Privateigentums eben diesem Rechtsinstitut nicht zur Last gelegt werden.

Was die Frage autoritärer Führungsmethoden betrifft, so taucht dieses Problem generell in Wirtschaftseinheiten jeglicher Eigentumsordnung auf. Immer sind Produktionseinheiten zugleich Herrschaftsverband³⁾ und insofern erklären die Eigentumsverhältnisse industrielle Konflikte unbefriedigend⁴⁾. Wenn heute streng autoritäre Betriebshierarchien nicht mehr angebracht erscheinen, so ist dieses Problem jeder Eigentumsordnung zur Lösung aufgegeben. Der Betrieb erweist sich als die Stätte der Autoritätskonflikte⁵⁾. Über das "Was" der Produktion kann es am Arbeitsplatz keine Mitbestimmung geben. Sobald es aber um die Art und Weise geht, auf die die Leistung auszuführen ist, deren Erfüllung laut Arbeitsvertrag verpflichtend ist, vermag dem einzelnen ein weitgehendes Mitentscheidungsrecht eingeräumt zu werden. Dem Abbau autoritärer Führungsstile ist dabei oft gedient, "wenn der Nachgeordnete in die planende Überlegung irgendwie mit eingeschaltet und durch sachliche Aufklärung überzeugt wird"⁶⁾.

-
- 1) In Befürchtung zentraler Lenkungspositionen begegnen gerade liberale Nationalökonomten einer radikalen Vollbeschäftigungspolitik mit Hilfe inflationärer Lücken sehr mißtrauisch (vgl. Müller-Armack, A., Wirtschaftslenkung S. 136 f.; Röpke, W., Die Lehre von der Wirtschaft S. 288 ff.)
 - 2) In dieser Hinsicht verliert auch die Preiser'sche Quasimonopoltheorie an Bedeutung, wonach der Arbeitnehmer wegen mangelnden Besitzes und fehlender geistiger Fähigkeiten den schwächeren Vertragspartner darstelle (vgl. stellvertretend Preiser, E., Soziale Problematik S. 7 ff.).
 - 3) Vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 61.
 - 4) Vgl. Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie S. 198.
 - 5) Vgl. Nell-Breuning, O.v., Arbeit und Mitbestimmung S. 26 ff.
 - 6) BDA, Neue Schwerpunkte betrieblicher Sozialpolitik, 2. Aufl. 1963, S. 3.

Die konkrete Besserstellung des Arbeitnehmers im Betrieb geschieht nach dem BetrVG vor allem durch die ehrliche Anerkennung des Betriebsrates als Stelle der Lösung sozialer und personeller Konflikte, sowie durch eine Intensivierung der Information im Rahmen des Wirtschaftsausschusses, so daß der arbeitende Mensch ein umfassendes Bild von der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens erhält. Zu diesem Verständnis sind die notwendigen Bildungsvoraussetzungen zu schaffen¹⁾. Durch den Einblick in Organisation und Leitung eines Unternehmens, sowie durch das Verstehen der marktwirtschaftlichen Vorgänge könnte die Idealforderung der Sozialen Marktwirtschaft konkrete Bedeutung erlangen, daß nämlich jedem nach dem Kriterium der Leistungsfähigkeit Aufstiegschancen und Positionen offenstehen müßten²⁾.

Während durch die oben genannten Forderungen an die Gestaltung des Arbeits- und Entscheidungsprozesses im Unternehmen die Verfügungsgewalt des Eigentümers gesetzlich, quasi extern, sozial korrigiert wird, wäre es vom individual-ethischen Standpunkt her gesehen wertvoller, wenn der Eigentümer durch eigene Einsicht dem Prinzip der Privatnützigkeit eine soziale Substanz verleihen würde³⁾. Der Eigentümer bzw. Unternehmer ist zugleich Funktionär der Gesamtordnung⁴⁾. Auf der einen Seite bedeutet für ihn Soziale Marktwirtschaft Beachtung der Marktsignale, Befolgung des marktwirtschaftlichen Gesetzes der Rentabilität. Auf der anderen Seite ist er zu sozialverpflichtetem Gebrauch seines Eigentums angehalten. Eigenmächtige Handlungen aber auf diesem Gebiet (z.B. Verhinderung von Umweltschäden, Vermeidung psychischer Überbelastung, Schaffung optimaler Arbeitsbedingungen bei Hintanstellung der Produktivität) führen dazu, daß er nach objektiven Kriterien des ersten Bereichs verurteilt wird. Der Marktmechanismus nämlich bestraft, sofern er funktionsfähig ist, ein

1) Vgl. Zimmermann, K., a.a.O.

2) Vgl. Frickhöffer, W., Gesellschaftspolitik S. 39 f.

3) So auch das Anliegen Rapolds (a.a.O., S. 43), der das Versagen des Wirtschaftsliberalismus nicht dem Ordnungssystem als solchem, sondern "potenziertem individuell-menschlichem Ungenügen" zuschreibt. Nicht der anonyme Staat, sondern stets nur der einzelne Mensch, "in dessen Innerem der Widerstreit von Eigennutz und Gemeinsinn überwunden werden muß", kann Treuhänder der Allgemeinheit sein (a.a.O., S. 41).

4) Vgl. Biedenkopf, K., a.a.O., S. 14; Wilde, H., a.a.O., S. 35 f.

individuelles Engagement sozialer Art. Er belohnt den produktivsten, dem Rationalprinzip unterworfenen Unternehmer mit Gewinnen und eliminiert den Grenzanbieter, der u.U. hochmoralisch handelt, dafür aber große Kosten aufzuweisen hat. Nur der Gesetzgeber kann insofern über allgemeinverbindliche Regelungen verhindern, daß der Markt stärker ist, als die Bereitschaft, Unternehmen unter einem gesellschaftspolitischen Auftrag zu führen. Unter diesem Aspekt ist eine starke Ordnungspotenz des Staates unumgänglich.

Wie wir gesehen haben, greift das MitbestG wesentlich tiefer in die Rechte des Eigentümers ein als das BetrVG. Im entscheidenden Willensbildungsorgan einer Aktiengesellschaft, dem Aufsichtsrat¹⁾, ist die Arbeitnehmerschaft der Eigentümerseite grundsätzlich gleichgestellt. Diese paritätische oder auch qualifizierte Mitbestimmung gilt für soziale, personelle und wirtschaftliche Entscheidungen gleichermaßen.

Bei einem derartig einschneidenden Eingriff in das Privateigentum ist es angebracht, zunächst kurz auf die andere im GG enthaltene Eigentumsordnung des Art. 15 (sozialisiertes Eigentum) einzugehen, um, von diesen beiden Eigentumsystemen ausgehend, die richtige Zuordnung des MitbestG vornehmen zu können.

II. Demokratisierung der Wirtschaft unter Berücksichtigung des Art. 15

1. Art. 14 und Art. 15 als Alternativen der Eigentumsordnung

Der "Sozialisierungsartikel" 15 erweckt nicht den Eindruck eines homogenen oder harmonischen Elements im Rahmen des GG. Er ist vielmehr in einen Kreis defensiver Freiheitsverbürgungen "eingesprengt"²⁾. Seine Eigenart ist primär nicht die eines Defensiv-Grundrechtes, des "status negativus sive libertatis" gegenüber der öffentlichen Gewalt, sondern mindestens reflexartig ein "status socialis positivus" zugunsten derjenigen, "deren Teilhabe an der vergesellschafteten

1) Zur Begründung vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 31 ff.

2) Vgl. Huber, E.R., WVR, Bd. II, S. 148 f.

Eigentumsordnung der Produktivgüter in Frage steht und in der bisherigen Ordnung fehlt"¹⁾. Gleichwohl ist Art. 15 kein Grundrecht²⁾. Er enthält keine Verbürgung individueller oder korporativer Rechte oder Freiheiten gegenüber der Staatsgewalt, "sondern statuiert vielmehr gerade umgekehrt ein umfassendes staatliches Hoheitsrecht zu Eingriffen in die in Art. 14 gewährleistete Sphäre des Privateigentums und in die in anderen Grundrechtsartikeln gesicherte Freiheitssphäre"³⁾.

Mit der Aufnahme des Art. 15 in das GG als "Kannvorschrift" wird der status quo der bestehenden Sozialordnung langfristig in Frage gestellt, die rechtstechnischen Organisationsmittel zur Verwirklichung der Sozialstaatsidee (Art. 20/I) einer ständigen Überprüfung unterworfen. Art. 15 eröffnet dem Gesetzgeber die Möglichkeit, durch einfachen Mehrheitsentscheid die Eigentumsordnung evolutionär zu reformieren und damit sozial-revolutionäre Anstrengungen auf rechtsstaatlichem Wege zu kanalisieren⁴⁾. Daß Art. 15 in besonders hohem Maße bei Nichtanwendung durch den Gesetzgeber die Eigenschaft innewohne, in kurzer Zeit obsolet zu werden⁵⁾, ist durch nichts zu begründen. Nicht die Untätigkeit des Gesetzgebers würde den Art. 15 unbrauchbar machen, sondern allenfalls der Nachweis, daß die Verwirklichung einer Vergesellschaftung großen Stils mit dem Sinn der übrigen Verfassungsnormen unvereinbar wäre.

-
- 1) Ipsen, H.P., Enteignung und Sozialisierung, in: VVDStRL, Heft 10, 1952, S. 103; vgl. auch Scheuner, U., Grundlagen S. 63 ff.
 - 2) Art. 15 könnte insofern indirekt Grundrechtscharakter besitzen, indem die Eigentümer der nicht sozialisierbaren Gegenstände ein Grundrecht auf Freiheit vor Vergesellschaftung innehaben (vgl. Krüger, H., Sozialisierung, in: Die Grundrechte, hg. v. B-N-Sch, Bd. 3, 1. Hlbbd., 1958, S. 314).
 - 3) Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 140; vgl. auch Mangoldt, H.v., Klein, F., a.a.O., S. 457.
 - 4) Vgl. Dürig, G., Buchbesprechung zu Menger, C.F., (Der Begriff des sozialen Rechtsstaates im GG, 1953), in: AÖR, Bd. 79, 1953/54, S. 257; Mangoldt, H.v., Klein, F., a.a.O., S. 459.
 - 5) Dieser Ansicht ist Ridder, H.K.J., a.a.O., S. 146 f.; nach Stein, E., Lehrbuch des Staatsrechts, 1968, S. 154 ist zu erwarten, daß der Weg des Art. 15 nicht beschritten wird.

Historisch betrachtet, ist Art. 15 rein politisch bedingt in das GG aufgenommen worden. Er ist ein Kompromiß zwischen den beiden großen Parteien gewesen in der Überzeugung, mit dem GG etwas Provisorisches zu schaffen¹⁾.

Wenngleich auf den Gebrauch des Wortes "Sozialisierung" in Art. 15 wegen seiner politischen Färbung bewußt verzichtet worden ist und dafür von "Vergesellschaftung" gesprochen wird, hat doch unverkennbar sozialistisches Gedankengut in ihm Eingang gefunden²⁾. Das Wesen der Vergesellschaftung besteht nämlich darin, daß sie die Werthaftigkeit des Privateigentums an Produktionsmitteln ablehnt und das privatnützige Erwerbsstreben mit mittelbarer Gemeinwohlmaximierung im Sinne des Liberalismus verurteilt. Die Sozialisierung legt die Bestimmungsgewalt der von Art. 15 enumerierten Güter in die Hand von Kollektivorganen und sucht damit die angebliche Ursache wirtschaftlicher Ungleichheiten und sozialer Ungerechtigkeiten an der Wurzel zu packen: das Privateigentum an Produktionsmitteln³⁾. Mit seiner Ausrottung soll nicht nur eine Ursache des Krieges wegfallen, sondern der Übergang zu herrschafts- und gewaltlosen Zuständen garantiert sein⁴⁾. Insbesondere die Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse werde mit Abschaffung des Privateigentums beseitigt⁵⁾. Sozialismus⁶⁾ betrachtet das Wirtschaftsleben nicht als ein Zusammen- und Gegeneinanderwirken freier Individuen, sondern will es einer überindividuellen

1) Vgl. Mangoldt, H.v., Disk. Beitr. zu Enteignung und Sozialisierung, in: VVDStR, Heft 10, S. 150.

2) Vgl. z.B. Ridder, H.K.J., a.a.O., S. 146: "Will man bei Art. 15, der einzigen Bestimmung des GG, die der sozialstaatlichen Dynamik unmittelbar Raum geben kann, nach dem 'Plakat' sehen, so muß man feststellen, daß seine Grundfarbe ein eindeutiges Rot ist".

3) Vgl. Radbruch, G., a.a.O., S. 163; Mangoldt, H.v., Klein, F., a.a.O., S. 460.

4) Vgl. auch Koch, H., Rechtsformen der Sozialisierung unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierung in Hessen, 1947, S. 12.

5) Vgl. Krüger, H., Sozialisierung S. 270.

6) Über die verschiedene Auslegbarkeit dieses Begriffs vgl. Sweezy, P.M., a.a.O., S. 9 ff.; in Anlehnung an Sweezy (a.a.O., S. 14) wird Sozialismus als vollständiges Sozialsystem verstanden, das sich vom Kapitalismus einmal durch das Fehlen privaten Eigentums an Produktionsmitteln unterscheidet, zum anderen aber auch in seiner Grundstruktur und Art des Funktionierens.

Regelung unterstellen¹⁾.

Die Annahme, daß die ethische Zielsetzung des Art. 15 von der des Art. 14 nicht weit entfernt ist (soziale Gerechtigkeit, Sicherheit, Möglichkeit der persönlichen Entfaltung) dürfte - vordergründig gesehen - nicht allzu kühn sein. Grundlegend unterscheiden sich beide Eigentumsbegriffe jedoch in ihren Methoden. Während die Entscheidung des Art. 14 davon ausgeht, daß das sozial korrigierte Privatnützigkeitsprinzip des Wirtschaftseigentümers der Schlüssel zur Verwirklichung des Menschenbildes der Verfassung sei, hält die Entscheidung des Art. 15 die Ausschaltung dieses Prinzips für die Erreichung ebendesselben Zieles für unumgänglich. Gemeinwirtschaft bedeutet die Ausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeit unmittelbar auf das Gesamtinteresse hin²⁾. Der gesellschaftliche Vorgang der Produktion wird "als eine öffentliche Angelegenheit der produzierenden und konsumierenden Gesamtheit betrachtet"³⁾.

Aus alledem ergibt sich, daß Art. 15 zu Art. 14 eine Alternative darstellt und nicht etwa ein "Sonderfall" der Enteignung ist. Beide Erscheinungen, die Wirtschaftsneugestaltung durch Sozialisierung auf der einen Seite und die hoheitliche Lösung eines Einzelkonfliktes durch Enteignung auf der anderen sind inkommensurable Größen⁴⁾. Inhaltsbestimmung und Enteignung sind Maßnahmen, die auf der Werthaftigkeit des Privateigentums basieren. Die Vergesellschaftung erfolgt jedoch mit dem Ziel, das Privateigentum auszuschalten und eine Änderung der daraus resultierenden Wirtschaftsform einzuleiten. Da die Vorstellungen über eine zu errichtende Gemeinwirtschaft sehr verschwommen sind und das GG selbst keinerlei Angaben

1) Vgl. Radbruch, G., a.a.O., S. 164 (Philosophisch betrachtet soll diese überindividuelle Regelung letztlich wieder nur der Freiheit des Individuums dienen. Diese neu zu gewinnende Freiheit ist jedoch angesichts der Vieldeutigkeit des Freiheitsbegriffes (vgl. S. 111 ff.) sehr genau zu durchleuchten.

2) Vgl. in diesem Zusammenhang Art. 40 Hess.Verf. von 1946: Ziel des Gemeineigentums ist es, "daß das Eigentum ausschließlich dem Wohl des ganzen Volkes dient".

3) Korsch, K., Schriften zur Sozialisierung, 1969, S. 16.

4) Vgl. Ballerstedt, K., Artikel "Sozialisierung III" (Rechtliche Problematik), in: HdSW Bd. 9, 1954, S. 478; Ridder, H.K.J., a.a.O., S. 125; Raiser, L., Eigentumsgarantie S. 118; Krüger, H., Sozialisierung S. 317.

darüber macht, bleiben Abgrenzungen zwischen Enteignung und Sozialisierung allerdings schwierig. Kriterien für die Einordnung eines Eigentumseingriffes unter Art. 14 oder 15 müssen daher in jedem Falle die politische Tendenz mit einbeziehen¹⁾.

Das GG kann u.a. deshalb keine verbindliche Entscheidung über die Wirtschaftsordnung aufstellen, weil es zwei Eigentumsnormen positiviert hat, die sich gegenseitig relativieren und die echte Alternativen darstellen. Daraus ergibt sich, daß das Wesen des Privateigentums im wirtschaftlichen Bereich durch Art. 19/II nur insoweit mit erhöhter Bestandsgarantie ausgezeichnet ist, als Art. 15 nicht aus dem wirtschaftlichen Eigentum einen Teil herausnimmt (Grund und Boden, Naturschätze, Produktionsmittel)²⁾. Art. 19/II kann ein Grundrecht nämlich nur dann schützen, wenn dieses in seinem Stellenwert oder in seiner eindeutigen Bezogenheit auf letzte Werte (z.B. auf die individuelle Freiheit) fixiert ist. Solch eine apodiktische Beweiskraft fehlt jedoch dem Ordnungsprinzip Privateigentum in der wirtschaftlichen Sphäre.

2. Inhalt und Ziel des Art. 15

a) Der sachliche Geltungsbereich

Art. 15 enthält keinen Verfassungsauftrag, sondern lediglich eine unverbindliche Ermächtigungsgrundlage³⁾, die dem einfachen Gesetzgeber gestattet, Grund und Boden, Naturschätze

- 1) Vgl. z.B. das Godesberger Programm der SPD von 1959 (S. 8): "Der demokratische Sozialismus erstrebt...eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung". Oder a.a.O., S. 18: "Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlebergbau ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft".
- 2) Art. 14 schützt zwar sowohl das konsumtive als auch das produktive Eigentum. Der Schutz des produktiven Eigentums ist jedoch wegen Art. 15 schwächer als der des konsumtiven (vgl. Disk. Beitr. von Weber, W., zu Enteignung und Sozialisierung, in: VVDStRL, Heft 10, S. 164 f.; Disk. Beitr. von Raiser, L., zu Enteignung und Sozialisierung, in: VVDStRL, Heft 10, S. 167).
- 3) So Maunz, Th., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. I, 1 zu Art. 15, Rdnr. 4; BVerfGE 12, 354 (363 f.); Entgegengesetzter Meinung: Ipsen, H.P., Enteignung und Sozialisierung S. 74 ff.; Abendroth, W., Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie S. 13 ff.

und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung durch Gesetz in ein gemeinwirtschaftliches System zu überführen. Im Gegensatz zu Art. 156 WRV, welcher die staatliche Sozialisierungsmacht auf alle "wirtschaftlichen Unternehmen" ausdehnte¹⁾, beschränkt sich Art. 15 nur auf bestimmte Wirtschaftsgüter. Unter diesen ist der Begriff der Produktionsmittel überaus unscharf. Bei weiter Auslegung - wie sie in der sozialistischen Theorie²⁾ oder auch in der Betriebswirtschaftslehre³⁾ vorgenommen wird - zählen zu der Produktionswirtschaft nicht nur Sachleistungs-, sondern auch Dienstleistungsbetriebe (Kreditgewerbe, Verkehr, Handel). Insofern arbeiten Dienstleistungsbetriebe ebenfalls mit "Produktions"-Mitteln. Demnach wäre aber der gesamte wirtschaftliche Bereich sozialisierbar. Daß dies nicht der Absicht des Verfassungsgebers entspricht, ergibt sich bereits daraus, daß Art. 15 sich um eine Aufzählung der Sozialisierungsobjekte bemüht ("enumeratio ergo limitatio") und nicht einfach jeden wirtschaftlich nutzbaren Gegenstand der Sozialisierung potentiell unterbreitet⁴⁾. Produktionsmittel nach Art. 15 sind deshalb "nur die der Gewinnung und Herstellung (einschließlich der Be- und Verarbeitung) wirtschaftlicher Erzeugnisse dienenden Gegenstände und Rechtstitel und zwar sowohl die der Produktion unmittelbar dienenden Betriebsanlagen (Gebäude, Maschinen, Werkzeuge) als auch die für die Produktion verwandten Betriebsmittel (Rohstoffe, Halbfabrikate) als auch die in der Produktion eingesetzten Urheberrechte (Patente, Warenzeichen)"⁵⁾. Dagegen fallen Unternehmen oder Betriebe des Handels, des Verkehrs-, Versicherungs- und Kreditwesens nicht in die Rubrik der Produktionsmittel. Diese Ausklammerung von (im wesentlichen) Dienstleistungsbetrieben erscheint nicht logisch, insbesondere da

1) Es wurde allerdings nur in Teilansätzen davon Gebrauch gemacht (vgl. Huber, E.R., WVR Bd. I, S. 41).

2) Vgl. Korsch, K., a.a.O., S. 15 ff.

3) Vgl. Wöhe, G., a.a.O., S. 15; Heinen, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 1968, S. 129 f.

4) Vgl. Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 165.

5) Ebenda.

Selbst bei einer derartigen Eingrenzung des Begriffes Produktionsmittel könnte sich eine Sozialisierung nach dem Stand von 1961 auf ca. 63 % aller Beschäftigten erstrecken (vgl. Wirtschaft und Statistik, 1965, S. 229, zit. nach Wöhe, G., a.a.O., S. 11).

jene von der Größenordnung und inneren Struktur her gesehen genauso unter das anschließend zu umschreibende Kriterium der "Sozialisierungsreife" fallen können, wie Unternehmen der Konsum- bzw. Investitionsgüterindustrie. Zwar ist es nicht Sache der Verfassungsexegese, die Entscheidungen des Verfassungsgebers zu korrigieren¹⁾, aber eine bedenkliche Unklarheit über den Geltungsbereich des Begriffes "Produktionsmittel" bleibt nach wie vor bestehen.

c) Zur Frage der Sozialisierungsreife

Sozialisierung, Vergesellschaftung, Gemeineigentum und Gemeinwirtschaft sind unbestimmte Rechtsbegriffe, die ihren letzten materiellen Gehalt erst durch die politische Entscheidung erhalten. Mit ihrer Einführung entstehen implizite neue Rechtsinstitute.

Weil sich das GG nicht für ein Vergesellschaftungsmotiv entschieden hat²⁾, muß zur Klärung dieser Begriffe die Frage nach den Voraussetzungen einer Sozialisierung, das Problem der "Sozialisierungsreife" aufgeworfen werden. Zwar nimmt Art. 15 eine Beschränkung der Sozialisierung auf dafür "geeignete" Objekte (wieder im Gegensatz zu Art. 156 WRV) nicht mehr vor. Trotzdem wird die "Reifeklausel" auch heute noch als Schranke der staatlichen Sozialisierungsmacht angesehen³⁾. "Andernfalls würde auch der Kleinbesitz an Grund und Boden oder an Produktionsmitteln, also auch der kleinbäuerliche Grundbesitz und die handwerklichen Erzeugungsbetriebe, in Gemeineigentum überführt werden können, was unmöglich der Sinn des Sozialisierungsartikels sein kann"⁴⁾. Vorbedingung für ein Tätigwerden des einfachen Gesetzgebers auf dem Gebiet der Sozialisierung ist nach Ridder⁵⁾ die "Sozialifikation" der wirtschaftlichen Erscheinungen, welche zum Wohle

1) Vgl. auch Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 165.

2) Vgl. Krüger, H., Sozialisierung S. 285.

3) Vgl. z.B. Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 152; Ridder, H.K.J., Enteignung und Sozialisierung S. 131 f.

4) Mangoldt, H.v., Klein, F., a.a.O., S. 467.

5) Vgl. Ridder, H.K.J., a.a.O., S. 131.

der Allgemeinheit¹⁾ die Umgestaltung der tradierten Eigentumsordnung fordert. Insbesondere seien es Kollektivierungsprozesse, ausgelöst durch die Entwicklung zur Industriegesellschaft, welche die Sozialifikation als historisch gegebenen Vorgang, ohne nach dessen Logik oder Erwünschbarkeit zu fragen, hervorrufen²⁾. Der Arbeitsprozeß wandelt sich um in etwas Unpersönliches mit all seinen Auswirkungen auf die Sozialstruktur; die Arbeitsteilung und Funktionsaufgliederung werden immer spezialisierter, das persönliche Eigentumsrecht wird durch die tatsächliche Trennung des imperium vom dominium entleert, um nur einige Merkmale der Sozialifikation zu nennen. Die hieraus zu ziehende Konsequenz ist jedoch innerhalb unserer Verfassungsinterpretation "keine Frage geschichtlicher Zwangsläufigkeit, sondern eine Frage der freien Entscheidung"³⁾. Eine Entwicklung nach den Gesetzen des historischen Materialismus, wonach das "spätkapitalistische System" den Sprung der Qualität in eine sozialistische Ordnung vollführt, kann mit Art. 15 nicht nachvollzogen werden⁴⁾. Auch darf aus sozial unerwünschten Erscheinungen industriell hochentwickelter Gesellschaften nicht der Umkehrschluß gezogen werden, in einer sozialisierten Wirtschaft würden die angeführten Syndrome nicht auftreten. Ob ein sozial korrigiertes Privatnützigkeitsstreben oder eine auf das "Gesamtwohl" ausgerichtete Gemeinwirtschaft den sozialen Anforderungen unserer Zeit eher gerecht wird, ist eben die heftig umstrittene Frage, wobei sich das GG im großen und ganzen restriktiv gegenüber Sozialisierungen verhält⁵⁾. Sollen dennoch Vergesellschaftungen durchgeführt werden, so ist dies gleichbedeutend

1) Daß mit einer Umformung der Wirtschaftsstruktur auch eine Umformulierung des "Allgemeininteresses" einhergehen kann, ist gerade bei einer wertgebundenen Betrachtung des Art. 15 nicht von der Hand zu weisen. Die Frage, ob das Allgemeininteresse bei Sozialisierungsmaßnahmen analog Art. 14/III,1 berücksichtigt werden müsse (vgl. dazu Grupp, W., a.a.O., S. 76 ff.) beantwortet sich deshalb bereits durch die Feststellung der Sozialisierungsreife und durch die Rücksichtnahme auf die Substanz der übrigen Grundrechtsartikel.

2) Vgl. Ridder, H.K.J., a.a.O., S. 131.

3) Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 142; vgl. auch BVerfGE 12, 354 (364 f.).

4) Vgl. auch Krüger, H., Sozialisierung S. 269.

5) So verhindert bereits die Entschädigungsregelung des Art. 15/2 i.V.m. Art. 14/III,3 u. 4 eine Sozialisierung großen Ausmaßes (vgl. auch Ortlieb, H.D., Stavenhagen, G., Artikel "Sozialisierung II" (Geschichte, Deutschland) in: HdSW, Bd. 9, 1956, S. 464 ff.). Vgl. allerdings dazu kritisch S. 217

mit einer Entprivatisierung des Vermögens deshalb, weil der Privatcharakter des wirtschaftlich genutzten Vermögens für aktuell oder potentiell sozialschädlich gehalten wird. Durch Sozialisierung soll der Widerspruch zwischen der erzeugten sozialen Wirklichkeit und der als ungerecht empfundenen einseitigen Machtverteilung innerhalb der Gesellschaft beseitigt werden¹⁾. "Gegenüber dieser negatorischen Zweckbestimmung der Sozialentwährung sind die positiven Zweckaspekte allgemeiner Art (neue Impulse für die Volkswirtschaft, Hebung des Lebensstandards breiter Schichten u.ä.) nahezu belanglos (diesbezügliche Erwartungen werden übrigens bekanntlich nach den bisher vorliegenden Erfahrungen regelmäßig enttäuscht)"²⁾. Insofern muß die Vergesellschaftung nach Abraham stets das Ziel verfolgen, "der Wirtschaft zugleich einen veränderten menschlich-sittlichen Gehalt zu geben"³⁾.

Die ethische Zielsetzung von Sozialisierungsvorhaben kann in diesem Zusammenhang nur im Vergleich zu den Grundrechten lokalisiert werden. Das gilt sowohl bezüglich ihrer Idee als auch bezüglich deren Verwirklichung in Institutionen, die u.U. wieder andere, eigendynamische Kräfte im Rahmen des Gesamtsystems erzeugen. Auf dieses Problem, dessen Lösung gleichzeitig den Raum einer Demokratisierung vorgibt, soll später kritisch eingegangen werden. Zunächst interessiert jedoch, welche Organisationsformen im Unternehmensbereich einer Verwirklichung des Art. 15 entsprächen bzw. welche Konzeption der Wirtschaftsordnung bei Durchführung des verfassungsrechtsgestaltenden Aktes der Sozialisierung übernommen werden müßten.

c) Grundzüge der Gemeinwirtschaft

Da sich die einzelwirtschaftlichen Organisationsformen an der Idee einer sozialistischen Wirtschaftsordnung orientieren und diese ihrerseits gemäß Art. 15 auf den Elementen einer Gemeinwirtschaft aufbauen soll, ist zunächst eine Auseinandersetzung mit dem Begriff Gemeinwirtschaft vonnöten.

1) Vgl. Ridder, H.K.J., a.a.O., S. 132.

2) Ebenda, S. 130.

3) Abraham, H.J., Erstbearbeitung des Art. 15, BK zum GG, Anm. II, 5.

Die Sozialisierung nämlich erschöpft sich nicht in der Vergesellschaftung als strukturelle Veränderung, "sondern sie vollendet sich erst durch Verwirklichung eines neuen wirtschaftsteleologischen Prinzips, das Art. 15 durch den Begriff 'Gemeinwirtschaft' umschreibt"¹⁾. Trotz der ziemlichen Ratlosigkeit über konkrete Formen der Gemeinwirtschaft lassen sich anhand der neueren Literatur²⁾ einige Vorstellungen übereinstimmend herauschälen.

Gemeinwirtschaft bedeutet primär, daß der Träger der Vergesellschaftung die Allgemeinheit sein muß. Mangels eigener Rechtspersönlichkeit kommt in unserer Rechtsordnung das Volk als Rechtsträger des Eigentums nicht in Frage, so daß die Allgemeinheit entweder durch den Bund, die Länder, Gemeinden bzw. Gemeindeverbände oder durch kollektive Mitwirkungsrechte in wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern repräsentiert werden muß³⁾. Die kollektive Verfügungsmacht über das Gemeineigentum kann z.B. in die Hände von Körperschaften des öffentlichen Rechts gelegt werden, bei denen entweder der Staat zusammen mit den Verbrauchern, den ursprünglichen Privateigentümern und den Arbeitnehmern gemeinsam beteiligt ist oder bei denen die Verfügungsgewalt über das Wirtschaftseigentum ganz den Arbeitnehmern vorbehalten wird.

Hier wird aber schon die Beschäftigung mit dem Begriff Gemeinwirtschaft prekär. Gemeinwirtschaft bedeutet nämlich zweitens: Ausübung der wirtschaftlichen Verfügungsmacht im Interesse des Gesamtwohls. Wer aber garantiert am besten die Verfolgung dieses Ziels? Verlangt eine Ausrichtung der

1) Krüger, H., Sozialisierung, S. 286; vgl. auch Korsch, K., a.a.O., S. 33; Schumpeter, J.A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie S. 271 f.: Obwohl der Sozialist die Revolution der Gesellschaft vom wirtschaftlichen Winkel her anstrebt, ist sein Endziel nicht Hedonismus oder volle Bäuche. Sozialismus bringt eine neue kulturelle Welt (die nach Schumpeter indeterminiert ist).

2) Vgl. dazu Nell-Breuning, O.v., Gemeinwirtschaft, in: Staatslexikon, Bd. 3, 1959, S. 732 ff.; Ritschl, H., Gemeinwirtschaft, in: HdSW, Bd. 4, 1965, S. 331 ff.; Korsch, K., a.a.O.; Huber, E.R., WVR, Bd. II, S. 141 ff.; Maunz, Th., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. IV,3 zu Art. 15, Rdnr. 20; Thiemeyer, Th., Gemeinwirtschaftlichkeit als Ordnungsprinzip, 1970, S. 74 f.; Vieregg, J., Abgrenzung und Struktur des gemeinwirtschaftlichen Betriebstyps, Diss. München 1960; Schulz, W., Die staatliche Gemeinwirtschaft, Diss. Mannheim 1960.

3) Vgl. Grupp, W., a.a.O., S. 84.

Produktionstätigkeit am Gemeinwohl eine pluralistische Organisation der Unternehmensführung oder gemäß der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus eine Übernahme der Herrschaftsbefugnisse durch die Arbeitnehmerschaft allein?

Trotz erheblicher rechtsstaatlicher Bedenken muß dem Eindruck stattgegeben werden, daß der materielle Gehalt des Art. 15 von interessenpolitischem Charakter ist, dergestalt, daß hier das Machtstreben der Arbeitnehmerschaft seinen Niederschlag gefunden hat¹⁾. Da die Arbeitnehmerschaft Träger des sozialistischen Gedankens ist, der Begriff der Gemeinwirtschaft hieraus entwickelt wurde, decken sich in den Vorstellungen der Arbeitnehmerschaft ihre Interessen weitgehend mit denen der Allgemeinheit²⁾. Diese Gleichsetzung, Interesse der Arbeitnehmerschaft = Verfolgung des Gemeinwohls, ist aber zumindest aus zwei Gründen anzuzweifeln. Zum einen besitzen die Arbeitnehmer ganz spezifische Interessen, die in der Hauptsache auf einen hohen Lohn und auf die Sicherung des Arbeitsplatzes gerichtet sind. Hierdurch können Konflikte mit Konsumenten-, Arbeitgeber- und volkswirtschaftlichen Interessen entstehen. Zum anderen dürfte die heutige Arbeitnehmerschaft viel zu differenziert sein für eine interessenmonistische Lösung des hier anstehenden Organisationsproblems einer Gemeinwirtschaft. "Das Arbeitnehmerinteresse ist höchst unterschiedlich. Alter, Ausbildung, Tätigkeit im Betrieb, Aufstiegsmöglichkeiten und persönliche Lebensumstände schaffen höchst unterschiedliche Interessenlagen"³⁾. Mit steigender Qualifikation der Arbeitnehmer steigt außerdem ihre Möglichkeit zur Einsichtnahme und zur Mitbestimmung des Unternehmens auch ohne gesetzliche Mitbestimmung⁴⁾.

Versteht sich die Arbeitnehmerschaft als Gruppe, so ist sie als Garant des Allgemeinwohls kaum zu akzeptieren. Insbesondere die Gewerkschaften vermögen diese Funktion nicht auszufüllen, zumal in der BRD nur ca. 1/3 aller Arbeitnehmer zu

1) Sarkastisch könnte man natürlich das Demokratisierungstreben nach Sicherheit so interpretieren, daß Macht der Ausdruck größter Sicherheit ist.

2) Vgl. Boehr, G., a.a.O., S. 72 ff.

3) Biedenkopf-Gutachten S. 171.

4) Vgl. Wittelsberger, H., Sozialistische Marktwirtschaft - ein Modell zur Reform der Unternehmensverfassung? In: Ordo, Bd. 20, 1969, S. 85; Galbraith, J.K., Die moderne Industriegesellschaft, 1968, S. 82 ff.

ihren Mitgliedern zählen¹⁾. Vielmehr ist - in Anlehnung an die früher vorausgeschickte Konflikttheorie²⁾ - davon auszugehen, daß ein so vager Begriff wie "Allgemeinwohl" niemals durch einen Interessenträger, sondern allenthalben durch Berücksichtigung mehrerer Interessen einigermaßen hervorgebracht werden kann. Das Ergebnis wären pluralistische Unternehmensformen³⁾, in denen Eigentümer, Arbeitnehmer, Konsumenten, Vertreter des öffentlichen Interesses, u.U. auch Gläubiger und Lieferanten gemeinsam das Unternehmen führen würden. Das Problem einer direkten Ausrichtung der Unternehmenspolitik auf das Gesamtwohl soll hier durch Einschaltung heterogener Interessen eine Lösung erfahren⁴⁾. Vom Gedanken der Autonomie her, erscheint diese Struktur nicht nur als Abschirmung gegenüber einer monistisch totalitären Wirtschaftsplanung, sondern auch als Verminderung eines zentral verwaltenden Staatssozialismus. Einen entscheidenden Bruch mit der in der überkommenen Systematik der abendländischen Rechtsordnung ausgeprägten gesellschaftlichen Ordnung stellt aber auch dieser Fall der Sozialisierung dar: Nicht mehr dem Staat soll die Wahrnehmung des Gemeininteresses (vorzugsweise mit den Mitteln obrigkeitlichen Zwangs) zufallen, sondern bereits den Individuen, den Staatsbürgern bei der ökonomischen Bedarfsvorsorge⁵⁾. Die Trennung zwischen privatrechtlichem und öffentlich-rechtlichen Bereich verliert dadurch an Bedeutung. Hier aber wird das Problem fast unlösbar; "denn nur der Staat ist ein wahrhaftes Gemeinwesen mit ausschließlicher Bestimmtheit durch das Gemeinwohl und die

1) Vgl. Raiser, L., Rechtsfragen S. 20; Briefs, G., Mitbestimmung? (Vorwort) S. 11.

2) Vgl. S. 21 f.

3) Über die mögliche Zusammensetzung der Unternehmensorgane vgl. Wilde, H., a.a.O., S. 88 ff.; Dülfer, W., a.a.O., S. 100 ff.; Boettcher, E., Hax, K., u.a., a.a.O.; Korsch, K., a.a.O., S. 24 ff.

4) Dabei ist jedoch zu bedenken, daß eine Vervielfältigung der unternehmerischen Motivationen durch eine Vervielfältigung der Subjekte in der Trägerschaft nicht schon garantiert ist. Der Grundgedanke der Gewaltenteilung: die einander korrigierenden Faktoren in der Unternehmensführung, ist nach Krüger (Sozialisierung S. 298 f.) eher dann gewährleistet, wenn die "anderen Formen der Gemeinwirtschaft" (Art. 15) als ein institutionell und normativ gesicherter Prozeß verstanden werden, dessen einer Pol das Eigentum, der andere der Staat ist.

5) Vgl. Ballerstedt, K., Sozialisierung III, S. 479.

Einzigkeit des Staates innerhalb des Staatsgebietes bedeutet, daß kein anderes soziales Gebilde diese Existenz und dieses Telos aufweisen kann¹⁾. Deshalb ist der Staat bei einer Sozialisierung nicht nur für den Vollzug, sondern auch für die spätere Kontrolle schlechthin unentbehrlich. Das schließt nicht aus, daß eine Sozialisierung größeren Ausmaßes von einem anderen Staatsverständnis begleitet wird, wobei Staatsfunktionen der unmittelbaren Kontrolle wirtschaftlicher Tätigkeit schrittweise wegfallen²⁾. Nicht beigespflichtet werden kann der kommunistischen Theorie eines absterbenden Staates³⁾. Nach unserer Meinung verträgt sich der Prozeß zum Ideal des Vollkommunismus eines herrschaftslosen Zustandes weniger mit der (vorausgesetzten) freien Austragung von Interessenkonflikten als mit einem radikalen Programm sittlicher Erneuerung des Menschen⁴⁾, welches Interessenkonflikte letztlich negiert.

Das dritte wichtige Kriterium einer Gemeinwirtschaft bildet die Einführung des Bedarfsdeckungsprinzipes⁵⁾. Zwar wird in der Marktwirtschaft der einzelne Anbieter durch Konkurrenz auch auf die günstigste Versorgung des Konsumenten gedrängt⁶⁾. Vom gemeinwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, ist diese Korrektur jedoch unzulänglich, da hier nur Gleiches durch Gleiches berichtigt wird und man aus dem Kreise des bloßen Erwerbsstrebens nicht heraustritt⁷⁾. Bedarfsdeckung in der Gemeinwirtschaft bedeutet im Gegensatz zur Marktwirtschaft mit Konkurrenz eine unmittelbare Befriedigung der Bedürfnisse eines engeren oder weiteren Personenkreises. An der Gewinnerzielung besteht nur ein mittelbares, "akzidentielles" Interesse⁸⁾. Dabei wäre es unrealistisch, wollte man die

1) Krüger, H., Sozialisierung S. 293.

2) Vgl. Schumpeter, J.A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie S. 270 f.

3) Vgl. Engels, F., a.a.O., S. 52.

4) H. Krüger (Allgemeine Staatslehre S. 669) bemerkt hierzu: "Alle Ideale der Herrschaftslosigkeit sehen daher eine Art von wissenschaftlichem Priestertum vor, das dem Volke immer wieder die 'natürlichen' Erkenntnisse zu vermitteln hat, auf denen das Gemeinwesen und die innere Einstellung der Bürger zum Gemeinwesen beruhen".

5) Vgl. Ritschl, H., Gemeinwirtschaft S. 331 f.

6) Es ist sogar die Frage berechtigt, ob ein anderes System die Dringlichkeit und Menge des Bedarfs so gut befriedigen kann (vgl. Röpke, W., Die Lehre von der Wirtschaft S. 303 f.).

7) Vgl. Krüger, H., Sozialisierung S. 299.

8) Vgl. Thiemeyer, Th., a.a.O., S. 88.

Gewinnerzielungsabsicht bei gemeinwirtschaftlichen Unternehmen generell ausschließen¹⁾. Gewinnerzielung in gewissen Teilbereichen der Gemeinwirtschaft kann bspw. durchaus zu einer Subventionierung anderer Teilbereiche zum Zwecke eines internen Lastenausgleichs verwendet werden²⁾. Entscheidend ist vielmehr die Gewinnverwendung unter einer direkt gemeinnützigen Zielsetzung, der mehrere Unternehmen in einem gemeinwirtschaftlichen Verbund Folge leisten³⁾.

Diese Zielsetzung kann wiederum - mangels operationaler Kriterien des Gemeinwohls - nur mittels eines demokratischen Willensbildungsprozesses in Form einer Nutzenfunktion vorgegeben werden. Dabei mögen z.B. bestimmte Betriebe der Luxusgüterproduktion zu Preisen angehalten werden, die hohe Gewinne erzielen. Diese Überschüsse wiederum werden den Betrieben nicht zu Erweiterungsinvestitionen überlassen, sondern zur Finanzierung von Investitionen für Güter des öffentlichen Bedarfs abgezweigt⁴⁾. Die sich selbst steuernde Marktwirtschaft mit einer Vielzahl autonom nach Angebot und Nachfrage reagierender Unternehmer wird abgelöst durch eine bewußt gelenkte Gemeinwirtschaft im Dienste "öffentlicher Aufgaben"⁵⁾. Eine Intensivierung des hiermit ausgelösten vereinheitlichenden Planungsstrebens tritt ein, wenn die gemeinnützige Bedarfsdeckung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung kombiniert wird⁶⁾.

Sozialisierung mit dem Ziel einer Gemeinwirtschaft bezweckt schließlich viertens die "gerechte Verteilung und Verwendung des Arbeitsertrages"⁷⁾, die Verhinderung von sog. "arbeitslosem" Einkommen (Kapitaleinkommen, Grundrenten, Unternehmergewinne - nicht Unternehmerlöhne! - Monopolgewinne, Konjunkturgewinne, Differentialrenten)⁸⁾. Das Produktionsergebnis

1) So z.B. Ritschl, H., a.a.O., S. 333.

2) Vgl. Thiemeyer, Th., a.a.O., S. 89 ff.

3) Vgl. z.B. Weisser, G., Preisbildung bei öffentlichen Unternehmen, in: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 7, 1965, Heft 3, S. 200.

4) Auf diese Weise bleiben gesellschaftlich "unerwünschte" Güter immer Mangelware.

5) Zur Problematik von Begriffen wie "Gemeinwohl" und "öffentliches Interesse" im Lichte der Wohlfahrtsökonomik vgl. Thiemeyer, Th., a.a.O., S. 148 ff.

6) Vgl. Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 206.

7) Vgl. Marx, K., Kritik des Gothaer Programms (1875), in: Karl Marx, Politische Schriften, 2. Bd., hg. v. H.J. Lieber, 1960, S. 1020.

8) Vgl. Rittig, G., Artikel "Sozialisierung I" (Theorie), in: HdSW Bd. 9, 1956, S. 456.

wird zwischen den Arbeitern und den gesellschaftlichen Bedürfnissen (Speisung verschiedener gesellschaftlicher Fonds) aufgeteilt. Die Betriebsbeteiligten werden zunächst weiterhin differenzierte Löhne gemäß dem Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" erhalten¹⁾ und entsprechend ihrer Leistung unterschiedlich am Gewinn partizipieren. Durch das Aufhören des Klassenkampfes zwischen besitzenden Kapitalisten und besitzlosen Proletariern soll sich jedoch allmählich die Produktion entgiften und jener Gemeinsinn entstehen, "der die Vorbedingung für die Errichtung der zweiten und höheren Phase der Gemeinwirtschaft bildet, in welcher wie die sachlichen Produktionsmittel so auch die Arbeitskraft jedes einzelnen Gemeineigentum sein werden, indem jeder zur gesellschaftlichen Produktion nach seinen Fähigkeiten beisteuert und dafür an dem Ertrage der gemeinschaftlichen Produktion nach seinem Bedürfnis teilnimmt"²⁾.

d) Rechtsformen der Sozialisierung

Um eine Vergesellschaftung unter gemeinwirtschaftlichen Zielsetzungen stellen zu können, richtet sich der Eingriff i.d.R. nicht auf einzelne, bspw. mit Verlust abschließende Unternehmen, sondern auf ganze Wirtschaftsbranchen oder auf eine nach bestimmten Merkmalen gruppierte Reihe von Betrieben³⁾. Obgleich Art. 19/I nur für Grundrechte gilt und insofern Art. 15 wegen des ihm fehlenden Grundrechtscharakters zu übergehen scheint, muß das (formelle) Gesetz zur Durchführung einer Sozialisierung dennoch ein allgemeines sein⁴⁾. Sozialisierung ist notwendigerweise Gruppensozialisierung; denn "wenn Vergesellschaftung nicht diesen oder jenen konkreten Übelstand angreift, sondern einem Wesensübel mit einer Wesenswandlung zu begegnen sucht, dann kann sie nur eine allgemeine Maßnahme sein"⁵⁾.

1) Wobei sozialistischen Autoren eine Orientierung an "objektiven" Leistungskriterien vorschwebt (vgl. jedoch zur theoretischen und praktischen Fragwürdigkeit des Leistungsprinzips u.a. Offe, C., Leistungsprinzip und industrielle Arbeit, 1970).

2) Korsch, K., a.a.O., S. 40 f.; vgl. auch Marx, K., Kritik des Gothaer Programms S. 1024.

3) Vgl. Ballerstedt, K., Sozialisierung III S. 478.

4) Diese Aussage besitzt auch für die Sozialisierung von Monopolen Gültigkeit (vgl. auch S. 240).

5) Krüger, H., Sozialisierung S. 312.

Die betroffenen Unternehmen können nach Art. 15 entweder in Gemeineigentum oder in "andere Formen der Gemeinwirtschaft" überführt werden.

Der Begriff Gemeineigentum hat bis heute keine allgemein anerkannte Klärung gefunden¹⁾. Er enthält im wesentlichen dieselbe Unbestimmtheit, die bereits dem Wort Sozialisierung anhaftet. Unbestritten ist Gemeineigentum mit einem Wechsel der Eigentumsträgerschaft verbunden. Der private Eigentümer wird seiner materiellen und formellen Rechtsposition am Eigentum entledigt²⁾. Neuer Träger werden entweder der Staat (Bund, Länder, Gemeinden bzw. Gemeindeverbände) oder besondere Selbstverwaltungskörper. Ohne Zweifel ist eine Verstaatlichung verfassungsrechtlich zulässig. Sie kann auf mehreren Wegen erfolgen, z.B. durch Bildung staatsunmittelbaren Gemeineigentums, durch Errichtung selbständiger, aber vom Staat abhängiger öffentlicher Anstalten oder schließlich durch eine Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand an privatrechtlich geordneten Kapitalgesellschaften.

Die Frage, ob Verstaatlichung oder nicht, hängt entscheidend von den Voraussetzungen ab, unter denen eine Sozialisierung stattfinden soll. So kann u.U. das nötige Kapital, die Autorität zur Hebung der Arbeitsmoral oder zur Beseitigung von lokalen Interessenszwisten nur vom Staat aufgebracht werden, wie der Fall des englischen Steinkohlebergbaus lehrt³⁾. Eine bloße Verstaatlichung, etwa die Bildung fiskalischen Vermögens, scheidet jedoch aus⁴⁾, da nicht anstelle des eigenützigen Gewinninteresses das Einnahmen-Interesse des Staates treten soll, sondern die Führung der sozialisierten Unternehmen unter gemeinwirtschaftlichem Aspekt. Daher ist bei einer Verstaatlichung insbesondere der Einrichtung gemeinwirtschaftlicher Organe Rechnung zu tragen, in denen kollektivierte Mitwirkungsrechte von Wirtschaftsgruppen berücksichtigt werden⁵⁾.

1) Vgl. Ipsen, H.P., Enteignung und Sozialisierung S. 110.

2) Die Entschädigung wird dabei im seltensten Falle bar vorgenommen werden, sondern etwa in Form von Schuldverschreibungen der sozialisierten Unternehmen (vgl. Ballerstedt, K., Sozialisierung III S. 479).

3) Vgl. Krüger, H., Sozialisierung S. 276.

4) Vgl. Nell-Breuning, O.v., Gemeinwirtschaft S. 735.

5) Vgl. Grupp, W., a.a.O., S. 85.

Die Furcht vor Staatsbürokratismus, Konzentration staatlicher Macht und totalitär-zentraler Lenkung - etwa nach dem Muster der Sowjetunion - hat überdies die neueren sozialistischen Bewegungen dazu veranlaßt, weitgehend Abstand von einem Staatssozialismus zu nehmen¹⁾. Mehr Aufmerksamkeit wird der Errichtung von Selbstverwaltungsorganen geschenkt, welche verschiedene soziale Gruppen in eine aktive Mitarbeit an der Unternehmensführung einbeziehen²⁾. Obwohl also der Staat nach Art. 15 als oberster Demiurg der Vergesellschaftung auftritt³⁾, wird an dem Dualismus Staat-Gesellschaft festgehalten⁴⁾. E.R. Huber⁵⁾ gibt jedoch zu bedenken, daß sich die Antinomie zwischen "politischer Demokratie" und "wirtschaftlich-sozialer Demokratie" nur überbrücken lasse, wenn - dem überkommenen Prinzip der Selbstverwaltung entsprechend - dem Staat ein gewisses Aufsichtsrecht der Berufung und Kontrolle vorbehalten bleibe. Dem ist eingedenk der Einzigkeit des Staates zuzustimmen, wonach die Berufung und Überwachung der Verbandsorgane weder rechtlich noch faktisch an nicht-staatliche sozio-ökonomische Gruppen (z.B. die Gewerkschaften) übergehen kann. Ein Aufsichtsrecht des Staates ergibt sich ferner formell durch die Bildung des Gemeineigentums selbst. Da mit diesem Akt nicht ein Eigentumswechsel zwischen Privaten stattfinden soll, kann Gemeineigentum - abgesehen von der privatrechtlichen Form der Stiftung als rechtlich verselbständigte Vermögenseinheit - nach traditionellem Eigentumsverständnis immer nur Eigentum der öffentlichen Hand sein⁶⁾.

Wenn in Art. 15 von "anderen Formen der Gemeinwirtschaft" die Rede ist, so ist dabei hauptsächlich daran gedacht, die formelle Privateigentümer-Position zu belassen, aber die daraus fließende materielle Verfügungsgewalt kollektiven

1) Vgl. Nemitz, K., Sozialistische Marktwirtschaft, 1960, S. 161.

Zu denken ist auch an die Bestrebungen des "Prager Frühlings" (vgl. dazu stellvertretend Ota Sik, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967) oder an das System der "sozialistischen geplanten Marktwirtschaft" Jugoslawiens (Literaturangaben siehe S.

2) Vgl. Dürig, G., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. VI, 3c,ee zu Art. 2/I, Rdnr. 52.

3) Vgl. Krüger, H., Sozialisierung S. 310.

4) Vgl. Boehr, G., a.a.O., S. 67.

5) Vgl. Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 171.

6) Vgl. Dülfer, W., a.a.O., S. 105.

Führungsgremien zu übertragen¹⁾. Insbesondere nach der modernen sozialistischen Auffassung ist nicht das Eigentum-Haben das Wichtigste, sondern vielmehr das daraus abgeleitete Nutzungsrecht²⁾. Das Privateigentum wird dem Einfluß und Mitbestimmungsrecht gesellschaftlicher Gruppen unterworfen, ohne daß es in kollektives bzw. staatliches Eigentum umgewandelt wird.

Als Anschauungsmaterial eines weitgehenden Eingriffs in den Gestaltungsspielraum des Privateigentümers bietet sich das seit 1951 geltende MitbestG an. Anhand seiner Regelungen soll nunmehr versucht werden, den kritischen Punkt des Eintritts sowie den Charakter einer Sozialisierung nach Art. 15 zu verdeutlichen.

3. Das Mitbestimmungsgesetz als Beispiel einer Sozialisierungsmaßnahme

Das Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie³⁾ greift als Modellfall die Rechtsform der Aktiengesellschaft heraus, ordnet aber eine entsprechende Anwendung für die GmbH und die bergrechtliche Gewerkschaft an. Die Frage, ob die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer an allen Unternehmensentscheidungen in das Wesen des Privateigentums trifft,⁴⁾ muß daher der besonderen Eigentümerstellung des Aktionärs Rechnung tragen, worauf nun kurz eingegangen werden soll.

a) Darstellung am Fall der Aktiengesellschaft

Die AG ist keine BGB-Gesellschaft, sondern ein rechtsfähiger Verein, dessen Mitglieder die Aktionäre sind. Die Aktionäre können nur mittelbar Einfluß auf die Geschäftsführung ausüben, indem sie über die Hauptversammlung den Aufsichtsrat

1) Vgl. Huber, E.R., WVR, Bd. II, S. 171 ff.

2) Vgl. Ortlieb, H.D., Die Krise des Marxismus, in: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik ohne Dogma, 1954, S. 76 ff.; Rittig, G., a.a.O., S. 463 f.; Schiller, K., Sozialismus und Wettbewerb, 1955, S. 33.

Die formelle Eigentümerposition ist dann lediglich noch für die Frage der Gewinnverwendung und für das Konkursrisiko relevant.

3) Vgl. auch S. 43 ff.

4) Das BVerfG hat darüber bislang noch nicht entschieden (vgl. auch BVerfGE 25, 371 (407)).

wählen. Dieser bestellt seinerseits den Vorstand¹⁾. Eigentümer an den Produktionsmitteln sind im rechtlichen Sinne nicht die Aktionäre, sondern ist die AG als juristische Person. Die Aktionäre sind auch nicht Eigentümer der AG, sondern sie besitzen lediglich gewisse Mitgliedschaftsrechte²⁾.

Diese Mitgliedschaftsrechte lassen sich einteilen in Vermögensrechte (Eigentum an der Aktie, Anspruch auf Dividende § 174/II, Nr. 2 AktG, Bezugsrecht auf neue Aktien bei Kapitalerhöhung § 186, Anspruch auf eine Quote am Liquidationserlös § 271) und in Verwaltungsrechte (Teilnahmerecht an der Hauptversammlung § 118, Stimmrecht § 12, Recht auf Auskunft § 131, gewisse Anfechtungs- und Minoritätsrechte §§ 243 ff.).

Beide Rechte hängen natürlich eng voneinander ab. Läßt man es aber bei dieser Aufgliederung, so ist es wohl in erster Linie das Stimmrecht, über das der Aktionär das früher genannte Privatnützigkeits-Prinzip verwirklichen kann³⁾. Der Aktienkauf erfolgt nämlich im Normalfall deswegen, weil man sich einen wirtschaftlichen Nutzen verspricht. Dieser Nutzen wird in Form einer Dividende oder in einer Steigerung des Aktienkurses erhofft oder in einer Stärkung der wirtschaftlichen Machtposition, was wiederum den erstgenannten Zielen zugute kommen soll. Jedenfalls wird der Aktionär seinen Einfluß durch die Abstimmung immer darauf ausrichten, daß sein privater Nutzen am meisten gefördert wird. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Gesellschaftsorgane neben den Aktionärsinteressen und den Interessen der Allgemeinheit⁴⁾ vor allem die Interessen des Unternehmens im Auge haben. Die langfristige Rentabilität des Unternehmens, das Wohl der Belegschaft und die Eindämmung von "social costs" sind Gesichtspunkte, die eine rücksichtslose Verfolgung eines manchester-liberalen Privatnützigkeitsstrebens zwar unterbinden,

1) Über den Wandel der Funktion von Aufsichtsrat und Vorstand im Verlauf der Geschichte vgl. Hax, K., Die Aufgaben des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft unter dem Einfluß der qualifizierten Mitbestimmung, in: Mitbestimmung und Wirtschaftspolitik, Bd. 2, hg. v. K. Nemitz u. R. Becker, 1967, S. 195 ff.

2) Vgl. Einführung zum Aktiengesetz vom 6. Sept. 1965 von Hefermehl, W., 1967, S. 20 ff.

3) Vgl. auch Boehr, a.a.O., S. 93.

4) So noch zu lesen im alten AktG vom 30. Jan. 1937 (§ 70/I).

aber in keiner Weise den Aktionären die Möglichkeit nehmen, Aufsichtsrat und Vorstand in ihren Dispositionen auf die Wahrnehmung ihres privaten Aktionärsinteresses hin auszurichten¹⁾.

Die Institution des Stimmrechts der Aktionäre gewährleistet normalerweise nicht die Berücksichtigung des konkreten Nutzens einzelner Aktionäre, sondern den für die Mehrheit der Aktionäre geltenden typischen Nutzen²⁾. Indem das Stimmrecht die Durchsetzung des Privatnützigkeits-Prinzips ermöglicht, hat es eine mittelbar vermögensrechtliche Bedeutung, die in dem Dividenden- und Bezugsrecht in Form eines unmittelbaren Vermögensrechtes als greifbarer Nutzen erscheint³⁾. Da die wichtigsten Bestandteile des Mitgliedschaftsrechtes des Aktionärs im großen und ganzen also Vermögensrechte sind, fällt das Mitgliedschaftsrecht unter den Eigentumsbegriff des Art. 14; denn wie bereits erwähnt⁴⁾, umfaßt Art. 14 sämtliche vermögenswerten Rechte, nicht nur solche im herkömmlichen zivilrechtlich-dinglichen Sinne.

Das MitbestG trägt der Besonderheit Rechnung, daß im Recht der Kapitalgesellschaften nicht die formelle Eigentümerposition, sondern die daraus fließenden Verwaltungsrechte relevant sind. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Montanbereich beschneidet folgerichtig das mittelbare Verwaltungsrecht der Hauptversammlung, die Wahl des Aufsichtsrates, zur Hälfte. Das Stimmrecht der Aktionäre, das zuvor zur Auswahl aller Mitglieder des Aufsichtsrates berechnete, wird dadurch wesentlich beeinträchtigt. Das Kennzeichen des Privatnützigkeits-Prinzipes, als das Wesen des Eigentums, besteht nämlich darin, daß der Aktionär aufgrund seines Mitgliedschaftsrechtes "mit rechtlichen Mitteln die Verbindlichkeit dieses Prinzipes durchzusetzen vermag"⁵⁾. Wenngleich also u.U. die Ver-

1) Zur empirischen Bestätigung dieser These vgl. Tullock, G., *The New Theory of Corporations*, in: *Roads to Freedom, Essays in Honour of F.A. Hayek*, ed. by E. Streissler and others, 1969. In Wirklichkeit sind die Manager eben nicht absetzbar und allmächtig; denn in diesem Zusammenhang besitzt die Börse eine wichtige Funktion: nicht mehr genehme Unternehmensführungen lösen Aktienverkäufe aus, wodurch die Aktionäre eine laufende Kontrolle ausüben (vgl. auch Streissler, E., a.a.O., S. 102 f.).

2) Diesen verfolgen i.d.R. auch die Banken bei Wahrnehmung des Depotstimmrechts.

3) Vgl. Boehr, G., a.a.O., S. 98.

4) Vgl. S. 167.

5) Boehr, G., a.a.O.. S. 105.

treter der Arbeitnehmerseite dieselben Ziele verfolgen wie die Aktionäre, so geschieht das nicht kraft der Rechtsstellung des Aktionärs. Im übrigen sind die Interessen der Arbeitnehmer zumindest latent andere und in bezug auf Arbeitsplatzsicherung, Arbeitszeitverkürzung und Lohn ganz bestimmt anders, als die des Aktionärs¹⁾. Auch wenn die Arbeitnehmerschaft ihr eigenes Privatnützigkeits-Prinzip zu realisieren sucht, so ist dies doch nicht gleichbedeutend mit dem hier gemeinten; denn das im Mitgliedschaftsrecht gründende Privatnützigkeits-Prinzip bezieht sich selbstverständlich nicht auf den privaten Nutzen eines Dritten.

Schließlich vermag auch nicht die neutrale Position des elften Mannes zugunsten des Eigentümerinteresses ausfallen, denn der elfte Mann soll eben gerade nicht ein Vertreter des Aktionärsinteresses sein (§ 4/II MitbestG).

Nach alledem kann gefolgert werden, daß im MitbestG das Wesen des Eigentumsrechtes nach Art. 14 verletzt wird, weil der Aktionär mit Hilfe seiner Rechtsstellung dem Privatnützigkeits-Prinzip keine Wirksamkeit mehr verschaffen kann. Das MitbestG ist also zumindest keine Inhaltsbestimmung nach Art. 14/I, 2. Darüber hinaus ist es jedoch auch keine Enteignung. Unter diese Kategorie fällt es schon deshalb nicht, weil es entgegen Art. 14/III keine Entschädigungsregelung enthält und das Allgemeinwohlbedürfnis sehr in Frage steht. Bereits aus formellen Gründen wäre das MitbestG - als Enteignung deklariert - verfassungswidrig und nichtig. Aber auch materielle Gründe sprechen gegen eine Einordnung des MitbestG unter das Wertsystem des Privateigentums. Bereits an anderer Stelle²⁾ wurde ausgeführt, daß sich die Entscheidung für die Gemeinwirtschaft nach Art. 15 nicht nur in der Eigentumsform von Art. 14 unterscheidet, sondern von vorneherein in der Idee, die dieser Methode der Eigentums-

1) Vgl. dazu auch die praktischen Erfahrungen mit dem MitbestG, ausgewertet von der Biedenkopf-Kommission (S. 41 ff.); auch hier wird zwar von Arbeitnehmerseite die Beibehaltung des Rentabilitätsstrebens befürwortet, was aber aufgrund der verschiedenen Motivierung nicht bedeutet, daß das Privatnützigkeits-Prinzip für beide Parteien gleichen Inhalt besitzt.

2) Vgl. S. 195 ff.

neugestaltung zugrunde liegt. Die Einführung einer Gemeinwirtschaft ist mit der Überzeugung verbunden, daß das privat-erwerbswirtschaftliche System mit dem Privatnützigkeits-Streben des Eigentümers nach Art. 14 trotz sozialer Bindungen nicht fähig ist, die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu verwirklichen. Vergesellschaftungsmaßnahmen nach Art. 15 respektieren also nicht die Werthaftigkeit des Privateigentums, das Privatnützigkeits-Prinzip soll nicht in kontrollierte Formen gegossen werden (wie bei der Inhaltsbestimmung), sondern es wird - gestützt auf sozialistische Vorstellungen (Klassenkampf-, Konzentrations-, Ausbeutungstheorie von Karl Marx) - nach seiner Beseitigung gerufen.

Ein solcher Fall der Sozialisierung liegt u.E. bei dem MitbestG vor. Das in den Mitgliedschaftsrechten der Aktionäre enthaltene Verwaltungsrecht soll nicht sozialer und besser ausgestaltet werden, sondern der Eigentümerseite wird die alleinige Berechtigung zur Auswahl der richtigen Führung des Unternehmens abgesprochen. Wenn auch das Privatnützigkeits-Prinzip der Aktionäre nicht völlig beseitigt wird, so wird es doch in seiner einzigen Verbindlichkeit für die Unternehmensleitung aufgehoben. Das MitbestG ist seiner Tendenz nach gegen das Privatnützigkeits-Prinzip gerichtet und damit gegen das Wesen des Eigentums nach Art. 14.

Das MitbestG ist gemäß Art. 15 durch förmliches Gesetz des einfachen Gesetzgebers ergangen. Es bezieht sich auch auf den vorgesehenen Vergesellschaftungsbereich¹⁾. Insofern ist das MitbestG gültig.

Bei dem MitbestG handelt es sich allerdings nicht um eine Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum, wo das Eigentumsrecht nurmehr im Sinne eines Gesamtinteresses ausgeübt wird. Da zumindest die formelle Aktionärsstellung unangetastet bleibt, haben wir es vielmehr mit einer "anderen Form der Gemeinwirtschaft" zu tun, die ebenfalls von Art. 15 gedeckt wird.

Von "Gemeinwirtschaft" kann jedoch im Montanbereich auch nur bedingt gesprochen werden. So ist z.B. auf eine Beteiligung der Konsumenten verzichtet worden und schließlich streben die

1) Die Anlagen und Werkstoffe der Montanindustrie gelten in jedem Falle als Produktionsmittel.

mitbestimmten Unternehmen der Montanindustrie ungebrochen nach hoher Rentabilität und Gewinn¹⁾.

Das MitbestG führt demnach lediglich in eine Vorstufe der Vergesellschaftung. Hierdurch wird die Frage der in Art. 15 vorgeschriebenen Entschädigung zu einem schwer faßbaren Problem. Inwieweit eine Entschädigung zu zahlen bzw. ein Aufopferungsanspruch aus Art. 3 gültig gewesen wäre, müßte sich aus der Untersuchung ergeben, ob diese Vergesellschaftungsmaßnahme in der Montanindustrie erhebliche Nachteile für die Aktionäre nach sich gezogen hat oder noch ziehen wird. Das Urteil über diese Frage der Entschädigungsregelung dürfte aber kaum judikabel sein, sondern gerade im Falle des Art. 15 der politischen Abwägung unterliegen. Daß die Entschädigungsregelung des Art. 15 ohnehin fragwürdig ist, weil ja etwas entschädigt wird, was nicht mehr als schutzwürdig anerkannt wird, kann hier nur angedeutet werden²⁾.

Das MitbestG ist jedenfalls u.E. eine Vergesellschaftungsmaßnahme, die in den Tendenzbereich des Art. 15 fällt, jedoch im Beispiel der Montanindustrie noch keine Entschädigung hervorruft³⁾.

b) Kritische Betrachtung der Eigentumsfunktion in Großunternehmen

Demokratisierungs- und Mitbestimmungsforderungen im Unternehmensbereich werden oft dadurch begründet, daß sich die Funktion des Privateigentümers in den Kapitalgesellschaften - die zumeist auch die größten Unternehmen sind - grundlegend gewandelt habe.

-
- 1) Auch wenn sich in dem von strukturellen Krisen heimgesuchten Kohlebergbau wachsende Verluste einstellen.
 - 2) Über die unterschiedliche Handhabung der Entschädigungsregel bei Art. 14 und 15 vgl. Ridder, H.K.J., Enteignung und Sozialisierung S. 145.
 - 3) Im Einklang mit diesem Ergebnis: Ipsen, H.P., Enteignung und Sozialisierung S. 107; Boehr, G., a.a.O., S. 116; Knoll, E., a.a.O., S. 497 f.; Mallmann, U., Wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht und Enteignung, in: AÖR, Bd. 77, 1951/52, S. 369 f.; Schiller, K., Sozialismus und Wettbewerb S. 33 f.

Sofern damit die Vorstellung verbunden ist, der Wesensgehalt des Privateigentums habe sich wegen zunehmender Sozialbindung oder wachsender öffentlicher Bedeutung von Großunternehmen sozusagen "stillschweigend" von einem Institut des privaten Nutzens in eines der "öffentlichen Hinwendung" metamorphosiert, so ist diese Meinung mit unserer Auffassung eines feststehenden Wesenskerns von Art. 14 nicht vereinbar¹⁾. Das schließt jedoch nicht aus, daß mit eben dieser Entwicklung zum Großkonzern und Riesenunternehmen das eingetreten ist, was Ridder mit "Sozialifikation" auszudrücken beabsichtigt²⁾. Diesen veränderten sozialen Anforderungen begegnet das Privateigentum nicht "aus sich heraus", sondern es wird durch Korrekturen von "außen" hineingezwängt. Da es in seiner Grundstruktur, in seinen Prinzipien, der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklung nicht mehr entspricht, denaturiert es schließlich durch staatliche Eingriffe so weit, daß der Akt der Sozialisierung nur noch deklaratorisch den Übergang zu einer neuen Qualität Eigentum - sofern man dann noch dieses Wort gebrauchen kann - besiegelt. Was könnte nun aber diese Sozialisierungsreife bei Großunternehmen bewirkt haben, was könnte ein Abgehen von privatem Nutzenstreben zur kollektiven Führung in öffentlicher Verantwortlichkeit erfordern?

Zunächst kann argumentiert werden, daß sich in Kapitalgesellschaften Eigentumsrecht und Verfügungsmacht weitgehend voneinander getrennt haben³⁾. Rechtlich gilt das Management zwar als von den Anteilseignern delegiert, Vorstand und Aufsichtsrat werden desgleichen von der Hauptversammlung der Aktionäre eingesetzt und kontrolliert; "faktisch jedoch hat sich das Management in der Ausübung der Verfügungsgewalt

-
- 1) Eben weil das GG zwei werterfüllte Eigentumsbegriffe konstatiert, ist es gar nicht nötig, über sog. "Typusänderungen" von Einzelercheinungen des Eigentums (z.B. der Aktie), ein immer stärkeres sozialverpflichtetes Eingreifen des Gesetzgebers mit Art. 14/2,1 zu rechtfertigen (so z.B. Schwerdtfeger, G., a.a.O., S. 228 ff.). Vielmehr gilt es, Grundwertungen (etwa die individual-ethische Verantwortung des Privateigentümers) und ihr Einflußvermögen auf faktische Eigentumsformen kritisch zu analysieren.
- 2) Vgl. S. 201 ff.
- 3) Vgl. auch Burnham, J., Die Revolution der Manager, 1949, S. 80 ff.

weitgehend vom Eigentumsrecht der Aktionäre gelöst und verselbständigt" ¹⁾. Die Isoliertheit der Manager-Entscheidungen während einer Periode der Geschäftsführung kann jedoch nie soweit gehen, daß sie dem Privatnützigkeits-Streben der Mehrheit der Aktionäre nicht zu entsprechen versucht. Träte dieser Fall ein, so stünde dem Aktionär prinzipiell über das Stimmrecht, sowie über das Recht des Aktienverkaufs an der Börse eine durchgreifende Möglichkeit zur Mißbilligung der Unternehmensführung zur Verfügung.

In der Regel ist der Aktionär an einer gewinnmaximierenden Unternehmenspolitik interessiert und Fehler des Managements fallen (abgesehen von Einkommenseinbußen der leitenden Angestellten) in der Feineinstellung auf die Aktionäre zurück. "Die Risikoposition bleibt, trotz der Symbiose zwischen Management und Eigentümer asymmetrisch" ²⁾. Das Risiko des Aktionärs erstreckt sich allerdings nur auf die Haftung gegenüber den Gläubigern in Höhe des eingebrachten Kapitals. Ein Arbeitsplatzrisiko des Aktionärs besteht beim Ruin seiner Gesellschaft i.d.R. nicht. Dieses tragen - neben dem Risiko des Einkommensausfalls - Arbeitnehmer und Manager gleichermaßen ³⁾. Schließlich gibt es noch ein Gläubiger- und Geschäftspartnerrisiko, so daß das Gesamtrisiko innerhalb des Unternehmensverbandes ⁴⁾ Aktiengesellschaft an verschiedene beteiligte Gruppen und Interessen verteilt ist. Vom Gesichtspunkt der Risikoübernahme wie von der Arbeitstheorie des Eigentums ⁵⁾ her betrachtet, steht dem Aktionär jedenfalls nicht die alleinige (wenngleich nur mittelbare) Lenkungsbefugnis des Unternehmens zu.

Dieses Ergebnis wird bekräftigt, wenn man die hohe gesellschaftliche Bedeutung berücksichtigt, die den Großunternehmen im Laufe der letzten Jahrzehnte zugekommen ist ⁶⁾. Das

1) Rauscher, A., Arbeit und Eigentum S. 62.

2) Streißler, E., a.a.O., S. 103.

3) Für den Arbeitnehmer fällt es meist stärker ins Gewicht, weil er - mangels fester Einnahmequellen aus Kapitalbesitz - auf ein stetiges Gehalt angewiesen ist (vgl. Wittelsberger, H., a.a.O., S. 82).

4) Hiermit soll die gesellschaftliche Verflochtenheit eines Großunternehmens zum Ausdruck gebracht werden (vgl. Boettcher, E., Hax, K., u.a., a.a.O., S. 18 ff.).

5) Von der Rechtfertigung des Eigentums durch Arbeit spricht bereits J. Locke, a.a.O., S. 29 ff.

6) Vgl. SPD, Grundsatzprogramm, 1959, S. 14; Schwerdtfeger, G., a.a.O., S. 62 ff.

Großunternehmen beeinflusst Verbrauchergewohnheiten und kreiert gesellschaftliche Leitbilder nach Privatnützigkeitsmotivationen. Dies erscheint umso abträglicher, als manche Unternehmen eine direkte politische Arbeit für die Öffentlichkeit leisten¹⁾.

Bei Konzernkrisen ist darüber hinaus zu beobachten, daß der Staat mehr und mehr mit Rücksicht auf den Arbeitsmarkt und mit Bedacht auf stabile wirtschaftliche Verhältnisse stützend eingreift, zumal Großunternehmen als Faktoren von gesamtpolitischer Relevanz und als konkurrierende Machtgebilde zum Staat den Regierungsehrgeiz der politischen Institutionen wecken²⁾. Der Konkurs kommt mit wenigen Ausnahmen nur noch für den Mittelstand in Betracht³⁾. Zwar sehen sich Großunternehmen im internationalen Wettbewerb einem z.T. stärkeren Wettbewerb gegenüber, wie Kleinunternehmen im regionalen Bereich. Aber vom Standpunkt der innenpolitischen Sicherheit, der staatlichen Wohlstandsmaxime sowie der außenpolitischen Repräsentation gebührt dem Großunternehmen eindeutig der Vorrang. Insofern gilt das Ideal der Säuberungsfunktion des Wettbewerbs das Hinausdrängen des Grenzanbieters aus dem Markt in erster Linie für den staatspolitisch bedeutungslosen Kleinunternehmer. Daraus folgt jedoch, daß ein Unternehmen mit mehr als 100 000 Arbeitnehmern und einem Jahresumsatz von vielen Milliarden in seinem Wachstum oder Untergang nicht mehr eine Angelegenheit ist, die allein die Eigentümer oder allenfalls die Gläubiger trifft⁴⁾. Hinzu kommt, daß sich zwar im Falle einer staatlichen Sanierung die Eigentumsverhältnisse im Unternehmen ändern, die volle Risikotragung des Aktionärs durch ein drohendes Konkursverfahren jedoch abgewendet wird. Mit solch einem Haf-

1) z.B. Zeitungsunternehmen (vgl. auch Ridder, H.K.J., "Meinungsfreiheit", in: N-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. II, 1954, S. 257, der für die innere Ordnung der politischen Presse generell die Anwendung demokratischer Grundsätze - analog Art. 21 - fordert).

2) Vgl. auch Willgerodt, H., a.a.O., S. 18.

3) Vgl. Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 413, Fußn. 27.

4) Vgl. ebenda, S. 413; Krause-Ablas, G.B., Sozialisierung der Verluste? Verfassungsrechtliche Grundsätze zur Sicherung der Unternehmensstabilität und zur Unternehmensstützung, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschaft und Gesellschaftspolitik, 1970, 15. Jg., S. 253.

tungsausschluß greift man aber die Daseins- und Legitimationsberechtigung des Privateigentums bis ins Mark hin an¹⁾. Erst die Verantwortung läutert die von Reglementierung freie Willkür zur Freiheit von der eigenen Willkür²⁾. "Der Abbau der Haftung bewirkt, daß der 'Eigentümer' sich teilweise von den Folgen seines Wirkens zu trennen vermag"³⁾.

Fängt der Staat beim Großunternehmen jedoch das Eigentümerisiko auf, garantiert er als Träger des Allgemeininteresses die weitere Existenz gefährdeter Unternehmen durch staatliche Aufträge oder verlagert sich die Abhängigkeit von Großfirmen immer mehr vom Markt weg zur staatlichen Nachfrage⁴⁾, so muß man sich ernsthaft fragen, wo hier noch der Schritt zu einem sozialisierten Betrieb zu vollziehen ist. Diese Frage gewinnt an Bedeutung durch die Feststellung, daß das "freie" Unternehmertum mit Erfolg danach trachtet, Risiken auszuschalten (durch Unternehmenszusammenschlüsse, Kooperationen, geheime Absprachen, suggestive Werbung u.ä.)⁵⁾ und daß Großunternehmen mit einer gewissen Monopolstellung sich nurmehr mit einer festen Rente auf das eingesetzte Kapital begnügen (administered-price-behaviour)⁶⁾. Nach Schumpeter, der die schöpferische Rolle des einzelnen Unternehmers besonders hervorgehoben hat, wird der technische Fortschritt "in zunehmendem Maße zur Sache von geschulten Spezialisten, die das, was man von ihnen verlangt, liefern und dafür sorgen, daß es auf die vorausgesagte Weise funktioniert"⁷⁾. Der Rechtsschutz auf Selbständigkeit sollte aber "nur der im Wettbewerb stehenden echten, auch von möglichem Verlust bedrohten Unternehmertätigkeit gewährt werden,

1) Vgl. Krüger, H., Allgemeine Staatslehre, S. 428; Röpke, W., Die Lehre von der Wirtschaft S. 302.

2) Diese Grundbedingung der Freiheit (siehe auch S. gilt für jegliches Eigentum - auch für Gemeineigentum.

3) Suhr, D., Eigentumsinstitut und Aktieneigentum, 1966, S. 52.

4) Vgl. Galbraith, J.K., Industriegesellschaft S. 433 f.

5) Vgl. auch Der Spiegel, Nr. 6, 26. Jg., 1972, Titelgeschichte: Macht der Konzerne - Ende der freien Marktwirtschaft? S. 30 ff.; Neemann, G., a.a.O., S. 54.

6) Vgl. Bohley, P., Preistheorie und "Administered Price Behaviour", in: Konjunkturpolitik, 10. Jg., 1964, S. 237 ff.

7) Schumpeter, J.A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie S. 215.

nicht der denaturierten in einem gebundenen Markt" ¹⁾).

Schließlich lassen auch eigentumsphilosophische Überlegungen die Kapitalgesellschaft in einem sozialisierungsreifen Licht erscheinen. Die Aktie ist nämlich der Prototyp dafür, daß aus der Herrschaft über eigenschaftslose Sachen Eigenschaften des Herrn nicht erwachsen können. Diese Auffassung entspricht im wesentlichen der Persönlichkeitstheorie des Eigentums, wonach Eigentum nicht Herrschaft des Menschen über eine Sache ist, sondern eine Beziehung zwischen Mensch und Sache ²⁾. Anders als in Personalgesellschaften oder Einzelfirmen, wo der Eigentümer zugleich "erster Arbeiter" im Betrieb ist und die Produktionsverhältnisse an Ort und Stelle kennt, hat das Eigentum "im Falle der Kapitalgesellschaften von vornherein eine Gestaltung erfahren, die es um diejenigen Gehalte und Eigenschaften bringt, auf denen seine versittlichende Wirkung und seine gesellschaftliche Funktion beruhen" ³⁾.

Schlimmstenfalls ist diesem, nach Krüger "liquiden Eigentum" der Typus des Spekulanten zugeordnet, "der alle Dinge lediglich unter dem einen Gesichtspunkt beziehungs- und müheloser Gewinnerzielung durch Umsatz und um des Umsatzes willen sieht" ⁴⁾.

Aus dieser Einstellung heraus wird jedoch das Privatnützigkeits-Prinzip des Aktionärs fragwürdig, weil es jeglicher ethisch-sozialen Substanz entbehrt und in seiner Tendenz asozial ist ⁵⁾. Aufgrund der gesellschaftlichen Relevanz des

1) Müller-Armack, A., Wirtschaftsordnung S. 228.

2) Diese Sicht kommt insbesondere zum Ausdruck bei: Goethe, J.W.v., Wilhelm Meisters Wanderjahre, dtv Gesamtausgabe, Bd. 17, 1962, S. 63 f.; Carossa, H., Führung und Geleit, in: Gesammelte Werke in 2 Bänden (Insel Verlag) 1949, Bd. 1, S. 616 ff.; Hegel, G.W.F., Grundlinien der Philosophie des Rechts, hg. v. J. Hoffmeister, 1955, 4. Aufl., S. 55 ff.

3) Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 431.

4) Ebenda, S. 430.

Sowie Eigentum in Vermögen (das, was "geldwert" ist) überwechselt, besteht die Gefahr, daß es nur noch seines Preises wegen geschätzt wird.

5) Dieser Schluß ist ebenso folgerichtig, wenn man an einen wichtigen Entstehungsgrund der Aktie denkt: an die Risikoteilung und -minderung bei gleichzeitiger Beschaffung großer Kapitalsummen. Wer aber sein Entscheidungsrisiko herabsetzt, darf sich nicht wundern, wenn seine Entscheidungsmacht ebenfalls beschnitten wird.

Großunternehmens und aufgrund seiner Anfälligkeit zu Entfremdung, Bürokratisierung, Unüberschaubarkeit usw. erscheint dann die alleinige Verantwortung des Aktionärs über Wohl und Wehe, Aufbau und Zielsetzung des Unternehmens gemeinwohlgefährdend in jedem Falle. Die Sozialisierungsreife von Großunternehmen rückt daher die Forderungen der Gewerkschaften nach Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf Kapitalgesellschaften mit 2000 Beschäftigten, 150 Mill. Jahresumsatz und 75 Mill. Bilanzsumme (von denen jeweils zwei Kriterien erfüllt sein sollen) in die Nähe des Vertretbaren, soweit damit der Führungsanspruch des Privateigentums negiert werden soll. Demokratisierungselemente wie "Regierung durch diejenigen, die es angeht", "das Gefühl eigene Repräsentanten zu haben", "nicht von anonymen Mächten abhängig sein" sollen hiermit realisiert werden. Wieweit das Demokratisierungsbedürfnis wirklich in Wirtschaftsorganisationen befriedigt werden kann, in denen die absolute Berechtigung zu wirtschaftlichen Entscheidungen dem Privateigentümer abgesprochen wird, läßt sich jedoch erst anhand der Analyse verschiedener "Typen" einer nach Art. 15 sozialisierten Wirtschaft beurteilen. Davon sollen zumindest zwei zur Debatte gestellt werden.

4. Modell mit Gemeineigentum nach Art. 15 und Konkurrenz

Eine in Gemeineigentum überführte Wirtschaft bietet zunächst formell die konsequenteste Realisierbarkeit von Demokratisierungsbestrebungen im mikroökonomischen Bereich. Es wird rechtlich die unmittelbare bzw. mittelbar repräsentative Mitwirkung der Betriebsangehörigen an allen denjenigen Entscheidungen ermöglicht, welche sowohl die innere Struktur des Unternehmens als auch die äußere Verflochtenheit mit anderen Wirtschaftseinheiten bzw. dem Staat betreffen. Damit allerdings noch von Unternehmen die Rede sein kann, müssen nach Kosiol¹⁾ drei Kriterien erfüllt sein: Fremdbedarfsdeckung, wirtschaftliche Selbständigkeit und Tragung von Risiko. Diese

1) Kosiol, E., Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum, 1968, S. 28 ff.

Kriterien sollen im folgenden aufrechterhalten werden.

Zunächst ist - gemäß unseren bisherigen Ausführungen - voranzuschicken, daß nach Art. 15 immer nur eine Teilsozialisierung der Wirtschaft in Frage kommt. Dies gilt insbesondere durch die sachliche Begrenzung des Gesetzgebers auf bestimmte Sozialisierungsobjekte, als auch durch die Berücksichtigung der Sozialisierungsreife, die vor allem Großunternehmen in Form der Kapitalgesellschaft auszeichnet.

Die in Art. 15 zugelassenen Maßnahmen sind darüber hinaus zwar Ausdruck sozialistischen Gedankenguts bezüglich des Aufbaus der Wirtschaft; sie sind jedoch keineswegs auf die Wirtschaftsform des marxistischen Sozialismus zugeschnitten, schon gar nicht auf eine zentrale Lenkung der Produktion im Rahmen einer Diktatur des Proletariats. Die organisatorischen Maßnahmen des Art. 15 passen in mehrere wirtschaftspolitische Systeme¹⁾ und sind abseits von historischem und dialektischen Materialismus zu diskutieren. Insbesondere ist Sozialisierung nicht mit einer zentralen Planwirtschaft gleichzusetzen, die - wie früher festgestellt²⁾ - mit dem GG unvereinbar wäre. Die Wirtschaftslenkung ist gegenüber der Sozialisierung kein minus, sondern ein aliud³⁾. Diese grundsätzliche Kennzeichnung schließt jedoch nicht aus, daß eine wie auch immer ausgeformte Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum "aus sich heraus" eine ausgedehnte zentral gesteuerte Planwirtschaft erforderlich macht. Die Analyse dieser möglichen Gefahr ist von großer Bedeutung, da eine Ausschaltung der Marktwirtschaft als dominierendes Ordnungsprinzip nach unserer Auffassung dem Freiheitsbegriff des GG widersprechen würde. Außerdem ist dieser Prozeß der Umwandlung von Wirtschaftsstrukturen voraussichtlich mit einer neuen Qualität der Demokratisierung verbunden, die aber - wenn schon nicht mit den Ausgangsforderungen - zumindest in Einklang mit den wichtigsten Verfassungsnormen stehen müßte. Um das "Umkippen" eines marktwirtschaftlich fundier-

1) Vgl. Kimminich, O., Zweitbearbeitung des Art. 15 GG, BK, Rdnr. 3.

2) Vgl. S. 160 ff.

3) Vgl. Maunz, Th., in: M-D-H, Kommentar zum GG, Anm. II, 1 zu Art. 15, Rdnr. 8; Hamann, A., Rechtsstaat und Wirtschaftslenkung, 1953, S. 26; Ballerstedt, K., Wirtschaftsverfassungsrecht S. 77; Krüger, H., Sozialisierung S. 277.

ten Wirtschaftssystems einigermaßen deutlich vor Augen führen zu können, müssen nunmehr die rechtliche Neuverfassung des Unternehmens sowie der Umfang zentraler bzw. dezentraler Planung genau typisiert werden.

Zur Vereinfachung nehmen wir an, daß nur ein verschwindend geringer Teil aller Unternehmen nicht in Gemeineigentum überwechselt. Diese Hypothese scheint zwar verfassungsrechtlich bedenklich¹⁾. Sie zeichnet sich jedoch durch einen höheren theoretischen Wert aus, wenn eine sozialistische Alternative mit kurzen Strichen im ganzen dargestellt werden soll.

Gemeineigentum soll hier bedeuten: Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts²⁾, die von den Arbeitern und Angestellten selbst verwaltet werden (Laborismus). Diese "Wirtschaftsorganisationen" - wie sie in Anlehnung an Jugoslawiens Arbeiterselbstverwaltungen genannt werden sollen - stellen autonome Pläne der Beschaffung, des Absatzes, der Finanzierung, der Preise usw. auf und verteilen das Produktionsergebnis nach eigenem Gutdünken. Sie treten mit anderen, ebenfalls autonomen, Wirtschaftseinheiten in Konkurrenz, d.h. der Markt soll als rationellstes Prinzip für die Koordination der Mikrodektionen erhalten bleiben; die Orientierung der Produktion am individuellen Konsumenteninteresse wird grundsätzlich anerkannt. Gemeinwirtschaft manifestiert sich hierbei primär im pluralistisch parzellierten Besitz an den Produktionsmitteln, die wirtschaftliche Bestimmungsmacht geht an überindividuelle Rechtsträger über, hier die Arbeiterselbstverwaltungen, "die als Repräsentanten der Gesamtheit die ihnen zugewiesenen Verwaltungs-, Nutzungs- und Verfügungsbefugnisse ausüben"³⁾. Um eine Position in der Unternehmensführung zu erlangen, ist nun nicht mehr das Privateigentum als Schranke zu überwinden, sondern den "hellsten Köpfen" stehen auch die Managerpositionen zur Verfügung⁴⁾.

1) Diese Bedenken könnten z.T. dadurch zerstreut werden, indem an den verschwommenen Begriff "Produktionsmittel" erinnert wird, sowie an die ungeheure politische Brisanz, die in Art. 15 steckt.

2) Vgl. zu den verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere Huber, E.R., WVR Bd. I, S. 104 ff.

3) Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 157.

4) Solange dies nicht der Fall ist, existiert nach Schiller, K. (Sozialismus und Wettbewerb S. 33) kein Sozialismus.

Entscheidendes muß jedoch hinzukommen: Im Gegensatz zur Eigentumsumschichtung, wo nur die individuelle Verfügungsmacht neuverteilt wird, die Vermögenswerte dem Privatbesitz neu zugeordnet werden, findet die Sozialisierung mit dem Ziel der gemeinnützigen Produktion statt. Diese Zielsetzung ist genauer zu betrachten.

Allein aus dem Wandel der Eigentumsverhältnisse resultiert noch keine Geschäftspolitik der Unternehmensleitungen nach dem gemeinwirtschaftlichen Prinzip¹⁾. Vor allem ergibt sich aus dem bisher skizzierten Bild nicht, daß eine Arbeiterselbstverwaltung darauf verzichtet, im Hinblick etwa auf steigende Löhne, nach hoher Wertschöpfung zu streben. Wie ehemals können Gemeinschaftsbedürfnisse und die persönliche Entfaltung des einzelnen in der Arbeit vernachlässigt werden, können stereotype Produktionsverfahren sowie "external diseconomies" unbewältigt gelassen bleiben.

Utopisch dürfte die Annahme sein, die von den Beschäftigten geleiteten Einzelkollektive würden von sich aus Preis, Produktionsmenge, Art des Produktes durch demokratische Abstimmung innerhalb der Wirtschaftsorganisation direkt auf das Gemeinwohl ausrichten können²⁾. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Werden die Preise von manchen Wirtschaftsorganisationen an den Kosten orientiert, so werden die Verbraucherpläne nicht mehr voll berücksichtigt, weil die Kosten nicht die gesamtwirtschaftliche Knappheit eines Gutes widerspiegeln. Liegen die Stückkosten sogar über dem Gleichgewichtspreis, "dann werden Produktionsmittel für die Herstellung von Gütern verwendet, deren Kosten der Markt nicht mehr ersetzt. Die Produktion dieser Waren bedeutet einen Verstoß gegen die Rangordnung der Bedürfnisse..."³⁾. Nun ist eine Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Verbraucher durchaus im Sinne einer Gemeinwirtschaft; denn das Interesse der Gemeinschaft ist ein anderes als das der Verbraucher. Wichtig ist indessen, dieses Interesse für alle Wirtschaftseinheiten gleichermaßen verbindlich zum Ausdruck zu

1) Vgl. Dülfer, W., a.a.O., S. 105.

2) Vgl. auch Böhm, F., Die rechtliche Problematik S. 127.

3) Gutenberg, E., a.a.O., S. 349.

bringen, weil ansonsten schwere Wettbewerbsverzerrungen den Markt als regulierenden Mechanismus außer Kraft setzen würden. Denn diejenigen Betriebe, die kostendeckende Preise verlangen, werden entweder von Substitutionsgütern gewinnorientierter Betriebe langsam aus dem Markt verdrängt oder sie werden in zunehmendem Maße subventioniert bzw. ihre Autonomie durch staatliche Lenkung ersetzt.

Soll auf den Gewinn als Antrieb zur Leistungssteigerung, als Zeichen konsumorientierter Produktion und als Quelle der Selbstfinanzierung nicht verzichtet werden, soll der Preis weiterhin seine Signal-, Allokations- und Ausgleichsfunktion beibehalten, soll aber trotzdem nicht nur zum Interesse des individuellen Verbrauchs produziert werden, so müssen die Verhaltensweisen aller Wirtschaftsorganisationen auf das Gesamtinteresse abgestimmt werden. Das wird zum einen dadurch ermöglicht, daß die Wirtschaftsorganisationen Abgaben und Beiträge an gesellschaftliche Fonds für Gemeinschaftsbedürfnisse zahlen¹⁾ (analog den Steuern) und das geschieht zum anderen durch eine Koordination unter den Wirtschaftsorganisationen sowohl innerhalb einer Branche, als auch innerhalb von Wirtschaftsstufen. Auf kommunaler oder Bezirksebene können zu diesem Zweck Wirtschaftsräte errichtet werden, in denen Konsumenten, Produzenten verschiedener Branchen oder Produktionsstufen miteinander in Verbindung treten, wo sowohl Wirtschaftlichkeitsaspekte als auch gesellschaftliche Notwendigkeiten (Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Güterauswahl, soziale Kosten, Gemeinschaftsprojekte usw.) gemeinsam diskutiert werden.

Um dieses Programm allerdings von der Mikroebene aus konsistent durchziehen zu können, bedarf es eines starken Koordinators, der den Marktmechanismus für jeweils homogene Wirtschaftsgruppen gleichermaßen korrigiert (z.B. durch Preis- und Produktionsvorschriften), um auf diese Weise wieder "Wettbewerbsbedingungen" innerhalb eines Industriezweiges herzustellen. Diesen Koordinator kann nur - aufgrund der Einzigkeit der Staatsgewalt und aufgrund seiner globalen Transparenz - der Staat bilden. Zwar können die kleinsten

1) Diese dürfen die erwirtschafteten Überschüsse aber nicht konfiszieren, sondern haben insbesondere die sog. "windfall profits" zu treffen.

Wirtschaftseinheiten über ein System von Räten weitgehende Mitsprachebefugnisse bei einer zentralen Koordination erhalten, doch muß dem Staat die letzte Entscheidungsgewalt über die Aufstellung eines gesellschaftlichen Rahmenplans gegeben sein. Dieses Recht stünde ihm ohnehin zu als Obereigentümer der Körperschaften des öffentlichen Rechts (Aufsichtsrecht) aber auch dann, wenn die neuen "Besitzer" der Wirtschaftsorganisationen im Sinne einer Treuhandschaft im eigenen Namen und auf eigene Rechnung, aber im fremden Interesse¹⁾ über die Produktionsmittel verfügen. Fremdes Interesse kann aber hier nur "gemeinschaftliches Interesse" bedeuten, welches wiederum nur der demokratische Staat, als dem Gemeinwohl verpflichtet, zu vertreten vermag.

Der demokratische Staat (dessen Parteien unbeschadet der Sozialisierung, dem Recht der freien Meinungsäußerung folgend, Gemeinwohl unterschiedlich interpretieren dürften) würde einen Gesellschaftsplan aufstellen (unter Mitarbeit der Konsumenten, Produzenten), der dann jeweils mit den Plänen der Einzelwirtschaften, die primär marktorientiert bleiben, auf kommunaler oder Bezirksebene in regelmäßigen Sitzungen strukturell und regional zum Ausgleich gebracht werden müßte. Daneben könnte der Staat mit einem umfangreichen klassisch-liberalen Mittelarsenal (Geld-, Fiskal-, Außenhandelspolitik) indirekt die Dispositionen der Selbstverwaltungseinheiten beeinflussen, um die Makrogrößen in die gewünschte Richtung zu bringen.

Dieser Planungstypus einer Gemeinwirtschaft, wie er annäherungsweise in Jugoslawien anzutreffen ist, eröffnet den einzelnen Wirtschaftssubjekten umfangreiche Entscheidungsrechte auch bezüglich dessen, was später als gemeinwohlrelevant von

1) Dies trüge nach K. Schiller (Sozialismus und Wettbewerb S. 24) unverkennbar neufeudale Züge.

In die Richtung des Instituts der Treuhandschaft weist auch Rapolds Untersuchung (a.a.O., S. 166). Der Autor sieht darin ein neues Leitbild, welches über die privatrechtliche Eigentumsvorstellung hinausweist, "ohne die große liberale Errungenschaft: die Freiheit des unternehmerischen Handelns als Voraussetzung für die Entfaltung persönlicher Tüchtigkeit in der Wirtschaft preiszugeben". (Ebenda, S. 165 f.)

Vgl. zur Diskussion über die Treuhandschaft im hessischen Sozialisierungsrecht Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 186 f.

der Zentrale als Rahmenplan und Gesetz allgemeinverbindlich aufgestellt wird. Der Markt soll nach jugoslawischer Ansicht¹⁾ aus d e n Gründen erhalten bleiben, weil man sich nicht zutraut, "Gemeinwohl" ausschließlich aus zentralpolitischen Wertskalen ableiten zu können, weil man sich vor einem Staatsmonopol fürchtet, und weil er insbesondere zu Selbständigkeit und wirtschaftlicher Produktionsweise zwingt²⁾. Individualinteressen kommen einerseits im Konsumenteninteresse, andererseits im Interesse der Arbeiterselbstverwaltungen (sofern hier nicht bereits ein verlängerter Arm des Staates eingeschaltet wird)³⁾ zum Ausdruck. Sie werden aber bereits dezentral durch p l u r a l i s t i s c h e Abstimmungsgremien in Heranziehung des Gesellschaftsplanes sozial korrigiert. Dieser dezentrale Abstimmungsmechanismus soll vor einer diktatorischen, nach rein staatspolitischem Rasonnement durchgeführten Planung von oben schützen, wobei selbst die Planung auf Bundesebene durch Einschaltung verschiedener Interessengruppen (analog eines Bundeswirtschaftsrates) erfolgt.

Es gibt allerdings gewichtige ökonomische Gründe, weshalb sich auch in solch einem Fall "dezentraler GemeinwohlAbstimmung" eine zentrale Planung und direkte wirtschaftspolitische Eingriffe mit der Zeit breitmachen. Ist die Lohnbildung vollständig in die Hände der Beschäftigten gelegt, so würden sich binnen kurzem gewaltige Lohndifferenzen bilden, denn: "Auf

-
- 1) Vgl. Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens vom 7. Kongreß in Laibach (22. - 26.4.1958), deutsche Übersetzung, 1958, S. 183 f.; Dobias, P., Die Grundlagen des jugoslawischen Wirtschaftssystems, in: WWA Heft 2, 1967, S. 343; Roggemann, H., Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, 1970; Horvat, B., Der Markt als Instrument der Planung, in: Probleme zentraler Wirtschaftsplanung, hg. v. K. Wessely, 1967, S. 108.
 - 2) So fallen z.B. Betriebe dann in Konkurs, wenn monatelang keine Zinsen auf gesellschaftliche Fonds gezahlt werden. Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes und das Verlustrisiko bleiben bewußt bestehen (vgl. Meier, D., Leitung, Besteuerung und Finanzierung der jugoslawischen Industrieunternehmen im Vergleich mit deutschen Aktiengesellschaften, 1968, S. 15).
 - 3) In Jugoslawien in Gestalt des "Direktors" der Wirtschaftsorganisationen. (Wichtige Aufschlüsse über Parteiverbundenheit und Wahlmodus gibt in diesem Zusammenhang Roggemann, H., a.a.O., S. 83 ff.).

die Dauer kann niemand ungestraft mit sich selbst kontrahieren"¹⁾. Insofern wird sich der Staat einen korrigierenden Einfluß auf die Einkommensbildung vorbehalten müssen (bzw. die Gewerkschaften betreiben nurmehr strukturelle Lohn- und "Erziehungspolitik" im Auftrage des Staates).

Außerdem gibt K. Schiller zu bedenken, daß sich die Preisbildung für die Investitionsgüter auf die Dauer nicht "frei" behaupten wird. "Schon die Notwendigkeit auf die Bewegung der 'wirksamen Gesamtnachfrage' zu reagieren, wird den Ober-eigentümer schnell dazu führen, die Preisbildung 'seiner' Produktionsmittel in die Hand zu bekommen"²⁾. Damit aber sind unabdingbar Mengenregulierungen verbunden, die schließlich die beabsichtigte dezentralisierte Gemeinwirtschaft im Prinzip wieder zunichte machen.

5. Möglichkeiten und Gefahren einer veränderten Ausprägung von Verfassungsnormen

Demokratisierung der Wirtschaft setzt sich zum Ziel, die Verfassungsnormen der Freiheit und Gleichheit im ökonomischen Bereich für alle Menschen zur Entfaltung zu bringen, was sich in der weiteren Folge - aufgrund der Interdependenz der Ordnungswelten - als Festigung des demokratischen Systems und Bejahung der rechtlichen Grundverfassung erweisen soll. In einer Sozialisierung der Wirtschaft erblickt man verschiedentlich die Möglichkeit zu solch einer Fortentwicklung, ja sogar den einzigen Weg, um die Demokratie (allerdings nicht unbedingt die des GG) überleben zu lassen³⁾. Auch der in Art.

1) Agartz, V., Wirtschafts- und Steuerpolitik, Grundsätze und Programme des DGB, 1954, S. 12.

2) Schiller, K., Sozialismus und Wettbewerb S. 25.
Dies hängt wiederum davon ab, welche Effektiv-Abweichungen vom Rahmenplan zugelassen werden und ob das indirekt wirkende wirtschaftspolitische Instrumentarium ausreicht, die Sollwerte zu erreichen.

3) Vgl. z.B. Carr, E.H., a.a.O., S. 51.
Nach Schumpeter (Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie S. 451) besteht zwischen parlamentarischer Demokratie und Sozialismus weder Bedingtheit noch Unvereinbarkeit. Sein analytisch wertvoller Versuch, Demokratie mit Sozialismus zu verbinden, endet trotz des anfänglich vertretenen Optimismus mit einem sehr skeptischen Satz (a.a.O., S. 480): "Praktische Notwendigkeit mag dazu führen, daß sich die sozialistische Demokratie letzten Endes als größerer Trug erweist, als es die kapitalistische Demokratie je gewesen ist".

20/I aufgestellte Grundsatz der Sozialstaatlichkeit wird gelegentlich im Sinne einer sozialistischen Zielsetzung mit Planwirtschaft interpretiert¹⁾.

Ein Urteil darüber, inwiefern eine sozialisierte Wirtschaft den Grundrechten oder der vom GG vorgeschriebenen Staatsform besser entspricht, als eine überwiegend privatkapitalistisch organisierte Wirtschaft, ist schwer zu fällen. Diese Schwierigkeit hat ihre Hauptursachen darin, daß das Ausmaß einer Sozialisierung nach der Verfassung auf lange Sicht durchaus offen steht, daß die rechtliche Organisation der Sozialisierungsobjekte ungeklärt ist und daß schließlich die politischen Motivationen zur Durchführung von Sozialisierungsakten in unterschiedlichen geistigen Strömungen oder sogar Dogmen wurzeln können²⁾. Art. 15 liefert in seinen Formulierungen jedenfalls keinerlei präzise Anhaltspunkte, die ihn in ein eindeutig bestimmbares Verhältnis zu den übrigen Grundrechten, einschließlich Art. 20, setzen würden. Zur Lösung dieser Problematik bleibt wegen räumlicher Beschränkung mithin nur die Methode übrig, von dem gerade umrissenen potentiellen Sozialisierungsmodell auszugehen, um daran die Realisierbarkeit von Demokratisierungsvorhaben zu begutachten sowie die evtl. neue Sinngebung der in Frage stehenden Verfassungsnormen kritisch zu überdenken.

a) Freiheit

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß Art. 15 gegenüber allen übrigen Grundrechten gleichen Rang besitzt, ebenso wie er neben Art. 14 im Bereich der Produktion und des Grund und Bodens gleichberechtigt auftritt. So finden die individuellen Freiheitsrechte des Art. 2/I ihre Grenze außer an dem Sittengesetz und den Rechten anderer an der verfassungsmäßigen Ordnung, zu der Art. 15 nach unseren bisherigen Überlegungen prinzipiell gezählt werden muß. Niemand kann sich daher bei formell gültiger Einführung gemeinwirtschaftlicher

1) Vgl. Abendroth, W., Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie S. 28.

2) Etwa im Marxismus, im Leninismus, Luxemburgismus, Revisionismus, Syndikalismus, Maoismus, Anarcho-Kommunismus usw.

Gesellschaftsformen darauf berufen, er werde in seiner freien Persönlichkeitsentfaltung beeinträchtigt. Allerdings dürfen durch eine Sozialisierung die individualrechtlichen Freiheitsgarantien nicht nullifiziert werden, eben weil Art. 15 nur auf gleicher Stufe mit den übrigen Verfassungsnormen steht und nicht höher¹⁾).

Was die Freiheit des Konsums anbetrifft, so basiert zwar unser Modell auf der Konsumentensouveränität, gleichzeitig aber sind hinreichend Möglichkeiten gegeben, die individuelle Bedarfsstruktur zugunsten gemeinwohlrelevanter Projektionen zu korrigieren. Dies kann mehr indirekt z.B. durch eine Differenzierung der Umsatzsteuer oder mehr direkt durch selektive Kreditvergabe staatlicher Banken²⁾ bzw. Preisfixierungen, erfolgen. Eine Beeinflussung des individuellen Konsums wird darüber hinaus in den Wirtschaftsräten der Gebietskörperschaften vorgenommen, wo unter Berücksichtigung der Ziele des Gesellschaftsplanes zwischen Produzenten, Vertretern der Konsumenten, des Staates und evtl. den Banken z.B. über das zukünftige Produktionsprogramm gesprochen wird (Einschränkung der Vertragsfreiheit).

Die Wettbewerbsfreiheit, insbesondere die Auslesefunktion des Wettbewerbs bleiben erhalten. Indem jede Wirtschaftsorganisation selbständig plant, tragen die Arbeiter das Unternehmerrisiko der Planerfüllung. Wichtig ist jedoch hier der Grad der Verschmelzung mit dem Gesellschaftsplan. Je höher dieser ist, desto weniger rechtfertigt sich ein echtes Marktrisiko, desto mehr treten an die Stelle des Konkurses Ermahnungen an das Plansoll bzw. im Ernstfall eine unmittelbare Staatsverwaltung.

Die Freiheit der Berufswahl (Art. 12/I) ist weiterhin gegeben. Sie unterliegt zum größten Teil den Angebots- und Nach-

1) Vgl. Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 152.

2) In einer Gesellschaft ohne Privateigentum fehlt meist ein ergiebiger Kapitalmarkt, so daß die verfügbaren Investitionsmittel zu einem guten Teil aus staatlichen Quellen fließen (vgl. Meimberg, R., Zur Frage einer Annäherung östlicher Wirtschaftssysteme an diejenigen westlicher Industriestaaten, in: Der Osten auf dem Weg zur Marktwirtschaft? Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa, Bd. 6, 1967, S. 96).

frageverhältnissen des Arbeitsmarktes¹⁾.

Die Gewerbefreiheit kann dadurch begrenzt werden, daß bereits die Gründung eines Unternehmens als willkommener Anlaß betrachtet wird, den Unternehmenszweck hinsichtlich seiner Gemeinnützigkeit zu überprüfen. Insofern werden auf alle Fälle die Gebietskörperschaften eingeschaltet, um mit Hilfe des Gesellschaftsplanes ein solches Bedürfnis zu beurteilen. Staatliche Investitionsbanken werden ebenfalls bei diesem Prozeß ein wichtiges Wort mitreden.

Durch den Sozialisierungsakt selbst wird schließlich auch die Vereinigungsfreiheit (Art. 9), die grundsätzlich auch die "negative Vereinigungsfreiheit" beinhaltet, eingeschränkt werden. Bei der Anordnung gemeinwirtschaftlicher Zwangszusammenschlüsse oder korporativer Organisationen ist Art. 15 lex specialis gegenüber Art. 9. "Dabei ist gleichgültig, ob für den gemeinwirtschaftlichen Bereich die Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts verwandt wird, für die ohnedies die Garantie der negativen Vereinigungsfreiheit nicht gilt... oder ob für sie die Rechtsform eines privatrechtlichen Zwangsverbandes gewählt wird"²⁾.

Wichtiger noch, als diese durch das System der Gemeinwirtschaft zu erklärenden Modifikationen der Freiheitsrechte, ist in unserem Zusammenhang die Frage, inwieweit der Freiheitsspielraum aller im Betrieb Tätigen bei Einführung des Gemeineigentums unter Selbstverwaltung wächst, die Objektstellung des Arbeiters also abgebaut wird oder nicht.

"Die Sozialisierung der produzierten Produktionsmittel löst ...ihrem Wesen nach das Anliegen nicht, um derentwillen sie häufig angestrebt wird, nämlich die Subjektwerdung des Faktors Arbeit als solchem im Wirtschaftsleben"³⁾. Da die Privateigentümer lediglich durch die Arbeitnehmer als Eigentümer ersetzt werden, fehlt zunächst wieder eine wichtige

1) Auf die freie Berufswahl bräuchte selbst in einer zentral geplanten Wirtschaft nicht verzichtet werden. Hier gilt es, den Unterschied zwischen Masseneinheiten und den Massen selbst zu beachten. "Es ist absolut möglich, über die letzteren zu verfügen, ohne auf die ersteren Einfluß zu zu nehmen". (Sweezy, P.M., Der Sozialismus S. 190).

2) Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 151.

3) Weis, J., a.a.O., S. 311.

spezifische Legitimierung der Unternehmensführung: diejenige aus der Bereitstellung von Arbeit bzw. aus der Arbeitsleistung. Sozialisierung entbindet insofern nicht von dem Recht auf Mitbestimmung¹⁾.

Rechtlich gesehen nimmt die Möglichkeit der Mitbestimmung des kreativen Spielraums jedes einzelnen Arbeiters zu, indem die Entscheidungsbefugnisse des früheren Privateigentümers beseitigt werden und an das Arbeiterkollektiv übergehen. Augenfälligstes Resultat dieses Besitzerwechsels ist die eigenhändige Verteilung des Reingewinns durch die Arbeiterselbstverwaltung. Die persönlichen Einkommen der Arbeiter müssen nicht mehr dem Privateigentümer "abgetrotzt" werden, obwohl an dessen Stelle mit gutem Recht der Staat treten kann (mit Verpflichtungen zu gesellschaftlichen Abgaben, Beiträgen, Gebühren, Verzinsungsvorschriften betrieblicher Akkumulationsfonds usw.). Aber innerhalb der Selbstverwaltung können neue Konflikte entstehen, die durchaus Ähnlichkeiten mit dem Erscheinungsbild einer privatkapitalistischen Aktiengesellschaft aufweisen. Genauso wie zwischen Management und Aktionären, gibt es z.B. in Jugoslawien zwischen dem Direktor²⁾ und seinen Abteilungsleitern einerseits und dem Arbeiterrat andererseits Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Gewinnausschüttung oder den Umfang einer finanziellen Stärkung des Unternehmens³⁾.

Die Abhängigkeit von Weisungen der Unternehmensführung bleibt bestehen, da auch Wirtschaftsorganisationen nach

-
- 1) Dieses Recht verlangt umso stärker nach seiner Verwirklichung, je weniger die neuen Eigentümer des Unternehmens (z.B. der Staat oder die "Gesamtheit") mit der Belegschaft identisch sind.
 - 2) Der Direktor überprüft die Legalität der Entscheidungen des Arbeiterrates, ist also erstens Staatsbürokrat. Zweitens ist er Lokalpolitiker, weil er auf die Interessen der Gemeinden Rücksicht nimmt. Schließlich ist er ausführendes Organ des Arbeiterrates und Manager im westlichen Sinne, da er die Geschäfte des Unternehmens leitet (vgl. Meier, D., a.a.O., S. 33 ff.).
 - 3) Die jugoslawischen Arbeiter sind z.B. noch mehr an Ausschüttungen interessiert als die deutschen Aktionäre, da sie keine Möglichkeit haben, das durch ihren Verzicht auf Ausschüttungen in der Unternehmung angesammelte Kapital zu realisieren, wenn sie aus der Unternehmung ausscheiden (vgl. Meier, D., a.a.O., S. 64, Fußn. 4).

wie vor durch Herrschaft koordiniert werden müssen¹⁾. Ebenso beseitigt eine Sozialisierung nicht Abhängigkeiten und Unfreiheiten, die als unvermeidliche Folgeerscheinungen jeder maschinellen Großindustrie auftreten²⁾.

Der Freiheitsspielraum, auch des unbedeutendsten Beschäftigten, vermag sich trotz allem deshalb erweitern, weil der Willensbildungsprozeß im Unternehmen rechtlich auf einer wesentlich breiteren und demokratischeren Basis erfolgen kann, als bei privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen. In regelmäßigen Abständen und evtl. nach dem Rotationsprinzip bestimmt das Arbeitskollektiv die Unternehmensführung. In praxi können Gewinnverteilung, große Investitionsvorhaben oder Produktionsumstellungen von der Zustimmung der Betriebsversammlung abhängig gemacht werden, während die laufende Geschäftsführung in die Hände eines relativ selbständigen Managements gelegt wird. Theoretisch könnte dem einzelnen Arbeiter sogar die Entscheidung über größere Rentabilität oder mehr Freiheit bzw. bessere Arbeitsbedingungen freigestellt werden. Sollen jedoch Wettbewerbsverzerrungen und große Sprünge in der Lohnstruktur vermieden werden, so müßte auch hier das Gewinnpostulat des Marktmechanismus durch ein - wenigstens branchenmäßiges Vorgehen - teilweise außer Kraft gesetzt werden.

Es ist aber nicht zwingend, daß sich - abgesehen von anfänglichen Reibungsverlusten der Neuorganisation - das Streben nach hoher Rentabilität und wachsendem Einkommen nicht in den gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern fort-pflanzt. Bei Anerkennung des marktwirtschaftlichen Prinzips und Streben nach materiellem Wohlstand ist diese Einstellung sogar mit Sicherheit zu erwarten. Damit wäre allerdings dem Demokratisierungswunsch nach Beseitigung der Objektstellung teilweise erneut widersprochen; denn zugunsten schneller Entscheidungen und rentabilitätsbewußter Organisation, Planung und Produktion würde vieles von dem unterdrückt, was man unter der freieren Entfaltungsmöglichkeit in der Arbeit

1) Vgl. auch Bendix, R., Herrschaft und Industriearbeit, 1960, S. 19 ff.

2) Darüber sind sich die modernen Sozialisten - mit Ausnahme der Anarcho-Syndikalisten - einig geworden (vgl. Korsch, K., a.a.O., S. 57).

und der Einsichtnahme in die Unternehmensführung mit eigenen Änderungsvorschlägen gerade auch unökonomischer Art versteht. Gewinnorientierte Unternehmenspolitik heißt nun eben, die optimale Losgröße anstreben und auf Signale des Marktes nicht mit Verzögerung wegen der Information und Anhörung jedes einzelnen Mitarbeiters zu reagieren.

In diesem Zusammenhang genügt es nicht, wenn die Arbeiter durch eigene Fachleute in der Unternehmensleitung vertreten sind. Zwar können sie nunmehr, wenn sie von ihren Repräsentanten enttäuscht sind, passive Hinnahme durch aktive Teilnahmerechte ersetzen. "Aber bürgerliche Teilnahmerechte nützen wenig, wenn sie ihren Ausdruck nicht in lebendigen Auseinandersetzungen der Interessenten finden können"¹⁾. So kann die rechtliche Gleichheit als formelle Voraussetzung der freien Entscheidung des einzelnen um ihre Wirkung gebracht werden, wenn in der Organisation sozialisierter Unternehmen Institutionen des kontrollierbaren Konflikts fehlen und die Repräsentanten sich vom Willen der zu Repräsentierenden immer weiter entfernen. Diese Distanzierung kann ihre Begründung natürlich im Hinweis auf die beibehaltenen Marktgesetzmäßigkeiten finden, die nicht jeder Arbeiter, schon mangels Ausbildung, durchschaut. Hier ist es vor allem wieder die Bildung, welche dem Arbeiter bei vorhandenen institutionellen Einrichtungen eine aktive Teilnahme am Gesamtunternehmens-Prozeß ermöglichen würde, verknüpft u.U. mit der Chance, aufgrund eigener Leistung und Kenntnis bis zur Führungsspitze zu avancieren. Möglich ist aber auch, daß sich das Problem der Repräsentation, dessentwegen bereits die Idee der Demokratie angezweifelt worden ist, zu einem Eigenleben der Funktionäre auswächst. Dieses kann unterstützt werden durch verstopfte Leitungskanäle zu den kleinsten ökonomischen Einheiten eines Großunternehmens und eigennützige Postenjagerei bzw. ehrgeizige Planerfüllungen. Hierdurch würde die kreative Mitwirkung jedes einzelnen Betriebsangehörigen an den unternehmerischen Zielsetzungen desavouiert, sie würde sich lediglich in zeitlichen Abständen, anonym wie eh und je, in der Wahl der leitenden Funktionäre erschöpfen.

1) Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie S. 207.

Diese Situation entspräche jedoch in keiner Weise den Demokratisierungsvorstellungen, wie sie mit Sozialisierung allgemein verbunden werden. Festzuhalten ist nochmals, daß zwar Sozialisierung formell rechtlich die Funktionsabläufe im Betrieb für jeden einzelnen zum Verständnis und zur aktiven Teilnahme transparent zu gestalten vermag. Hier wie in der Privateigentumsordnung besteht jedoch die Gefahr, daß sich die Unternehmensführung verselbständigt und erneut das durchführt, was sie objektiv marktgesetzlich bzw. mutatis mutandis subjektiv eigennützig für richtig hält und daß auch der kleinste Arbeitsbereich autoritär bevormundet und auf eng umgrenzte Betätigung funktionalisiert wird.

Da aber Gemeinwirtschaft in Form der Selbstverwaltung gerade die selbstverantwortliche Teilnahme jedes Betriebsmitglieds am Unternehmensgeschick anstrebt, wird eventuell der rigorosen Macht der Marktgesetze die Konterkarierung dieses Vorhabens angelastet¹⁾. Die ohnehin explizite gemeinnützige Aufgabenstellung der Selbstverwaltungseinheiten (die natürlich jeder wegen fehlender Wohlstandskriterien anders interpretieren kann), wird dann nicht mehr in einer Orientierung der Produktion an den Nachfrageverhältnissen, am Marktpreis usw. gesehen, sondern rentabilitätsfern in einem Programm, das dann allerdings wegen der Vereinheitlichung der Planziele zentral bestimmt werden muß. Inwieweit diese staatliche Lenkung private Initiativen bei der Planaufstellung läßt, Autonomiebereiche der Einzelwirtschaften aufrechterhält und gleichzeitig der freien Entfaltung der Persönlichkeit in der Arbeit Raum gibt, sei dahingestellt. Mit diesem Prozeß ist dann jedenfalls ein Freiheitsbegriff verbunden, der nicht mehr hauptsächlich auf dem "status negativus" gegenüber der Staatsgewalt beruht. Wenn auch nicht eine universale Ideologie an die Stelle der Spontaneität und "Anarchie" des Marktes treten muß, so ist doch die letzte Korrekturgewalt über wirtschaftliche Entscheidungen dem Staate direkt übergeben

1) Wie ehemals Marx, der die Befreiung der arbeitenden Klasse von der Willkür des Marktes fordert und anstelle dessen Befreiung durch Bewußtmachung und bewußte Gestaltung der Wirtschaft setzt (vgl. dazu Engels, F., a.a.O., S. 54 f.; Renner, K., Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung, 1924, S. 348).

und nurmehr der Weg zu einer im wesentlichen "positiven Freiheit"¹⁾, zu sozialwirtschaftlicher Leistung, zur Erfüllung eines "richtigen" und "wahren" Zweckes wirtschaftlichen Handelns vorgezeichnet. Indem der Staat den Inhalt der Gemeinnützigkeit bei der Festlegung des Gesellschaftsplanes konkretisieren und quantitativ definieren muß, wird die Freiheit der Wirtschaftssubjekte zu einer Freiheit, den Plan zu erfüllen. Diese Methode der Planung würde nur dann dem subjektiven Freiheitsbegriff des Art. 2 nicht widersprechen, wenn auf Regierungsebene anerkanntermaßen ein parteipolitischer Pluralismus vor allem auch über Fragen des Gemeinwohls bestimmen darf, wenn außerdem die untersten Wirtschaftseinheiten bei der Ausarbeitung des Zentralplans gebührend berücksichtigt werden. Denn Gemeinwirtschaft darf nicht dazu führen, daß jegliche eigene Motivation durch den heteronomen Befehl verdrängt wird²⁾.

b) Gleichheit

Die Überführung der Wirtschaft in Gemeineigentum geschieht in den Augen der meisten Sozialisten mit dem Ziel, die lediglich rechtsformale Gleichheit des Liberalismus abzulösen durch eine materielle Gleichheit, was nichts anderes bedeutet, als daß jeder Bürger gleichen Anteil an den Wirtschaftsgütern erhalten soll³⁾. Dies könnte z.B. dadurch realisiert werden, daß das Gemeineigentum parzelliert und allen Individuen im Wege einer totalen Eigentumsverteilung neu zugerechnet würde. Hiermit entstünde allerdings wiederum ein kapitalistisches System: "eine neuliberale Wiedergeburt aus der Asche des Spätkapitalismus und in dem Durchgang durch das sozialistische Fegefeuer einer einmaligen Vergesellschaftung"⁴⁾.

Um nicht wieder durch privatnütziges Streben den Grundstock materieller Ungleichheiten zu schaffen, gehen viele soziali-

1) Vgl. zum sozialistischen Verständnis der Freiheit Sweezy, P.M., a.a.O., S. 193 ff.

2) Vgl. Krüger, H., Sozialisierung S. 289.

3) Vgl. ebenda, S. 273.

4) Schiller, K., Sozialismus und Wettbewerb S. 25.

stische Autoren¹⁾ dazu über, die Produktionsmittel als reine Arbeitsinstrumente aufzufassen, die niemandem gehören oder allenfalls dem Volk. Da das Volk - wie bereits festgestellt - kein Rechtssubjekt darstellen kann, kommt als Ersatz dafür in erster Linie der Staat in Frage, der die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gleichsam "zu Lehen" vergibt (Lehenssozialismus). Bereits hier taucht aber die Frage auf, welche soziale Schichten oder welche systemindifferenten Interessengruppen (Konsumenten, Produzenten, Öffentlichkeit) befugt sein sollen, über den Einsatz der Produktionsmittel zu bestimmen. Um erneut Privilegierungen zu vermeiden, wird auf pluralistische Führungskonzeptionen zurückzugreifen sein. Der Pluralismus des Willensbildungsprozesses braucht sich dabei nicht in voller Breite im Unternehmen selbst zu entfalten, sondern kann durchaus auch extern in eigens dafür gebildeten Räten auf verschiedenen Ebenen zum Ausdruck kommen. Zur Lösung dieses Problems ist wieder auf die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten dezentraler Planabstimmungen hinzuweisen²⁾.

In welchem Ausmaß die Arbeiter einer Selbstverwaltungseinheit von gleichen Rechten, das Unternehmen mit zu leiten, Gebrauch machen werden, ist im wesentlichen den gleichen Bedenken ausgesetzt, die uns früher bei der Beschäftigung mit der Freiheit begegnet sind. Auf die Gefahr, daß sich in sozialistischen Gesellschaften ungebrochen neue Klassen und Führungsschichten herausbilden können, hat M. Djilas³⁾ in eindrucksvoller Weise hingewiesen.

Will man die materiale Auffassung von Art. 3 gelten lassen und kommt man zu der Erkenntnis, daß eine gerechte Sozialordnung nur über Gemeineigentum zu erreichen ist, so ist trotzdem auch der eigentliche Akt der Sozialisierung den

1) Vgl. dazu Meier, D., a.a.O., S. 10.

2) Vgl. dazu etwa Wessely, K. (Hg.), Probleme zentraler Wirtschaftsplanung, Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts, Bd. 2, 1967; mit Literaturhinweisen Elliot, J.E., Wirtschaftsplanung - neu überdacht, in: Grundlagen der Wirtschaftspolitik, hg. v. Gäfgen, G., 1967, S. 357 ff.

3) Vgl. Djilas, M., Die neue Klasse (deutsche Übersetzung), 1958.

Maßstäben des Gleichheitssatzes ausgesetzt. Eine Sozialisierung der Wirtschaft hebt nicht die Verpflichtung auf, gleiche Tatbestände gleich zu behandeln. Demzufolge sind Individualgesetze nicht erlaubt (siehe auch Art. 19/I), zumal ein Individualgesetz gar kein Gesetz ist, "sondern ein (unzulässigerweise) in Gesetzesform gekleideter Einzelakt"¹⁾. Ob diese Regel auch für die des politischen Machtmißbrauchs verdächtigten Monopolbetriebe gilt, für die es keine vergleichbaren Tatbestände gibt, ist schwer zu beurteilen. Immer wird der Gesetzgeber, wenn er ein Individualgesetz erläßt, darauf hinweisen, "daß ein Fall vorliege, für den es keine vergleichbaren Tatbestände gebe"²⁾. Derartige Argumentationen würden aber dem Mißbrauch in Form von Einzeleingriffen Tür und Tor öffnen.

c) Demokratie

Wenn Radbruch³⁾ vom Sozialismus als der in der Wirtschaft hinaus fortgesetzten Demokratie spricht, so meint er damit die extreme Verwirklichung zweier demokratischer Wesenselemente: des Mehrheitswillens und der Gleichheit. Während in der Politik die nicht-autoritäre Ordnung der Willensbildung die gemeinsamen Interessen auf dem Wege des gegenseitigen Kompromisses feststellen läßt, ist dieses Prinzip in einer sozialisierten Marktwirtschaft nur bedingt durchführbar. Auch für die in Gemeineigentum stehenden Unternehmen gelten nämlich, wollen sie sich marktgerecht verhalten, objektive Gesetze der Reaktion und Anpassung. Hier ist kein Kompromiß einer universal egalitären Ratio notwendig, sondern das sachgemäße Urteil von Wirtschaftsfachleuten über die voraussichtliche Entwicklung ökonomischer Größen. Der Beschluß liegt also bereits in der Situation fest und muß nicht erst durch Mehrheitsentscheid erkannt werden. Der Mehrheitswille hat dabei höchstens korrigierenden Wert des Prinzips, welches unabhängig davon besteht.

1) Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 157.

2) Ebenda.

3) Vgl. Radbruch, G., Rechtsphilosophie S. 161.

Siehe auch das Grundsatzprogramm der SPD, 1959, S. 8: "Sozialismus wird durch Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt".

Anders wäre es, wenn der Mehrheitsentscheid selbst das Prinzip setzt, die anonyme Spontaneität autonomer Pläne also substituiert wird durch die bewußte Aktion aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten. Dies ist der Fall der Planwirtschaft, welche eigentlich Radbruchs Satz: 'Der Sozialismus ist die über die Politik hinaus fortgesetzte Demokratie' vervollständigen müßte; denn wenn man den Sinn des Wirtschaftens nicht nur im Rationalprinzip und in der Befriedigung individueller Konsumentenwünsche sieht, sondern auch den persönlichkeitsbildenden Wert der Arbeit oder die unökonomische Welt mit wenig materiellem Wohlstand als bedeutsam anerkennt, dann liegen die Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft genauso offen wie diejenigen der Politik. In diese Lücke springt dann - nach demokratischem Vorbild - der Mehrheitsbeschluß, dessen einzelne Stimmen nach dem Bild des konkreten Individualismus¹⁾ unberechenbar und irrational sind, nach Rousseau'scher Auffassung demgegenüber eine höchst sittliche vernunftbegabte Qualität widerspiegeln sollen. Da letzterer Fall nach geschichtlichen Erfahrungen nicht aus dem Individuum selbst herausgebildet wird (Mehrheit also keine sittliche Qualität besitzt), sondern im Gegenteil von einer elitären Schicht²⁾ erzwungen werden muß, der erste Fall aber theoretisch so viele Auffassungen wie Stimmen zeitigen würde, käme nach dem Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis des GG nur ein Mittelweg in Betracht, der sowohl die vorstaatlichen Freiheiten des einzelnen respektiert, als auch seine sozialen Kräfte und staatlichen Teilnahmerechte mobilisiert.

Daß aber der gesellschaftliche Planungsmechanismus mit dem Ziel unmittelbarer Gemeinnützigkeit in der Zentrale die Freiheit des Minderheitswillens berücksichtigt, auf dem in der nächsten Planperiode u.U. die Planentscheide beruhen, ist schlecht denkbar. Auch wenn das Zentralplanamt weitgehende Befugnisse der technischen Ausarbeitung eines

1) Vgl. z.B. Stirner, M., Der Einzige und sein Eigentum (1845), hg. v. G. Helms, 1969.

2) Die sich meist aus einzelnen, das "wahre Bewußtsein" beanspruchenden Intellektuellen zusammensetzt. Das ist auch bei einer "Diktatur des Proletariats" oder bei einer "aufgeklärten Despotie" nicht anders (vgl. Radbruch, G., a.a.O., S. 158 ff.; Willgerodt, H., a.a.O., S. 9 ff.).

Perspektiv- oder Rahmenplanes innehat, und das Parlament sich nur auf den wirksamen Bereich politischer Entscheidungen beschränkt¹⁾, ist aus Gründen der Planungskontinuität und der Durchsetzung zentraler Planvorhaben bis hinunter zu den Selbstverwaltungseinheiten eine starke, ideologisch geeinte Staatsmacht vonnöten. Demokratischer Pluralismus parteipolitischer Ideen und Programme würde in einer hochindustrialisierten Wirtschaft organisationstechnisch versagen, wenn die Regierung allgemeinverbindliche Daten mittels eines Gesellschaftsplanes setzen will und diese Daten zur Verwirklichung einer Gemeinwirtschaft einerseits zwar wünscht, dezentral mit den autonomen Plänen der Wirtschaftsorganisationen zum Ausgleich zu bringen, andererseits aber notfalls mit hoheitlichem Zwang die Priorität der "gesellschaftlichen" Planung zu verstehen geben will. Eine Demokratisierung der Wirtschaft in Form einer Gemeinwirtschaft tendiert, da ihre Mitglieder direkt eine Verwirklichung des Allgemeinwohls anstreben, spätestens in den oberen Planinstanzen zu totalitären, ideologisch einenden Abstimmungsverfahren²⁾. Dies uniformiert wiederum umso mehr die untersten wirtschaftlichen Entscheidungsträger, je weniger diese einem frei funktionierenden Marktmechanismus der indirekten Verwirklichung des Gemeinwohls ausgesetzt sind³⁾.

Soll das parlamentarisch-demokratische System im politischen Bereich Bestand haben und wird es sogar verfassungsrechtlich als unabdingbar erklärt (Art. 20/I über Art. 79/III), so ist eine reine Planwirtschaft, auch wenn die untersten Planungs-

-
- 1) Z.B. inwieweit Produktionsmittel in die Investitionsgüterindustrie gelenkt werden sollen oder welche Regionen finanziell zu begünstigen sind (vgl. auch Schumpeter, J.A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie S. 463).
 - 2) Auch wenn der Staat - etwa nach titoistischer Ideologie immer weniger Organ politischer Macht, als vielmehr Instrument der politischen Selbstverwaltung der Werktätigen werden soll, ist zu befürchten, daß die ideelle Grundlage des Volkes immer wieder aufs neue gestrafft werden muß; denn das Bewußtsein jedes einzelnen läßt sich (außer etwa in Notzeiten) ohne Aufforderung nicht gleichschalten (vgl. auch Meimberg, R., a.a.O., S. 96 f.).
 - 3) Vgl. auch Willgerodt, H., a.a.O., S. 11 f.

träger gleichberechtigt mit dem Zentralplan koordiniert werden, abzuweisen. Dasselbe gilt auch für ein Rätewesen, das "vor allem in einem sozialistischen Staat - ohne Hilfe einer Partei- oder Staatsbürokratie das Problem der zentralen Planung und Kontrolle der Wirtschaft, vor allem das der Lenkung großer Investitionen nicht lösen"¹⁾ (kann). Empirisch hat sich die Hoffnung ebenfalls nicht bestätigt, daß Räte das Ende von Herrschaft oder zumindest eine Reduzierung einleiten. "Jede Bildung höherer, über den lokalen oder einzelbetrieblichen Rahmen hinausgehender Räte bedeutet gleichfalls eine Einschränkung der direkten Mitwirkung des Volkes, erhöht die Gefahr der Mediatisierung der Räte durch andere politische und wirtschaftliche Organisationen und führt zudem fast notwendig zur Bildung einer neuen politischen Führungsschicht"²⁾. Da die meisten Rätekonzeptionen ohnehin auf der Rousseau'schen Idee einer Homogenität der Interessen und einer Identität von Regierenden und Regierten beruhen, ist das Einparteienwesen als Resultat dieserart direkten Demokratie keineswegs ausgeschlossen. Dies widerspricht jedoch der Erfahrung einer Interessenpluralität (auch in einem sozialistischen Gemeinwesen) und darüber hinaus einer auf Meinungsfreiheit gründenden repräsentativen Demokratie mit einem Mehrparteiensystem.

Eine weitere Gefahr erwüchse dem parlamentarisch-demokratischen Staat aus der Institution des Gemeineigentums selbst. Werden wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper als Verfügungsberechtigte des sozialisierten Eigentums eingesetzt, so kann sich natürlich der Staat das Kontroll- und Berufungsrecht über die Selbstverwaltungsorgane vorbehalten. Eine Abneigung gegen wirtschaftliche Machtkonzentrationen in Händen des Staates vermag aber dazu führen, daß - wieder mit dem Hinweis auf Dezentralisierung und direkte Demokratie³⁾ - die Forderung nach unabhängigen Arbeiterselbstverwaltungen erhoben wird. Damit würde allerdings das Problem der Machtballung in der Hand von Kollektivgebilden nicht aus der Welt

1) Ritter, G.A., "Direkte Demokratie" S. 237.

2) Ebenda, S. 238.

3) "Herrschaft durch diejenigen, die es angeht".

geschafft. Wird nämlich Gemeineigentum mit einer reinen Arbeiterselbstverwaltung verknüpft, so ist zu befürchten, daß die Berufung und Überwachung der Verbandsorgane an nicht-staatliche soziale Mächte übergehen, die in unserem System primär die Gewerkschaften verkörpern würden. Hiermit träten aber unabweisbar mächtige soziale Gruppen (die sich zudem leicht als "Vertreter der Allgemeinheit" ausweisen) "als rivalisierende Verfassungskräfte neben die Verfassungsorgane der politischen Demokratie"¹⁾.

Damit der Sozialismus nicht zum politischen Syndikalismus²⁾ wird, der die parlamentarisch-repräsentative Demokratie erst unterwandert und dann überlagert³⁾, ist eine Überführung des Privateigentums in totales Gemeineigentum schwerlich von direkter staatlicher Kontrolle zu trennen⁴⁾. Diese Überlegungen zeigen immer deutlicher, wie schwierig, ja fast auswegslos es ist, eine auf Gemeineigentum gestützte Wirtschaft mit einer freiheitlich demokratischen Staatsform zu verbinden. Bevor aus den dargelegten Gründen endgültig Abschied von unserem Sozialisierungs-Modell genommen wird, soll noch ein letztes Argument dieses Vorgehen bekräftigen.

d) Sozialstaat

Der positive Effekt des "Sozialen" wird innerhalb der Demokratisierungsdebatte nicht selten dazu benutzt, um die Neigung zu einer Sozialisierung der Wirtschaft zu fördern⁵⁾. Damit wird jedoch ein ethischer Wert usurpiert; denn "es ist noch sehr die Frage - und die Erfahrungen sprechen dagegen - ob ein sozialisierter Staat auch ein Sozialstaat und

1) Huber, E.R., WVR Bd. II, S. 144.

2) Vgl. auch Böhm, F., Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, in: Ordo Bd. 4, 1951, S. 238 ff.

3) Vgl. Weber, W., Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, 2. Aufl., 1958, S. 58; Henke, W., Die verfassungsgebende Gewalt S. 133; Neumann-Duesberg, H., a.a.O., S. 377.

4) Dies geschieht de facto auch in Jugoslawien nicht, wo die zentralen Planungsinstanzen (rechtlich wie faktisch) die Möglichkeit besitzen, direkt in die einzelnen betrieblichen Planziele einzugreifen und wo das Monopol der kommunistischen Partei unangefochten bleibt.

5) Derselbe verführerische Gleichklang besteht zwischen Gemeinwirtschaft und Gemeinwohl (vgl. auch Schöllgen, W., a.a.O., S. 42).

erst recht ein sozialer Rechtsstaat ist"¹⁾.

Die Definition des "Sozialen" bereitet schier unüberbrückbare Schwierigkeiten und mündet letztlich wieder in einem Wertbekenntnis, das sich entweder mehr für individualistische oder mehr für kollektivistische Formen der Daseinsbewältigung entscheidet, was einmal stärker die eigenverantwortliche, selbstgestaltende Existenzsicherung hervorhebt, zum anderen staatlicher oder sonstwie gemeinschaftlich verwalteter Absicherung den Vorzug gibt. Der eine Standpunkt rückt die liberalistische negative Abwehrstellung gegenüber der Staatsgewalt und dem Kollektiv in den Vordergrund, der andere sieht im Staat die kompetente Stelle für eine umfassende Verwirklichung sozialer Aufgaben, wozu Art. 20/I, die Sozialstaatlichkeit, als unmittelbar verbindlicher aktueller Rechtssatz²⁾, eine tragfähige Legalposition bereitstellt.

Ein Faktum ist, daß sich mittlerweile auch der Mensch westlicher Industrienationen (bei östlichen ideologiebedingt) vom Staate abhängig weiß und an den modernen Sozialstaat das Bedürfnis nach Sicherung und Gewährleistung seiner Existenz heranträgt, "das er in seinem labilen Individualbereich nicht mehr befriedigt findet"³⁾. Die Anfälligkeit einer höchst arbeitsteiligen, spezialisierten, agglomerierten und anspruchsvollen Gesellschaft fordert ihren Ausgleich und findet ihn bei einem auf Selbstbehauptung bedachten Wohlfahrtsstaat⁴⁾. "Leben, Gesundheit, Wohlstand und Zukunft, sonst dem Schicksal unterworfen, gewinnen den Charakter von öffentlichen Veranstaltungen mit kalkulierbarem und manipulierbarem Risiko"⁵⁾. Dies alles weist auf eine Evolution des Sozialstaates, die weit über das hinausragt, was ursprünglich seiner Einrichtung als Idee zugrunde lag: die Förderung der sozial Schwachen und Hilfsbedürftigen aus Mitten der Gesamt-

1) Flume, W., Disk. Beitr. zu Enteignung und Sozialisierung, VVDStRL Heft 10, S. 157.

2) Vgl. BVerfGE 1,97 (105); BVerwGE 1, S. 161 f.

3) Forsthoff, E., Verfassungsprobleme des Sozialstaates, 2. Aufl. 1961, S. 9.

4) Vgl. Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 796 ff.

5) Henke, W., Rechtsformen der sozialen Sicherung und Allgemeines Verwaltungsrecht, VVDStRL Heft 28, 1970, S. 176 ff.

heit¹⁾. Auf die Gefahr, welche dem Rechtsstaat (Art. 20/III, 28/I, 1) droht, wenn die Regierung eines Staates die wachsende Abhängigkeit des einzelnen zum Mittel der Beherrschung umfunktioniert, hat Forsthoff²⁾ nachdrücklich aufmerksam gemacht. Dem Wunsch nach Verteidigung eines individuellen Rechtsschutzes gegenüber Eingriffen der Staatsgewalt steht in fataler Ironie die Angewiesenheit auf staatliche Hilfe gegenüber, ohne die keine Freiheit vor bedrohlichen Gesellschaftsmachten mehr bestehen kann und ohne die sogar die Freiheit als reale Chance zur Selbsthilfe nicht an Boden gewinnt. Gewöhnt sich der Bürger schließlich an Wohltaten auch dort, wo ihm freiwillige Selbsthilfe durchaus möglich gewesen wäre, so setzt eine solche mißverständliche Sozialstaatlichkeit gerade die freiheitliche Demokratie aufs Spiel. "Ist nämlich dieser Staatstyp im höchsten Maße auf die Wachheit und Regsamkeit seiner Bürger angewiesen, so darf die Gewöhnung an aufgezwungene Wohltaten nicht eine Gesinnung erzeugen, die eine 'soziale' Diktatur- und Diktaturen sind heute gerade und betont 'sozial' - der Selbsthilfe und Selbstverantwortung vorzieht"³⁾.

Unter diesem Licht betrachtet, wiederholt sich eindringlich die Frage, ob eine Sozialisierung als Mittel einer zu demokratisierenden Wirtschaft den einzelnen nicht in eine noch größere Abhängigkeit vom planenden und verteilenden Staat bringt, als sie ihm bei Verteidigung seiner individuellen Freiheitsräume im Betrieb erwünscht sein könnte? Viele Befürworter einer Demokratisierung der Wirtschaft sehen diese Gefährdung nicht, ja sie fordern sogar eine Ausdehnung der Staatstätigkeit⁴⁾.

Wie sich aus den vorangegangenen Erwägungen zeigte, ist schwerlich abzustreiten, daß durch eine Überführung des Großteils der Wirtschaft in totales Gemeineigentum die staatliche Verwaltungstätigkeit ansteigt. Auch wenn die gemein-

1) Vgl. z.B. Bismarck in der Begründung des ersten Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes 1881 (nachzulesen bei Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 798).

2) Vgl. Forsthoff, E., Verfassungsprobleme.

3) Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 813.

4) Vgl. Willgerodt, H., a.a.O., S. 19.

wirtschaftlichen Selbstverwaltungseinheiten in Form einer Körperschaft des öffentlichen Rechts weitgehende Autonomie im Rahmen marktwirtschaftlicher Dispositionsfreiheit behalten, ist zumindest eine negative Staatsaufsicht zu erwarten. Die abwehrende Kontrolle von Gesetzeswidrigkeiten wird sich leicht mit dem Hinweis auf Gemeinwirtschaftlichkeit rechtfertigen lassen, der zu dienen der Staat die Aufstellung eines Gesellschaftsplanes übernimmt. Zusammen mit den traditionellen indirekten Maßnahmen der Fiskal-, Geld- und Außenhandelspolitik zur Steuerung der Mikrodektionen steigern Haushalts- und Gesellschaftsplanung die öffentliche Verwaltungsfunktion immens. Auch direkte Eingriffe in Preis- und Produktionsgestaltung lassen sich bei genereller Gemeinwirtschaft rechtfertigen. Der Staat bleibt erstens Obereigentümer und zweitens nimmt die Einbeziehung von Vertretern des Selbstverwaltungsinteresses in die Ausarbeitung der gesellschaftlichen Planung den Geruch eines diktatorisch zentralen Interventionismus. Der negative Ausgrenzungsgedanke gegenüber dem Staatseingriff in wirtschaftliche Dispositionen kann von den Arbeiterorganisationen nicht mehr geltend gemacht werden. Das Eigentum wird zu einem Mittel latent staatlicher Aufsicht. Die Herrschaftsbefugnisse des Staates verdoppeln sich nach Umfang und Stil¹⁾.

Jeder Eingriff in die koordinierende und selektive Funktion des Wettbewerbs verstärkt indessen einen bürokratischen Zentralismus, da zunehmend an die Stelle mehrerer autonom aufgestellter Einzelpläne ein allgemeinverbindlicher Zentralplan tritt. Hier aber tritt eigenverantwortliche Freiheit ab zugunsten einer Präzisierung dieses Wertes durch das Gemeinwesen. Wenngleich dieses Resultat unter dem Aspekt der persönlichen Freiheit und der parlamentarischen Demokratie bedenklich erscheint, so rückt es dessen ungeachtet in unmittelbare Nähe des Sozialstaatsprinzips. Zwei Erläuterungen mögen darüber Aufschluß geben.

Erstens wird der marktwirtschaftlichen Konzeption in einem gemeinwirtschaftlichen System von Anfang an mißtraut, wie

1) Vgl. Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 823; Meimberg, R., a.a.O., S. 94.

früher bereits ausgeführt wurde. Sind es nicht zum großen Teil Existenzangst-Gefühle, nervenaufreibende Unsicherheit, Krisenfurcht, welche in das Verlangen nach Sicherheit von Demokratisierungsanliegen einströmen und sollen nicht mit einer Reform der Wirtschaftsordnung Unsicherheiten ein für allemal ausgeschaltet werden? Warum sollte dann mit einer Sozialisierung der Wirtschaft das Marktprinzip nicht verdammt werden, dessen Unberechenbarkeit und "Anarchie" man z.T. wegen schwieriger Einsichtnahme - Existenzängste, Gehezttheit sowie unverdiente private Bereicherungen zuschiebt? Weshalb sollte der Staat, dem man die Vorsorge des Daseins bereits in großem Umfang mit Erfolg überlassen hat, nicht auch die Vorsorge für die Konsumgüterproduktion des täglichen Bedarfs planen?

Die Antwort hierauf ist schon an anderer Stelle¹⁾ gegeben worden, als den Mechanismen des Marktes eine wirksame Funktion gegen die Allmacht des Staates zuerkannt wurde zur Erhaltung einer Demokratie, die zwar mehr und mehr zum Austragungsort sozialmächtiger Interessen geworden ist, sich aber immer noch pluralistisch versteht. Nur durch die Anerkennung einer Pluralität der Interessen bleibt der einzelne in seiner Entscheidung frei, er verliert diese Freiheit, wenn es nur noch das Interesse des Staates gibt. Da Freiheit nicht allein Möglichkeit der politischen Mitwirkung ist, sondern auch Freisein von politischen Herrschaftsvorgängen²⁾, "muß bewußt verhindert werden, daß alle Lebensbereiche von einer Stelle aus kontrolliert werden können..."³⁾.

Schutz vor Gefahren (auch solcher wirtschaftlicher Art) ist zweitens nur auf Kosten der Freiheit möglich⁴⁾. Dies sollte bedacht werden, wenn gemeinwirtschaftliche Formen eingeführt werden. Der Sozialstaat als Wohlfahrtsstaat liefert zu solchen Bedenken äußerst ungünstige Voraussetzungen. Setzt er sich zum Ziel, dem Menschen zu irdischem Glück zu verhelfen, so rückt er in unmittelbare Nähe des überindividuellen Den-

1) Vgl. S. 105 f., 138, 158 ff., 229.

2) Vgl. Hättich, M., Demokratie als Herrschaftsordnung S. 145.

3) Eichler, W., a.a.O., S. 21.

4) Vgl. auch Henke, W., Soziale Sicherung S. 181.

kens, das gemeinwirtschaftlichen Zielsetzungen wesensnotwendig anhaftet. "Es ist der Sozialismus, der sich der Forderung, glücklich gemacht zu werden, weil man sich selbst nicht glücklich machen kann, angenommen hat - letztlich mit dem Ideal des herrschaftslosen Zustands" ¹⁾).

Soweit hiermit die Bekämpfung unverschuldeter materieller Not und die Verschaffung sozialer Sicherheit gemeint ist, die nicht aus eigener Anstrengung herzustellen ist, mag Gemeinwirtschaft mit persönlicher Freiheit zu vereinbaren sein. Sobald jedoch Glück durch eine staatliche Wertskala standardisiert wird, endet unser Gemeineigentum-Modell nicht in einem sozialen Rechtsstaat, sondern in sozialer Despotie.

6. Der Stellenwert des Art. 15 im freiheitlichen Sozialismus

Für den klassischen Sozialismus war die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum mit staatlicher Planung ²⁾ eine objektiv gültige Notwendigkeit. Der politischen Befreiung müsse nach Ansicht des Historischen Materialismus unbedingt die Befreiung aus wirtschaftlichen Machtverhältnissen folgen, wobei die Beseitigung des produktiven Privateigentums die endgültige Befreiung des Individuums einleite ³⁾).

Das Vordringen eines Pragmatismus im sozialistischen Lager ⁴⁾, die Revision marxistischer Gedanken anhand der tatsächlichen Entwicklung und insbesondere die skeptische Einstellung gegenüber staatlicher Machtanhäufung, die anstelle privater Wirtschaftsmacht treten könnte, haben die deutsche Nach-

1) Krüger, H., Allgemeine Staatslehre S. 802.

2) Vgl. z.B. Engels, F., a.a.O., S. 52 f.; Sweezy, P.M., a.a.O., S. 11 und 29.

3) Nach Marx werden in der ersten Phase des Kommunismus die Arbeiter als neue herrschende Klasse ihren eigenen Staat brauchen, um sich gegen ihre Feinde zu schützen (vgl. Marx, K., Engels, F., Manifest der Kommunistischen Partei, 1848, zuletzt besorgt von F. Engels 1890, Brügge-Verlag, 1970, S. 60 ff.).

4) Schachtschabel, H.G., Wirtschaftspolitische Konzeptionen, 1967, S. 98 ff.

kriegsbewegung eines freiheitlichen Sozialismus¹⁾ dazu veranlaßt, nach einer verfassungskonformen Verbindung zwischen Marktwirtschaft und Planung zu forschen, ohne dogmatische Verpflichtungen einzugehen. Obwohl die Akzente innerhalb dieser Gruppe verschieden gesetzt werden, erscheint eine Sozialisierung, gleich welcher Art, durchwegs nur als ein mögliches Mittel, dem sozialistischen Ziel (Aufhebung jeglicher Art von Unterdrückung) näherzukommen²⁾. Dies wird damit begründet, daß erstens sich die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten der Lenkung der Wirtschaft ohne Gemeineigentum vergrößert haben³⁾; denn wichtig ist nicht das Eigentum, sondern die Eigentumsfunktion⁴⁾. Zweitens habe sich der "kapitalistische" Staat zu Sozialreformen bereiterklärt, so daß einige sozialistische Ziele (Beseitigung von Klassenherrschaft, Gleichheit der sozialen Chancen, Startgerechtigkeit usw.)⁵⁾ auch ohne Sozialisierung verwirklicht werden können. Weil es drittens um die Freiheit des einzelnen in der Gesellschaft geht und nicht um eine Verabsolutierung des Kollektivs⁶⁾, soll an der Gewaltenteilung im wirtschaftlichen Sektor zwischen staatlicher Wirtschaftslenkung und privater Produktion festgehalten werden⁷⁾. "Jede Totallösung über

-
- 1) Vgl. u.a. Nemitz, K., a.a.O.; Ortlieb, H.D., Krise S. 53 ff.; Mitscherlich, A., Weber, A., Freier Sozialismus, 1946; Heimann, E., Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung, 2. Aufl., in: Schriften zur Zeit, 1948; Neemann, G., a.a.O.; Weisser, G., Freiheitlicher Sozialismus, in: HdSW Bd. 9, 1956, S. 509 ff.; Schiller, K., Sozialismus und Wettbewerb; Gesamtdarstellungen siehe bei Blum, R., a.a.O., S. 26 ff.; Meinhold, W., a.a.O., S. 158 ff.; Kunze, O. (Hg.), Christmann, A., Wirtschaftliche Mitbestimmung im Meinungsstreit, Bd. 1, S. 249 ff.
 - 2) Diese Neubewertung des Gemeineigentums an Produktionsmitteln ist z.B. ein wesentlicher Unterschied gegenüber den Neomarxisten (vgl. Blum, R., a.a.O., S. 34 f.). Ansätze einer kritischen Einschätzung des Gemeineigentums lassen sich schon bei Kautsky, K. (Die Diktatur des Proletariats, 1918) erkennen.
 - 3) Vgl. Ortlieb, H.D., Wandlungen des Sozialismus, 1947, S. 28.
 - 4) Vgl. auch S. 211 f., 214.
 - 5) Vgl. Schiller, K., Sozialismus und Wettbewerb S. 32 ff.; Eichler, W., a.a.O., S. 10 ff.
 - 6) Vgl. Ortlieb, H.D., Wandlungen S. 18.
 - 7) Vgl. denselben, Krise S. 77.

zentrale Leitung und Gemeineigentum, wie überhaupt jede gesellschaftspolitische Hybris, muß ein sozialistisches System zum **t o t a l i t e r a l i t e r** eines freiheitlichen Sozialismus werden lassen¹⁾. Deshalb wird eine Vielfalt der Betriebs- und Eigentumsformen nicht nur zugelassen, sondern auch gefördert²⁾. Aus dem Nebeneinander gemeinwirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher Zielsetzungen ergeben sich die unterschiedlichsten beruflichen Aufgaben gemäß den verschiedenartigen Neigungen und Fähigkeiten der Menschen, die in diesen Aufgaben Berücksichtigung finden könnten³⁾.

Art. 15 erhält somit im freiheitlichen Sozialismus eine wesentlich differenziertere Rolle, als sie ihm sonst aus einer antithetischen Denkform in einer sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft zuteil würde. Dies läßt sich auch am Programm der SPD erkennen, in dem hauptsächlich die politische Auswertung der freiheitlich-sozialistischen Idee erfolgt⁴⁾. Insoweit Demokratisierungsziele (Krisensicherheit, materielle Sicherung der Entfaltungsfreiheit) mit Hilfe eines verbesserten wirtschaftspolitischen Instrumentariums zu erfüllen sind, bemüht sich (seit 1967 als Bundeswirtschaftsminister) K. Schiller um eine Synthese zwischen dem Freiburger Imperativ des Wettbewerbs und der Keynes'schen Botschaft der Steuerung der effektiven Gesamtnachfrage⁵⁾. Der Markt wird dabei als wesentlicher Bestandteil der Wirtschaft anerkannt⁶⁾. Im Gefolge mit dem 1967 verabschiedeten "Gesetz

1) Schiller, K., Sozialismus und Wettbewerb S. 27.

2) Vgl. Nemitz, K., a.a.O., S. 160.

3) Vgl. Ortlieb, H.D., Die Genossenschaften als Element einer neuen Wirtschaftsordnung, in: Wirtschaftsordnung und Wirtschafspolitik ohne Dogma, 1954, S. 217.

4) Wenngleich das Godesberger Programm von einem "demokratischen Sozialismus" spricht, besteht weitgehende Übereinstimmung zum freiheitlichen Sozialismus. Hervorgehoben wird nur ausdrücklich das Bekenntnis zur weltanschaulich freien, parlamentarischen Demokratie.

5) Vgl. Schiller, K., Globalsteuerung S. 49; vgl. auch denselben, Sozialismus und Wettbewerb S. 29: "Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig".

6) Für den freiheitlichen Sozialismus, wie für den Liberalismus spricht die Vermutung für die Dispositionsfreiheit der Wirtschaftssubjekte (vgl. Weissner, G., Ökonomismus S. 38).

zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" ist eine Reihe von Steuerungsinstrumenten und -mechanismen zur effizienteren Gestaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung neu hinzugekommen¹⁾. In Form eines Sachverständigen-gutachtens soll der Regierung eine rechtlich unverbindliche Orientierungs- und Entscheidungshilfe zur besseren Quantifizierbarkeit wirtschaftspolitischer Zielsetzungen im Jahreswirtschaftsplan zur Verfügung gestellt werden. Die Realisierung der projektierten Makrorelationen erhofft man sich durch Globalsteuerung bei gleichzeitiger Gewährleistung mikroökonomischer Entscheidungsfreiheit. Einkommens-, Geld- und Finanzpolitik bilden die wesentlichen Bestandteile der Wirtschaftsablaufpolitik. Und schließlich wird eine Koordination des Mitteleinsatzes zwischen den Trägern der Wirtschaftspolitik angestrebt, um gegenseitige Durchkreuzungen der durchgeführten Maßnahmen zu vermeiden.

Diese Weiterentwicklung des wirtschaftspolitischen Arsenal, der bewußte Verzicht auf die Festlegung polarer Schwerpunkte zwischen freiheitlichen und bindungswirtschaftlichen Prinzipien zugunsten reiner Zweckmäßigkeitserwägungen²⁾, mag die ökonomische Effizienz eines marktwirtschaftlichen Systems erhöhen, die Idee einer Demokratisierung der Wirtschaft erfaßt sie bei weitem nicht. Dem Aufruf der universellen Orientierung der Wirtschaftspolitik³⁾ Folge leistend, taucht jedoch Demokratisierung der Wirtschaft im Konzept des freiheitlichen Sozialismus wieder auf als gesellschaftspolitische Forderung nach einer neuen Organisation wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse. Günstige Voraussetzungen liefern hierfür die Schlüsselindustrien, insbesondere die Grundstoffindustrien, die allgemein für "sozialisierungsreif" gehalten werden⁴⁾. In diesem Zusammenhang bietet sich Art. 15 dem freiheitlichen Sozialismus weniger in Gestalt des Gemeineigentums, als in "anderen Formen der Gemeinwirtschaft", an. Zu letzteren zählt insbe-

1) Vgl. dazu Falk, H.J., Die gesamtwirtschaftliche Orientierung privater Investitionen in der globalgesteuerten Marktwirtschaft, Diss. Nürnberg 1970, passim.

2) Vgl. Meinhold, W., a.a.O., S. 160.

3) Vgl. Weisser, G., Ökonomismus.

4) Vgl. Kunze, O., Christmann, A., Wirtschaftliche Mitbestimmung im Meinungsstreit, Bd. 1, S. 308 f.

sondere - wie oben dargelegt¹⁾ - die paritätische Mitbestimmung. Von ihrer Einführung und Ausweitung zu pluralistischen Unternehmensformen²⁾ erhofft man sich die Erfüllung mancher Aufgaben, die das Gemeineigentum bei Marx hatte³⁾. Untermauert durch die praktischen Erfahrungen aus der Montanmitbestimmung soll daher abschließend versucht werden, die Umsetzbarkeit der anfangs aufgegliederten Demokratisierungselemente in großen Zügen zu veranschaulichen.

7. Erfüllung von Demokratisierungswünschen durch die paritätische Mitbestimmung?

Praktische Erfahrungen mit der paritätischen Mitbestimmung konnten bisher nur in der Montanindustrie gesammelt werden. Der Auswertung empirischer Untersuchungen auf diesem Feld⁴⁾ kann deshalb nur mit Vorbehalt Aussagewert beigegeben werden.

Ein erster schwerwiegender Mangel ist, daß der Montanbereich⁵⁾ nur einen Ausschnitt der Gesamtwirtschaft darstellt. Mitbestimmung als Mittel einer Demokratisierung der Wirtschaft erhielte aber nicht nur eine stichhaltigere quantitative Beurteilung, wenn ihr Geltungsbereich weiter ausgedehnt würde, sondern würde voraussichtlich auch andere qualitative Merkmale aufweisen. Die Tatsache, daß der größte Teil der Wirtschaft noch nach dem Privatnützigkeitsprinzip plant und disponiert, veranlaßt den Montanbereich auch weiterhin

1) Vgl. S. 211 ff.

2) Vgl. SPD, Grundsatzprogramm S. 15, 18.

3) Vgl. Ortlieb, H.D., Krise S. 80; Weisser, G., Mitbestimmung als eine notwendige Folgerung aus heutigem freierlichem Sozialismus, in: Mitbestimmung und Wirtschaftspolitik, Bd. 2, hg. v. K. Nemitz und R. Becker, 1967, S. 85 ff.

4) Herangezogen werden insbesondere das Gutachten der Biedenkopf-Kommission S. 29 ff., sowie die Recherchen von Potthoff, E., Blume, O., Duvernell, H., Zwischenbilanz der Mitbestimmung, 1962, S. 55 ff.

Zur kritischen Analyse früherer Forschungsarbeiten über die Mitbestimmung vgl. ferner Dahrendorf, R., Mitbestimmungsproblem.

5) Zu dem die Förderung von Steinkohle, Braunkohle, Eisenerz oder die Aufbereitung, Verkokung, Verschmelzung, Brikettierung dieses Grundstoffes gerechnet werden bzw. die Eisen- und Stahlerzeugung.

(will er staatsunabhängig entscheiden) die Regeln und Mechanismen des freien Wettbewerbs zu beachten. Dies gilt vor allem im Hinblick auf die starke Substitutionskonkurrenz von Erdöl, Erdgas, Elektrizität und Atomenergie.

Der Kohlebergbau unterliegt hier einer einschneidenden strukturellen Anpassungskrise. Aufgrund seiner gesellschaftspolitischen Relevanz vermag er seit langem staatliche Unterstützung in sein wirtschaftliches Kalkül einzubeziehen¹⁾, so daß er schlecht als repräsentativer Maßstab zur Beurteilung der Mitbestimmung im marktwirtschaftlichen Rahmen hingestellt werden kann. Überhaupt ist zu berücksichtigen, daß Kohle und Eisen alte eingefahrene Industriezweige sind, die lange nicht demselben rapiden technischen Fortschritt unterworfen sind wie bspw. die Chemie- und Elektroindustrie²⁾.

Die Konfrontation der Erfahrungen aus der Mitbestimmung mit den zu Anfang herausgearbeiteten Demokratisierungszielen ist nicht zuletzt deshalb unbefriedigend, weil sich gewisse Demokratisierungsanliegen (Stärkung des aktiven demokratischen Verantwortungsbewußtseins, Befriedigung in der Arbeit, Beseitigung der Anonymität des Entscheidungsprozesses) einer empirischen Überprüfung weitgehend entziehen. Ihre Realisierung in der Mitbestimmungspraxis feststellen zu können, scheitert (wenigstens bei kurzfristiger Betrachtung) an einer intersubjektiv nachvollziehbaren Erfahrung.

Am einfachsten scheint die Frage beantwortet zu sein, ob die Montanindustrie-Unternehmen gleichberechtigt von Anteilseigner- und Arbeitnehmervertretern geführt werden. Die gesetzlichen Grundlagen für einen paritätisch zusammengesetzten Aufsichtsrat und die Entsendung eines Arbeitsdirektors in den Vorstand (der allerdings im strengen Wortsinne nicht paritätisch besetzt ist) sind hierfür formell durch das MitbestG

1) Durch das am 4. April 1968 erlassene "Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlebergbaus und der deutschen Steinkohlebergbaugebiete" (Kohlegesetz) wurde die Voraussetzung zur Errichtung einer Kohleeinheitsgesellschaft geschaffen, in der die Präsenz eines staatlichen Kohlebeauftragten unübersehbar ist (vgl. dazu auch Müller, W., Das "Kohlegesetz" bietet dem Steinkohlebergbau eine einmalige Chance, in: Sozialer Fortschritt, 17. Jg. 1968, Heft 5/6, S. 115 ff.).

2) Vgl. Briefs, G., Logik und Dialektik S. 219.

geschaffen worden. Wie sich de facto die Mitspracheintensität der Arbeitnehmerseite entwickelt, hängt jedoch hauptsächlich von der Fachkenntnis und Persönlichkeit des Arbeitsdirektors ab, von Informationsfluß und gegenseitigen Absprachen zwischen Arbeitsdirektor und betriebsinternen bzw. -externen Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat und schließlich dem Betriebsrat¹⁾. Die für die Arbeitnehmer erzielten Vorteile waren nach Ansicht ihrer Vertreter hauptsächlich immaterieller Art²⁾. Als entscheidend wurden der Einfluß auf die Geschäftsleitung, die Kontrolle des Geschäftsgeschehens angesehen und hier wiederum die soziale Sicherung bei drohenden Entlassungen, die Aushandlung besserer Arbeitsbedingungen und die Beeinflussung der Stellenbesetzung³⁾. Auch wenn die Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der Montangesellschaften Verzögerungen mit sich brachten, so wurde doch andererseits die Bereitschaft der Arbeitnehmer des Unternehmens gestärkt, "die Richtigkeit einmal getroffener Entscheidungen anzunehmen"⁴⁾.

Bei den Arbeitnehmervertretern wurde dabei niemals ernsthaft das Rentabilitätsprinzip angezweifelt. Rationalisierungsvorhaben und Betriebsstillegungen stießen überhaupt nur dann auf Widerstand der Arbeitnehmerseite, wenn nicht ausreichend für die Erhaltung des sozialen Status der im Unternehmen beschäftigten Arbeiter Vorsorge getroffen wurde⁵⁾ (Ausarbeitung umfangreicher Sozialpläne). Die soziale Korrektur unternehmenspolitischer Initiativen durch die Mitbestimmung wirkte sich überdies in Phasen der Expansion weniger aus, als in Phasen der Kontraktion. Dies erklärt sich dadurch, daß bei einer Verringerung unternehmerischer Tätigkeit (Kapazitätsbeschränkung, Entlassungen) die sozialen Ansprüche wesentlich stärker zum Tragen kommen⁶⁾.

1) Vgl. dazu Potthoff, E., Blume, O., Duvernell, H., a.a.O., S. 78 ff.

2) Höhere Löhne wurden nicht in unmittelbare Verbindung zur Mitbestimmung gebracht (vgl. Potthoff, E., Blume, O., Duvernell, H., a.a.O., S. 218 f.).

3) Vgl. Potthoff, E., Blume, O., Duvernell, H., a.a.O., S. 219.

4) Biedenkopf-Gutachten S. 41.

5) Vgl. ebenda, S. 42.

6) Vgl. ebenda, S. 43.

Hat sich nun das Verhältnis Arbeit/Kapital von einem klassenkämpferisch feindseligen zu einem partnerschaftlichen gewandelt? Ist eine echte Respektierung des abhängig Arbeitenden, eine aktive Einbeziehung in die Unternehmensentscheidungen erfolgt? Die Antwort hierauf ist in vier Stufen der Unternehmenshierarchie zu erteilen.

Die Anerkennung des Arbeitsdirektors auf Vorstandsebene steht und fällt wiederum mit seiner fachlichen Qualifikation¹⁾ und mit seinem Durchsetzungsvermögen. Dazu kommt, daß er in ständigem Kontakt mit der Belegschaft²⁾, der Betriebstechnik usw. stehen muß, um überzeugende Argumente vom Standpunkt der Arbeitnehmerschaft vorbringen zu können. Über die Person des Arbeitsdirektors gibt es in diesem Zusammenhang viele kritische Stimmen³⁾. Entscheidend für die Zusammenarbeit mit den übrigen Vorstandsmitgliedern ist aber auch deren persönliche Einstellung zur Mitbestimmung und die Würdigung des Arbeitsdirektors, auch wenn dieser aus einem anderen sozialen Milieu stammt.

Die nächst tiefere Ebene, die Kontrolle der Geschäftsführung, ist der Aufsichtsrat. Den Beweis für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Arbeitnehmerrepräsentanten und den Vertretern der Anteilseigner kann man darin erblicken, daß Kampfabstimmungen mit Entscheidungen des Neutralen die Ausnahme geblieben sind⁴⁾.

Auch die geringe Zahl der Streiks wird oft im Sinne einer Verbesserung des sozialen Klimas ausgelegt⁵⁾.

Der Betriebsrat trägt in den mitbestimmten Unternehmen die Aufgabe eines Sprachrohrs der Belegschaft. Eine wirksame Stelle der Sammlung und Transformation von Vorschlägen und Wünschen der Arbeitnehmer kann er indessen nur dann sein, wenn die Mitbestimmung der großen Masse der Arbeiter bekannt

1) Um auch in anderen als Personalfragen fundiert mitreden zu können.

2) Objektive Maßstäbe für den genügenden Kontakt zwischen Arbeitsdirektor und Belegschaft zu finden, ist natürlich sehr schwierig, da viele unwägbare Momente (Mentalität, Einfühlungsvermögen, Betriebsklima u.ä.) hier den Ausschlag geben.

3) Vgl. Potthoff, E., Blume, O., Duvernell, H., a.a.O., S. 132 ff.

4) Vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 40.

5) Vgl. Potthoff, E., Blume, O., Duvernell, H., a.a.O., S. 222 f.

ist. Auf diesem Gebiet liegt - nach überwiegender Auffassung¹⁾ - vieles im argen. Das einseitige Interesse der Belegschaft an höheren Löhnen und verstärkten Sozialleistungen vermag indessen nur durch eine intensive Bildungsarbeit der Gewerkschaften in seinem Horizont erweitert und kritischer gestaltet werden²⁾. Hiermit steht und fällt auch ein wesentlicher Teil der Objektstellung des Arbeitnehmers; denn nur dann kann durch Mitbestimmung der Freiheitsraum des einzelnen wachsen, wenn jeder Arbeitnehmer die Möglichkeiten und Konsequenzen seiner Freiheitsforderung kennt.

Obwohl die Mitbestimmung eine aktive Teilnahme und Verantwortung des Arbeitnehmers in seinem Betrieb dadurch fördert, daß die "Allgewaltigkeit" des Direktors reduziert worden ist, daß das Gefühl "eigener Repräsentanten" Sicherheit verleiht, ist das Problem autoritärer Führungsgewalt keineswegs aus der Welt geschafft³⁾. Das bestehende subordinierende Weisungssystem kann sogar verschärft werden. Da nämlich die Unternehmensleitung nach dem MitbestG nicht mehr nur von der Kapitalseite, sondern auch von den Arbeitnehmern bestellt wird, sieht sich der einzelne einer zweifachen Autorität gegenüber⁴⁾. Im Falle, daß sich die Gewerkschaften voll mit dem Unternehmen integrieren, ihre bisherige Funktion als Wächter also aufgeben⁵⁾, entstünde dem einzelnen eine Gefahr seiner Freiheit dadurch, daß er aufgrund dieses "Cäsaropapismus" niemanden findet, an den er seine Sorgen richten soll⁶⁾. Ja, seine Opposition wird umso schneller zum mißliebigen und erfolglosen Querulamentum, je größer ein Unternehmen wird und je mehr die Zahl der Ausweichmög-

1) Vgl. auch Ortlieb, H.D., Wirtschaftswunder S. 27.

2) Unterstützt durch einen Ausbau sozialkundlicher Fächer in den Schulen.

3) Vgl. Willgerodt, H., a.a.O., S. 20 f.

4) Bei einer Einbeziehung der Öffentlichkeit würde sich diese Autorität sogar verdreifachen.

5) Vgl. dazu die kritischen Stellungnahmen von: Heintzeler, W., a.a.O., S. 9; Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie S. 201 ff.; Briefs, G., Logik und Dialektik S. 213; Biedenkopf-Gutachten S. 175 ff.

6) Um die Mitbestimmenden enger an die Basis der Arbeitnehmerschaft zu binden, schlägt z.B. die Biedenkopf-Kommission vor, alle Arbeitnehmervertreter (einschl. der externen) im Aufsichtsrat von den Arbeitnehmern des Unternehmens wählen zu lassen (vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 96).

lichkeiten auf andere selbständige Konkurrenzunternehmen abnimmt.

Aus demselben Grunde ist auch die Unternehmenskonzentration für die Freiheit des einzelnen ein zweifelhaftes Geschenk, selbst wenn sie mit einer Mitbestimmung verbunden ist. Das Stimmgewicht des einzelnen Arbeitnehmers sinkt nämlich umso mehr, je größer das Unternehmen wird, weil der Aufsichtsrat einfach nicht beliebig erweitert werden kann. Dasselbe gilt auch für einen Konzern, der aus mehreren rechtlich selbständigen Tochtergesellschaften besteht und der bei bestimmten Voraussetzungen¹⁾ dem MitbestG unterliegt. Willgerodt gibt hier zu bedenken²⁾, daß die Arbeitnehmer eines Konzernteiles wesentlich homogenere Interessen aufweisen können, das Entstehen von Minoritäten also weniger mit Freiheitsbeschränkungen einhergeht, als wenn in der Konzernspitze paritätisch über Arbeitsweise und Produktionsziel der Konzernteile bestimmt wird. Im wesentlichen handelt es sich hier aber um ein Problem der Delegation von Entscheidungsbefugnissen.

Wer die demokratische Teilhabe in den "Kommandohöhen" der Großwirtschaft als Hauptziel betrachtet, stemmt sich naturgemäß wenig gegen eine Konzentration der Wirtschaft. Auf die Vorzüge einer Gewaltenteilung der Wirtschaft für die Erhaltung von Freiheitsräumen wurde des öfteren in dieser Arbeit hingewiesen³⁾. In der Praxis scheinen jedoch Konzentration und "gemeinsame Verwaltung" tolerierter Machtzusammenballungen den Vorrang zu genießen. Die Gewerkschaften suchen jedenfalls nicht mit Nachdruck Unternehmenszusammenschlüsse zu unterbinden. Selten einhellig ist jedoch unter den Mitbestimmenden selbst die Meinung, daß die praktizierte paritätische Mitsprache der Arbeitnehmer keine wirksame Kontrolle über wirtschaftliche Macht ausübt⁴⁾. Die Konzentration in der Montanindustrie kann hierfür als Paradebeispiel für Machtzusammenballungen mit Zustimmung der Arbeitnehmervertreter angeführt werden. Zwar haben sich nach An-

1) Vgl. Mitbestimmungsergänzungsgesetz vom 7.8.1956.

2) Vgl. Willgerodt, H., a.a.O., S. 19.

3) Vgl. S. 105 ff., 180 f., 211 f.

4) Vgl. Potthoff, E., Blume, O., Duvernell, H., a.a.O., S. 224 ff.

hörungen der Biedenkopf-Kommission¹⁾ Fusionsverhandlungen in die Länge gezogen. Sobald jedoch befriedigende Regelungen zur Erhaltung des Mitbestimmungsbesitzstandes getroffen wurden, legten Vertreter der Arbeitnehmer in den beteiligten Aufsichtsräten der beabsichtigten Konzentration keine Hindernisse mehr in den Weg. Das Bestreben nach Sicherung der Arbeitsplätze durch Zusammenfassung von Unternehmen zu einheitlichen Gebilden hat in jedem Falle den Schutz der persönlichen Freiheit und die Begrenzung der politischen Macht der Großindustrie in den Hintergrund der Überlegungen treten lassen²⁾.

1) Vgl. Biedenkopf-Gutachten S. 46.

2) Vgl. ebenda, S. 45 f. u. S. 55.

LITERATURVERZEICHNIS

(Bücher, Aufsätze und Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken)

- Abendroth, Wolfgang Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1965
- Das Grundgesetz, Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1960
- Abraham, H.J. Erstbearbeitung des Art. 15, Bonner Kommentar zum GG
- Agartz, Victor Wirtschafts- und Steuerpolitik, Grundsätze und Programme des DGB, Frankfurt/M. 1954
- Albert, Hans Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Das ökonomische Argument in der ordnungspolitischen Debatte, Göttingen 1954
- Apel, Günter Mitbestimmung, Grundlagen, Wege, Ziele, München 1969
- Aristoteles Nikomachische Ethik, Langenscheidt'sche Bibliothek sämtlicher griechischen und römischen Klassiker, 20. Bd., 4. Aufl., übers. u. erl. v. Adolf Stahr, Berlin-Stuttgart 1919
- Arndt, Adolf Das Problem der Wirtschaftsdemokratie, in: SJZ, Jg. I, Heidelberg 1946, S. 137 ff.
- Das nichterfüllte Grundgesetz, in: Recht und Staat, Heft 224, Tübingen 1960
- Aron, Raymond Hauptreferat zu: Industrielle Gesellschaft menschlich oder unmenschlich? Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft, Bergedorfer Protokolle, Bd. 10, Hamburg 1965
- Astrow, Wladimir Grenzen der Freiheit in der Demokratie, Zürich 1940
- Ballerstedt, Kurt Wirtschaftsverfassungsrecht, in: B-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. 3/I, Berlin 1958, S. 1 ff.
- Artikel "Sozialisierung III" (Rechtliche Problematik), in: HdSW, Bd. 9, Tübingen 1954, S. 478 ff.

- Beck, Markus Wirtschaftsdemokratie, Ein Beitrag zur Problematik des Mitbestimmungsgedankens in der Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des überbetrieblichen Aspektes, dargestellt am Beispiel der Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Diss. St. Gallen 1962
- Becker, Carl L. Moderne Demokratie, Wiesbaden 1950
- Beitzke, Günter Gleichheit von Mann und Frau, in: N-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. 2, Berlin 1954, S. 199 ff.
- Bendix, Reinhard Herrschaft und Industriearbeit, Frankfurt/M. 1960
- Berdiajew, Nikolai Der Sinn des Schaffens, Tübingen 1927
- Der Mensch und die Technik, Luzern 1943
- Besson, Waldemar Das Leitbild der modernen Demokratie, 4. Aufl., München 1971
- Jasper, Gotthard
- Biedenkopf, Kurt, u.a. Bericht der Sachverständigenkommission zur Auswertung der bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung (Mitbestimmungskommission), Bundestagsdrucksache VI/334, Bonn 1970 (zit. als Biedenkopf-Gutachten)
- Blum, Reinhard Soziale Marktwirtschaft, Tübingen 1969
- Blume, Otto Wirtschaftsorganisatorische Wege zum gemeinsamen Eigentum und zur gemeinsamen Verantwortung der Arbeitnehmer, in: Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 678, Köln und Opladen 1959
- Heidermann, Ingrid
- Kuhlmeyer, Elfriede
- Böhm, Franz Der Zusammenhang zwischen Eigentum, Arbeitskraft und dem Betreiben eines Unternehmens, in: Das Unternehmen in der Rechtsordnung, Festgabe für Heinrich Kronstein, Karlsruhe 1967, S. 11 ff.
- Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, in: Recht und Staat, Bd. 153/154, Tübingen 1950
- Die rechtliche Problematik der paritätischen Mitbestimmung, in: Mitbestimmung? Hg. v. Goetz Briefs, Stuttgart 1967, S. 121 ff.

- Böhm, Franz Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, in: Ordo Bd. 4, 1951, S. 21 ff.
- Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart/Berlin 1937
- Die Bedeutung der Wirtschaftsordnung für die politische Verfassung, in: SJZ, Jg. I, Heidelberg 1946, S. 14 ff.
- Boehr, Günter Die volle betriebliche Mitbestimmung und ihre rechtliche Einordnung in Art. 14 und 15 BGG unter besonderer Berücksichtigung des Wesens des Eigentums, Diss. Marburg 1962
- Boettcher, Erik; Hax, Karl; Kunze, Otto; Nell-Breuning, Oswald v.; Ortlieb, Heinz-Dietrich; Preller, Ludwig Unternehmensverfassung als gesellschaftspolitische Forderung, Berlin 1968
- Bohley, Peter Preistheorie und "Administered Price Behaviour", in: Konjunkturpolitik, 10. Jg. 1964, S. 237 ff.
- Brandt, Willy Die Alternative, in: Die neue Gesellschaft, 16. Jg., 1969, Sonderheft Mai 1969
- Bress, Ludwig Die sozialistische Kritik an der Konzeption der Marktwirtschaft, in: 25 Jahre Marktwirtschaft in der BRD, hg. v. D. Cassel, G. Gutmann, H.J. Thieme, Stuttgart 1972, S. 46 ff.
- Briefs, Goetz Zwischen Logik und Dialektik der wirtschaftlichen Mitbestimmung, in: Mitbestimmung? Hg. v. G. Briefs, Stuttgart 1967, S. 196 ff.
- Vorwort zu: Mitbestimmung? Hg. v. G. Briefs, Stuttgart 1967
- Demokratie und Wirtschaft, in: Mitbestimmung, Referate und Diskussion auf der Tagung katholischer Sozialwissenschaftler 1968 in Mönchengladbach, hg. v. A. Rauscher, Köln 1968, S. 63 ff.
- Brunner, Emil Gerechtigkeit, Zürich 1943
- Budde, Heinz Arbeitnehmerschaft in der Industriegesellschaft, Beiträge und Versuche zu einer sozialen und politischen Standortbestimmung der christlich-sozialen Bewegung, Essen 1963

- | | |
|---------------------|---|
| Burdeau, Georges | Traité de Science Politique, Vol. IV, o.O. 1952 |
| Burnham, James | Die Revolution der Manager, Wien 1949 |
| Carossa, Hans | Führung und Geleit, in: Gesammelte Werke in 2 Bänden (Insel Verlag Wiesbaden) 1949, Bd. 1, S. 589 ff. |
| Carr, Edward Hallet | Die neue Gesellschaft, Aspekte der Massendemokratie, Frankfurt/M. 1968 |
| Christmann, Alfred | Leitbilder der Wirtschaftsdemokratie, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Heft 5, 1959, S. 6 ff. |
| Clark, John Maurice | Toward a Concept of Workable Competition, in: AER, Vol. 30, 1940, S. 241 ff. |
| Coester, Franz | Soziale Marktwirtschaft, in: Staatslexikon, Bd. VII, Freiburg 1962, S. 231 ff. |
| Daddario, Emilio | Demokratie und Fortschritt, in: Der Spiegel, Nr. 22, 26. Jg., Mai 1972, S. 128 f. |
| Dahrendorf, Ralf | Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung, München 1965 |
| | Gesellschaft und Freiheit, Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1965 |
| | Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965 |
| | Soziale Klassen und Klassenkonflikt, Stuttgart 1967 |
| Diester, H. | Enteignung und Entschädigung nach altem und neuem Recht, Bergisch-Gladbach 1953 |
| Dietz, Rolf | Personalvertretungsgesetz, Kommentar, München/Berlin 1956 |
| | Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, insbesondere seine Auswirkungen in den Aufsichtsräten der Handelsgesellschaften, Juristische Studiengesellschaft, Karlsruhe, Heft 39, Karlsruhe 1958 |
| Djilas, Milovan | Die neue Klasse, deutsche Übers., München 1958 |

- Dobias, Peter Die Grundlagen des jugoslawischen Wirtschaftssystems, in: WWA Heft 2, 1967, S. 316 ff.
- Dörge, Friedrich-Wilhelm
Schmidt, Manfred Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, Modellanalysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Heft 17, Opladen 1965
- Dülfer, Wolfgang Wirtschaftsdemokratie oder Demokratie in der Wirtschaft? Diss. Marburg 1964
- Dürig, Günter Die Menschauffassung des Grundgesetzes, in: JR, Heft 7, Jg. 152, 1952, S. 259 ff.
- Artikel "Deutschland", Recht und Rechtspflege in der BRD, in: Staatslexikon, Bd. 2, Freiburg 1958
- Verfassung und Verwaltung im Wohlfahrtsstaat, in: JZ 1953, S. 193 ff.
- Verfassungsrechtliche Eigentums Garantien, Teil V des Artikels "Eigentum", in: Staatslexikon, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg 1958, S. 1062 ff.
- Dürr, Ernst Führt Globalsteuerung zur Totalsteuerung? In: Die Freiheit erhalten! Wirtschaftstag der CDU/CSU 1969, Protokolle, S. 95 ff.
- Probleme der Konjunkturpolitik, Freiburg/Bg. 1968
- Dürr, Ernst-Wolfram Wesen und Ziele des Ordoliberalismus, Winterthur 1954
- Edwards, C.D. Maintaining Competition, New York 1949
- Ehmke, Horst Prinzipien der Verfassungsinterpretation, in: VVDStRL Heft 20, Berlin 1963, S. 53 ff.
- Verfassungsänderung und Verfassungsdurchbrechung, in: AÖR Bd. 79, 1953/54, S. 385 ff.
- Wirtschaft und Verfassung, Die Verfassungsrechtsprechung des Supreme Court zur Wirtschaftsregulierung, Kölner Reihe, Bd. 2, Karlsruhe 1961
- Elliot, John E. Wirtschaftsplanung - neu überdacht, in: Grundlagen der Wirtschaftspolitik, hg. v. G. Gäfgen, Gütersloh 1967, S. 357 ff.

- Engels, Friedrich Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, London 1891, Neudruck Berlin 1946
- Epikur Philosophie der Freude, Eine Auswahl aus seinen Schriften, übers., erläutert und eingel. v. J. Mewaldt, Stuttgart 1965
- Erhard, Ludwig Wohlstand für alle, bearb. v. W. Langer, Düsseldorf 1957
- Erlinghagen, Peter Der Streit um die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik, in: Festgabe für Heinrich Herrfahrdt, Marburg 1961, S. 5 ff.
- Eucken, Walter Die Grundlagen der Nationalökonomie, 6. Aufl. 1950
- Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern 1952
- Falk, Hans-Jürgen Die gesamtwirtschaftliche Orientierung privater Investitionen in der globalgesteuerten Marktwirtschaft, Diss., Nürnberg 1970
- Fechner, Erich Die soziologische Grenze der Grundrechte, in: Recht und Staat, Heft 177, Tübingen 1954
- Fetscher, Iring Der Marxismus, Seine Geschichte in Dokumenten, Bd. I, II, III, München 1962, 64, 65
- Fitting, Karl Handkommentar zum BetrVG, 10. Aufl., Auffahrt, Fritz München 1972
Kaiser, Heinz
- Forsthoff, Ernst Anmerkung zur Rechtsprechung des BGH über Art. 14 GG, in: JZ Nr. 20, 1952, S. 627 f.
- Verfassungsprobleme des Sozialstaats, 2. Aufl., Münster 1961
- Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1. Bd., 9. Aufl., München 1966
- Frentzel, Gerhard Gesetz zur vorläufigen Regelung des Jäkel, Ernst Rechts der Industrie- und Handelskammern, Kommentar, 2. Aufl., Köln 1961
- Freyer, Hans Zur Theorie der Industriegesellschaft, Mainz 1970

- Freyer, Hans Das soziale Ganze und die Freiheit der Einzelnen unter den Bedingungen des industriellen Zeitalters, Göttingen 1957
- Entwicklungstendenzen und Probleme der modernen Industriegesellschaft, in: Die Industriegesellschaft in Ost und West von H. Freyer, L. Bossle, J. Filipec, Mainz 1967, S. 9 ff.
- Frickhöffer, Wolfgang Gesellschaftspolitik innerhalb und außerhalb der Marktwirtschaft, in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 25 (Freie Gesellschaft und freie Marktwirtschaft), Ludwigsburg 1966, S. 25 ff.
- Offene und stabile Demokratie durch konsequente Marktwirtschaft, Ludwigsburg 1968
- Friedrich, Carl Joachim Demokratie als Herrschafts- und Lebensform, in: Studien zur Politik, Bd. 1, 2. Aufl., Heidelberg 1966
- Frings, Joseph (Hg.) Verantwortung und Mitverantwortung in der Wirtschaft, Köln 1949
- Fromme, Friedrich Karl Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 12, 2. Aufl., Tübingen 1962
- Der Demokratiebegriff des Grundgesetzgebers, in: DÖV, 1970, S. 518 ff.
- Fürstenberg, F. Demokratisierte Fabrik entspricht der menschlichen Würde (Interview), in: Der Gewerkschafter, Heft 12, 1969, S. 446 ff.
- Gäfigen, Gérard Allgemeine Wirtschaftspolitik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, hg. v. W. Ehrlicher, I. Esenwein-Rothe, H. Jürgensen, K. Rose, Göttingen 1968
- Galbraith, John Kenneth Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1968
- Über die Gefahren wirtschaftlichen Wachstums (Interview), in: Der Spiegel, Nr. 3, 26. Jg., 10. Jan. 1972, S. 84 ff.
- Giersch, Herbert Allgemeine Wirtschaftspolitik, 1. Bd., Wiesbaden 1960

- Görgens, Egon Wettbewerb und Wirtschaftswachstum,
Freiburg/Brg. 1969
- Goethe, Johann Wolfgang v. Wilhelm Meisters Wanderjahre, dtv
Gesamtausgabe Bd. 17, Nördlingen 1962
- Großmann, Ruprecht Zur Rechtmäßigkeit von Arbeitnehmer-
kammern, in: RdA 21. Jg., München
1968, S. 297 ff.
- Grupp, Winfried Sozialisierung und Mitbestimmung,
Diss. Tübingen 1966
- Günther, Eberhard Wandlung des Wettbewerbs? In: Aktions-
gemeinschaft Soziale Marktwirtschaft,
Tagungsprotokoll Nr. 25 (Freie Ge-
sellschaft und freie Marktwirtschaft),
Ludwigsburg 1966, S. 10 ff.
- Gutenberg, Erich Grundlagen der Betriebswirtschafts-
lehre, Bd. I, Die Produktion,
7. Aufl., Berlin 1962
- Habermas, Jürgen Strukturwandel der Öffentlichkeit,
Politica, Bd. 4, 4. Aufl., Neuwied
1969
- Hättich, Manfred Demokratie als Herrschaftsordnung,
Köln 1967
- Demokratie und Demokratismus - zum
Demokratieverständnis der "Neuen
Linken" in: Die Wiedertäufer der
Wohlstandsgesellschaft, hg. v.
Erwin K. Scheuch, Köln 1968,
S. 150 ff.
- Hamann, Andreas Das Grundgesetz für die Bundes-
republik Deutschland vom 23. Mai
1949, Kommentar, neu bearb. von
Helmut Lenz, 3. Aufl., Berlin 1970
(zit. als Hamann-Lenz)
- Rechtsstaat und Wirtschaftslenkung,
Heidelberg 1953
- Hamel, Walter Die Bedeutung der Grundrechte im
sozialen Rechtsstaat, Berlin 1957
- Hartmann, Nikolai Ethik, 2. Aufl., Berlin 1949
- Hax, Karl Die Aufgaben des Aufsichtsrates der
Aktiengesellschaft unter dem Einfluß
der qualifizierten Mitbestimmung,
in: Mitbestimmung und Wirtschafts-
politik, Gewerkschaft-Wirtschaft-
Gesellschaft, Bd. 2, Köln 1967, hg.
v. K. Nemitz u. R. Becker, S. 195 ff.

- Hayek, Friedrich A. v. Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Erlenbach-Zürich 1952
- Der Weg zur Knechtschaft, übers. v. Eva Röpke, Erlenbach-Zürich o.J.
- Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, in: Ordo Bd. XVIII, 1967, S. 11 ff.
- Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, Tübingen 1954
- Hegel, Georg Wilhelm F. Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821), hg. v. J. Hoffmeister, 4. Aufl., Hamburg 1955
- Philosophie des Geistes, in: Hegels Schriften zur Gesellschaftsphilosophie, Teil I, hg. v. A. Baeumler, Jena 1927
- Heimann, Eduard Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung, 2. Aufl., in: Schriften zur Zeit, Offenbach 1948
- Heinen, Edmund Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1968
- Heinisch, Georg Westliche Demokratie und östlicher Demokratismus, München 1964
- Heintzeler, Wolfgang Wirtschaftsverfassung und Mitbestimmung, Juristische Studiengesellschaft Karlsruhe, Heft 99, Karlsruhe 1971
- Hempel, Carl G. Fundamentals of Concept Formation in Empirical Science, International Encyclopedia of Unified Science, Vol. II, n. 7, Chicago 1969
- Henke, Wilhelm Grundrechte und Grundpflichten, in: HdSW Bd. 4, Tübingen 1965, S. 688 ff.
- Die verfassunggebende Gewalt des deutschen Volkes, Stuttgart 1957
- Rechtsformen der sozialen Sicherung und Allgemeines Verwaltungsrecht, VVDStRL Heft 28, Berlin 1970, S. 149 ff.
- Sozialtechnologie und Rechtswissenschaft, Sonderdruck aus: Der Staat, 8. Bd. Heft 1, 1969
- Die verfassunggebende Gewalt des Volkes in Lehre und Wirklichkeit, in: Der Staat, 7. Bd., Berlin 1968, S. 165 ff.

- Henning, Rudolf Mitbestimmung und Sozialstaatlichkeit, in: Mitbestimmung, hg. v. A. Rauscher, Köln 1968, S. 201 ff.
- Hennis, Wilhelm Demokratisierung, Zur Problematik eines Begriffs, Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 161, Köln 1970
- Verfassung und Verfassungswirklichkeit, in: Recht und Staat, Heft 373/374, Tübingen 1968
- Hensel, K. Paul Das Problem der Mitbestimmung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, in: Ordo Bd. 18, 1967, S. 251 ff.
- Über wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Willensbildung und Willensverwirklichung in verschiedenen Ordnungen, in: Probleme der Willensbildung und der wirtschaftspolitischen Führung, 1959
- Herberts, Kurt Verantwortung in der industriellen Gesellschaft, Düsseldorf 1971
- Hesse, Konrad Die normative Kraft der Verfassung, in: Recht und Staat, Heft 222, Tübingen 1959
- Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Karlsruhe 1967
- Hirschberger, Johannes Geschichte der Philosophie, Bd. 1 u. 2, 8. Aufl., Wien 1965
- Hobbes, Thomas Leviathan, Zürich 1936
- Hürz, Herbert Der dialektische Determinismus in Natur und Gesellschaft, 4. Aufl., Berlin 1971
- Hommes, J. "Koexistenz-philosophisch beleuchtet", Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1956
- Hoover, H. The economic Liberty and the State, 1959
- Horkheimer, Max Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt/M. 1967
- Horkheimer, Max
Adorno, Theodor W. Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1971

- Horn, Joachim Die Abgrenzung von Enteignung und Eigentumsbindung, Diss. Hamburg 1955
- Horvat, Branko Der Markt als Instrument der Planung, in: Probleme zentraler Wirtschaftsplanung, hg. v. K. Wessely, Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, Bd. 2, 1967, S. 107 ff.
- Huber, Ernst Rudolf Wirtschaftsverwaltungsrecht, 2. Aufl., 1. u. 2. Bd., Tübingen 1953 u. 54
- Der Streit um das Wirtschaftsverfassungsrecht (I), in: DÖV, Heft 4, 1956, S. 100 ff.
- Humboldt, Wilhelm v. Menschentum und Staatsgewalt, Schriften und Briefe, ausgewählt von Heinrich Merk, Augsburg 1948
- Institut für Demoskopie Allensbach Jahrbuch 1958 - 1964, Allensbach 1965
- Ipsen, Hans Peter Gleichheit, in: N-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. 2, Berlin 1954, S. 111 ff.
- Enteignung und Sozialisierung, in: VVDStRL, Heft 10, Berlin 1952, S. 74 ff.
- Rechtsfragen der Investitionshilfe, in: AÖR, Bd. 78, 1952/53, S. 284 ff.
- Jellinek, Georg Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl., 7. Neudr., Darmstadt 1960
- Jellinek, Walter Verwaltungsrecht, 3. Aufl., Berlin 1931
- Jerusalem, Franz W. Die Grundrechte des Bonner Grundgesetzes und ihre Durchsetzung in der Rechtsprechung, in: SJZ, Jg. 5, Nr. 1, 1950, S. 1 ff.
- Kaegi, W. Demokratie zwischen Individualismus und Kollektivismus, Separatabdruck aus dem Jahrbuch "Die Schweiz", 1946
- Kaiser, Joseph H. Verfassungsrechtliche Eigentumsge-
währ, Enteignung und Eigentumsbin-
dung in der Bundesrepublik Deutsch-
land, in: Staat und Privateigentum,
Beiträge zum ausländischen öffent-
lichen Recht und Völkerrecht, Köln
1960, Heft 34, S. 5 ff.

- Kant, Immanuel Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht (1784), in: I. Kant, Politische Schriften, hg. v. O.H. von der Gablentz, Klassiker der Politik, Bd. 1, Köln/Opladen 1965
- Kritik der praktischen Vernunft (1788), in: Kant's gesammelte Schriften, Bd. V, hg. v. der Königl. Preuß. Akademie der Wissenschaften, Berlin 1913
- Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft, hg. v. K. Vorländer, Philosophische Bibliothek, Bd. 45, 4. Aufl., Leipzig 1919
- Kantzenbach, Erhard Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, 2. Aufl., Göttingen 1967
- Kaser, Max Das römische Privatrecht, 1. Abschn., München 1955
- Kassler, Horst Der Begriff der Konformität wirtschaftspolitischer Maßnahmen und sein Verhältnis zur marktwirtschaftlichen Gesamtordnung, Diss. Köln 1962
- Kautsky, Karl Die Diktatur des Proletariats, 1918
- Kautter, Eberhard Demokratie vor der Bewährungsprobe, in: Mensch und Welt, Bd. III, Bonn 1954
- Kelsen, Hans Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Aufl., Tübingen 1929
- Kevenhörster, Paul Zur neueren Diskussion von Demokratie- und Demokratie-Modellen in Politik und Wirtschaft, in: Wirtschaftspolitische Chronik, Heft 1, Köln 1970
- Kimminich, O. Zweitbearbeitung des Art. 15 GG, Bonner Kommentar zum Grundgesetz
- Klüber, Franz Wirtschaftliche Mitbestimmung als gesellschaftspolitisches Ziel der katholischen Soziallehre, in: Schriftenreihe Mitbestimmung, hg. v. DGB, 2. Aufl., Düsseldorf, Aug. 1968, S. 5 ff.
- Knoll, Ernst Eingriffe in das Eigentum im Zuge der Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, in: AÖR Bd. 79, 1953/54, S. 455 ff.

- Koch, Harald Rechtsformen der Sozialisierung unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierung in Hessen, in: Tagung deutscher Juristen, Bad Godesberg 30.9. - 1.10.1947, Sonderveröffentlichung des Zentraljustizblattes für die britische Zone, Hamburg 1947
- Kötter, Hans Wilhelm Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie, Kommentar, Berlin 1952
- Mitbestimmungs-Ergänzungsgesetz (Holding-Novelle), Kommentar, Berlin 1958
- Korsch, Karl Schriften zur Sozialisierung, in: Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1969
- Kosiol, Erich Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum, Wiesbaden 1968
- Kraus, Otto Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftsaufbau, München 1947
- Grundfragen der Gesellschaftspolitik, Berlin 1964
- Krause-Ablass, Günter B. Sozialisierung der Verluste? Verfassungsrechtliche Grundsätze zur Sicherung der Unternehmensstabilität und zur Unternehmensstützung, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1970, 15. Jg., S. 253 ff.
- Krelle, Wilhelm
Schunck, Johann
Siebke, Jürgen Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, Bd. II, Tübingen 1968
- Kriele, Martin Das demokratische Prinzip im Grundgesetz, Mitbericht in: VVDStRL Heft 29, Berlin 1971, S. 46 ff.
- Krüger, Herbert Die Stellung der Interessenverbände in der Verfassungswirklichkeit, in: NJW, 9. Jg., 1956, Heft 34, S. 1217ff.
- Allgemeine Staatslehre, 2. Aufl., Stuttgart 1966

- Krüger, Herbert Von der Reinen Marktwirtschaft zur Gemischten Wirtschaftsverfassung, Hamburger Öff.-rechtl. Nebenstudien, Bd. 15, Hamburg 1966
- Staatsverfassung und Wirtschaftsverfassung, in: DVBl 66. Jg., Heft 12, 1951, S. 361 ff.
- Sozialisierung, in: B-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. 3, 1. Hlbdd., Berlin 1958, S. 267 ff.
- Der Wesensgehalt der Grundrechte 1. S. des Art. 19 GG, in: DÖV Heft 19, 1955, S. 597 ff.
- Küchenhoff, Günther Einwirkungen des Verfassungsrechts auf das Arbeitsrecht, in: RdA, 22. Jg., April 1969, Heft 4, S. 97ff.
- Allgemeine Staatslehre, 6. Aufl. 1967
- Küng, Emil Wirtschaftspolitische Gegenwartsfragen, Zürich 1962
- Kunze, Otto Wirtschaftliche Mitbestimmung als Legitimationsproblem, Juristische Studiengesellschaft Karlsruhe, Schriftenreihe, Heft 93, 1970
- Kunze, Otto (Hg.)
Christmann, Alfred Wirtschaftliche Mitbestimmung im Meinungsstreit, Bd. 1, Köln 1964
- Kunze, Otto (Hg.)
Christmann, Alfred
Leminsky, Gerhard (Bearb.) Wirtschaftliche Mitbestimmung im Meinungsstreit, Bd. 2, Dokumentation, Köln 1964
- Kutzenberger, G. Die Stimmrechtsvertretung durch die Banken, Frankfurt/M. 1966
- Lampert, Heinz Die Wirtschafts- und Sozialordnung, Geschichte und Staat, Bd. 107/108, München 1966
- Landmann, Heinz
Giers, Wolfgang
Proksch, Ernst Allgemeines Verwaltungsrecht, 3. Aufl., Düsseldorf 1964
- Leibholz, Gerhard Die Gleichheit vor dem Gesetz, 2. Aufl., München 1959
- Strukturprobleme der modernen Demokratie, 3. Aufl., Karlsruhe 1967
- Leibholz, Gerhard
Rinck, H.J. Kommentar zum Grundgesetz anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, 4. Aufl. Köln 1971

- Lenk, Erhard Mitbestimmung als System von Beteiligungsrechten der Arbeitnehmer, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Heft 9/10, 1970, S. 149 ff.
- Linders, Horst Über die Frage der unmittelbaren Bedeutung der Grundrechtsbestimmungen des Bonner Grundgesetzes für den privatrechtlichen Rechtsverkehr, Diss. Münster 1961
- Litt, Theodor Freiheit und Lebensordnung, Heidelberg 1962
- Locke, John The Second Treatise on Civil Government (1690), in: Locke on Politics, Religion, and Education, ed. by M. Cranstan, New York 1965, S. 19 ff.
- Mallmann, U. Wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht und Enteignung, in: AÖR, Bd. 77, 1951/52, S. 366 ff.
- Mangoldt, Hermann v.
Klein, Friedrich Das Bonner Grundgesetz, Kommentar, Bd. I, 2. Aufl. (neubearb. von F. Klein), Berlin 1966
- Marcuse, Herbert Theorie der Revolution, Soziologische Texte, Bd. 13, hg. v. H. Maus und F. Fürstenberg, Darmstadt 1968
- Aggressivität in der gegenwärtigen Industriegesellschaft, in: Friedensforschung, hg. v. E. Krippendorff, Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 29, Soziologie, Köln/Berlin 1968, S. 133 ff.
- Der eindimensionale Mensch, Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Berlin 1968
- Marx, Karl Das Elend der Philosophie (1846 - 48), MEGA Bd. 4, Neudruck Berlin 1959
- Das Kapital, 3. Bd. (1894), Neudruck Berlin 1951 (hg. v. F. Engels)
- Kritik des Gothaer Programms (1875), in: Karl Marx, Politische Schriften, 2. Bd., hg. v. H. J. Lieber, Stuttgart 1960, S. 1014 ff.
- Die Heilige Familie (1845), MEGA, Bd. 3, Einzelausgabe, Neudruck Berlin 1953

Marx, Karl Engels, Friedrich	Manifest der Kommunistischen Partei (1848), zuletzt besorgt von F. Engels 1890, Brügge Verlag, Düsseldorf 1970
Maunz, Theodor	Deutsches Staatsrecht, 16. Aufl., München 1968
Maunz, Theodor Dürig, Günter Herzog, Roman	Grundgesetz, Kommentar, München 1969
Meier, Christian	Entstehung des Begriffs "Demokratie", Frankfurt/M. 1970
Meier, Dieter	Leitung, Besteuerung und Finanzierung der jugoslawischen Industrieunternehmen im Vergleich mit deutschen Aktiengesellschaften, Südosteuropa-Studien, Heft 11, München 1968
Meimberg, Rudolf	Zur Frage einer Annäherung östlicher Wirtschaftssysteme an diejenigen westlicher Industriestaaten, in: Der Osten auf dem Weg zur Marktwirtschaft? Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, Bd. 6, Berlin 1967, S. 87 ff.
Meinhold, Wilhelm	Volkswirtschaftspolitik, Teil 1, München 1970
Miksch, Leonhard	Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl., Godesberg 1947
Mises, Ludwig v.	Kritik des Interventionismus, Jena 1929 Die Wurzeln des Antikapitalismus, Frankfurt/M. 1958
Mitscherlich, Alexander	Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität, Eschwege 1969
Mitscherlich, Alexander Weber, Alfred	Freier Sozialismus, Heidelberg 1946
Mötteli, Carlo	Licht und Schatten der Sozialen Marktwirtschaft, Erlenbach-Zürich 1961
Montesquieu, Charles de Secondat	Vom Geist der Gesetze (übers. und eingel. v. E. Forsthoff), 1. Bd., Tübingen 1951
Müller, Max	Freiheit, in: Staatslexikon, 3. Bd., 6. Aufl., Freiburg/Brg. 1959, S. 528 ff.

- Müller, Willy Das "Kohlegesetz" bietet dem Steinkohlebergbau eine einmalige Chance, in: Sozialer Fortschritt, 17. Jg., Heft 5/6, 1968, S. 115 ff.
- Müller-Armack, Alfred Religion und Wirtschaft, Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, Stuttgart 1959
- Artikel "Soziale Marktwirtschaft", in: HdSW, Bd. 9, Tübingen 1956, S. 390 ff.
- Studien zur Sozialen Marktwirtschaft, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, Bd. 12, 1960
- Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947
- Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg/Brg. 1966
- Musgrave, Richard A. Finanztheorie, Tübingen 1966
- Naphtali, Fritz Wirtschaftsdemokratie - Ihr Wesen, Weg und Ziel, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1966
- Nawroth, Edgar Wirtschaftliche Mitbestimmung als Ordnungsproblem, in: Schriftenreihe Mitbestimmung, Heft 3, hg. v. DGB, Düsseldorf Aug. 1968, S. 23 ff.
- Neemann, Georg Das Verhältnis von freiheitlichem Sozialismus zur wirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer, 1967
- Nell-Breuning, Oswald v. Arbeit und Mitbestimmung, in: Mitbestimmung, Referate und Diskussion auf der Tagung katholischer Sozialwissenschaftler 1968 in Mönchengladbach, hg. v. A. Rauscher, S. 19ff
- Zur wirtschaftlichen Mitbestimmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, hg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung, B 34/66, 24. Aug. 1966, S. 3 ff.
- Gemeinwirtschaft, in: Staatslexikon, Bd. 3, Freiburg/Brg., 1959, S. 732 ff.
- Nemitz, Kurt Sozialistische Marktwirtschaft, Frankfurt/M. 1960

- Neumann, Franz Zum Begriff der politischen Freiheit, in: ZfdgesStW 109. Bd., Heft 1, 1953, S. 25 ff.
- Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt/M. 1967
- Neumann, Lothar Idee, Ideologie und Wirklichkeit der betrieblichen Mitbestimmung, in: GewMH, 19. Jg., Heft 4, April 1968, S. 198 ff.
- Neumann-Duesberg, Horst Das Mitbestimmungsrecht, in: B-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. 3/I, Berlin 1958, S. 373 ff.
- Nipperdey, Hans Carl Grundrechte und Privatrecht, Kölner Universitätsreden, Heft 24, Krefeld 1961
- Soziale Marktwirtschaft und Grundgesetz, in: Kartellrundschau, Heft 2, Köln 1965
- Die Soziale Marktwirtschaft in der Verfassung der Bundesrepublik, in: WuW, Jg. 1954, Heft 4, S. 221 ff.
- Obermayer, Klaus Verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Regierungsentwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes, in: Der Betrieb, Nr. 36, 1971, S. 1715 ff.
- Oelinger, Josef Die neue Linke und der SDS, Köln 1969
- Offe, C. Leistungsprinzip und industrielle Arbeit, Frankfurt/M. 1970
- Opp, Karl Dieter Methodologie der Sozialwissenschaften, Hamburg 1970
- Ortlieb, Heinz-Dietrich Wandlungen des Sozialismus, Hamburg 1947
- Das Ende des Wirtschaftswunders, Wiesbaden 1962
- Die Krise des Marxismus, in: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik ohne Dogma, Hamburg 1954, S. 53 ff.
- Die Genossenschaften als Element einer neuen Wirtschaftsordnung, in: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik ohne Dogma, Hamburg 1954, S. 209 ff.

- Ortlieb, Heinz-Dietrich
Dörge, Friedrich-Wilhelm Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik, Modellanalysen, Bd. II, Köln/Opladen 1968
- Ortlieb, Heinz-Dietrich
Stavenhagen, Gerhard "Sozialisierung II" (Geschichte, Deutschland), in: HdSW, Bd. 9, Tübingen 1956, S. 464 ff.
- Ottel, Fritz Untergang oder Metamorphose der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart 1963
- Peters, Hans Demokratie, in: Staatslexikon, 6. Aufl., 2. Bd., Freiburg/Brg. 1958, S. 559 ff.
- Geschichtliche Entwicklung und Grundlagen der Verfassung, Berlin 1969
- Pfister, Bernhard Eigentum in Gesellschaft und Wirtschaft, Teil IV des Artikels "Eigentum", in: Staatslexikon, 2. Bd., 6. Aufl., Freiburg/Brg. 1958, S. 1072 ff.
- Plessen, Chistian-Friedrich v. Qualifizierte Mitbestimmung und Eigentumsgarantie, Schriftenreihe des Forschungsinstituts für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e.V., Heft 50, Köln 1969
- Potthoff, Erich
Blume, Otto
Duvernell, Helmut Zwischenbilanz der Mitbestimmung, Tübingen 1962
- Preiser, Erich Die soziale Problematik der Marktwirtschaft, München 1951
- Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, Göttingen-Zürich 1960
- Pufendorf, Samuel De jure naturae et gentium (1672), Neudruck mit engl. Übersetzung, London 1934
- Radbruch, Gustav Rechtsphilosophie, 7. Aufl., Stuttgart 1970
- Raiser, Ludwig Wirtschaftsverfassung als Rechtsproblem, in: Festschrift für Julius von Gierke, 1950
- Rechtsfragen der Mitbestimmung, Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 20, Köln-Opladen 1954
- Zur Eigentumsgarantie des Grundgesetzes, in: AÖR Bd. 78, 1952/53, S. 118 f.

- Rapold, Max Ulrich Demokratie und Wirtschaftsordnung,
Zürich 1958
- Rasch, Harold Grundfragen der Wirtschaftsverfas-
sung, Godesberg 1948
- Rauscher, Anton Arbeit und Eigentum in der Proble-
matik der paritätischen Mitbestim-
mung, in: Mitbestimmung? Hg. v.
Goetz Briefs, Stuttgart 1967,
S. 56 ff.
- Einführende Überlegungen zum gegen-
wärtigen Stand der Mitbestimmungs-
diskussion, in: Mitbestimmung, Re-
ferate und Diskussion auf der Ta-
gung katholischer Sozialwissen-
schaftler 1968, in Mönchengladbach,
hg. v. A. Rauscher, Köln 1968,
S. 13 ff.
- Reinhardt, Rudolf Wo liegen für den Gesetzgeber die
Grenzen gemäß Art. 14 des Bonner
Grundgesetzes über Inhalt und
Schranke des Eigentums zu bestim-
men? In: Reinhardt-Scheuner, Ver-
fassungsschutz des Eigentums,
Tübingen 1954, S. 1 ff.
- Reissmüller, Heinz Grundgesetz und Wirtschaftsverfas-
sung, Diss. München 1960
- Renner, Karl Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und
die Sozialisierung, 1924
- Ridder, Helmut K.J. Meinungsfreiheit, in: N-N-Sch, Die
Grundrechte, Bd. II, Berlin 1954,
S. 243 ff.
- Enteignung und Sozialisierung, in:
VVDStRL, Heft 10, Berlin 1952,
S. 124 ff.
- Rinck, Gerd Wirtschaftsrecht, 2. Aufl., Köln 1969
- Ritschl, Hans Gemeinwirtschaft, in: HdSW, Bd. 4,
Göttingen 1965, S. 331 ff.
- Ritter, Gerhard A. "Direkte Demokratie" und Rätewesen in
Geschichte und Theorie, in: Die Wie-
dertäufer der Wohlstandsgesellschaft,
Eine kritische Untersuchung der
"neuen Linken" und ihrer Dogmen, hg.
v. K. Scheuch, Köln 1968, S. 215 ff.
- Rittig, Gisbert Sozialisierung III (Theorie), in:
HdSW, Bd. 9, Tübingen 1956, S. 455ff.

- Röpke, Wilhelm Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich 1942
Civitas humana, 3. Aufl., 1949
Maß und Mitte, Erlenbach-Zürich 1950
Die Lehre von der Wirtschaft, 9. Aufl., Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1961
- Roggemann, Herwig Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1970
- Romig, Friedrich Die ideologischen Elemente in der neoklassischen Theorie, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 177, Berlin 1971
- Ronneberger, Franz Verfassungswirklichkeit als politisches System, in: Der Staat, 7. Bd., 1968, S. 409 ff.
- Rosenberg, Ludwig Mitbestimmung - eine Forderung unserer Zeit, in: GewMH, 19. Jg., Heft 4, April 1968, S. 193 ff.
Vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger, Köln 1948
- Rousseau, Jean Jacques Der Gesellschaftsvertrag, übers. v. H. Denhardt, Stuttgart 1958
- Rüstow, Alexander Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in: Ordo Bd. 2, 1949, S. 100 ff.
Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus? in: Wirtschaft ohne Wunder, hg. v. A. Hunold, Erlenbach-Zürich 1953, S. 97 ff.
- Schachtschabel, Hans G. Die Ziel-Mittel-Problematik der qualifizierten Mitbestimmung, in: Mitbestimmung und Wirtschaftspolitik, Gewerkschaft-Wirtschaft-Gesellschaft, Bd. 2, hg. v. K. Nemitz u. R. Becker, Köln 1967, S. 175 ff.
Automation in Wirtschaft und Gesellschaft, Hamburg 1961
Wirtschaftspolitische Konzeptionen, Stuttgart 1967
- Schäfer, Erich Die Unternehmung, 5. Aufl., Köln/Opladen 1963

- Schaumann, Wilfried Der Auftrag des Gesetzgebers zur Verwirklichung der Freiheitsrechte, in: JZ, 1970, S. 48 ff.
- Schelcher, W. Gesetzliche Eigentumsbeschränkung und Enteignung, in: AÖR, Heft 18, 1930, S. 321 ff.
- Scheuch, Erwin K. Das Gesellschaftsbild der "neuen Linken", in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, Eine kritische Untersuchung der "Neuen Linken" und ihrer Dogmen, hg. v. E.K. Scheuch, 2. Aufl., Köln 1968, S. 104 ff.
- Scheuner, Ulrich Grundlagen und Art der Enteignungsentschädigung, in: Reinhardt-Scheuner, Verfassungsschutz des Eigentums, Tübingen 1954, S. 63 ff.
- Die staatliche Intervention im Bereich der Wirtschaft, in: VVDStRL, Heft 11, Berlin 1954, S. 1 ff.
- Schiller, Karl Marktwirtschaft mit Globalsteuerung, in: BWMI Texte, Reden zur Wirtschaftspolitik, Bd. 1, Bonn 1968, S. 39 ff.
- Sozialismus und Wettbewerb, Hamburg 1955
- Schipp, Ernst Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Deutschland, Diss. Nürnberg 1953
- Schmidt-Bleibtreu, Bruno
Klein, Franz Kommentar zum GG für die Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Berlin 1970
- Schmitt, Carl Verfassungslehre, unv. Neudruck Berlin 1954
- Schneider, Erich Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, 9. Aufl. Tübingen 1964
- Schneider, Peter In dubio pro libertate, in: Hundert Jahre deutsches Rechtsleben, Festschr. zum hundertjährigen Bestehen des deutschen Juristentages, 1860 - 1960, Bd. II, Karlsruhe 1960, S. 263 ff.
- Schneider, Dieter
Kuda, Rudolf F. Mitbestimmung - Weg zur industriellen Demokratie? München 1969

- Scholler, Heinrich Die Interpretation des Gleichheitssatzes als Willkürverbot oder als Gebot der Chancengleichheit, Berlin 1969
- Schöllgen, W. Prolegomena zur paritätischen Mitbestimmung, in: Mitbestimmung? Hg. von Goetz Briefs, Stuttgart 1967, S. 16 ff.
- Schulz, Walter Die staatliche Gemeinwirtschaft, Diss. Mannheim 1960
- Schumpeter, Joseph A. Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl., Berlin 1952
- Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1960
- Schwartz, Günter Wirtschaftliche Mitbestimmung und Unternehmerfunktion, Diss. Frankfurt/M. 1956
- Schwerdtfeger, Gunther Unternehmerische Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Grundgesetz, Frankfurt/M. 1972
- Seidel, Heinz Der soziale Konflikt - Ursachen, Probleme, Regelung, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Heft 9/10, 1970, S. 159 ff.
- Sellschopp, Hermann Enteignung und Entschädigung in der Bodenreform, Zeitschrift für das gesamte Siedlungswesen 1952, S. 46 ff.
- Seraphim, Hans-Jürgen Theorie der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Göttingen 1963
- Sik, Ota Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967
- Simson, Werner v. Das demokratische Prinzip im Grundgesetz, in: VVDStRL Heft 29, Berlin 1971, S. 3 ff.
- Smend, Rudolf Verfassung und Verfassungsrecht, 1928
- Söllner, Alfred Arbeitsrecht, 2. Aufl., Stuttgart 1969
- Sombart, Werner Die drei Nationalökonomien, München-Leipzig 1930
- Spinoza Die Ethik, Schriften und Briefe (1677), hg. v. F. Bülow, Stuttgart 1966

- | | |
|------------------------|--|
| Stein, Ekkehard | Lehrbuch des Staatsrechts, Tübingen 1968 |
| Steinmann, Horst | Das Großunternehmen im Interessenkonflikt, Stuttgart 1969 |
| Stirner, Max | Der Einzige und sein Eigentum (1845), und andere Schriften, hg. v. Hans G. Helms, München 1969 |
| Stödter, Rolf | Über den Enteignungsbegriff, in: DÖV 1953 |
| Strauß, Walter | Entwicklungen und Probleme des heutigen Wirtschaftsrechts, Juristische Studiengesellschaft Karlsruhe, Schriftenreihe, Heft 30, 1957

Wirtschaftsverfassung und Staatsverfassung, 1952 |
| Streissler, Erich | Privates Produktiveigentum - Stand und Entwicklungstrends der Auffassungen in kapitalistischen Ländern, in: Eigentum-Wirtschaft-Fortschritt, Veröffentlichungen der Walter Raymond Stiftung Bd. 12, Köln 1970, S. 76 ff. |
| Strzelewicz, W. | Industrialisierung und Demokratisierung, Hannover 1964 |
| Suhr, Dieter | Eigentumsinstitut und Aktieneigentum, Hamburg 1966 |
| Sundbom, Ivar | Über das Gleichheitsprinzip als politisches und ökonomisches Problem, Berlin 1962 |
| Sweezy, Paul M. | Der Sozialismus, Geschichte und Probleme, München 1970 (ins Deutsche übers. v. O. Anderle) |
| Thalheim, Karl C. | Gemeinwirtschaftlichkeit als Ordnungsprinzip, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 146, Berlin 1970 |
| Thiemeyer, Theo | Gemeinwirtschaftlichkeit als Ordnungsprinzip, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 146, Berlin 1970 |
| Tocqueville, Alexis de | Über die Demokratie in Amerika, Frankfurt/M. 1956 |
| Tullock, Gordon | The New Theory of Corporations, in: Roads to Freedom, Essays in Honour of F.A. v. Hayek, ed. by E. Streissler and others, London 1969, p. 287 ff. |

- Vico, Gian Battista De Nostri Temporis Studiorum Ratione (Vom Wesen und Weg der geistigen Bildung), Lateinisch-Deutsche Ausgabe, übertr. v. W.F. Otto, Darmstadt 1963
- Viehweg, Theodor Topik und Jurisprudenz, 2. Aufl., München 1963
- Vieregg, Josef Abgrenzung und Struktur des gemeinwirtschaftlichen Betriebstyps, Diss. München 1960
- Wallraff, Hermann-Josef Eigentum, Markt und Mitbestimmung, in: DGB-Schriftenreihe Mitbestimmung, Heft 3, Düsseldorf 1968, S. 41 ff.
- Weber, Max Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe, hg. v. J. Winckelmann, 1. Hlbdd. 1964
- Weber, Werner Eigentum und Enteignung, in: N-N-Sch, Die Grundrechte, Bd. 2, Berlin 1954, S. 331 ff.
- Enteignung, in: HdSW, Bd. 3, Göttingen 1961, S. 227 ff.
- Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, 2. Aufl., Stuttgart 1958
- Weinbrenner, Peter Die soziale Marktwirtschaft als Erziehungs- und Bildungsproblem. Ein Beitrag zum Problem Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspädagogik, Diss. Köln 1968
- Weis, Josef Wirtschaftsunternehmen und Demokratie, Gewerkschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 3, Köln 1970
- Weischedel, Wilhelm Aspekte der Freiheit, in: Freiheit als Problem der Wissenschaft, Abendvorträge der Freien Universität Berlin im Winter 1961/62, Berlin 1962, S. 7 ff.
- Weisser, Gerhard Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft, in: Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung, Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Heft 2, Berlin 1953, S. 9 ff.
- Preisbildung bei öffentlichen Unternehmen, in: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 7, 1965, Heft 3

- Weisser, Gerhard Mitbestimmung als eine notwendige Folgerung aus heutigem freiheitlichem Sozialismus, in: Mitbestimmung und Wirtschaftspolitik, Bd. 2, Gewerkschaft-Wirtschaft-Gesellschaft, Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsfragen, hg. v. K. Nemitz u. R. Becker, Köln 1967, S. 85 ff.
- Freiheitlicher Sozialismus, in: HdSW, Bd. 9, Tübingen 1956, S. 509 ff.
- Wendt, Bernd-Jürgen Wirtschaftliche Mitbestimmung - ein Problem unserer Wirtschafts- und Sozialordnung, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1969
- Wernicke, K.G. Artikel 3 GG, Gleichheit vor dem Gesetz, Bonner Kommentar
- Wessely, Kurt (Hg.) Probleme zentraler Wirtschaftsplanung, Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropainstituts, Bd. 2, München 1967
- Wiedemann, Lothar Zur Entwicklung des Mitbestimmungsgedankens in der evangelischen Wirtschaftspolitik, hg. v. K. Nemitz u. R. Becker, Köln 1967, S. 72 ff.
- Wiethölter, Rudolf Die Position des Wirtschaftsrechts im sozialen Rechtsstaat, in: Festschr. f. F. Böhm, Karlsruhe 1965, S. 41 ff.
- Wilde, Hans Wettbewerbsordnung und wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht, Diss. Mainz 1952
- Willgerodt, Hans Demokratisierung der Wirtschaft und die Freiheit des einzelnen, in: Mitbestimmung-Ordnungselement oder politischer Kompromiß, Erwägungen im Anschluß an den "Bericht der Sachverständigenkommission zur Auswertung der bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung" (Biedenkopf-Gutachten), Stuttgart 1971, S. 9 ff.
- Wintrich, Josef Zur Problematik der Grundrechte, Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 71, Köln/Opladen 1957
- Wittelsberger, Helmut Sozialistische Marktwirtschaft - ein Modell zur Reform der Unternehmensverfassung? In: Ordo Bd. 20, 1969, S. 69 ff.

- Wöhe, Günter Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Berlin, Frankfurt/M., 7. Aufl. 1967
- Wolf, Erik Griechisches Rechtsdenken, Bd. 1, Vorsokratiker und frühe Dichter, Frankfurt/M. 1950
- Wolff, Hans J. Verwaltungsrecht, 7. Aufl., Bd. 1, München 1968
- Wurzbacher, Gerhard (Hg.) Der Mensch als soziales und personales Wesen, Stuttgart 1963
- Zacher, Hans F. Freiheitliche Demokratie, 1969
- Aufgaben einer Theorie der Wirtschaftsverfassung, in: Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung, Festschrift für F. Böhm, Karlsruhe 1965, S. 63 ff.
- Zimmermann, Karl Probleme der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit im Hinblick auf die wirtschaftliche Mitbestimmung, Diss. Köln 1967
- Zippelius, Reinhard Das Wesen des Rechts, 2. Aufl., München 1969
- Zöllner, Wolfgang Die Einwirkung der erweiterten Mitbestimmung auf das Arbeitsrecht, in: RdA, Heft 3, 22. Jg., 1969, S. 65 ff.
- (Programme, Broschüren, Zeitungsartikel, Diskussionsbeiträge und sonstiges)
- Abendroth, Wolfgang Disk. Beitr. zu "Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates", in: VVDStRL Heft 12, Berlin 1954, S.85ff.
- BDA Wirtschaftliche Mitbestimmung und Freiheitliche Gesellschaft, Eine Stellungnahme zu den gewerkschaftlichen Forderungen, 2. Aufl. 1966
- Neue Schwerpunkte betrieblicher Sozialpolitik, 2. Aufl. Köln 1963

- Biedenkopf, Kurt Entscheidungshilfe für die Politiker, (Stellungnahme zur Kritik am Gutachten der Biedenkopf-Kommission), in: FAZ vom 14.4.1970, S. 13 f.
- Bunte, Manfred Anti-autoritär führen? In: Management im Aufbruch, Karrieren in die Zukunft, Eine Dokumentation des "Handelsblatts", Nov. 1970, S. 53
- CDU Berliner Programm, 2. Fassung, 1971
- CSU Grundsatzprogramm vom 14.12.1968, München
- DGB Entwurf eines Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen und Großkonzernen, Düsseldorf 1968
- Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Deutschland, 1967
- Aktionsprogramm, Juli 1970
- Mitbestimmung der Arbeitnehmer - ein Leitfaden, Düsseldorf 1968
- Aus der Diskussion um die gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung, anlässlich des 8. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Heft 6/7, 1969, S. 98 ff.
- Mitbestimmung, eine Forderung unserer Zeit, Vorlage für die Delegierten des 7. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1966 in Berlin, 2. verb. Aufl., Düsseldorf 1966
- Grundsatzprogramm, Düsseldorf vom 23.11.1963
- Mitbestimmung - Argumente, Informationen, Düsseldorf 1968
- DII Mitbestimmung - Forderungen und Tatsachen, 2. Aufl. Köln 1968
- Dürig, Günter Disk. Beitr. zu "Das demokratische Prinzip im Grundgesetz", in: VVDStRL Heft 29, Berlin 1971, S. 128 f.
- Buchbesprechung zu Menger, C.F. (Der Begriff des sozialen Rechtsstaates im GG, Tübingen 1953), in: AÖR, Bd. 79, 1953/54, S. 254 ff.

Eichler, Willi	Grundwerte und Grundforderungen im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, Beiträge zu einem Kommentar, Bad Godesberg 1962
EKD	Erklärung des Rates der evangelischen Kirche Deutschlands zur Frage der Mitbestimmung, in: "Der Mensch im Kollektiv", Kirche im Volk, Heft 6, 1950
FDP	Wirtschaftsprogramm, Lübeck 1953
Flume, Werner	Disk. Beitr. zu "Enteignung und Sozialisierung", in: VVDStRL, Heft 10, Berlin 1952, S. 157
Hefermehl, Wolfgang	Einführung zum Aktiengesetz vom 6. Sept. 1965, Nördlingen 1967 (dtv)
Jungblut, Michael	Wie Arbeitnehmer am Ertrag beteiligt werden, Lose Folge, in: Die Zeit, seit Jan. 1972 (Nr. 2, 7, 9, 11, 14, 16, 18, 23)
Mangoldt, Hermann v.	Disk. Beitr. zu "Enteignung und Sozialisierung", in: VVDStRL Heft 10, Berlin 1952, S. 150
Mommsen, E.W.	Die Gesellschaft fordert Rechenschaft, Handelsblatt, Sonderbeilage (Management Dokumentation) November 1970
Nell-Breuning, Oswald v.	Disk. Beitr. in: Mitbestimmung, hg. v. A. Rauscher, Köln 1968, S. 54
o.V.	Die Macht der Konzerne - Ende der freien Marktwirtschaft? Titelgeschichte des "Spiegel", Nr. 6, 26. Jg. 1972, S. 30 ff.
Parlamentarischer Rat	Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn 1948/49
Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawien vom siebten Kongreß in Laibach (22. - 26.4.1958) deutsche Übers., Belgrad 1958	
Raiser, Ludwig	Disk. Beitr. zu "Enteignung und Sozialisierung", in: VVDStRL Heft 10, Berlin 1952, S. 158 f. und S. 167
Scheuner, Ulrich	Disk. Beitr. zu "Enteignung und Sozialisierung", in: VVDStRL Heft 10, Berlin 1952, S. 154
SPD	Grundsatzprogramm vom 15.11.1959, Bad Godesberg

Weber, Werner

Disk. Beitr. zu "Enteignung und So-
zialisierung", in: VVDStRL Heft 10,
Berlin 1952, S. 164 ff.

Wlotzke, O.

Einführung zum Betriebsverfassungs-
gesetz vom 15. Jan. 1972, Nördlingen
1972 (dtv)

Lebenslauf

Am 30.12.1944 wurde ich als einziger Sohn der Eheleute Gerhart Stahlmann und Anne-Marie, geb. Derks, in Coburg geboren. Mein Vater ist als Student der Germanistik am 4.2.1945 bei Lüben (Pommern) gefallen. Nach der zweiten Eheschließung meiner Mutter mit Helmut Stahlmann, dem Bruder meines gefallenen Vaters, wurde ich adoptiert.

Meine Kindheit verbrachte ich in Unter-Röslau im Fichtelgebirge. 1951 wurde ich in die Volksschule, Lutherschule Coburg, eingeführt. Nach zwei Jahren wechselte ich in die 3. Klasse der Lehrerbildungsanstalt in Coburg über. Mit Abschluß der 4. Volksschulklasse trat ich in das Humanistische Gymnasium Casimirianum in Coburg ein. Nach der 3. Klasse erfolgte meine weitere Ausbildung am Musischen Gymnasium Albertinum Coburg, wo ich auch im Juni 1964 meine Reifeprüfung bestand.

Im November desselben Jahres begann ich mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der 6. Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Während der Sommersemesterferien 1966 war ich an der Handelskammer in Reggio/Emilia Italien tätig, 1968 im August absolvierte ich einen Sprachkurs in Viareggio. Ende 1969 legte ich mein Examen als Diplom-Volkswirt ab.

Vom 1.3.1971 bis 30.7.1971 war ich als wissenschaftliche Hilfskraft am volkswirtschaftlichen Seminar bei Prof. Dr. Joachim Klaus beschäftigt.

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hogl, 8520 Erlangen Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990

